

Peter Urban:

Zu einigen Fragen des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats sowie der revisionistischen Entartung

- Erwiderung auf einen Artikel im Rahmen der Programmdiskussion der KPD unter dem Titel „Die trotzkistische Theorie der 'Übergangsgesellschaft' und die Abweichungen in unserem Programm“ -

Auf der Homepage der KPD wurde im Januar 2009 oben bezeichneter Artikel veröffentlicht. Er richtet sich gegen das Programm der KPD von 2005 sowie gegen folgende theoretische Publikationen der KPD:

- Weg der Partei Heft 1-2/92 „Sind revisionistische Regimes fortschrittlich?“
- Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft Heft 1, „Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte“
- Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft Heft 2 „Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus“

Besagter Artikel (Seite 1) stellt in Bezug auf besagte theoretische Publikationen der KPD die Behauptung auf, es handele sich um „*nichts anderes als aufgewärmte revisionistische und trotzkistische Theorien in neuem Gewand*“. Entsprechende schwere Abweichungen vom Marxismus-Leninismus enthalte das Programm der KPD von 2005.

Ich werde im folgenden zeigen, dass diese Behauptungen auf absurden Konstruktionen, Verdrehungen und Unterstellungen beruhen und dass besagter Artikel mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbar ist. (Seitenangaben ohne ausdrückliche Zuordnung beziehen sich auf besagten Artikel. Wenn ich vom „Autor“ spreche, ist der Autor besagten Artikels gemeint.)

In diesem Zusammenhang werde ich auf die Frage eingehen, aus welchen Gründen die sozialistische Sowjetunion revisionistisch entartet ist und welche Lehren daraus zu ziehen sind.

Vorweg sei eines gesagt:

Der Artikel des Autors ist derart unernsthaft, dass es mir sehr schwer gefallen ist, mich zu einer Erwiderung zu entschließen. Wenn ich es doch getan habe, dann zum einen deshalb, weil das eine Gelegenheit ist, zu den betreffenden inhaltlichen Fragen Stellung zu nehmen und auch einige aus meiner Sicht notwendige Präzisierungen gegenüber den beiden genannten Heften der Roten Reihe und dem *Weg der Partei* 1-2/92 vorzunehmen. Zum anderen ist es erforderlich, zu zeigen, dass die im Artikel des Autors dargelegten Auffassungen den Marxismus-Leninismus verfälschen und dem Kommunismus schaden, ihn diskreditieren.

Eine umfassende und systematische Darstellung der betreffenden inhaltlichen Fragen der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus ist meine Erwiderung freilich nicht. Diese Aufgabe steht noch an und wird beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei vorab auf folgendes hingewiesen: Verschiedene Probleme einer sozialistischen Gesellschaft werden in meiner Erwiderung nicht behandelt bzw. nur gestreift. Dazu gehören insbesondere diejenigen Probleme, die sich durch den Druck des imperialistischen Auslands sowie die konterrevolutionäre Tätigkeit der gestürzten Ausbeuterklassen ergeben, deren Reste noch vorhanden sind. Dazu gehören weiter Probleme, die sich aufgrund des Sektors der Kollektivwirtschaften sowie der noch vorhandenen Reste einfacher Warenproduktion ergeben. Die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion hat diese

Probleme allerdings gut gelöst, nicht aufgrund dieser Probleme ist der Sozialismus dort zugrundegegangen. Es liegt daher nahe, das theoretische Augenmerk in erster Linie auf andere Probleme zu richten, auf solche, die in der Sowjetunion nicht gelöst wurden und die dort nach Stalins Tod zum Untergang des Sozialismus geführt haben.

Diese Sendung enthält nur den ersten Teil. Den zweiten Teil, in welchem ich zeigen werde, dass die revisionistischen Länder **nicht** kapitalistisch waren, werde ich nachreichen. Da ich beabsichtige, auch die diesbezüglichen Fragen mit einer gewissen Gründlichkeit zu behandeln, wird das allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen.

Erster Teil:

Zu einigen Fragen des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats

I.

Wird in Programm und Theorie der KPD die Epoche der Diktatur des Proletariats „übersprungen“?

Der Autor behauptet, in theoretischen Arbeiten der KPD sei *„die Epoche der Diktatur des Proletariats (...) übersprungen und damit die marxistisch-leninistische Lehre von der Notwendigkeit der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse nach der Revolution negiert“* worden. (S. 2) Diesen Vorwurf erhebt er ausdrücklich auch gegen das Programm der KPD: *„In unserem Programm kommt die Diktatur des Proletariats nicht vor.“* (S. 27) Wenden wir uns zunächst letzterem zu.

Der Autor zitiert folgenden Satz des Programms: *„Zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus steht eine Übergangsgesellschaft von ersterem zu letzterem. Diese Übergangsgesellschaft ist der Sozialismus.“* Der Autor kommentiert: *„Bereits damit ist die **tatsächliche** Epoche des Übergangs, die Epoche der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Liquidierung der Bourgeoisie, übersprungen worden. Man geht nahtlos vom Kapitalismus zum Sozialismus über. Die Diktatur des Proletariats ist verschwunden. Marxismus-Test nicht bestanden.“* (S. 28, Hervorhebung vom Autor) So schnell kann man also vor den gestrengen Augen des Autors im „Marxismus-Test“ mit Pauken und Trompeten durchfallen.

Ich gestehe, dass ich so beschränkt bin, diese „Beweisführung“ besagten Examinators nicht zu verstehen. Aber vielleicht fügt er ja Erläuterungen an, die auch einem schlichten Gemüt Erleuchtung bringen. Sehen wir also weiter.

Auf Seite 28 räumt der Autor ein, dass das Programm darüber spricht, dass die alte Ausbeuterklasse Widerstand leisten wird und die Arbeiterklasse Maßnahmen dagegen treffen muss, wirft dem Programm aber vor, dass es dazu angeblich nur *„ein paar allgemeine, sehr verschämte und nichtssagende Worte“* finde, und fährt dann fort: *„Alles Wesentliche zum Verständnis dieser moderaten Bemerkungen wurde bisher aber ausgelassen. Hat die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staatsapparat also überhaupt zerschlagen und durch ihren eigenen ersetzt? Ist sie überhaupt an der Macht? Und wenn ja, wie ist sie an die Macht gekommen? Bisher alles ungeklärte Fragen“* (S. 28) Man beachte das „bisher“. Wir werden weiter unten sehen, was es mit diesem „bisher“ für eine Bewandnis hat.

Der Autor kritisiert sodann, dass sich auf den Seiten 25 f. des Programms *„mir nichts dir nichts“* *„ein omi-*

nöser 'sozialistischer Staat' ein(schleicht)“, wir aber immer noch nicht erfahren, wie die Ausbeuter denn nun eigentlich gestürzt wurden und wo der sozialistische Staat „plötzlich“ herkommt. (S. 29) Er kritisiert, dass nicht klar gesagt werde, dass die Ausbeuter unterdrückt werden müssten, und dass von anderen fortschrittlichen Kräften zwar noch die Rede sei, „von der führenden Rolle der Arbeiterklasse aber nicht mehr“. (S. 30) Und weiter: „Keine Revolution, keine Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, keine Diktatur des Proletariats, keine Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse im gesamten Teil über Kommunismus und Sozialismus von Seite 21 bis 32.“ (Seite 31)

Um die Tatsachen nicht allzu offensichtlich auf den Kopf zu stellen, räumt er sodann ein, dass das sich anschließende „sozialistische Programm“ darauf hinweist, dass „die Gewaltinstrumente des Kapitals – Militär, Polizei, Geheimdienste, Justiz usw. - (...) in der sozialistischen Revolution zersetzt, entwaffnet und zerschlagen“ werden müssen und dass „statt ihrer (...) aus den Reihen der Arbeiterklasse eine neue Staatsmacht aufgebaut“ wird.

Aber auch das findet vor den Augen unseres strengen Examinators keine Gnade: „Schön und gut – meines Erachtens aber unzureichend.

Denn **erstens** wird damit nur an zwei Stellen des Programms Tacheles zu einer zentralen Frage des Marxismus-Leninismus – der Frage der Revolution und der revolutionären Gewalt – geredet: Einmal mitten in einer Aufzählung von 32 Punkten (die Zerschlagung des bürgerlichen Staates ist Punkt 17), ein anderes Mal auf der drittletzten (!) Seite des Programms.“ „Dabei hätte es vorher genug Gelegenheit gegeben, diese Frage mal zu klären.“ (S. 31)

Langsam wird die Sache klar. Der Autor kritisiert den **Aufbau** des Programms. Das kann er natürlich tun, aber seine Schlussfolgerungen sind dafür doch etwas - „kühn“.

Die betreffenden Aussagen hätten dem Autor zufolge offenbar öfter als zweimal gemacht werden müssen. Leider teilt er nicht mit, wie oft. Wie oft muss man es sagen, um sich nicht schwerer Abweichungen schuldig zu machen? Hätte dreimal gereicht, oder hätte es fünf- oder zehnmal sein müssen? Und die Aussagen hätten an früherer Stelle gemacht werden müssen. Hätte man es bei der ersten „Gelegenheit“ sagen müssen, oder hätte die zweite vielleicht auch gereicht?

Es stimmt, dass die zitierte Passage des Programms sich in Punkt 17 eines Katalogs von 32 Punkten befindet. Der Autor verschweigt jedoch, dass sich diese Punkte in eine erste Abteilung „Arbeit und Gesellschaft“ und eine zweite Abteilung „Politisches Leben“ gliedern und dass besagte Ausführungen über die Zerschlagung des bürgerlichen und die Errichtung des proletarischen Staates sich an **erster** Stelle der Abteilung „Politisches Leben“ befinden.

Es stimmt, dass die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt auf der drittletzten Seite des Programms behandelt wird. Hinter dem Wort „drittletzten“ fügt der Autor in Klammern ein empörtes Ausrufezeichen ein. Der Autor verschweigt jedoch, dass die Systematik des Programms dergestalt ist, dass der letzte Teil den „Weg zum Ziel“ behandelt, und da die Fragen der Einheitsfront, des Verhältnisses von Tageskampf und Systemfrage, der revolutionären Gewalt und der Kommunistischen Partei. Es ist also keinesfalls so, dass man die Frage der Gewalt einfach an den Schluss gequetscht hat, damit man es nicht so merkt. Vielmehr wird im letzten Teil die Frage gestellt, was man eigentlich tun muss, um zum Sozialismus zu kommen, und da werden dann diese Fragen erörtert. Der Autor freilich sieht darüber großzügig hinweg und fällt über das Programm der KPD folgendes „vernichtende“ Urteil: „Die Nennung des sozialistischen Ziels oder der sozialistischen Programmpunkte ohne die Nennung der **Mittel**, die erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen, ist gerade ein typisches Wesensmerkmal des Opportunismus, des Revisionismus und des Trotzkismus.“ (S. 34; Hervorhebung vom Autor)

Der Autor hält es im übrigen auch nicht für erwähnenswert, dass im politischen Teil des sozialistischen Programms gesagt wird, dass der sozialistische Staat sich im Kampf gegen konterrevolutionäre Bestrebungen vor allem auf die Arbeiterklasse selbst stützen muss, dass aber darüber hinaus auch von Militär, Polizei und Geheimdienst des sozialistischen Staates die Rede ist. (Punkt 22) Ebenso wenig teilt er zusammenhängend mit, dass laut Programm folgende Rechte abgeschafft werden sollen: „das Recht, Organisationen zu bilden,

die den Sozialismus stürzen und den Kapitalismus wiederherstellen bzw. dies vorbereiten sowie Propaganda dafür betreiben wollen; das Recht auf Ausbeutung und auf Privateigentum an Produktionsmitteln, mit denen andere ausgebeutet werden; das Recht auf großen Grundbesitz. (...); das Recht auf faschistische und rassistische Propaganda und Organisation.“ Des Weiteren wird zum Ausdruck gebracht, dass man für derartige Aktivitäten bestraft wird. (Punkt 21)

Es ist geschickt vom Autor, derartige Dinge zu verschweigen bzw. den Leserinnen und Lesern nur ein paar aus dem Zusammenhang des Programms gerissene Zitat-Brocken hinzuwerfen und dann diese von ihm selbst ausgewählten Brocken als „*ein paar allgemeine, sehr verschämte und nichtssagende Worte*“ zu bezeichnen. (Seite 28) Hätte der Autor das Programm insoweit korrekt wiedergegeben, wäre seine Behauptung, das Programm sage nicht, dass die Ausbeuter unterdrückt werden müssen, wenig glaubhaft.

Weniger geschickt ist es, dass er zitiert, dass das Programm über den sozialistischen Staat sagt: „*Er ist Instrument der Arbeiterklasse, um im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften ihre Macht zu behaupten und auszuüben und ihre Interessen durchzusetzen. Er ist insbesondere ihr Instrument bei der kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft, mit deren Errichtung er absterben wird.*“ (Programm S. 31) Es ist insbesondere unklug, dies wenige Zeilen vor folgender oben bereits zitierter Behauptung des Autors anzuführen: „*Vom Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften ist zwar noch die Rede, von der führenden Rolle der Arbeiterklasse aber nicht mehr!*“ (S. 30 des Autors) Wer bitte schön soll denn laut Programm die Führung haben, wenn das Programm sagt, der Staat sei Instrument **der Arbeiterklasse**, diene dazu, **ihre** Macht zu behaupten und auszuüben und **ihre** Interessen durchzusetzen? Übrigens: unmittelbar vor der vom Autor zitierten Stelle heißt es im Programm (Seite 31): „*So wie jeder Staat Instrument der Herrschaft einer Klasse ist, so ist der sozialistische Staat Instrument der herrschenden Arbeiterklasse. Er ist die Diktatur des Proletariats.*“ Und da behauptet der Autor, ohne sich zu schämen, das Programm rede nicht von der führenden Rolle der Arbeiterklasse!

Bisher sind die Ausführungen des gestrengen Examinators („Marxismus-Test nicht bestanden“) also nur heiße Luft. Allerdings ist einzuräumen, dass ich sein entscheidendes Argument, warum die Diktatur des Proletariats im Programm über Bord geworfen werde, bisher noch nicht behandelt habe, nämlich folgendes:

„*Zweitens aber – und hier wird es tatsächlich revisionistisch – ist auch im Sozialistischen Programm und auch im Teil 'Der Weg zum Sozialismus' keine Rede davon, dass die sozialistischen Produktionsverhältnisse nach der Revolution erst geschaffen werden müssen und dass dafür die Epoche der Diktatur des Proletariats erforderlich ist. Auch hier scheint es so, als ginge man nach der Revolution nahtlos zum Sozialismus über (...).*“ (Seite 32, Hervorhebungen vom Autor)

Das Programm aber sagt auf Seite 25 f.:

„*Der sozialistische Staat ist erforderlich, um die den Ausbeutern entrissenen Produktionsmittel in den Händen der Arbeiterklasse zu zentralisieren und zu verwalten und um die gestürzten Ausbeuter und die mit ihnen verbündeten Kräfte im In- und Ausland, die den Kapitalismus restaurieren wollen, gewaltsam niederzuhalten.*“

Das Programm sagt auf Seite 33 ff.:

„*1. Industrie- und Handelsunternehmen, Banken und Versicherungskonzerne, die Massenmedien sowie der große Grundbesitz werden entschädigungslos enteignet und in Staatseigentum überführt, um die Grundlagen für eine sozialistische Wirtschaftsordnung ohne Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Arbeitshetze, Inflation und Wohnungsnot zu legen.*

2. Die chaotische, krisenhafte kapitalistische Wirtschaftsordnung, in deren Mittelpunkt die Jagd nach Profit steht, wird einer gesellschaftlich koordinierten und geplanten Produktion weichen, die der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes dient. Die Koordinierung und Planung der Produktion sowie der Verteilung der Produkte muß von Anfang an auf einer Verbindung von staatlichen und gesellschaftlichen, z.B. gewerkschaftlichen, Aktivitäten beruhen.

3. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben das Recht, sich zu allen Fragen des gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsplans jederzeit zu äußern und diesen Plan vor seiner Verabschiedung zu diskutieren. Die Belegschaften haben das Recht, den Teilplan für ihren Betrieb bzw. ihre Wirtschaftseinheit vor der Verabschiedung zu diskutieren. Die Entscheidung über den Gesamtplan wird durch das oberste Organ der Rätedemokratie getroffen. Der Plan gibt dann verbindlich den Rahmen vor, innerhalb dessen die einzelnen Betriebe eigenverantwortlich und selbständig handeln, wobei sie gegenüber der Gesellschaft rechenschaftspflichtig bleiben. Im Zuge der Durchführung des Plans werden die praktischen Erfahrungen ständig zur Verbesserung und Konkretisierung genutzt.

4.) In den Betrieben und sonstigen Wirtschaftseinheiten haben die Arbeiterinnen und Arbeiter das Recht, an allen Entscheidungen mitzuwirken, die die Produktion und die Arbeitsbedingungen betreffen. Entsprechend den jeweiligen Bedingungen müssen sie Rechte erhalten, auf die Besetzung der Betriebsleitung Einfluß zu nehmen und diese zu kontrollieren. Sie haben das Streikrecht.

Die Kontrolle über Produktion und Verteilung durch die Belegschaft des jeweiligen Betriebs wird durch überbetriebliche Kontrollorgane der Arbeiterklasse ergänzt, die jederzeit unangemeldet kontrollieren können.

(...)

„9. Bäuerinnen und Bauern, Handwerkerinnen und Handwerker werden zum genossenschaftlichen Zusammenschluss auf freiwilliger Grundlage ermutigt. Niemand wird dazu gezwungen. Die Bäuerinnen und Bauern, die Handwerkerinnen und Handwerker werden die Möglichkeit haben, sich von den Vorteilen praktisch zu überzeugen. (...)“

(...)

Diese Punkte sowie die übrigen Ausführungen des Teils „Arbeit und Gesellschaft“ im „sozialistischen Programm“ beschreiben sehr wohl, wie der Kampf um die Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse geführt werden soll, so konkret jedenfalls, wie man es im voraus sagen kann, ohne die ganz konkreten Verhältnisse zu kennen, unter denen die Arbeiterklasse die Macht ergreifen wird.

Bleibt der Einwand des Autors, es werde nicht gesagt, dass hierfür die Diktatur des Proletariats erforderlich sei.

Der Autor selbst zitiert aber folgenden Satz des Programms: „Um die politische Macht ergreifen, die Diktatur des Proletariats errichten, den Sozialismus aufbauen und zum Kommunismus voranschreiten zu können, braucht die Arbeiterklasse eine kommunistische Partei.“ Dazu sagt er, dieser Satz verkomme „zur Farce“. „Der Satz an sich ist natürlich richtig, leider hat man ihm nur jeden Zusammenhang genommen, in dem er Sinn hätte und richtig aufgefasst werden könnte: Die wesentlichen Elemente dieses Satzes 'Diktatur des Proletariats' und 'Sozialismus aufbauen' sind in unserem Programm einfach wegdefiniert worden.“ (S. 33) Ja, wenn es so wäre! Wie oben gesehen, sagt das Programm eben sehr wohl, was getan werden muss, um die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu schaffen. Und dann sagt es, dass man dazu die Diktatur des Proletariats braucht. Was will der Autor also? Mit welchem Recht erkühnt er sich zu behaupten, das Programm sei „revisionistisch“, „die Epoche der Diktatur des Proletariats“ werde „übersprungen und damit die marxistisch-leninistische Lehre von der Notwendigkeit der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse negiert“?

Einen Kritikpunkt des Autors in diesem Zusammenhang habe ich allerdings bisher immer noch nicht behandelt. Das Programm betrachtet den Kampf für die Errichtung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Tat nicht als „Epoche“. Es stellt dem „sozialistischen Programm“ ganz im Gegenteil die Aussage voran, diese Programmpunkte könnten und müssten „mit dem Sieg der sozialistischen Revolution in Deutschland rasch verwirklicht werden“. (Programm S. 32)

Und das ist völlig richtig. In Deutschland wird es aller Voraussicht nach nicht erforderlich sein, ganze Industriezweige in einem Kraftakt erst zu schaffen. (Etwas anderes kann sich ergeben, wenn ein Krieg, verheerende Umweltkatastrophen oder verheerende Wirtschaftskrisen zu einer weitgehenden Zerschlagung der industriellen Infrastruktur geführt haben, bevor die Diktatur des Proletariats verwirklicht wird, aber derartige Eventualitäten kann das Programm nicht voraussagen.) Deutschland ist kein Land mit überwiegender Bauernschaft. In Deutschland sind die Produktivkräfte auf einem ungleich höheren Niveau als im Russland der Oktoberrevolution. In Deutschland wird es aller Wahrscheinlichkeit nach eine der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) vergleichbare Phase nicht geben, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach bald nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse keine privatkapitalistischen und staatskapitalistischen Sektoren der Wirtschaft und keine bedeutenden Sektoren kleiner Warenproduktion mehr geben.

Um Missverständnissen vorzubeugen: ich behaupte nicht etwa, angesichts der Produktivkraftentwicklung in Deutschland sei die Errichtung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ein Kinderspiel, dazu bedürfe es keines Kampfes oder ähnliches. Ich sage nur: unter normalen Umständen wird es im Vergleich zur Sowjetunion sehr viel rascher gehen, wird es keine **Epoche** beinhalten.

Klar ist, dass sozialistische Vergesellschaftung nicht auf die Konfiskation bürgerlichen Eigentums **reduziert** werden kann. Wollte man das so sehen, so müsste man nur darauf achten, bei der Konfiskation „entschlossen“ vorzugehen, wie es in Russland die „linken“ Kommunisten forderten. Lenin aber hielt ihnen entgegen:

*„Man kann in der Frage der Nationalisierung, der Konfiskation entschlossen oder unentschlossen sein. Aber das ist es ja gerade, daß selbst die allergrößte 'Entschlossenheit' nicht hinreicht, um den Übergang von der Nationalisierung und der Konfiskation **zur Vergesellschaftung** zu vollziehen. (...) Heute sehen nur Blinde nicht, daß wir mehr nationalisiert, konfisziert, zerschlagen und zerbrochen haben, **als wir zu erfassen vermochten**.¹ Die Vergesellschaftung aber unterscheidet sich gerade dadurch von einfacher Konfiskation, daß zum Konfiszieren bloße 'Entschlossenheit', ohne die Fähigkeit, richtig zu registrieren und richtig zu verteilen, genügt, **während man ohne eine solche Fähigkeit nicht vergesellschaften kann**.“²*

Lenin zeigte, dass die Konfiskation „kein Element der Organisation, der Rechnungsführung über die richtige Verteilung“ enthält.³ „Die Konfiskation des Eigentums der Kapitalisten wird nicht einmal der 'Kernpunkt' der Sache sein, sondern gerade die allumfassende, vom ganzen Volk getragene Arbeiterkontrolle über die Kapitalisten und ihre möglichen Anhänger.“⁴

*„(...) die Expropriation⁵ allein, als juristischer oder politischer Akt, entscheidet bei weitem nicht die Sache, denn es ist notwendig, die Gutsbesitzer und Kapitalisten tatsächlich **abzusetzen** und sie tatsächlich durch eine andere, von Arbeitern ausgeübte Verwaltung der Fabriken und Güter **zu ersetzen**.“⁶*

Vereinfacht gesagt: man kann die Vergesellschaftung nicht durchführen, indem man mit dem Jeep vor den Betrieben vorfährt und sich die Schlüssel aushändigen lässt. Vielmehr muss diejenige Klasse, deren Interesse auf die Vergesellschaftung gerichtet ist, die reale Kontrolle, die reale Verfügungsgewalt über die Produktion erringen – darauf weist Lenin an den angeführten Zitatstellen hin.

Also wie gesagt: einfach wird es nicht. Das Programm der KPD sagt zwar zurecht, dass dies in Deutschland „*rasch*“ verwirklicht werden kann, doch dieses „*rasch*“ ist relativ zu sehen, ist an historischen Maßstäben zu messen. Die Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse wird zwar eines hartnäckigen Kampfes bedürfen, doch wird dieser Kampf in einem entwickelten kapitalistischen Land wie Deutschland wesentlich kürzer sein und weniger Umwege bedürfen als im Russland der Oktoberrevolution.

Lenin führte aus:

1 veröffentlicht im Mai 1918

2 Lenin, Über „linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, LW 27 S. 325 f.; Hervorhebungen von Lenin

3 Lenin, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, LW 26 S. 91

4 ebenda

5 Expropriation: Enteignung

6 Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28 S. 251; Hervorhebungen von Lenin

„Es besteht kein Zweifel, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in verschiedenen Formen denkbar ist, je nachdem, ob wir im Lande bereits überwiegend großkapitalistische Verhältnisse haben oder ob der Kleinbetrieb überwiegt. (...) Hätten wir einen Staat, in dem die Großindustrie überwiegt oder, sagen wir sogar, nicht überwiegt, aber sehr stark entwickelt ist und die Großproduktion in der Landwirtschaft stark entwickelt ist, so wäre ein direkter Übergang zum Kommunismus möglich.“⁷

Mit Kommunismus meint Lenin hier selbstverständlich dessen niedere Stufe, den Sozialismus. Er sagt: in einem industriell entwickelten Land ist der **direkte** Übergang zum Sozialismus möglich. Es liegt also durchaus auf der Linie von Lenins Auffassungen, wenn das Programm der KPD sagt, dass die Maßnahmen der sozialistischen Umgestaltung nach der Machtergreifung des Proletariats „rasch“ verwirklicht werden können, und wenn es **diese** Umgestaltung nicht weiter problematisiert.

Es liegt also völlig neben den Tatsachen, wenn der Autor behauptet, das Programm der KPD leugne, dass die Diktatur des Proletariats genutzt werden muss, um die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu schaffen.

Das selbe gilt für die Behauptung des Autors, die Rote Reihe leugne die Rolle der proletarischen Diktatur bei der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. So wird in der Roten Reihe Heft 1 auf Seite 25 zunächst ausgeführt, dass der Kapitalismus die Produktivkräfte entwickelt, die die Vergesellschaftung ermöglichen; danach wird – in Bezug auf das Russland der Oktoberrevolution – auf 26 die Frage gestellt: *„Was aber, wenn die Arbeiterklasse in einem Land zur Macht gelangt, in welchem der Kapitalismus dieses sein Werk noch nicht verrichtet hat?“* Dieser Frage wird dann auf den Seiten 26 bis 35 nachgegangen; die Maßnahmen der Diktatur des Proletariats zur Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse werden dort kurz dargestellt. Nur kurz aus folgenden Gründen: in der Parteiliteratur waren diese Fragen zuvor schon oft behandelt worden. Die diesbezüglichen Aufgaben waren von der KPdSU(B) im harten Kampf gegen rechte und „linke“ Abweichungen äußerst erfolgreich gelöst worden. **Nicht** etwa an einer unzureichenden Lösung dieser Aufgaben gingen die Diktatur des Proletariats und der Sozialismus in der Sowjetunion letztendlich zugrunde, sondern an Problemen, die **innerhalb** der (in den 30er Jahren errichteten) sozialistischen Ordnung selbst bestanden und **nicht** gelöst wurden. Es lag daher nahe, die theoretische Aufmerksamkeit auf diese Periode bzw. diese Probleme zu konzentrieren.

Der Autor wendet sich dagegen, dass bereits das Programm der KPD von 1977 sagt: *„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere, der Sozialismus.“*

Hiergegen wendet der Autor folgendes ein:

*„Eben nicht! Bevor vom Sozialismus überhaupt die Rede sein kann, müssen die sozialistischen Produktionsverhältnisse nach der Revolution zunächst einmal geschaffen werden, und das erfordert insbesondere eine Periode der revolutionären Umwandlung mit ganz besonderen Aufgaben und Problemen. Diese Periode ist die Epoche der Diktatur des Proletariats. Wenn wir von der Diktatur des Proletariats sprechen, meinen wir zuallererst diese Epoche und erst logisch und zeitlich danach sprechen wir davon, dass auch der Staat in der niederen Phase des Kommunismus weiterhin die Diktatur des Proletariats ist. Und hier kommen wir zur ersten gravierenden Konsequenz, die sich aus der Sozialismus-Analyse der Roten Reihe ebenso wie aus manchen älteren Verfälschungen ergibt: Der Sozialismus wird mit der Epoche der Diktatur des Proletariats verwechselt und in einen Topf geworfen. Das heißt in der Konsequenz, dass die wirkliche Übergangsperiode, die **wirkliche Epoche der Diktatur des Proletariats** in der Theorie und in der Programmatik der Partei faktisch wegfällt.“* (Seite 18, Hervorhebung von mir, P.U.)

Harter Tobak: die wirkliche Epoche der Diktatur des Proletariats fällt dem Autor zufolge in der Programmatik und Theorie der KPD weg!

Wir haben oben bereits gesehen, dass die Behauptung des Autors, Programmatik und Theorie der KPD hät-

⁷ Lenin, X. Parteitag der KPR(B), LW 32 S. 237

ten die Aufgaben der Diktatur des Proletariats bei der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse geleugnet, völlig absurd ist. Im letzten Zitat sehen wir noch etwas anderes: Der Autor erkennt zwar verbal an, dass der Staat auch nach Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse noch Staat der Diktatur des Proletariats ist. Die „**wirkliche**“ Epoche der Diktatur des Proletariats ist für ihn aber **nur** die Epoche der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse! Anders ließe sich der Vorwurf, diese „wirkliche“ Epoche falle in Programmatik und Theorie der KPD faktisch weg, logisch nicht begreifen. Als Nebenresultat erhalten wir hier übrigens: das, was der Autor für die „wirkliche Epoche der Diktatur des Proletariats“ hält, findet in industriell entwickelten Ländern nur als kurze Momentaufnahme statt.

Marx schrieb eindeutig:

*„Dieser Sozialismus ist die **Permanenzerklärung der Revolution**, die **Klassendiktatur** des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur **Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt**, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.“⁸*

Die Graue Reihe 28/29 stellt auf Seite 86 hierzu richtig fest:

*„Diese außerordentlich wichtige Definition stellt klar, welches umfassende Programm die Diktatur des Proletariats durchzuführen berufen ist. Es handelt sich nicht nur um die Beseitigung des Kapitalverhältnisses, sondern um den Übergang von der alten sozialökonomischen Ordnung zur neuen kommunistischen⁹, ein Übergang, der u.a. die Beseitigung aller bornierten Formen der Arbeitsteilung beinhaltet – erst dadurch kann nicht nur das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, sondern **alle Klassenunterschiede überhaupt** beseitigt werden¹⁰, darunter alle Unterschiede von leitender und ausführender Tätigkeit in Form einer sozialen Verfestigung. Wir wollen diesen komplizierten Übergang an dieser Stelle nicht näher untersuchen, sondern nur folgendes festhalten: Marx hat klar darauf hingewiesen, daß die Diktatur des Proletariats die politische Form ist, welche die Arbeiterklasse benötigt, solange dieser gewaltige Übergang nicht vollständig durchgekämpft ist.“*

Eine Revision des Marxismus-Leninismus ist es also nicht etwa, die gesamte Übergangsperiode zwischen dem Kapitalismus und dem **entwickelten** Kommunismus als Epoche der Diktatur des Proletariats zu begreifen – dies eben **ist** die marxistisch-leninistische Auffassung in dieser Frage. Eine Revision des Marxismus-Leninismus ist es vielmehr, **allein** die Periode der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse als „wirkliche Übergangsperiode“, „als wirkliche Epoche der Diktatur des Proletariats“ anzusehen, wie es der Autor tut. (S. 18) Es ist daher ein schlechter Hintertreppenwitz, wenn ausgerechnet er dem Programm und der Theorie der KPD in dieser Frage „Verfälschung und Vulgarisierung des Marx'schen Gedankengangs über die Übergangsperiode“ (S. 17) unterstellt.

Am Rande sei hier folgendes vermerkt:

Der Autor bezeichnet auf S. 17 eine Passage im *Weg der Partei* 1 – 2/92 (S. 30 f.) als „im besten Fall ein Mißverständnis und im schlimmsten Fall eine Fälschung“. Es handelt sich darum, dass der *Weg der Partei* folgende Ausführungen Lenins auf die **gesamte** Periode des Übergangs zum Kommunismus und nicht etwa – wie es der Autor für richtig hält – **allein** auf den Übergang zum Sozialismus bezogen hat:

„Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besieigten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen

⁸ Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7 S. 90; Hervorhebungen von Marx

⁹ Gemeint ist hier selbstverständlich der entwickelte Kommunismus, nicht seine untere Stufe, der Sozialismus.

¹⁰ Im Original ist hier ein offensichtlicher Schreibfehler; statt „beseitigt werden“ steht dort „erfolgen“.

Kommunismus sein.“¹¹

Der Autor sagt dazu: „*Wer die Stelle genau und im Zusammenhang nachliest, wird leicht feststellen, dass Lenin hier gar nicht vom Sozialismus spricht, sondern von einer Übergangsperiode zum Sozialismus, die nicht identisch ist mit dem Sozialismus.*“ (Seite 15, Hervorhebungen vom Autor)

Nicht ganz! **Zunächst** ist zwar allein von Problemen der Übergangsperiode zum Sozialismus die Rede. Aber abgesehen davon, dass das Werk nicht abgeschlossen wurde, sondern Fragment blieb¹², sagt Lenin im selben Artikel: „*Sozialismus ist Abschaffung der Klassen. Die Diktatur des Proletariats hat für diese Abschaffung alles getan, was sie tun konnte.*“¹³ *Aber auf einen Schlag kann man die Klassen nicht abschaffen. Und die Klassen sind geblieben und werden für die Dauer der Epoche der Diktatur des Proletariats bestehenbleiben.*“¹⁴ *Die Diktatur wird nicht mehr gebraucht werden, wenn die Klassen verschwunden sind. Sie werden nicht verschwinden ohne die Diktatur des Proletariats.*“¹⁵ Lenin spricht in diesem Artikel also – im Gegensatz zur Behauptung des Autors – sehr wohl von Problemen und Aufgaben, die sich auch **nach der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse stellen werden, spricht also nicht nur vom Übergang zum Sozialismus.**

Allerdings könnte folgendes in der Tat dafür sprechen, dass Lenin an besagter Stelle nur den Übergang zum Sozialismus meint: Lenin spricht hier vom „besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus“. Mit Errichtung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist der Kapitalismus jedoch vernichtet. Immerhin könnte man das „nicht vernichtet“ aber auch darauf beziehen, dass die Restauration des Kapitalismus immer noch möglich ist, solange der entwickelte Kommunismus nicht errichtet ist.

Letzten Endes ist es aber egal, ob Lenin **speziell mit dieser Äußerung** den Zeitraum bis zur Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse oder den Zeitraum bis zur Errichtung der entwickelten Stufe des Kommunismus meinte. Denn unabhängig davon ist klar, dass Lenin nicht etwa (wie der Autor) lediglich den Zeitraum, in welchem die sozialistischen Produktionsverhältnisse geschaffen werden, als die „eigentliche“ Epoche der Diktatur des Proletariats betrachtet, sondern – wie Marx – selbstverständlich die gesamte Epoche bis zur vollständigen Beseitigung all dessen, was von Klassenverhältnissen übriggeblieben ist.

1920 sagte Lenin:

„*Analysieren wir die gegenwärtige politische Lage, so könnten wir sagen, daß wir eine Übergangsperiode in der Übergangsperiode durchmachen. Die ganze Diktatur des Proletariats ist eine Übergangsperiode, aber jetzt haben wir sozusagen einen ganzen Haufen neuer Übergangsperioden.*“¹⁶

Das ist wohl deutlich genug.

II.

Ist die Position der Roten Reihe zum Sozialismus und zum sozialistischen Staat in der Sowjetunion trotzistisch?

Der Autor behauptet, der in der Roten Reihe verwandte Begriff der Übergangsgesellschaft sei direkt von

11 Lenin, Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, LW 30 S. 91

12 siehe LW 30 S. 101 : Dort heißt es „Fortsetzung folgt“, doch zu einer Fortsetzung kam es nicht.

13 Gemeint ist natürlich: was sie bis zum jetzigen Zeitpunkt tun konnte.

14 Man beachte: im Gegensatz zum Autor sieht Lenin die „Epoche der Diktatur des Proletariats“ als die gesamte Zeitspanne bis zur vollständigen Abschaffung der Klassen an.

15 LW 30 S. 99; Hervorhebungen von Lenin

16 Lenin, Über die Gewerkschaften, LW 32 S. 15 f.

Trotzki übernommen und leugne, dass in der Sowjetunion Mitte der 30er Jahre die sozialistischen Produktionsverhältnisse errichtet waren.

Dies ist blanker Unsinn, und eigentlich ist die Zeit und der Aufwand schade, sich mit diesem Hirngespinnst zu befassen.

Der Autor zitiert auf den Seiten 19 und 20 Passagen aus Trotzki's Schrift „Verratene Revolution“ aus dem Jahr 1936, in welchen Trotzki im wesentlichen mit folgenden „Begründungen“ behauptet, die Sowjetunion sei nicht sozialistisch:

- Die „wirtschaftliche Entwicklung“, gemeint ist also wohl der Stand der Produktivkräfte, sei zu niedrig. Man könne erst von Sozialismus sprechen, wenn „*eine Gesellschaft*“ „*in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von Anfang an höher steht als der fortgeschrittenste Kapitalismus*“. Dieses trotzki'sche Dogma ist blanker Unsinn. Ein gewisser Entwicklungsstand der Produktivkräfte muss natürlich gegeben sein, um sozialistische Produktionsverhältnisse schaffen zu können, doch dieser Stand der Produktivkraftentwicklung war in der Sowjetunion in einer gewaltigen Kraftanstrengung geschaffen worden.
- Die Verteilungsnormen seien bürgerlich. Auch das – als Begründung dafür, dass die Sowjetunion nicht sozialistisch gewesen sei – ist blanker Unsinn, denn Marx hatte in der *Kritik des Gothaer Programms* gezeigt, warum in der unteren Stufe des Kommunismus, also im Sozialismus, diesbezüglich noch das „bürgerliche Recht“ herrschen **muss**.
- Es gebe Bürokratie. „*Auf dem Weg zum Sozialismus*“ müssten entweder „*die Arbeiter die Bürokratie stürzen*“, oder es werde zur Restauration des Kapitalismus kommen. Auf die Frage, warum auch dies konterrevolutionärer Unsinn ist, werde ich weiter unten zurückkommen.

Der Autor behauptet nun auf den Seiten 23 und 24 (Hervorhebungen vom Autor):

„Was ist nun also davon zu halten, wenn in der Roten Reihe zwar nicht offen bestritten wird, dass die Sowjetunion Stalins sozialistisch gewesen ist, wenn aber gleichzeitig der Begriff des Sozialismus seines eigentlichen, marxistisch-leninistischen Inhalts beraubt wird – wie oben gezeigt – und er zu einer widerspruchsvollen 'Übergangsgesellschaft' reduziert wird, ähnlich wie sie Trotzki und Mandel in ihren Büchern ausmalen?“

Die Antwort liegt auf der Hand.

Es spielt nur eine untergeordnete Rolle, welche konkreten Eigenschaften Trotzki und Mandel der 'Übergangsgesellschaft' zuschreiben und welche davon die Rote Reihe offen übernimmt (dazu mehr im zweiten Abschnitt)¹⁷. Entscheidend ist, dass mit der Übernahme des Begriffs der widerspruchsvollen, zwischen den Formationen stehenden 'Übergangsgesellschaft' für die Sowjetunion im Kern dieselbe Position eingenommen wird, wie sie die Trotzki'sten gegenüber den Bolschewiki eingenommen haben. Denn es wird damit nichts anderes gesagt als : 'Die Sowjetunion Stalins war nicht sozialistisch, und wenn sie sozialistisch war, dann jedenfalls ist der Sozialismus etwas grundlegend anderes als das, was Stalin und die Bolschewiki dafür gehalten und dafür erklärt haben.'¹⁸

Die Rote Reihe entscheidet sich also für die erste der von Trotzki genannten Schlussfolgerungen und revidiert unsere traditionellen Anschauungen von der sozialistischen Gesellschaft radikal.¹⁹

17 Ich werde auf das, was der Autor in seinem zweiten Abschnitt sagt, weiter unten eingehen.

18 Der Autor bringt letzteres in Anführungszeichen, doch es ist kein Zitat; es ist lediglich das, was sich seiner Meinung nach aus der Roten Reihe logisch ergeben müsse.

19 Der Autor bringt an dieser Stelle folgende Fußnote: „*Ich möchte an dieser Stelle bemerken, dass der Verfasser der Roten Reihe mir gegenüber in einem Gespräch Mitte 2008 selbst äußerte, es werde ihm immer klarer, was für einen 'radikalen Bruch' die theoretischen Auffassungen aus der Roten Reihe bedeuteten.*“ In Wirklichkeit habe ich sinngemäß geäußert, dass die Überlegungen, die bereits ab Ende der 80er Jahre in der KPD zu Fragen der Analyse des So-

Das ist nichts anderes als ein versteckter, aber dafür frontaler Angriff auf die Positionen und das Werk Stalins und der Bolschewiki, den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion.

Das ist nichts anderes als getarnter Trotzismus.“

Kehren wir zur Abwechslung mal wieder zur Realität zurück und halten wir fest, dass in der Roten Reihe **nichts, buchstäblich nichts** steht, was so verstanden werden könnte, als wäre die Stalinsche Sowjetunion nichts sozialistisch gewesen.

Ganz im Gegenteil. Die Rote Reihe Heft 1 hat den Titel „*Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte*“. Bereits in den ersten Sätzen der „Vorbemerkung“ (Seite 7) wird ausgeführt, in welchem Sinne dies gemeint ist: „*Der Sozialismus' ist endgültig gescheitert' – das ist die Schlußfolgerung, die die öffentliche Meinung aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der DDR und der mit ihnen verbundenen Länder gezogen hat. Wir sehen das anders. Zunächst einmal sind wir der Meinung, dass der Sozialismus in diesen Ländern ²⁰bereits in den 50er Jahren beseitigt wurde.*“ Im Band 2 der Roten Reihe (Seite 127; Hervorhebung von der Roten Reihe) wird auf die absurde Auslegung des Begriffs „Scheitern“ durch Stefan Engel folgendes klargestellt: „*Der Sozialismus scheiterte in dem Sinne, dass er als Gesellschaftsordnung dort untergegangen ist (...).*“ Wenn er als Gesellschaftsordnung untergegangen ist, muss er zuvor als Gesellschaftsordnung bestanden haben. Dass er im Zuge der konterrevolutionären Umwälzungen nach Stalins Tod untergegangen ist, wird in der Roten Reihe mehr als deutlich herausgestellt.

Bereits das zeigt die bodenlose Dreistigkeit des Autors.

Er eiert denn auch herum (S. 23), die Rote Reihe bestreite zwar „*nicht offen*“ (!!), dass die Sowjetunion Stalins sozialistisch gewesen sei, doch folge das aus ihrer Auffassung von der Übergangsgesellschaft.

Auf letzteres komme ich zurück. Halten wir zunächst noch fest: Auch von den oben angeführten „Begründungen“ Trotzki, warum die Sowjetunion angeblich nicht sozialistisch gewesen sei, findet man in der Roten Reihe kein Spur.

Der Autor allerdings wirft der Roten Reihe vor, sie gehe davon aus, dass Bürokratismus in einer sozialistischen Gesellschaft gesetzmäßig entstehe, und dies sei Trotzismus. Er deklariert: „*(...) entsteht Bürokratismus im sozialistischen Staat nicht gesetzmäßig.*“ (Seite 51; Hervorhebung vom Autor) Er räumt zwar ein, dass es eine objektive Grundlage für die Entwicklung von Bürokratismus gibt, dies heiße aber „*nicht, dass Bürokratismus im Sozialismus gesetzmäßig – also zwangsläufig – entsteht.*“ (Seite 52)

Stalin aber war – zumindest was die Sowjetunion betraf - ganz offensichtlich nicht dieser Meinung. Er sagte 1927:

„Daß Elemente des Bürokratismus bei uns im Staatsapparat, im Genossenschaftsapparat und im Parteiapparat vorhanden sind, darüber kann kein Zweifel bestehen. Daß die Elemente des Bürokratismus bekämpft werden müssen und daß wir so lange vor dieser Aufgabe stehen werden, als wir eine Staatsmacht haben, als

zialismus und des Revisionismus angestellt wurden, teilweise einen radikalen Bruch zu vorherigen dogmatischen und unmarxistischen Betrachtungsweisen darstellen. Ich habe aber buchstäblich nichts geäußert, was irgendwie so verstanden werden könnte, als wäre die Stalinsche Sowjetunion nicht sozialistisch gewesen. Genau diesen Eindruck jedoch sucht der Autor zu erwecken. Ich verkneife mir einen stärkeren, mir auf der Zunge liegenden Ausdruck und beschränke mich auf den Hinweis, dass solche Methoden der „Auseinandersetzung“ in höchstem Maße unappetitlich sind.

Auf die Frage, warum die **marxistisch-leninistischen** Auffassungen über den Sozialismus durch die Rote Reihe keineswegs revidiert, sondern vielmehr **angewandt** und gegen unmarxistische Auffassungen verteidigt werden, gehe ich an dieser Stelle nicht gesondert ein. Die gesamte vorliegende Arbeit zeigt dies auf.

20 Diese Formulierung ist insoweit ungenau, als die DDR und die anderen mit der SU verbundenen Länder, die in den 50er Jahren entarteten, lediglich auf dem Weg zum Sozialismus gewesen waren; sozialistisch war nur die SU gewesen.

ein Staat existiert – das ist ebenfalls eine Tatsache.“²¹

Der Autor führt dieses Zitat sogar selbst an (S. 59), denkt aber offenbar dennoch nicht darüber nach, dass Stalin ganz offenkundig der Auffassung war, erst mit dem Absterben des Staates könne der Bürokratismus vollständig beseitigt werden, was aber nichts anderes bedeutet, als dass – Stalins Auffassung zufolge – ein gewisses Maß an Bürokratismus sich unter den Bedingungen der Existenz des sowjetischen sozialistischen Staates **gesetzmäßig** entwickelte.

Es ist kein Zufall, dass der Autor, der dieses Stalin-Zitat selbst anführte, über diese naheliegenden Konsequenzen nicht nachdachte, denn er konzentrierte seine ganzen Anstrengungen darauf, der Roten Reihe Trotzismus „nachzuweisen“. Deswegen räsoniert er wie folgt:

*„Was würde es denn bedeuten, wenn die sozialistische Gesellschaft selbst die Quelle antagonistischer Widersprüche wäre, wenn sich bspw. der Bürokratismus als bürgerliche, antikommunistische Strömung **gesetzmäßig** im sozialistischen Staat entwickeln müsste? Das würde nichts anderes bedeuten, als dass dieser Widerspruch nur durch den gewaltsamen Zusammenstoß und die Vernichtung einer der beiden Seiten – Arbeiterklasse oder Bürokratie – gelöst werden könnte. Das würde außerdem bedeuten, dass der Widerspruch nur durch die Vernichtung des Staates als Quelle dieses Widerspruchs gelöst werden könnte. Trotzki immerhin ist bekanntlich bereit gewesen, diese Folgerung zu ziehen.“* (Seite 58; Hervorhebung vom Autor) Und in der Folge wirft er der Roten Reihe gewissermaßen vor, nicht so konsequent zu sein wie Trotzki: *„Wäre die Rote Reihe konsequenter in ihren praktischen Schlussfolgerungen, müsste sie wie Trotzki den gewaltsamen Kampf gegen die Bürokratie zur Notwendigkeit erklären. So weit geht sie nicht. Die Gemeinsamkeit mit Trotzki besteht aber zweifellos darin, dass der sozialistische Staat diffamiert und als notwendiges 'Übel' dargestellt wird – eine Position, die bereits von Stalin vehement angegriffen worden ist.“* (S. 59)

Der Autor bringt es fertig, **unmittelbar danach (!)** das Stalin-Zitat vom 15. Parteitag zu bringen, dessen ersten Teil ich oben angeführt habe und in dem Stalin klar sagt, **dass der Bürokratismus so lange bekämpft werden muss, wie ein Staat existiert**. Stalin fährt nach diesem ersten Teil so fort, dass er erklärt, man dürfe selbstverständlich die Kritik am Bürokratismus nicht so weit treiben, dass der Staatsapparat diskreditiert wird und dass Versuche vorbereitet werden, ihn zu zerbrechen. **Allein an diesem Teil** des Zitats knüpft der Autor sodann an und unterstellt, die Rote Reihe betreibe genau dieses trotzkistische Geschäft: Indem sie den Bürokratismus im sozialistischen Staat für gesetzmäßig erkläre, bereite sie der Position den Weg, das gewaltsame Zerbrechen dieses Staates sei erforderlich, und hierfür müsse die Arbeiterklasse die Bürokratie gewaltsam angreifen. Tatsächlich aber hielt Stalin selbst den Bürokratismus im Sowjetstaat für gesetzmäßig – ansonsten hätte er kaum die Auffassung vertreten, man müsse ihn bekämpfen, könne ihn also nicht loswerden, so lange ein Staat existiert.

Hier haben wir ein Beispiel dafür, in welcher infamer Weise der Autor gegnerische Positionen verdreht und verfälscht, um zu dem Resultat zu gelangen, das ihm genehm ist:

Zunächst wird wahrheitswidrig unterstellt, die Rote Reihe vertrete, der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bürokratismus sei **gesetzmäßig immer** antagonistisch, der Bürokratismus müsse **gesetzmäßig immer als** bürgerliche, antikommunistische Strömung in Erscheinung treten. Daraus wird dann „logisch“ gefolgert, dieser Widerspruch könne nur *„durch den gewaltsamen Zusammenstoß und die Vernichtung einer der beiden Seiten – Arbeiterklasse oder Bürokratie – gelöst werden“*, dies also sei die Position der Roten Reihe, wemgleich der Autor der Roten Reihe zu feige sei, dies offen zu sagen.

Und danach wird es noch grotesker: *„Das würde außerdem bedeuten, dass der Widerspruch nur durch die Vernichtung des Staates als Quelle dieses Widerspruchs gelöst werden könnte. Trotzki immerhin ist bekanntlich bereit gewesen, diese Folgerung zu ziehen.“* Dabei übersieht der Autor großzügig, dass **Stalin** zu Beginn des Zitats, welches der Autor unmittelbar danach (!) anführt, zum Ausdruck bringt, wie der Widerspruch endgültig gelöst werden wird: sehr wohl mit dem **Verschwinden** des Staates, aber eben nicht im trotzkistischen Sinne durch sein **Zerbrechen**, sondern durch das **Absterben** des Staates, wenn der gesellschaftliche

21 Stalin, 15. Parteitag, SW 10 S. 277

Zustand dafür reif ist.²² Diese Auffassung teilt die Rote Reihe mit Stalin – und handelt sich damit das „vernichtende“ Urteil des Autors ein, sie diffamiere den sozialistischen Staat.

Ich werde weiter unten näher auf die Frage eingehen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse es sind, die Bürokratismus gesetzmäßig hervorbringen, solange der sozialistische Staat noch nicht absterben kann. Ich will an dieser Stelle nur ein – wenn auch längeres – Zitat aus der Roten Reihe anführen, welches zeigt, wie aberwitzig die Unterstellung des Autors ist, die Rote Reihe stehe auf dem Standpunkt (oder führe zumindest an den Standpunkt heran, bereite ihn vor), man müsse die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Bürokratie bzw. gegen die sozialistische Staatsmacht mobilisieren, um diese Staatsmacht zu zerbrechen:

*„Doch der Übergang vom Lohnarbeiter zum sozialistischen Eigentümer erfolgt ebenfalls nicht von heute auf morgen – ein wesentlicher Grund, warum zunächst noch Arbeitsteilungen erforderlich sind, die Berufsmanager und Berufspolitiker hervorbringen. Wären allein die Funktionäre das Übel, so könnte man sich ihrer leicht entledigen. (Das wäre die 'Lösung' a`la Mao Tse-tung: Die 'guten' Funktionäre setzen den 'bösen' Schandmützen auf; ca. alle 10 Jahre kommen die 'Drachen und Teufel' an die Oberfläche und werden dann geschlagen.) Doch das Übel sind nicht die Berufspolitiker, Berufsmanager usw., sondern das Übel ist der gesellschaftliche Zustand, der die betreffenden Formen der Arbeitsteilungen noch erforderlich macht. Die Berufsfunktionäre und -funktionärinnen sind aufgrund der relativen Rückständigkeit von Arbeitern und Arbeiterinnen erforderlich, können aber dazu beitragen, diese Rückständigkeit zu konservieren. Die an der Macht befindliche Arbeiterklasse braucht ihre BerufsmanagerInnen und BerufspolitikerInnen noch, aber der entsprechende gesellschaftliche Zustand, die entsprechenden Arbeitsteilungen reproduzieren sich selbst, wenn sie nicht nach und nach durch bewußte Anstrengungen überwunden werden. Und hier kommen wir zurück zu den klassenmäßigen Unterschieden im Sozialismus, die schon keine Unterschiede von Klassen mehr sind. Gibt es z.B. BerufsmanagerInnen und BerufspolitikerInnen, so haben diese spezielle Stellungen zu den Produktionsmitteln und stellen somit spezielle Schichten dar. Es sind keine Klassen, weil und so lange die Kontrolle der Arbeiterklasse überwiegt, stärker ist als die Sonderinteressen dieser Schichten. Es sind Schichten, die im Dienste der Arbeiterklasse stehen, auch wenn sie daneben bzw. dagegen Eigeninteressen verfolgen. Es sind schon deshalb keine Klassen, weil dieses Eigeninteresse nicht alle Angehörigen dieser Schichten auszeichnet: Die Kommunistinnen und Kommunisten (das ist allerdings bei weitem nicht jeder mit Parteibuch!) in leitenden Funktionen bzw. mit besonderen Aufgaben sind bestrebt, sich am proletarischen Klasseninteresse zu orientieren und üben diese Funktionen **mit dieser Zielsetzung** aus, doch die Übergänge sind wie immer fließend.*

*Was geschieht nun, wenn die proletarische Kontrolle, die proletarische Herrschaft über die Gesellschaft **verlorengeht**? Dann eben verwandeln sich diese Schichten in eine neue Klasse, eine Klasse, die freilich sehr inhomogen ist, wie wir gerade in unserem Sowjetunionbuch gezeigt haben²³, deren gemeinsames Interesse aber in der Niederhaltung der Arbeiterklasse besteht. Und dann ist die Gesellschaft nicht mehr sozialistisch, da die Orientierung auf den Kommunismus verlorengegangen ist.“²⁴*

Man kann diese Auffassungen natürlich für falsch halten. Wer aber behauptet, es liege in der Logik der in der Roten Reihe vertretenen Auffassungen, man müsse die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den sozialistischen Staat mit dem Ziel, ihn gewaltsam zu zerbrechen, mobilisieren, der ist ein **Fälscher und Verleumder**. Ein Fälscher und Verleumder ist der Autor im übrigen auch in der Hinsicht, dass er behauptet, in der Roten Reihe sowie im Weg der Partei 1-2/92 würde die „Zerschlagung der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ durch die Revisionisten „abgestritten“. (Seite 2) Am Rande sei vermerkt, dass der Autor da nicht der einzige ist. In einem in ihrer Homepage veröffentlichten Bericht über eine Enver-Hoxha-Konferenz im Januar 2009 schreibt die Gruppe Arbeit-Zukunft über die Rote Reihe, diese habe verkündet, „dass die revisionistische Herrschaft nicht etwa das Ende des Sozialismus und die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse bedeute“. Es ist zwar richtig – und darauf werde ich im zweiten Teil eingehen – dass die Rote Rei-

22 Stalins Aussage, dass Elemente des Bürokratismus bekämpft werden müssen, solange ein Staat existiert, impliziert für Marxisten nämlich genau dies.

23 Gemeint ist die Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft, Heft 1. Dort wird z.B. gezeigt, dass die Interessen der staatlichen Bürokratie und der Betriebsleiter im Revisionismus mitunter stark entgegengesetzt sind, wenngleich sie das gemeinsame Klasseninteresse haben, die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken.

24 Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft, Heft 2, Seite 58 f.; Hervorhebungen von der Roten Reihe

he die Auffassung vertritt, dass die Verhältnisse in den von den Revisionisten beherrschten Ländern **nicht kapitalistisch** waren. Allein das oben angeführte Zitat der Roten Reihe zeigt aber den verleumderischen Charakter der Behauptung, die Rote Reihe habe behauptet, der Sozialismus sei damit noch nicht beseitigt gewesen. Sie hat durchgängig das Gegenteil behauptet. Offenbar ist es in gewissen Kreisen üblich geworden, gegnerische Auffassungen nicht nur schamlos zu verfälschen, sondern teilweise direkt ins Gegenteil zu verkehren.²⁵

Kommen wir noch auf ein weiteres „Argument“ des Autors zu sprechen, mit dem dieser die Rote Reihe des Trotzismus bezichtigen will:

„Von Trotzki übernimmt die Rote Reihe auch das 'niedrige Stadium der Vergesellschaftung', welches das staatliche Eigentum darstellt, und macht ebenfalls einen bedeutenden Unterschied zwischen staatlichem und realem gesellschaftlichem Eigentum.“ (Seite 42)

Zum „Beleg“ zitiert der Autor Trotzki wie folgt:

*„Um gesellschaftliches Eigentum zu werden, muß das Privateigentum unvermeidlich das staatliche Stadium durchlaufen, so wie die Raupe durch das Stadium der Larve gehen muß, um Schmetterling zu werden. Aber die Larve ist noch kein Schmetterling! Unmengen von Larven kommen um, bevor sie Schmetterling werden. Das Staatseigentum wird nur in dem Maße zum 'Volkseigentum', in dem die sozialen Privilegien und Unterschiede verschwinden und folglich auch das Bedürfnis nach dem Staat. Mit anderen Worten: **Das Staatseigentum verwandelt sich in dem Maße in sozialistisches Eigentum, wie es aufhört, Staatseigentum zu sein.**“ (zitiert vom Autor auf S. 42)*

Das ist klar: Trotzki zufolge ist die Verstaatlichung durch den sozialistischen Staat noch **keine** Vergesellschaftung.

Vorsichtshalber zitiert der Autor die infragestehende Passage der Roten Reihe nicht. Ich will es nachholen: Die Rote Reihe sagt, dass *„die staatliche Planung und Leitung der Wirtschaft selbst nur eine **niedere Stufe der Vergesellschaftung** bezeichnet. Die zentralstaatliche Verwaltung der wichtigsten Produktionsmittel ist zwar notwendig, um die Vergesellschaftung überhaupt zu beginnen, um die warenproduzierenden Verhältnisse von Grund auf zu zerschlagen. Staatlichkeit beinhaltet jedoch, daß es noch klassenmäßige Unterschiede und Interessen gibt, und so bilden sich auch innerhalb des Staates – und eben auch innerhalb des Apparats der staatlichen Wirtschaftsplanung und -lenkung – Sonderinteressen heraus, die sich gegen das gesellschaftliche Interesse stellen, auch wenn sie sich als gesellschaftliches Interesse tarnen.“*²⁶

Auf letzteres werde ich weiter unten zurückkommen. Halten wir hier zunächst fest: Die Rote Reihe sagt, dass die Verstaatlichung durch den sozialistischen Staat **Vergesellschaftung ist** – und zwar in diametralem Gegensatz zu Trotzki, der erklärt, es sei **keine Vergesellschaftung**. Trotzki sagt glasklar, dass man zwischen staatlichem und „realem“ gesellschaftlichem Eigentum unterscheiden müsse, dass staatliches also **kein reales, kein wirkliches gesellschaftliches Eigentum** sein könne. Eindeutig sagt er: von sozialistischem Eigentum, also von Vergesellschaftung könne erst die Rede sein, wenn es aufhöre, Staatseigentum zu sein. Ganz eindeutig und diametral entgegengesetzt sagt die Rote Reihe: Die Verstaatlichung durch den sozialistischen Staat ist der **Beginn der kommunistischen Vergesellschaftung**, ist **deren** niedere Stufe. Von Trotzki wird hier gar nichts „übernommen“. Laut Trotzki handelt es sich **nicht** um eine niedere Stufe der Vergesellschaftung, da es **gar keine** Vergesellschaftung sei.

Die Rote Reihe hat den Begriff der „niederen Stufe der Vergesellschaftung“ ganz woanders her übernommen:

Stalin wandte sich 1952 u.a. mit folgendem Argument gegen Leute, die das kollektivwirtschaftliche Eigen-

²⁵ Bemerkenswert ist auch die Nonchalance, mit der die Leute von Arbeit-Zukunft verschweigen, dass sie selbst seinerzeit die diesbezüglichen Auffassungen der Roten Reihe geteilt hatten oder zumindest den Eindruck erweckt hatten, das zu tun.

²⁶ Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft Heft 2 S. 10; Hervorhebung von mir, P.U.

tum „nationalisieren“, faktisch in Staatseigentum verwandeln wollten:

„Diese Genossen nehmen an, daß die Überführung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen in staatliches Eigentum die einzige, jedenfalls aber die beste Form der Nationalisierung sei. Das stimmt nicht. In Wirklichkeit ist die Überführung in staatliches Eigentum nicht die einzige und nicht einmal die beste Form der Nationalisierung, sondern die Anfangsform der Nationalisierung, wie Engels im 'Anti-Dühring' ganz richtig sagt.“²⁷

In seinem hysterischen Eifer, der Roten Reihe Trotzismus zu unterschieben, hat sich der Autor so verzettelt, dass er faktisch sogar Stalin des Trotzismus zeilt²⁸, und Engels gleich mit, der bereits zuvor gezeigt hatte, dass die Verstaatlichung nur der Beginn, nur die untere Stufe der kommunistischen Vergesellschaftung sein kann:

*„Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft – ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht 'abgeschafft', er **stirbt ab**.“²⁹ **Geschichtlich** gesehen ist das ein letzter Akt, aber für die Personen, die diesen Akt durchleben, macht er eine ganze Periode aus, die des Sozialismus. Auf Grundlage der Widersprüchlichkeit des damit verbundenen Prozesses bilden sich komplizierte sozialökonomische Beziehungen voraus, die es anhand der historischen Erfahrungen zu analysieren gilt.*

Im übrigen stellte Engels fest:

„In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie; und im besten Fall ein Übel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird und dessen schlimmste Seiten es ebensowenig wie die Kommune umhin können wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.“³⁰

Auch der proletarische Staat ist in gewisser Hinsicht ein „Übel“, etwas, was „dem siegreichen Proletariat vererbt“ wird, das es zu nutzen nicht umhin kann, dessen schlimmste Seiten es aber „zu beschneiden“ hat – es kann sie nicht beseitigen und damit den Staat von Grund auf veredeln, es kann diese „schlimmsten Seiten“ lediglich „beschneiden“. Welch ein Glück hatte Engels, dass er nicht dem Autor über den Weg gelaufen ist, der ihn sicher mit dem vernichtenden Urteil belegt hätte, er sei der geistige Brandstifter, der die Rote Reihe zu solch „trotzkistischen“ Aussagen animiert habe wie: der sozialistische Staat sei eine „Kriücke“ und von ihm gingen „Fäulnistendenzen“ aus.

Beispielsweise wirft der Autor auf Seite 56 der Roten Reihe vor: *„Gerade der sozialistische Staat, die Diktatur des Proletariats, wird als 'gewisse' Quelle von Fäulnis betrachtet, der 'gesetzmäßig' Bürokratismus hervorbringt und ganz in trotzkistischer Manier dem kommunistischen Element in der Gesellschaft entgegeng gehalten wird.“* Und auf Seite 50 wirft er ihr vor, dass *„'Staatlichkeit' und 'kommunistisches Element' der Gesellschaft einander gegenübergestellt werden“* und fährt dann fort: *„Auf diese Weise wird die marxistische, materialistische Betrachtung des sozialistischen Staates durch eine eklektizistische Betrachtung ersetzt, die prinzipienlos Elemente des Materialismus ('Staat der Arbeiterklasse') mit Argumenten des kleinbürgerlichen*

27 Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15 S. 378

28 Verstaatlichung ist, so Stalin, „nicht die beste Form“, sie ist nur „die Anfangsform“ der Nationalisierung – das ist selbstredend gleichbedeutend mit der Aussage, dass sie „niedere Form“, „niedere Stufe der Vergesellschaftung“ ist.

29 Engels, Anti-Dühring, MEW 20 S. 262; Hervorhebung von Engels

30 Engels, Einleitung zu 'Der Bürgerkrieg in Frankreich', MEW 17 S. 625. Selbstverständlich war Marx der gleichen Ansicht: *„Die Kommune war eine Revolution gegen den Staat selbst, gegen diese übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft; sie war eine Rücknahme des eignen gesellschaftlichen Lebens des Volkes durch das Volk und für das Volk.“* Marx, Erster Entwurf zum 'Bürgerkrieg in Frankreich', MEW 17 S. 541, Hervorhebung von Marx

Antimarxismus ('Der Staat an sich ist das Übel', 'Staatlichkeit an sich führt zu Bürokratismus') versöhnt und miteinander vermengt. “ Dem Autor zufolge wäre dann also schon Engels ein „Antimarxist“ gewesen, der im „Staat an sich“ ein Übel sah, wäre Engels ein „Eklektiker“ gewesen, welcher der Auffassung war, dass das im Kampf um die Klassenherrschaft siegreiche Proletariat dieses Übel nutzen muss, nämlich als Staat der Arbeiterklasse.

Die Aussage, dass die sozialistische Verstaatlichung nur der Beginn, nur die niedere Stufe der kommunistischen Vergesellschaftung ist, ist **für einen Marxisten ganz selbstverständlich** – sonst müsste man logischerweise davon ausgehen, dass der Staat auch im entwickelten Kommunismus fortbestünde, eine Annahme, die mit Marxismus **gar nichts mehr** zu tun hätte. Wenn der Autor über die Selbstverständlichkeit, dass die Verstaatlichung niedere Form, Anfangsform der kommunistischen Vergesellschaftung ist, ein Gezeter erhebt, zeigt das nur, wie weit er den Marxismus durch Staatsapologie³¹ ersetzt hat. Selbstverständlich muss die Regierung über Personen durch die Verwaltung von Sachen ersetzt werden, um den Kommunismus in seiner entwickelten Form zu erreichen.

Zuvor kann auf die „Regierung über Personen“ nicht verzichtet werden, wobei dies mal in schrofferen und mal in weniger schroffen Formen notwendig sein kann, und zwar auch gegen Teile der herrschenden Klasse, der Arbeiterklasse selbst. So kommentierte Lenin in seinen Bemerkungen zu Bucharins „Ökonomik der Transformationsperiode“ folgende Passage als richtig: *„Der Zwang jedoch beschränkt sich nicht auf den Rahmen der früher herrschenden Klassen und der ihnen nahestehenden Gruppen. Er überträgt sich in der Übergangsperiode³² - in anderen Formen – auch auf die Werktätigen selbst, auch auf die herrschende Klasse selbst.“*³³ Ebenso hob Lenin folgende Stelle als „richtig“ hervor: *„In der Übergangsperiode ist die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse neben dem Zwang vorhanden, den die Arbeiterklasse, als Klasse für sich, für alle ihre Teile einführt.“*³⁴

Freilich betonte Lenin auch: *„Wir müssen um jeden Preis zuerst überzeugen und dann erst Zwang anwenden.“*³⁵ Zwang soll nur angewandt werden, wenn es nicht anders geht. Das ändert aber nichts daran, dass vor Erreichen der höheren Stufe des Kommunismus nicht vollständig auf Zwang verzichtet werden kann. *„Der Staat ist das Gebiet des Zwanges. Es wäre Wahnwitz, wollte man auf den Zwang verzichten, besonders in der Epoche der Diktatur des Proletariats. 'Administrieren' und administratives Herangehen an die Dinge sind hier unerlässlich“*³⁶

Erst wenn alle Klassenunterschiede beseitigt sind, erst wenn der Staat abgestorben ist, erreicht die kommunistische Vergesellschaftung ihre höhere Stufe. Erst dann wird es keinen Zwang mehr geben, wird es keine „Regierung über Personen“ mehr geben, sondern nur noch die gemeinschaftliche Verwaltung von Sachen und Leitung von Produktionsprozessen durch die assoziierten Produzentinnen und Produzenten.

31 Diese Apologie tritt z.B. auch in folgenden Ausführungen des Autors gegen die Rote Reihe besonders krass in Erscheinung: *„Damit werden die Überreste der alten Gesellschaft, die in der Periode des Sozialismus noch vorhanden sind und mit der Entwicklung des Klassenkampfes zurückgedrängt werden müssen, den sozialistischen Produktionsverhältnissen und dem sozialistischen Staat selbst als Wesensbestandteile zugeschrieben, die sich dort 'gesetzmäßig' entwickeln.“* (Seite 2) Man beachte die Entrüstung, die in den Worten „dem sozialistischen Staat selbst“ liegen! Selbst ihm wird etwas Negatives zugeschrieben! Der Autor hat überhaupt nicht darüber nachgedacht, dass er die Entrüstung über die Aussage, dass die Staatlichkeit als solche etwas zu Überwindendes ist, gegen Marx, Engels, Lenin und Stalin richten muss.

32 Damit war unmittelbar die Periode des Übergangs **zum** Sozialismus gemeint, aber da man es – solange der Staat existiert, so lange die Diktatur erforderlich ist – noch mit „Regierung über Personen“ zu tun hat, gelten diese Ausführungen bis zum Wegfall aller Reste von Klassenunterschieden, also bis zum entwickelten Kommunismus.

33 Lenin, Bemerkungen zu Bucharins 'Ökonomik der Transformationsperiode', Ausgabe VTK Frankfurt-Gelsenkirchen 1981 S. 68

34 ebenda S. 70

35 Lenin, X. Parteitag der KPR(B), LW 32 S. 213

36 Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, LW 32 S. 89

III.

Staatlichkeit und noch nicht überwundene Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft

Warum besteht der Staat im Sozialismus noch fort?³⁷

Zur Beantwortung dieser Frage verweise ich nochmals auf folgenden, überaus wichtigen Hinweis von Marx, den ich oben bereits zitiert habe:

*„Dieser Sozialismus ist die **Permanenzklärung der Revolution**, die **Klassendiktatur** des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur **Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt**, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.“³⁸*

Wie ebenfalls oben schon gesagt, haben wir es hier u.a. mit klassenmäßigen Unterschieden zu tun, die schon keine Unterschiede von Klassen mehr sind.³⁹ Eine besondere Rolle spielen dabei diejenigen Unterschiede, die auf der Arbeitsteilung zwischen leitenden und ausführenden Funktionen beruhen. Solange nicht „jede Köchin den Staat regieren kann“, braucht man Berufspolitiker. Solange das staatliche Stadium der Vergesellschaftung noch nicht überwunden ist, braucht man zur Leitung der Produktion Berufs“manager“, einerseits im staatlichen Planungs- und Leitungsapparat, andererseits zur Leitung der einzelnen Betriebe. Solange es diese Spezialisten gibt, haben sie – wie oben schon gesagt – spezielle Stellungen zu den Produktionsmitteln und stellen somit spezielle Schichten dar.

Diese Arbeitsteilung ist ein Überbleibsel der alten Gesellschaft, die wesentlich älter ist als der Kapitalismus und länger andauert als der Kapitalismus. Ohne ihre Überwindung kann die Vergesellschaftung ihre staatliche Hülle nicht abstreifen.

„Es ist klar: solange die menschliche Arbeit noch so wenig produktiv war, daß sie nur wenig Überschuß über die notwendigen Lebensmittel hinaus lieferte, war Steigerung der Produktivkräfte, Ausdehnung des Verkehrs, Entwicklung von Staat und Recht, Begründung von Kunst und Wissenschaft nur möglich vermittelt einer gesteigerten Arbeitsteilung, die zu ihrer Grundlage haben mußte die große Arbeitsteilung zwischen den die einfache Handarbeit besorgenden Massen und den die Leitung der Arbeit, den Handel, die Staatsgeschäfte, und späterhin die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft betreibenden wenigen Bevorrechteten.“⁴⁰

„Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung von ihrer notwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft – Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft etc. - übrigbleibt, solange mußte stets eine besondere Klasse bestehn, die, von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheiten besorgte (...).“⁴¹

Diesen Zustand gilt es schrittweise zu überwinden, um zum entwickelten Kommunismus voranschreiten zu können. Seine vollständige Überwindung setzt u.a. einen Entwicklungsstand der Produktivkräfte voraus, der

37 Wie eingangs schon gesagt, werden die Gründe für die Fortexistenz des Staates im Sozialismus in diesem Artikel nicht umfassend behandelt. Ein wesentlicher Grund ist die Niederhaltung der Reste der zerschlagenen Ausbeuterklassen sowie die Abwehr gegen die Versuche des imperialistischen Auslands, den Sozialismus zu zerschlagen. Diese überaus wichtigen Funktionen des sozialistischen Staates werden hier nicht behandelt.

38 Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7 S. 90; Hervorhebungen von Marx

39 Es gibt natürlich auch noch andere Klassenunterschiede, z.B. die von Arbeitern und Kollektivbauern, die ich hier nicht behandle.

40 Engels, Anti-Dühring, MEW 20 S. 168

41 ebenda S. 169

es ermöglicht, „die Arbeitszeit eines jeden so zu beschränken, daß für alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft – theoretischen wie praktischen – zu beteiligen.“⁴² Es ist ferner ein Entwicklungsgrad der Gesellschaft erforderlich, in dem die Arbeit jeglichen Rest von Zwangscharakter abgestreift hat, in hohem Maße schöpferischen Charakter angenommen hat und zu einem elementaren Bedürfnis der Menschen geworden ist.

Lenin schrieb 1920:

„Der Kapitalismus hinterläßt dem Sozialismus unvermeidlich einerseits die alten, in Jahrhunderten herausgebildeten beruflichen und gewerblichen Unterschiede zwischen den Arbeitern und andererseits die Gewerkschaften. Diese können und werden sich nur sehr langsam, im Laufe vieler Jahre zu breiteren, weniger zünftlerischen Produktionsverbänden (die ganze Produktionszweige und nicht nur einzelne Branchen, Gewerbe und Berufe umfassen) entwickeln und erst dann dazu übergehen, vermittels dieser Produktionsverbände die Arbeitsteilung unter den Menschen aufzuheben und **allseitig entwickelte und allseitig** geschulte Menschen, die **alles machen können**, zu erziehen, zu unterweisen und heranzubilden. Dahin steuert der Kommunismus, dahin muß und **wird** er gelangen, aber erst nach einer langen Reihe von Jahren. Der Versuch, heute dieses künftige Ergebnis des vollkommen entwickelten, vollkommen gefestigten und herausgebildeten, vollkommen entfalteten und reifen Kommunismus praktisch vorwegzunehmen, wäre gleichbedeutend damit, einem vierjährigen Kind höhere Mathematik beibringen zu wollen.

Wir können (und müssen) beginnen, den Sozialismus aufzubauen, und zwar nicht aus einem phantastischen und nicht aus einem von uns speziell geschaffenen Menschenmaterial, sondern aus dem Material, das uns der Kapitalismus als Erbe hinterlassen hat. Das ist sehr 'schwer', wer will es leugnen, aber jedes andere Herangehen an diese Aufgabe ist so wenig ernst, daß es gar nicht lohnt, davon zu reden.“⁴³

Die alte Arbeitsteilung, die mehr oder minder starre Bindung bestimmter Gruppen von Menschen an bestimmte Arten von Tätigkeiten, in deren Folge diese Gruppen sich in besondere soziale Gebilde verwandeln können, muss fallen, um den entwickelten Kommunismus zu erreichen. Damit entfallen auch die Sonderinteressen, die diese sozialen Gebilde vorher entwickelt hatten.⁴⁴ Nicht die Spezialisierung fällt, aber eine solche Form von Spezialisierung, die gesetzmäßig Isoliertheit, gegenseitige Fremdheit der Produzenten beinhaltet. „Alles machen können“ heißt also nicht, dass jeder zu jedem Zeitpunkt alles machen kann, es also im Grunde keine Spezialisierung gebe. Gerade angesichts ständiger Entwicklung der Produktivkräfte und damit einhergehender ständiger Erweiterung des gesellschaftlichen Wissens und der gesellschaftlichen Tätigkeit wäre eine solche Vorstellung naiv. „Alles machen können“ heißt, dass **der Möglichkeit nach** jeder grundsätzlich alles erlernen kann – in dem Sinne, dass es keine gesellschaftlichen Schranken mehr gibt, die ihn daran hindern - und **in der Wirklichkeit** so gut wie jeder im Laufe seines Lebens viele verschiedene Tätigkeiten erlernt und ausübt, anstatt lebenslang an einen engen Wirkungskreis gekettet zu sein.

Diese Aufhebung der alten Arbeitsteilung – der knechtenden Unterordnung unter die Teilung der Arbeit - ist Voraussetzung für das Entfallen aller Reste von Klassenunterschieden; insbesondere entfällt dann auch der Gegensatz von leitenden und ausführenden Funktionen. „Die meisten Entscheidungen werden von den jeweils Betroffenen gefällt werden. Die vergleichsweise wenigen, aber wichtigen zentralen Entscheidungen, die verbleiben, werden von Gremien getroffen, die sich nicht aus Menschen zusammensetzen, welche bis an ihr Lebensende nur diese Funktionen innehaben. Es wird keine besondere gesellschaftliche Schicht sein, aus der sich diese Gremien rekrutieren. Jeder kann realen Einfluß auf die zentralen Entscheidungen und auf die jeweilige und wechselnde Zusammensetzung der zentralen Gremien nehmen.“ (Programm der KPD, S. 21 f.)

Engels hat den Gedanken, dass der Gegensatz von leitenden und ausführenden Funktionen dann verschwunden sein wird, mit dem schönen Ausspruch auf den Punkt gebracht, „daß es einmal keine Karrenschieber

42 ebenda

43 Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31 S. 34 f.; Hervorhebungen von Lenin

44 Lenin betont, dass „die Spezialisten“ „bis zur Erreichung der höchsten Entwicklungsstufe der kommunistischen Gesellschaft eine besondere Schicht“ bleiben werden. (Über die Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften, LW 33 S. 180)

und keine Architekten von Profession mehr geben soll und daß der Mann, der eine halbe Stunde lang als Architekt Anweisungen gegeben hat, auch eine Zeitlang die Karre schiebt, bis seine Tätigkeit als Architekt wieder in Anspruch genommen wird.“⁴⁵

Der „Weg der Partei 1-2/92“ (Seite 24 ff.) weist darauf hin, dass es im Sozialismus „keinen mechanischen Automatismus“ gibt, „der die Gesellschaft in diese Richtung treibt. (...) Solange Klassenunterschiede existieren, solange insbesondere die Trennung von leitender und ausführender Tätigkeit existiert, gibt es eine spontane Tendenz, daß diese sich ausweiten. Bei Arbeitern existiert die Tendenz, sich nicht um gesellschaftliche Angelegenheiten kümmern zu wollen. Diese Tendenz wird sowohl von den Umständen als auch von der psychischen Struktur der Menschen hervorgerufen. Die Umstände sind so, daß es noch einer besonderen Anstrengung bedarf, sich um gesellschaftliche Angelegenheiten zu kümmern. (Z.B. weil die allseitige Ausbildung der Arbeiter noch nicht genug entwickelt ist, weil die Arbeit mitunter noch ermüdend und zermürend ist, weil die Arbeitszeit trotz Verkürzung mitunter noch immer zu lang ist, weil die gesellschaftlichen Einrichtungen zur Regelung des Reproduktionsbereichs noch nicht genügend entwickelt sind usw.) Die Menschen wiederum weisen noch psychische Strukturen auf, die die verantwortliche Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben mitunter als 'zusätzliche' Belastung erscheinen lassen.

Gibt es aber bei Arbeitern die Tendenz, sich nicht um gesellschaftliche Angelegenheiten kümmern zu wollen, so existiert als logische Kehrseite bei Leitern die Tendenz, mit der bestehenden Konzentration von Entscheidungsbefugnissen in ihrer Hand und der damit verbundenen privilegierten Stellung zufrieden zu sein, so daß sie gar keine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse mehr wollen. Dies kann als 'Verteidigung des Sozialismus' dargestellt werden, und in Wirklichkeit verteidigt man die negativen, aus der alten Gesellschaft kommenden Merkmale des Sozialismus, die die positiven nach und nach ersticken. Die rückständigen Seiten der Umstände werden konserviert, die gesellschaftliche Selbsttätigkeit und Selbstveränderung der arbeitenden Massen wird verhindert, der Sozialismus wird letztenendlich zu Fall gebracht.

Der revolutionäre Wille des subjektiven Faktors ist kein Absolutum, das von den übrigen Bestandteilen des Ensembles⁴⁶ losgelöst wäre. Er hängt vielmehr von den Klassenkräften und der Entwicklung ihres Kräfteverhältnisses ab, also von der Entwicklung des Klassenkampfes. Wird der ständigen Verstärkung der Machtstellung und der Privilegien der leitenden Schicht nicht entgegengewirkt, so muß dieser revolutionäre Wille früher oder später zu Fall kommen. (...)

Umgekehrt hängt es wiederum vom Vorhandensein eines subjektiven revolutionären Faktors ab, ob die Politik auf die Ausweitung oder auf die Abschaffung der Klassenunterschiede gerichtet ist. Wille und Tat eines subjektiven revolutionären Faktors sind ein entscheidendes Merkmal des Sozialismus. Beim Wegfallen dieses Faktors geht der Sozialismus unter, geht er in eine davon wesensmäßig unterschiedene Gesellschaft über, eben in den Revisionismus.“

Der letztere Zusammenhang wird an anderer Stelle (S. 13; Hervorhebungen vom WdP) im Weg der Partei wie folgt dargestellt:

„Es gibt jedoch keinen Mechanismus, der determiniert, daß die Gesellschaft zum Kommunismus voranschreiten muß. Voraussetzung für den Sozialismus ist also, daß eine subjektive Kraft vorhanden ist, die zum Kommunismus voranschreiten **will** und die tatsächlich ständig in diese Richtung drängt, und daß diese Kraft die Hegemonie in der Gesellschaft ausübt. Man nehme diese Kraft weg, und man hat keinen Sozialismus mehr. So gesehen ist der revolutionäre Wille und die revolutionäre Tat des subjektiven Faktors, vor allem also der revolutionären Arbeiter sowie der proletarischen Vorhutpartei, der entscheidende Unterschied zwischen Sozialismus und Revisionismus, und nicht irgendwelche Veränderungen in der ökonomischen Mechanik.“

Dazu sagt der Autor nun folgendes:

„Diese Konstruktion ist knallharter Idealismus und die politische Kapitulation vor dem Revisionismus.“

45 Engels, Anti-Dühring, MEW 20 S. 186

46 Gemeint ist das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne von Marxens 6. Feuerbach-These.

Hier geht es nicht um den Umstand, dass der Staat in der sozialistischen Gesellschaft eine so bedeutende ökonomische Rolle erhält, wie er sie nie zuvor in der Geschichte innehatte, und dass die Eroberung dieses Staates durch konterrevolutionäre Kräfte zwangsläufig zur Wiederherstellung des Kapitalismus führen **muss**, wenn die Arbeiterklasse diese Kräfte nicht erneut gewaltsam von der politischen Macht verdrängt (wohlgemerkt handelt es sich hierbei aber erstens um die Wiederherstellung der kapitalistischen Basis und wohlgemerkt betreffe zweitens die Phase zwischen der Machteroberung und den entscheidenden Veränderungen an der Basis in der Sowjetunion nur die Jahre zwischen 1953 und 1956).

Hier geht es vielmehr um die theoretische Auffassung, dass Sozialismus und Revisionismus in ihrem Wesen – nämlich von ihrer ökonomischen Basis her – **dasselbe** sind, dass die revisionistischen Länder in ihrem Kern nichts anderes sind als sozialistische Länder ohne 'bewusste Bewegung nach vorne'.!“
(Seite 97; Hervorhebungen vom Autor)

Wie üblich bleibt der Autor „voll beim Kern der Sache“... **Mit keinem Wort** hat der Weg der Partei behauptet oder auch nur angedeutet, Sozialismus und Revisionismus hätten dieselbe ökonomische Basis. Mit keinem Wort hat er behauptet oder angedeutet, die revisionistischen Länder seien Sozialismus ohne bewusste Bewegung zum Kommunismus.

Letzteres kann es für Marxisten-Leninisten gar nicht geben. Umgekehrt wird nämlich ein Schuh draus. Ohne bewusste Bewegung zum entwickelten Kommunismus, ohne ein revolutionäres Subjekt, das ständig in Richtung Aufhebung sämtlicher Klassenunterschiede (was eben nicht zuletzt den Unterschied von leitenden und ausführenden Funktionen beinhaltet) drängt, **kann es keinen Sozialismus geben!** Das ist es, was der Autor nicht versteht oder nicht verstehen will. Er will nicht akzeptieren, dass der Sozialismus – um es nochmals zu wiederholen - „die **Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen**“ ist. Ohne ein Subjekt, welches fortwährend auf der Verwirklichung dieser Permanenzerklärung beharrt und in diesem Sinne die Diktatur ausübt, gibt es keinen Sozialismus.

Im übrigen führt bereits der Machtverlust des Proletariats – die Kehrseite der Machtergreifung der Revisionisten – sofort und unmittelbar zu einer ganz entscheidenden Veränderung in den Produktionsverhältnissen: Der proletarische Staat ist u.a. und nicht zuletzt ein Instrument, um möglichst viele Arbeiter zur unmittelbaren Leitung aller gesellschaftlichen Bereiche – darunter nicht zuletzt der Produktion – **heranzuziehen**. Der von den Revisionisten beherrschte Staat ist u.a. ein Instrument, sie davon **fernzuhalten**. Selbstredend nahmen die Revisionisten später auch weitere Änderungen an den Produktionsverhältnissen vor, doch die Diktatur des Proletariats und die sozialistischen Produktionsverhältnisse wurden bereits zuvor beseitigt.

Aus gutem Grund hob Lenin 1920 folgenden Satz in Bucharins „Ökonomik der Transformationsperiode“ hervor und kritisierte Bucharin dafür, dass er diesen Gedanken nicht weiterverfolgt hat: „Die Eroberung der Macht im Betrieb durch proletarische Zellen ist im Kern hier eine Aufgabe des ökonomischen Kampfes: die Arbeiterklasse, als herrschende Klasse, in allen Poren des Wirtschaftslebens zu befestigen.“⁴⁷

Bereits im November 1917 hatte Lenin geschrieben:

„Die lebendige schöpferische Tätigkeit der Massen, das ist der Hauptfaktor des neuen öffentlichen Lebens. (...) Der Sozialismus wird nicht durch Erlasse von oben geschaffen. Seinem Geiste ist der fiskalisch-bürokratische Automatismus fremd. Der lebendige, schöpferische Sozialismus ist das Werk der Volksmassen selbst.“⁴⁸

Im April 1918 schrieb Lenin:

„Umgekehrt ist die Hauptaufgabe des Proletariats und der von ihm geführten armen Bauernschaft in jeder sozialistischen Revolution - also auch in der von uns am 25. Oktober 1917 begonnenen sozialistischen Revolution in Russland - die positive oder auch schöpferische Arbeit, die darin besteht, ein außerordentlich kom-

47 Lenin hierzu: „das ist der Kern. Der Autor hätte mehr beim Begriff der '**herrschenden** Klasse' verweilen müssen.“
in: Bemerkungen zu Bucharins Ökonomik der Transformationsperiode, a.a.O. S. 58

48 Lenin, LW 26 S. 283

pliziertes und feines Netz von neuen organisatorischen Beziehungen herzustellen, die die planmäßige Produktion und Verteilung der Produkte erfassen, wie sie für die Existenz von Dutzenden Millionen Menschen notwendig sind. Eine solche Revolution kann nur bei selbständigem historischem Schöpfervermögen der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem der Mehrheit der Werktätigen, erfolgreich verwirklicht werden. Nur wenn das Proletariat und die arme Bauernschaft genügend Bewußtheit, Überzeugungskraft, Selbstaufopferung und Beharrlichkeit aufbringen, wird der Sieg der sozialistischen Revolution gesichert sein. Mit der Schaffung eines neuen, des sowjetischen Staatstypus, der den werktätigen und unterjochten Massen die Möglichkeit erschließt, an dem selbständigen Aufbau der neuen Gesellschaft tätigen Anteil zu nehmen, haben wir erst einen kleinen Teil der schwierigen Aufgabe gelöst. Die Hauptschwierigkeit liegt auf ökonomischem Gebiet: überall die strengste Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte durchzuführen, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Produktion **tatsächlich zu vergesellschaften**.“⁴⁹

Was soll davon noch vorhanden sein, wenn die Revisionisten als Haupt einer neuen Ausbeuterklasse die Macht ergriffen haben? Was hätten bzw. haben die Chruschtschow-Revisionisten an der Macht wohl mit Arbeitern getan, die versucht hätten bzw. haben, in diesem Sinne im Interesse ihrer Klasse in den „Poren des Wirtschaftslebens“ zu wirken?

Doch gerade diese Aktivität der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist **wesentliches, unverzichtbares** Element der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Man nehme es weg, und von sozialistischen Produktionsverhältnissen kann keine Rede mehr sein, egal welcher staatlicher Apparat der Wirtschaftsleitung noch vorhanden sein mag. Der Autor aber sieht das anders. Ihm zufolge wurde die ökonomische Basis des Sozialismus erst in den Jahren danach beseitigt. Man hätte dann die absurde Erscheinung sozialistischer Produktionsverhältnisse **ohne** Diktatur des Proletariats⁵⁰, mehr noch: **unter der Diktatur der revisionistischen Partei- und Staatsführung**, dem Kopf der neuen Ausbeuterklasse! Ganz nebenbei hat der Autor dabei in seinem Kopfe übrigens etwas produziert, was er (auf Seite 43) absurderweise der Roten Reihe unterschiebt: die „Elemente 'Staat' und 'gesellschaftliches Denken und Handeln der ProduzentInnen' auseinander(zu)rupfen und als Gegensätze (zu) verkaufen“. Man kann diese Elemente eben im Sozialismus **nicht** „auseinanderrupfen“, und wenn man die nach vorne – in Richtung entwickelter Kommunismus - gerichtete Aktivität der Klasse „wegrupft“, nimmt man der Staatlichkeit ihren progressiven Charakter; das kann oder will der Autor nicht begreifen.

Dieses Unverständnis ist es im übrigen auch, was ihn zu der Absurdität gelangen lässt zu behaupten, die Rote Reihe würde angeblich „unsinnig und verleumdend“ die „Staatlichkeit' mit 'persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen' wie im Feudalismus oder der Sklavenhaltergesellschaft“ **gleichsetzen**. (S. 43) Dem liegt folgende Passage in der Roten Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft Heft 2, S. 32 zugrunde:

„Die dritte Stufe⁵¹ ist der Kommunismus: die frei assoziierten und universell entwickelten Individuen verwalten die von ihnen hergestellten Sachen und richten die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt ein. Doch der **Übergang** zu dieser dritten Stufe erfordert die gründliche **Zerschlagung der warenproduzierenden Verhältnisse**, und dazu bedarf es der **Staatlichkeit, also persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse**. Marx: 'Raubt der Sache diese gesellschaftliche Macht, und ihr müßt sie Personen über die Personen geben.' (Grundrisse

49 Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW 27 S. 231; Hervorhebung von Lenin

50 Diktatur des Proletariats ohne Sozialismus kann es selbstverständlich geben und hat es gegeben; es ist dann ihre Aufgabe, die Bedingungen für die Errichtung des Sozialismus zu schaffen. Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats ist aber unmöglich.

51 dritte Stufe: im Sinne der drei großen Entwicklungsstufen der Menschheit, wie Marx sie in den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 91 entwickelt hat. „Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit, auf sachlicher Abhängigkeit gegründet, ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen bildet.“ Mit der zweiten großen Form sind die warenproduzierenden Verhältnisse gemeint. „Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten. Patriarchalische, wie antike Zustände (ebenso feudale), verfallen daher ebensosehr mit der Entwicklung des Handels, des Luxus, des Geldes, des Tauschwertes, wie die moderne Gesellschaft in gleichem Schritt mit ihnen emporwächst.“

der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 91) Doch dies ist **nur als Krücke zum Übergang zur dritten Stufe** fortschrittlich. Entfällt die Möglichkeit dieses Übergangs, dann sind diese **persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse als vorherrschendes sozialökonomisches Element reaktionärer als Warenproduktion und Kapitalismus**. Die so entstandene Gesellschaftsordnung ist auf Dauer nicht lebensfähig, da persönliche statt sachlicher Abhängigkeitsverhältnisse dem hochentwickelten Stand der Produktivkräfte nicht entsprechen. Es handelt sich (...) um eine Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus. Beim Ausbleiben einer erneuten proletarischen Revolution war dieser Übergang gesetzmäßig.“

Tut der Autor nur so, dass er nicht versteht, oder versteht er wirklich nicht, dass mit letzterem nicht etwa der „Sozialismus verleumdet“, sondern der Revisionismus beschrieben wird? Es ist doch wirklich nicht so schwer zu verstehen, dass von Sozialismus keine Rede mehr sein kann, wenn gesagt wird, dass „die Möglichkeit dieses Übergangs“, nämlich zur „dritten Stufe“, zum Kommunismus, entfallen ist! Es wird gesagt: haben wir es mit einer weitgehend zentralstaatlichen Leitung der Produktion zu tun, ohne dass das Proletariat die Macht hat, ohne dass es die Möglichkeit hat, auf Planung und Leitung der Produktion den entscheidenden Einfluss zu nehmen, so ist diese der proletarischen Macht und Leitung entkleidete Staatlichkeit nicht fortschrittlicher als der Kapitalismus, sondern reaktionärer, fällt der gesellschaftliche Zustand in gewisser Weise in die erste Stufe der Menschheitsentwicklung zurück, in die Stufe vor der Warenproduktion, und ist ein solcher gesellschaftlicher Zustand unter modernen Produktivkräften nicht haltbar, so dass es gesetzmäßig zur Restauration des Kapitalismus kommt, wenn die Arbeiterklasse nicht in einer erneuten Revolution die Macht ergreift.

Und derselbe Autor, der diese Ausführungen als „Verleumdung des Sozialismus“ und „Gleichsetzung mit der Sklavenhaltergesellschaft“ schmählt, behauptet, die Rote Reihe **beschönige** die revisionistischen Herrschaftsverhältnisse, weil sie sie **nicht** als kapitalistisch ansieht!

Kommen wir auf die Frage zurück, ob es denn wirklich „*knallharter Idealismus*“ ist, zu sagen, dass der revolutionäre Wille und die revolutionäre Tat des subjektiven Faktors entscheidend dafür ist, ob die Gesellschaft zum entwickelten Kommunismus voranschreitet. Für Marxisten gewiss nicht. Marx kritisiert den **objektivistischen** Materialismus, der die Rolle des **Subjekts** bei der Veränderung der Umstände negiert, wie folgt:

„Die materialistische Lehre⁵² von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muss Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren.

Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als **revolutionäre Praxis** gefaßt und rationell verstanden werden.“⁵³

Zwar wird im Kapitalismus und überhaupt in der in Klassen gespaltenen Gesellschaft „die eigne Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht (...), die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht.“⁵⁴ Doch der Übergang zu einer Gesellschaft, in welcher die Menschen ihre Verhältnisse bewusst einrichten, kann nicht anders als durch das bewusste Handeln des revolutionären Subjekts herbeigeführt werden – der Arbeiterklasse, geführt von ihrer Partei.⁵⁵

52 Gemeint ist der mechanische bzw. objektivistische Materialismus.

53 Marx, 3. These über Feuerbach, MEW 3 S. 5 f.; Hervorhebung von Marx

54 Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3 S. 33

55 Zur Kritik am Objektivismus und seiner Leugnung der Rolle des Subjekts vgl. auch Graue Reihe Heft 10/11 S. 79 ff. und Heft 14/15 S. 48 f.

Nebenbei bemerkt ist es wieder eine für den Autor typische Infamie, dass er auf S. 57 dem *Weg der Partei* 1-2/92 die Behauptung unterstellt, „die Marxisten-Leninisten“ hätten bisher die Rolle des tätigen Subjekts unterschätzt. Das kommt so heraus, als sei das eine Kritik **am Marxismus-Leninismus**. In Wirklichkeit wurde dort und in etlichen anderen theoretischen Publikationen der KPD klar herausgearbeitet, dass der Marxismus-Leninismus diese Rolle des Subjekts **entschieden hervorhebt**. Es wird lediglich gesagt, dass manche Kommunisten dies unterschätzt haben.

Zum Doppelcharakter des Staates im Sozialismus

Kehren wir zurück zu der Frage, warum denn gerade der Staat zwar nicht die Lösung, aber immerhin - wie Engels sagt - das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung sein soll. Haben denn nicht gerade Marx und Engels den illusionären Charakter von Hegels Auffassung aufgedeckt, der die Lösung des Rätsels der Geschichte im Staat gesehen hat? Haben nicht gerade sie gezeigt, dass der Staat aus den Widersprüchen der Gesellschaft entsprungen ist und diese Widersprüche **nicht** lösen kann?

Die Analyse der Erfahrungen der ersten Arbeitermacht, der Pariser Kommune, hatten Marx und Engels zu der Erkenntnis geführt, dass die siegreiche Arbeiterklasse sich bei der Einrichtung der Produktionsverhältnisse der Übergangsgesellschaft zum reifen Kommunismus einer Staatsmacht bedienen konnte und musste, die allerdings eine gegenüber allem bisherigen geschichtlichen Material völlig neue Staatsmacht war, eben eine Staatsmacht der Diktatur des Proletariats. „*Die Kommune hörte auf, ein Staat zu sein, insofern sie nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung, sondern eine Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte; die bürgerliche Staatsmaschine wurde von ihr zerschlagen; an Stelle einer besonderen Repressionsgewalt trat die Bevölkerung selbst auf den Plan. All das sind Abweichungen vom Staat im eigentlichen Sinne.*“⁵⁶ Der Staat ist so einzurichten, dass er möglichst viele Produzentinnen und Produzenten zur Leitung gesellschaftlicher Angelegenheiten heranzieht; der Tendenz nach ist die Tätigkeit des Staates auf sein eigenes Absterben gerichtet: wenn alle Menschen sich an der Leitung gesellschaftlicher Angelegenheiten beteiligen, entfällt die Notwendigkeit einer besonderen Staatsmacht.

Insbesondere durch folgende Merkmale unterschied sich die Pariser Kommune von jedem vorherigen Staat, den die Geschichte kennt: Die Abgeordneten sind ihren Wählern jederzeit rechenschaftspflichtig und sind jederzeit abwählbar. Sie sind für die Durchführung der von ihnen gefassten Beschlüsse verantwortlich und können sich nicht auf eine „Gewaltenteilung“ herausreden, die Verantwortung also nicht auf eine „schlechte“ Exekutive abschieben. Dies wird insbesondere dadurch gewährleistet, dass alle Staatsangestellten den gewählten Organen unmittelbar verantwortlich sind. Abgeordnete und Staatsangestellte erhalten Facharbeiterlohn, nicht mehr. Ihre Auslagen werden streng geprüft und vom Staat bezahlt. Alle Angelegenheit, die auf örtlicher bzw. kommunaler Ebene sinnvoll geregelt werden können, werden dort geregelt. Die wichtigen zentralen Funktionen werden von Staatsangestellten wahrgenommen, die den gewählten Machtorganen streng verantwortlich sind.

Die sozialistische Staatsmacht durchbricht die blindwirkenden Gesetze der Warenproduktion, indem sie eine sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierende Planung der Produktion und Verteilung der Produkte organisiert und die von der Gesellschaft zu treffenden Entscheidungen bezüglich der Produktion stellvertretend für die Gesellschaft trifft und zugleich darauf hinwirkt, dass möglichst viele Arbeiter und Arbeiterinnen unmittelbar an der Entscheidungsfindung beteiligt sind.

Letzterem sind zwar zunächst mehr oder weniger enge Grenzen gesetzt:

*„Der Arbeiter war von der alten Gesellschaft niemals durch eine chinesische Mauer getrennt. Auch in ihm ist viel von der traditionellen Mentalität der kapitalistischen Gesellschaft erhalten geblieben. Die Arbeiter bauen die neue Gesellschaft auf, ohne sich selbst in neue Menschen verwandelt zu haben, die frei wären vom Schmutz der alten Welt, sie stecken noch bis zu den Knien darin. Sich von diesem Schmutz frei zu machen ist heute noch ein Traum. Es wäre die größte Utopie zu glauben, das könnte von heute auf morgen geschehen. Das wäre eine Utopie, in der Praxis nur dazu angetan, das Reich des Sozialismus in den Himmel zu verlegen.“*⁵⁷

Andererseits haben wir es unmittelbar nach der politischen Machtergreifung mit einer Arbeiterklasse zu tun, die immerhin in der Lage war, die mächtige, in Unterdrückung erprobte und bis an die Zähne bewaffnete Bourgeoisie zu besiegen. Sie ist zwar zwar nicht ohne der alten Gesellschaft entlehnte Hilfsmittel, nicht ohne

56 Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 454; Hervorhebungen von Marx

57 Lenin, Referat auf dem II. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß, LW 28 S. 436 f.

Staat in der Lage, das Werk der Vergesellschaftung in Angriff zu nehmen. Sie kann dies aber mittels der Krücke Staat tun, sie kann mittels des Staates einen Rohentwurf des Neuen schaffen, die Vergesellschaftung auf zunächst niederer Stufe durchführen.

Dieser Staat ist „*der Übergang vom Staat zum Nichtstaat*“⁵⁸. Er enthält sowohl Elemente von Staat als auch von Nicht-Staat:

Er ist Nicht-Staat, insofern er die Aufgabe hat und dafür eingerichtet ist, möglichst viele Produzentinnen und Produzenten zur unmittelbaren Leitung gesellschaftlicher Angelegenheiten, darunter auch der Produktion, heranzuziehen.

Er ist Staat, insofern diese Aufgabe in der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus niemals flächendeckend erfüllt werden kann. Die unmittelbar gesellschaftliche Verbindung zwischen den Produzenten ist noch relativ schwach. Deren kollektives Eigentümerbewusstsein und dementsprechendes Handeln ist noch relativ wenig entwickelt. Der Staat selbst und seine Einrichtungen schweben nicht über der Gesellschaft, können die Mängel des gesellschaftlichen Zustandes nicht heilen, sondern spiegeln sie vielmehr wieder. Gibt es in der Gesellschaft noch viele Sonderinteressen, die dem gesamtgesellschaftlichen Interesse entgegenstehen, so gilt dies auch für den Staat und seine Einrichtungen. So dienen der Staat und seine Einrichtungen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch ihren Eigeninteressen. Der Staat und seine Einrichtungen haben **nicht nur** die Tendenz abzusterben. Sie haben auch die gegenteilige Tendenz, sich selbst, ihre Macht und ihren Einfluss zu erhalten sowie auszubauen (im einzelnen dazu weiter unten).

Zwar hat es gewaltige Bedeutung, in welchem Ausmaß die rechtlichen Bestimmungen der Rätewahl den Werktätigen Möglichkeiten geben, an der Leitung des Staates und aller gesellschaftlichen Angelegenheiten teilzuhaben. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass die rechtlichen Möglichkeiten nicht immer und nicht ungeteilt zur gesellschaftlichen Wirklichkeit werden. Politische und rechtliche Formen allein können die rückständigen Seiten des gesellschaftlichen Zustands, die durch noch nicht überwundene Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft hervorgerufen sind, nicht überwinden. Beispielsweise kann die Räteverfassung die Probleme der Arbeitsteilung zwischen leitenden und ausführenden Funktionen nicht lösen, da diese Probleme **sozialökonomischer** Natur sind.

So wies Lenin bereits 1918 auf folgendes hin:

*„Es gibt eine kleinbürgerliche Tendenz zur Verwandlung der Mitglieder der Sowjets in 'Parlamentarier' oder, andererseits, in Bürokraten. Dagegen muß man kämpfen, indem man **alle** Mitglieder der Sowjets zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung heranzieht.“*⁵⁹

Es handelte sich also um die Tendenz von Abgeordneten, Gesetze zwar zu beschließen, sich um ihre Durchführung aber nicht zu kümmern, die Verwaltung also nicht wirklich zu kontrollieren. Ferner kritisierte Lenin:

*„Die Abteilungen der Sowjets verwandeln sich an vielen Orten in Organe, die nach und nach mit den Kommissariaten verschmelzen.“*⁶⁰

Damit meinte er die Tendenz von Abgeordneten, mit der Verwaltung zu **verschmelzen, anstatt sie im Interesse ihrer Wählerinnen und Wähler zu kontrollieren.**⁶¹

58 Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 445

59 Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW 27 S.263 f.; Hervorhebung von Lenin

60 ebenda S. 264

61 Eine andere Frage ist, ob die Wählerinnen und Wähler in einer Rätewahl von ihrem Recht, Deputierte vorzeitig abzuwählen, in dem Maße Gebrauch machen, wie es sinnvoll wäre. Stalin wird wohl seine Gründe gehabt haben, 1937 in einer Wählerversammlung den Wählerinnen und Wählern den Rat gegeben zu haben, „*dieses Gesetz nicht zu vergessen und davon gelegentlich Gebrauch zu machen.*“ (SW 14 S. 165) Es sieht so aus, als sei davon nicht besonders häufig Gebrauch gemacht worden. Dafür mag es vielerlei Gründe geben, aber ein Grund ist sicherlich dann gegeben, wenn es „*nicht selten*“ vorkommt, dass „*Funktionäre*“, „*die nicht genug von ihrer Ergebnislosigkeit für die Partei reden können, in Wirklichkeit aber Kritik von unten nicht dulden, sie knebeln und sich an den Kritisierenden rächen*“, wie

Die Graue Reihe stellte zu diesem Problemkreis zutreffend fest:

„**Juristisch** ist mit dieser Organisation des politischen Lebens⁶² erreicht, daß die gesamte werktätige Bevölkerung an der Regierung unmittelbar teilnehmen kann. Dem dient auch die damit verbundene Aufhebung der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, einer Gewaltenteilung, die – wenn die Bevölkerung kontrollieren will – jeder Seite die Möglichkeit gibt, vorhandene Mängel auf die jeweils andere zu schieben. Eine arbeitende Körperschaft mit der Befugnis und der Pflicht, gefällte Beschlüsse auch durchzusetzen, kann sich nicht auf Mängel in der Durchführung herausreden.

Faktisch aber kann die allerbeste politische Verfassung **alleine** nicht gewährleisten, daß die Werktätigen selbst regieren und die politischen Vertreter nur als deren Buchhalter fungieren.“⁶³

In diesem Zusammenhang weist die Graue Reihe darauf hin, dass es Tendenzen zum Bürokratismus gesetzmäßig geben muss, „so lange und so weit die Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft nicht überwunden sind, die mit **Sonderinteressen** einzelner gesellschaftlicher Gliederungen, einzelner Institutionen, einzelner Berufe, einzelner Individuen usw. verbunden sind. Die proletarische Politik, der proletarische Staat sind **Instrumente der Arbeiterklasse**, den Kampf für die Überwindung aller rückständigen gesellschaftlichen Verhältnisse zu führen, doch sie sind ihrerseits von diesen Verhältnissen geprägt. Politische Formen einer sozialistischen Gesellschaft können als Absichtserklärungen und Willen der herrschenden Arbeiterklasse zur Umstülpung der sozialökonomischen Verhältnisse materiell immer nur ein Stück weit über diese Verhältnisse hinausweisen. So weit beispielsweise in der Produktion die Arbeitsteilung in leitende und ausführende Funktionen nicht überwunden ist, kann die politische Form der Räteverfassung **ein Stück weit** über den sozialökonomischen Zustand hinausweisen, aber eben nur ein Stück weit.“⁶⁴

Der Autor begreift nicht oder will nicht begreifen, dass politische und juristische Formen **eben nicht** umstandslos mit der sozialökonomischen Wirklichkeit **gleichgesetzt** werden können. Bei ihm ist „die Staatsform der Sowjets“ Grundlage dafür, Bürokratismus „zu verhindern“. Der Umstand, dass **die Geschichte das Gegenteil bewiesen hat**, schert ihn genauso wenig wie diesbezügliche eindeutige Ausführungen von Lenin und Stalin.⁶⁵

Wir haben oben (Seite 11 f.) bereits gesehen, dass Stalin der Auffassung war, Elemente des Bürokratismus seien unvermeidlich, solange es den Staat gibt. Ebenso hatte Lenin bereits 1919 geschrieben: „*Den Bürokratismus restlos, bis zum vollen Sieg zu bekämpfen ist erst dann möglich, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird.*“⁶⁶ Und das eben **fällt damit zusammen**, dass der Staat abstirbt.

Die Sowjetmacht hatte, wie Lenin ausführt, die **gesetzlichen** Schranken weggeräumt, die bewirkten, dass die arbeitende Bevölkerung selbst regierte, jedoch: „(...) *außer den Gesetzen gibt es noch das Kulturniveau, das sich keinem Gesetz unterwerfen läßt. Dieses niedrige Kulturniveau bewirkt, daß die Sowjets, die nach ihrem*

es 1952 der Rechenschaftsbericht des ZK an den 19. Parteitag feststellte. (Malenkov, Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des ZK der KPdSU(B), Moskau 1952, S. 117) Die Vermutung dürfte nicht fernliegen, dass Funktionäre, deren vorzeitige Abwahl beantragt wurde, nach Möglichkeiten suchten, sich bei den Antragstellern zu „bedanken“...

62 eben der Räteverfassung

63 Graue Reihe Heft 28/29 S. 104 f.

64 ebenda S. 105 f.

65 Was die Parteiliteratur der KPD betrifft, so haben nicht erst die Rote Reihe sowie der Weg der Partei 1-2/92, die vom Autor absurderweise als trotzkistischer Sündenfall angesehen werden, erklärt, dass der Bürokratismus erst mit dem Übergang zum entwickelten Kommunismus vollständig beseitigt werden kann. Dies wurde bereits im *Weg der Partei* 3/1985 auf Seite 53 ff. ausdrücklich festgestellt, also inmitten des Kampfes gegen das Koch-ZK, welches die Mehrheit der KPD tatsächlich in die Hände des Trotzkismus und letztlich in die Liquidation führte. Der *Weg der Partei* erschien damals als Organ der gegenüber dem trotzkistischen ZK verdeckt agierenden Marxisten-Leninisten. Besagter Artikel in der Ausgabe 3/1985 mit dem gegen das liquidatorische ZK gerichteten polemischen Titel „Ist die Diktatur des Proletariats ein Ladenhüter aus der Oktoberrevolution?“ enthält u.a. eine Darstellung der Auffassungen Lenins und Stalins zur Frage des Bürokratismus und des Kampfes dagegen.

66 LW 29 S. 168

*Programm Organe der Verwaltung **durch die Werktätigen** sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung **für die Werktätigen** sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die werktätigen Massen selbst.*“⁶⁷

Und 1921 schrieb Lenin:

„Die Sowjetgesetze sind sehr gut, weil sie allen die Möglichkeit geben, gegen Bürokratismus und Schlendrian zu kämpfen, eine Möglichkeit, die man dem Arbeiter und dem Bauern in keinem einzigen kapitalistischen Staat einräumt. Wird aber von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht? So gut wie gar nicht! Und nicht nur der Bauer, auch ein sehr hoher Prozentsatz der Kommunisten versteht es nicht, die Sowjetgesetze zum Kampf gegen Schlendrian, Bürokratismus oder gegen eine so echt russische Erscheinung wie die Bestechlichkeit auszunutzen. Was hemmt den Kampf gegen diese Erscheinung? Unsere Gesetze? Unsere Propaganda? Im Gegenteil! Gesetze sind geschrieben worden in Hülle und Fülle! Warum also bleibt dieser Kampf ohne Erfolg? Weil er sich durch Propaganda allein nicht führen läßt, sondern nur zu Ende geführt werden kann, wenn die Volksmasse selbst mithilft. Mindestens die Hälfte unserer Kommunisten versteht nicht zu kämpfen, ganz zu schweigen von denen, die den Kampf hemmen.“⁶⁸

Die Sowjetgesetze gaben den Werktätige die **Möglichkeit**, gegen Bürokratismus und Schlendrian zu kämpfen, doch von dieser Möglichkeit wurde **so gut wie gar nicht Gebrauch gemacht!** Das war Lenin zufolge 1921 so, und es ist ganz sicher, dass von dieser Möglichkeit auch später, nach Errichtung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, **entschieden zu wenig** Gebrauch gemacht wurde, sondern hätte die chruschtschowsche Konterrevolution nicht siegen können. Der Autor aber erzählt uns, „*der sozialistische Staat*“ befinde sich „*ganz real und unmittelbar in den Händen der Mehrheit der Gesellschaft (...) – nämlich durch die Sowjets*“. (S. 52)

„**Ganz real und unmittelbar**“ – weil er über die Räteverfassung verfügt! Der Autor versteht nicht, dass Marxisten unterscheiden müssen zwischen den gesetzlichen Möglichkeiten und der bereits erreichten gesellschaftlichen Wirklichkeit, auch unter der Diktatur des Proletariats, und dass Räte macht eben nicht bedeutet, dass die Gesellschaft alles an den negativen Erscheinungen der Staatlichkeit, die aus den Ausbeutergesellschaften herrühren, bereits überwunden hat, dass also die jeweilige **gesellschaftliche Wirklichkeit** betrachtet werden muss, um festzustellen, **in welchem Maße** die gesetzlichen Möglichkeiten bereits genutzt werden und genutzt werden können, **in welchem Maße** die Werktätigen bereits wirklich **ganz real und unmittelbar** gesellschaftliche Angelegenheiten zu ihrer eigenen Sache machen und machen können.

„**Ganz real und unmittelbar**“! Ich erinnere an das soeben angeführte Lenin-Zitat, wo Lenin davon spricht, „*daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung **durch die Werktätigen** sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung **für die Werktätigen** sind*“! (Auf die Frage, welche sozialökonomischen Verhältnisse die Werktätigen auch nach der Errichtung des Sozialismus noch daran hinderten, umfassend selbst zu verwalten, werde ich weiter unten eingehen.)

In der Grauen Reihe wurde weiter richtig festgestellt:

„Die Räte Demokratie bietet den arbeitenden Menschen weitreichende Rechte, doch die bloßen Rechte nutzen nichts, wenn die Menschen nicht vorhanden sind, die sie ausüben. Wer nicht die Chance hat, das Regierung zu erlernen, der wird nicht regieren können, so sehr man ihm auch das 'Recht' zum Regieren zuspricht. Es ist also eine gründliche Umgestaltung des ganzen Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse erforderlich, bis die ausnahmslose Teilnahme der Menschen an der Leitung der gesellschaftlichen Angelegenheiten und die restlose Überwindung aller klassenmäßigen Unterschiede – auch derer zwischen leitenden und ausführenden Funktionen – Wirklichkeit geworden ist. Dann wird von Rechten genauso wenig mehr die Rede sein wie von Demokratie: Die ProduzentInnen werden den von ihnen geschaffenen sachlichen Reichtum gemeinsam verwalten und die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt einrichten. Man braucht dann weder Rechte noch Demokratie, um sich das zu erkämpfen, was das gesellschaftliche Kollektiv jedem Individuum als Selbstver-

67 LW 29 S. 168 f.; Hervorhebungen von Lenin

68 LW 33 S. 56; in der Folge äußert Lenin die Hoffnung, es werde im Rahmen einer laufenden Parteireinigung gelingen, 100.000 bis 200.000 Parteimitglieder aus der Partei zu entfernen.

ständigkeit gewährt. Dann wird der Staat abgestorben sein.

Andererseits **brauchen** die arbeitenden Menschen die sozialistische Demokratie, **um** für diesen Übergang kämpfen zu können. Die Behauptung dieser Rechte ist innerhalb des Sozialismus nicht ein für allemal garantiert, sondern darum muß ein Kampf geführt werden. Solange es klassenmäßige Unterschiede gibt, gibt es Sonderinteressen, und einige dieser Sonderinteressen gehen mit Bestrebungen einher, diese Rechte zu beschneiden. Obwohl der sozialistische Staat Staat des herrschenden Proletariats ist, wirken derartige Sonderinteressen auch innerhalb des Staates und seiner Gliederungen und geben sich dabei in der Regel als proletarische Interessen aus. Aus diesen Gründen benötigt das Proletariat im Sozialismus auch weiterhin die klassischen, in der bürgerlichen Revolution errungenen Freiheitsrechte gegenüber dem Staat – seinem eigenen Staat! -, doch kann es sich damit bei weitem nicht begnügen. Es benötigt die reale Gewährleistung der vollen Rechte der Räte Demokratie und muß zur Gewährleistung dieser Rechte innerhalb der sozialistischen Ordnung einen demokratischen Kampf führen.

Sonderinteressen einer leitenden Schicht können darauf gerichtet sein, beispielsweise die Wahlen zur Farce zu machen, unter Beibehaltung juristischer Formen der Räte Demokratie. Was nutzt etwa das Recht zur jederzeitigen Kontrolle und Abwählbarkeit der Abgeordneten, wenn diejenigen, die dieses Recht ausüben, in den Geruch gebracht werden, die sozialistische Ordnung bekämpfen zu wollen, und gar mit Repressalien rechnen müssen? Wobei die Verhältnisse freilich kompliziert sind: Es wird im Sozialismus stets Menschen geben, die Rechte der sozialistischen Demokratie zum Kampf gegen den Sozialismus mißbrauchen, und dies wiederum wird Trägern von Sonderinteressen innerhalb der Staatsmacht Vorwände liefern, um an der Aushöhlung dieser Rechte zu arbeiten.“⁶⁹

Damit haben wir einen Punkt berührt, der dem Autor ein besonderer Dorn im Auge ist. Über das Programm der KPD spuckt er nämlich wie folgt Gift und Galle:

„Da ist einmal der berühmte Satz in unserem Programm, der 'sozialistische Staat' müsse 'den arbeitenden Menschen von Anfang an **mehr** Rechte und Freiheiten bieten als der bürgerliche Staat'. Mal abgesehen von dem Mist mit den 'arbeitenden Menschen': Der sozialistische Staat **ist** der Staat der Arbeiterklasse, der Staat der Sowjets. Diesem Staat die individuellen Rechte und Freiheiten der bürgerlichen Gesellschaft entgegenzustellen, die man ihm gegenüber quasi 'einfordern' können müsse, zeugt von einem tief sitzenden kleinbürgerlichen Verständnis von Demokratie, die vor allem als Verwirklichung 'individueller' Rechte gegenüber dem 'staatlichen Ungetüm' begriffen wird anstatt als Verwirklichung der **realen** gesellschaftlichen und politischen Macht durch das Volk, geführt von der Arbeiterklasse.“
(S. 65; Hervorhebungen vom Autor)

Dies sei ein „kleinbürgerlich-idealistisches Demokratieverständnis“. (S. 66)

Nicht wahr, welch ein „ungeheures Misstrauen“ gegenüber dem sozialistischen Staat, „individuelle“ Rechte von ihm einzufordern! Welch ein „Mist“, dies sogar für die arbeitenden Menschen zu fordern und nicht nur für die Arbeiterklasse! An mindestens zwei weiteren Stellen (S. 30 und 35) bringt der Autor nochmals seine Empörung darüber zum Ausdruck, dass das Programm der KPD gerade an „entscheidender“ Stelle, wo es nämlich um die Macht geht, von „arbeitenden Menschen“ spricht (derselbe Autor übrigens, der – wie soeben zitiert – von der „Macht durch das Volk“ spricht).

Lenin erklärte 1919 in einem Entwurf für einen Punkt des Programms der bolschewistischen Partei:

„Aufgabe der KPR ist es, immer breitere Massen der werktätigen Bevölkerung dazu heranzuziehen, von den demokratischen Rechten und Freiheiten Gebrauch zu machen und größere materielle Möglichkeiten hierfür zu schaffen.“⁷⁰

Den „Mist“ mit den „arbeitenden Menschen“ („werktätige Bevölkerung“ hat ja wohl exakt dieselbe Bedeutung) gerade in diesem Zusammenhang teilt das Programm der KPD also schon mal mit Lenin und befindet

69 Graue Reihe Heft 30 S. 50 f.; Hervorhebungen von der Grauen Reihe

70 Lenin, Entwurf des dritten Punktes des allgemeinpolitischen Teils des Programms, LW 36 S. 495

sich damit in „gar nicht so schlechter Gesellschaft“. Wenn der Autor über diese Formulierung gerade in diesem Zusammenhang vor Entrüstung fast platzt, befindet er sich in „weniger guter“ Gesellschaft: bekanntlich war es Trotzki, der die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen, insbesondere die Bauern, in einen Antagonismus verwickeln wollte, also höchstwahrscheinlich großes Verständnis für die Position gehabt hätte, mit Rechten für die nichtproletarischen Werktätigen höchst sparsam zu sein.

Und weiter:

Im April/Mai 1917 hatte Lenin Materialien zur Revision des Parteiprogramms verfasst und dabei einen umfangreichen Katalog demokratischer Rechte erstellt, die in das Programm aufgenommen werden sollten. U.a. kommen darin Rechte vor, die **klassische Abwehrrechte gegen den Staat** sind, z.B.: „Unantastbarkeit der Person und der Wohnung“, „Uneingeschränkte Gewissens- und Redefreiheit“.⁷¹

Dem Autor zufolge muss Lenin ein „tiefsitzendes kleinbürgerliches Verständnis von Demokratie“ gehabt haben.

Ich antworte im voraus auf den möglichen Einwand, Lenin habe dabei noch keinen sozialistischen Staat im Auge gehabt, vor dem Katalog demokratischer Rechte stünden nämlich die Worte: „Die Verfassung der demokratischen Republik Rußland muss gewährleisten.“ Er hatte aber dabei offensichtlich im Auge, unmittelbar an die Diktatur des Proletariats heranzukommen: „Die Partei kämpft für eine Republik, die demokratischer ist“⁷², für eine proletarisch-bäuerliche Republik (...).⁷³

1919 schrieb Lenin:

„Umgekehrt gewährt die proletarische oder sowjetische Demokratie die Rechte und Freiheiten, anstatt sie nur formal zu verkünden, faktisch vor allem und am meisten gerade jenen Klassen der Bevölkerung, die vom Kapitalismus unterdrückt waren, d.h. dem Proletariat und der Bauernschaft. Zu diesem Zweck expropriert die Sowjetmacht von der Bourgeoisie Räumlichkeiten, Druckereien und Papierlager, die sie den Werktätigen und deren Organisationen zur vollen Verfügung stellt.“⁷⁴

Es ist also nicht die Rede davon, dass die in bürgerlichen Revolutionen errungenen Rechte und Freiheiten nun überholt seien, da der proletarische Staat ja bereits so vollkommen sei, dass es ihrer nicht mehr bedürfe. Im Gegenteil sagt Lenin: ein wesentlicher Unterschied zur bürgerlichen Demokratie besteht darin, dass demokratische Rechte und Freiheiten nun nicht mehr nur formal verkündet, sondern **real gewährt werden**. Und er spricht wohlgemerkt nicht nur davon, dass sie **den Organisationen** der Werktätigen gewährt werden, sozusagen als kollektive Rechte, sondern er sagt, dass sie den Werktätigen **und** deren Organisationen gewährt werden, also offenbar auch als „individuelle“ Rechte, um in den Worten des Autors zu reden, und zwar eben nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern eben für die „Werktätigen“, was – wie wir gesehen haben – in den Augen des Autors ein besonders kleinbürgerlicher „Mist“ ist.

Die Verfassung der UdSSR von 1936 beinhaltet – was nun wiederum speziell **Abwehrrechte gegen die Staatsmacht** betrifft – u.a. folgende Rechte:

„Artikel 127: Den Bürgern der UdSSR wird die Unverletzlichkeit der Person gewährleistet. Niemand kann anders als auf Gerichtsbeschluss oder mit Genehmigung des Staatsanwalts verhaftet werden.“

Artikel 128: Die Unverletzlichkeit der Wohnung der Bürger und das Briefgeheimnis werden durch das Gesetz geschützt.“⁷⁵

71 Lenin, Materialien zur Revision des Parteiprogramms, LW 24 S. 473

72 demokratischer als die bürgerlich-parlamentarische, wie Lenin unmittelbar zuvor sagte

73 ebenda S. 472 f.

74 LW 36 S.495

75 SW 14 S. 115

Das sind ausgesprochene Abwehrrechte gegen mögliche Übergriffe des Staates und außerdem ausgesprochen „individuelle“ Rechte, wie z.B. auch die „Redefreiheit“, die in Artikel 125 proklamiert wird. Wie es scheint, krankte die Verfassung der UdSSR an einem „kleinbürgerlich-idealistischen Demokratieverständnis“ ...

Spaß beiseite: wenn der Autor in dieser Frage wenigstens auf dem Standpunkt kleinbürgerlicher Demokraten **stünde!** Er fällt weit dahinter zurück!

Man denke sich z.B. nur in die Frage hinein, welche Zustände Stalin bereits 1928 mit folgenden Ausführungen beschrieb:

„Die Tatsache, daß sich bei uns eine Gruppe von Führern herausgebildet hat, die sehr hoch gestiegen sind und große Autorität genießen – diese Tatsache ist natürlich an sich eine große Errungenschaft unserer Partei. Es ist klar, daß ohne das Vorhandensein einer solchen autoritativen Gruppe von Führern die Leitung des großen Landes undenkbar wäre. Aber die Tatsache, daß die Führer sich bei ihrem Aufstieg von den Massen entfernen und die Massen beginnen, von unten zu ihnen aufzuschauen, ohne daß sie es wagen, sie zu kritisieren – diese Tatsache muß eine gewisse Gefahr der Loslösung der Führer von den Massen und der Entfernung der Massen von den Führern heraufbeschwören. Diese Gefahr kann dazu führen, daß die Führer überheblich werden und sich für unfehlbar halten. Aber was kann daran gut sein, wenn die führenden Spitzen überheblich werden und anfangen, von oben auf die Massen herabzuschauen? Es ist klar, daß das zu nichts anderem führen kann als zum Untergang der Partei.“⁷⁶

1927 führte Stalin auf dem 15. Parteitag folgendes aus:

„Ich will mich nicht über diejenigen Mängel unseres Staatsapparats verbreiten, die auch so schon ins Auge stechen. Ich denke vor allen Dingen an den 'guten alten Amtsschimmel'. In meinen Händen befindet sich eine ganze Mappe voll Material über den Amtsschimmel, worin die verbrecherische Fahrlässigkeit einer Reihe von Organisationen im Gerichtswesen, in der Verwaltung, im Versicherungswesen, in den Genossenschaften und auf anderen Gebieten enthüllt wird.

Da haben wir einen Bauern, der 21mal in eine Versicherungsstelle fuhr, um sein Recht durchzusetzen, und dennoch nichts erreicht hat.

Da haben wir einen anderen Bauern, einen alten Mann von 66 Jahren, der 600 Werst zu Fuß zurücklegte, um bei der Kreisfürsorgestelle eine klare Entscheidung zu erreichen, und dennoch nichts erreicht hat.

Da haben wir eine alte Bäuerin von 56 Jahren, die auf Vorladung des Volksgerichts 500 Werst zu Fuß und 600 Werst zu Wagen zurückgelegt hat und dennoch nicht zu ihrem Recht gekommen ist.

Solche Tatsachen gibt es in Mengen. Es lohnt nicht, sie aufzuzählen. Aber das ist eine Schmach für uns, Genossen! Wie kann man solche Schändlichkeiten dulden?

Schließlich die Tatsache der 'Rückbeförderten'. Es stellt sich heraus, dass wir außer den beförderten Arbeitern, die auf verantwortliche Posten gestellt wurden, auch noch 'Rückbeförderte' haben, die von ihren eigenen Kollegen in den Hintergrund gedrängt werden, nicht weil sie unfähig wären oder nicht zu arbeiten verständen, sondern wegen ihrer Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit in der Arbeit.

Da haben wir einen Arbeiter, einen Werkzeugschlosser, der auf einen bestimmten Posten im Betrieb befördert wurde, weil er ein fähiger und unbestechlicher Mensch ist. Er arbeitet ein, zwei Jahre, arbeitet ehrlich, schafft Ordnung, beseitigt Mißwirtschaft und Verschwendung. Aber dieses sein Wirken berührt die Interessen einer bestimmten trauten Kumpanei von 'Kommunisten', es stört ihre Ruhe. Und was geschieht? Die traute Kumpanei von 'Kommunisten' wirft ihm Knüppel zwischen die Beine und zwingt ihn auf diese Weise zur 'Rückbeförderung'. 'Du wolltest klüger sein als wir, wolltest nicht, daß wir in Ruhe leben und unser Schäfchen ins trockne bringen – zurück mit dir, mein Lieber!'

76 Stalin, SW 11 S. 28 f.

Da haben wir einen anderen Arbeiter, ebenfalls Werkzeugschlosser, Einrichter von Bolzenschneidemaschinen, der auf einen bestimmten Posten im Betrieb befördert worden ist. Er arbeitet eifrig und ehrlich. Aber durch diese Arbeit stört er manchen in seiner Ruhe. Und was geschah? Man fand einen Anlaß, den 'unruhigen' Genossen loszuwerden. Wie ist nun diesem, auf verantwortliche Arbeit beförderten Genossen beim Abgang zumute, welches Gefühl erfüllt ihn? Das folgende: 'Überall, wo man mich hingestellt hat, war ich bemüht, das mir erwiesene Vertrauen zu rechtfertigen. Aber diese Beförderung hier, die mir so übel mitgespielt hat, die werde ich nie vergessen. Man hat mich mit Schmutz beworfen. Mein Wunsch, alles ans Tageslicht zu bringen, ist ein frommer Wunsch geblieben. Weder das Betriebskomitee noch die Werkverwaltung noch die Zelle wollten mich auch nur anhören. Für eine Beförderung bin ich nicht mehr zu haben, und wenn man mich mit Gold überschüttete – ich gehe nirgend mehr hin. (...)

Aber das ist doch eine Schmach für uns, Genossen! Wie kann man solche Schändlichkeiten dulden?

Die Aufgabe der Partei besteht darin, im Kampf gegen den Bürokratismus und für die Verbesserung des Staatsapparats solche Schändlichkeiten, von denen ich eben gesprochen habe, mit glühendem Eisen aus unserer Praxis auszubrennen. ⁷⁷

Was also soll man angesichts solcher von Stalin angeführter Beispiele davon halten, wenn der Autor bei der bloßen Erwähnung von Rechten gegenüber dem sozialistischen Staat angewidert die Nase rümpft; wenn er uns händeringend aufklären will, solcher „individueller“ Rechte bedürfe es nicht, der sozialistische Staat **sei doch** der Staat der Arbeiterklasse; wenn er postuliert, wer dennoch solche Rechte für erforderlich halte, sei „von einem tiefsitzenden kleinbürgerlichen Verständnis von Demokratie“ geprägt? (Und schon gar nicht brauche man einen solchen „Mist“ wie Rechte für „arbeitende Menschen“: Wozu soll die Bäuerin sich beschweren dürfen, wenn sie 500 Werst gelaufen und 600 Werst gefahren und dann doch nicht zu ihrem Recht gekommen ist?)

1937 führte Stalin folgendes Beispiel an, den Parteiapparat betreffend:

„Ich meine das Beispiel mit Genossin Nikolanjenko. Wer ist Genossin Nikolanjenko? Genossin Nikolanjenko ist ein einfaches Parteimitglied. Sie gehört zu den gewöhnlichen 'kleinen Leuten'. Ein ganzes Jahr lang gab sie Signale über die schlimme Lage in der Parteiorganisation von Kiew, enthüllte die Sippenwirtschaft, das kleinbürgerlich-spießerhafte Herangehen an die Funktionäre, die Unterdrückung der Selbstkritik, das Überhandnehmen der trotzkistischen Schädlinge. Man suchte sie sich vom Leibe zu halten wie eine zudringliche Fliege. Und um sie schließlich loszuwerden, schloß man sie kurzerhand aus der Partei aus. Weder die Kiewer Organisation noch das ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine (Bolschewiki) halfen ihr, die Wahrheit an den Tag zu bringen. Erst das Eingreifen des Zentralkomitees der Partei half, diesen verworrenen Knäuel zu entwirren. Und was stellte sich nach der Untersuchung der Sache heraus? Es stellte sich heraus, daß Genossin Nikolanjenko recht hatte, die Kiewer Organisation aber unrecht. Nicht mehr und nicht weniger. Aber wer ist Genossin Nikolanjenko? Sie ist natürlich nicht Mitglied des ZK, sie ist nicht Volkskommissar, sie ist nicht Sekretär der Kiewer Gebietsorganisation, sie ist nicht einmal Sekretär irgendeiner Zelle, sie ist nur ein schlichtes, einfaches Parteimitglied.

Wie Sie sehen, stehen einfache Menschen der Wahrheit mitunter bedeutend näher als manche hohe Institutionen.

Man könnte noch Dutzende und Hunderte solcher Beispiele anführen. ⁷⁸

Schon 1926 hatte Stalin erklärt:

„Am bemerkenswertesten ist der Umstand, daß Parteilose, wie man beobachten kann, mit den Mitteln unseres Staates bisweilen sorgsamer umgehen als Parteimitglieder. Ein Kommunist handelt in solchen Fällen

77 Stalin, Der XV. Parteitag der KPdSU(B), SW 10 S. 278 ff.

78 Stalin, Über die Mängel der Partearbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler, SW 14 S. 155

dreister und resoluter. Es kommt ihm nicht darauf an, einer Reihe von Angestellten eine Unterstützung zu geben, die er Tantieme nennt, obgleich hier von einer Tantieme keine Rede sein kann. Es kommt ihm nicht darauf an, sich über ein Gesetz hinwegzusetzen, es zu umgehen, es zu übertreten. Ein Parteiloser ist hier vorsichtiger und zurückhaltender. Das erklärt sich wohl daraus, daß der Kommunist die Gesetze, den Staat und dergleichen bisweilen als eine Familienangelegenheit betrachtet. Eben deshalb kostet es manchen Kommunisten bisweilen keine große Mühe, einem Schweine gleich (entschuldigen Sie bitte den Ausdruck, Genossen) in den Garten des Staates einzudringen und dort zu stibitzen oder seine auf Kosten des Staates gehende Freigebigkeit zu zeigen.“⁷⁹

Und 1928 erklärte Stalin, dass der gefährlichste Bürokrat nicht mehr der alte bürgerliche Spezialist war, sondern der „kommunistische Bürokrat“, der „seinen Bürokratismus mit seiner Parteimitgliedschaft maskiert“. Stalin erklärte, dass „das Monopol der Partei ad absurdum geführt, die Stimme der Massen erstickt, die innerparteiliche Demokratie beseitigt und Bürokratismus gezüchtet wurde“.⁸⁰

Tatsache ist – und das zeigt den sozialistischen Charakter der damaligen Verhältnisse, das zeigt, dass die Arbeiterklasse trotz alledem an der Macht war – dass die Möglichkeit bestand, solche Mißstände aufzudecken, dass man dagegen kämpfen konnte. Tatsache ist aber auch, dass es oftmals sehr schwer war, sich dabei durchsetzen. Wie viele Kommunistinnen und Kommunisten wie Genossin Nikolanjenko mag es gegeben haben, die von den Sipp- und Seilschaften derer, denen es um alles andere ging als um das Voranschreiten zum Kommunismus, denen es ganz im Gegenteil darum ging, das eigene Schäfchen ins Trockene zu bringen, niedergebügelt wurden, ohne dass dies jemals aufgedeckt wurde?

Und derartige Seilschaften gab es nicht zu knapp:

Im Jahr 1937 schrieb Stalin:

„Meistens erfolgt die Auswahl der Mitarbeiter nicht nach objektiven Gesichtspunkten, sondern nach zufälligen, subjektiven, spießhaft-kleinbürgerlichen Gesichtspunkten. Meistens sucht man sich sogenannte Bekannte, Freunde, Landsleute, persönlich ergebene Leute, Meister in der Lobpreisung ihrer Vorgesetzten aus – ohne Rücksicht auf ihre politische und fachliche Eignung.

Es ist klar, daß auf diese Weise statt einer führenden Gruppe verantwortlicher Funktionäre eine Sippschaft einander nahestehender Leute, eine Innung herauskommt, deren Mitglieder darauf bedacht sind, in Frieden zu leben, einander nicht weh zu tun, nichts aus der Schule zu plaudern, einander zu lobpreisen und der Zentrale von Zeit zu Zeit völlig nichtssagende und Übelkeit erregende Berichte über Erfolge einzusenden.

Es ist nicht schwer, zu begreifen, daß es bei einer solchen Sippenwirtschaft weder für Kritik an den Mängeln der Arbeit noch für Selbstkritik der Leiter der Arbeit Platz geben kann.

Es ist klar, daß eine solche Sippenwirtschaft einen günstigen Boden abgibt für die Züchtung von Speichelleckern, von Leuten, die jeglichen Gefühls eigener Würde bar sind und deshalb mit dem Bolschewismus nichts gemein haben.“⁸¹

Auch in der revisionistischen DDR waren derartige Seilschaften eine durchgängige Erscheinung, freilich mit dem Unterschied zur zu Zeiten Stalins noch sozialistischen Sowjetunion, dass dagegen kein Kampf mehr möglich war, dass das Proletariat endgültig von der Macht verdrängt war.

In der sozialistischen Sowjetunion aber wurden die Kräfte, die ihre eigenen, dem Proletariat entgegengesetzten Interessen verfolgten, immer stärker und wurde die Rolle der proletarischen Massen immer schwächer. Im Bericht des ZK der KPdSU(B) auf dem 19. Parteitag im Jahr 1952 war die Rede von Funktionären, „die die Entwicklung der Kritik unserer Mängel hindern, die Kritik knebeln und sie mit Verfolgungen und Schika-

79 Stalin, SW 8 S. 119 f.

80 Stalin, SW 11 S. 63 f.

81 Stalin, ebenda, SW 14 S. 147 f.; Hervorhebungen von mir, P.U.

nen vergelten“.⁸²

Ich wiederhole mich ungern mehrmals, dennoch **muss** ich hier einfach wieder die Frage stellen: „individuelle“ Rechte sollen im Sozialismus unnötig sein?

Enver Hoxha schrieb über die Entwicklung in der Sowjetunion, die letztlich zum Sturz der proletarischen Diktatur führte:

„Die Partei wurde von schwerem Rost, von politischer Apathie befallen; es machte sich die irrierte Meinung breit, nur der Kopf, die Führung, habe zu wirken und alles zu lösen. Diese Auffassung führte dazu, daß es überall und bei allem hieß: 'Die Führung weiß schon Bescheid', 'Das Zentralkomitee irrt sich nicht', 'Das hat Stalin gesagt, und fertig' usw. Vieles davon mag Stalin gar nicht gesagt haben, aber man versteckte sich hinter seinem Namen. Die Apparate und die Partei- und Staatsangestellten wurden 'allmächtig', 'unfehlbar', sie handelten bürokratisch und beriefen sich dabei auf den demokratischen Zentralismus, auf die bolschewistische Kritik und Selbstkritik, die in Wirklichkeit nicht mehr bolschewistisch war. Zweifellos büßte die Bolschewistische Partei so ihre einstige Lebenskraft ein. Sie bewahrte richtige Formeln, aber es waren eben nur Formeln; sie führte durch, war aber nicht selbständig aktiv, die Arbeitsmethoden und -formen bei der Leitung der Partei führten genau zum Gegenteil. Unter diesen Verhältnissen begannen die bürokratisch-administrativen Maßnahmen über die revolutionären vorzuherrschen. Die Wachsamkeit war nicht mehr operativ, denn sie war nicht mehr revolutionär, auch wenn man davon tönte. Sie wurde von einer Wachsamkeit der Partei und der Massen zu einer Wachsamkeit der bürokratischen Apparate und verwandelte sich, wenn auch nicht völlig der Form nach, so doch faktisch in eine Wachsamkeit des Staatssicherheitsdiensts und der Gerichte.“⁸³

Wir haben oben gesehen, dass der Staat der proletarischen Diktatur der Übergang vom Staat zum Nicht-Staat ist, der Prozess des Absterbens des Staates, dass er Elemente sowohl vom Staat als auch vom Nicht-Staat enthält. Die zitierten Ausführungen Enver Hoxhas bringen deutlich zum Ausdruck, wie die „nichtstaatlichen“ Elemente immer schwächer und die staatlichen immer stärker wurden. Und diese Ausführungen zeigen auch sehr klar, wie dieser Prozess untrennbar damit zusammenhing, dass der Gegensatz von leitenden und ausführenden Funktionen immer stärker wurde, nach und nach antagonistischen Charakter annahm, wohingegen er bei einer kommunistischen Entwicklung der Gesellschaft immer schwächer hätte werden müssen.

Die unterdrückenden Apparate der Staatsmacht erfüllten zwar – so lange die Diktatur des Proletariats noch bestand, so schwach sie auch gewesen sein mag – noch die Funktion, Feinde der Arbeiterklasse niederzuhalten. Doch andererseits musste die skizzierte Entwicklung dazu führen, dass sich auch in diesen Sektoren des Staates Interessen entwickelten, die gegen das Proletariat gerichtet waren, und dass Teile der Staatsmacht sogar Verbrechen begingen. Bezeichnendes Beispiel ist die sogenannte Ärzteverschwörung. Ende 1952 wurden verschiedene Ärzte unter dem Vorwand verhaftet, sie hätten Parteiführer ermorden wollen. In der bürgerlichen Propaganda wird dies als Beispiel für Stalins angebliche Willkürherrschaft hingestellt. Doch Stalins Tochter Swetlana Allilujewa schrieb, ihr Vater sei über diese Angelegenheit „sehr bekümmert“ gewesen und habe gesagt, „er glaube nicht an die Unehrllichkeit dieser Ärzte, das könne nicht wahr sein; als 'Beweis' dienten ja nur die Anzeigen der Ärztin Timaschuk.“⁸⁴ Unter den verhafteten Ärzten befand sich nach Angaben Allilujewas der einzige Arzt, dem Stalin vertraut hatte, Winogradow.⁸⁵ Die Ärztin Timaschuk wurde nach Stalins Tod tatsächlich als Intrigantin entlarvt, und die beschuldigten Ärzte wurden rehabilitiert. Berija, damals Innenminister und damit Dienstherr des Geheimdienstes, gab eine Erklärung ab, dass die Geständnisse der Ärzte „unter Druck seitens der Vernehmer“ zustande gekommen seien. Chruschtschow und seinesgleichen sorgten allerdings dafür, dass Berija sehr, sehr bald gar nichts mehr sagen konnte...

82 Malenkow, Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des Zentralkomitees der KPdSU(B), Moskau 1952 S. 118

83 Enver Hoxha, Die Chruschtschowianer, Tirana 1980 S. 48 f.

84 Allilujewa, Swetlana, Zwanzig Briefe an einen Freund, Lizenzausgabe Bertelsmann (ohne Angaben eines Erscheinungsjahres; nach Angabe von Allilujewa 1963 verfasst) S. 289

85 ebenda, S. 288

Klassenkampf hatte innerhalb des Staatsapparats und selbstverständlich auch innerhalb der repressiven Organe der Staatsmacht stets stattgefunden. Es ist absurd, wenn der Autor (auf S. 50) den Eindruck zu erwecken versucht, die Rote Reihe würde das leugnen. Gerade die Rote Reihe hebt dies hervor. So weist sie z.B. auf den Umstand hin, dass „zu Stalins Lebzeiten zweimal der Führer der Geheimpolizei wegen konterrevolutionärer Verbrechen hingerichtet werden musste (Jagoda und Jeschow).“⁸⁶ Sie hat darauf hingewiesen, dass „bereits in den 30er Jahren die Fäulniserscheinungen innerhalb des Staatsapparats zugenommen hatten, daß Staatsorgane mißbraucht wurden, um (...) Verbrechen zu begehen. So nutzten feindliche Kräfte Säuberungen, um unter dem Vorwand, Feinde der Sowjetmacht zu bekämpfen, unschuldige Menschen und gute Revolutionäre hinzurichten“, und die Rote Reihe hat darauf hingewiesen, dass einiges dafür spricht, dass auch Chruschtschow in den 30er Jahren in diesem Sinne wirkte.⁸⁷

Was soll man insbesondere nach solchen geschichtlichen Erfahrungen von Leuten halten, die „individuelle“ demokratische Rechte im Sozialismus für überflüssig erklären, die empört über ein „tiefsitzendes kleinbürgerliches Verständnis von Demokratie“ schwadronieren, wenn man solche Rechte (und, man denke, gar Abwehrrechte gegen den Staat!) für erforderlich hält.

Wohlgemerkt: es ist unbedingt an Lenins Position festzuhalten, dass die Diktatur des Proletariats „eine an keinerlei Gesetze gebundene Macht ist“⁸⁸. Das bedeutet aber nicht etwa, dass unter der proletarischen Diktatur Gesetze und Rechte nur auf dem Papier stehen sollen und in Wirklichkeit Gesetzlosigkeit herrschen soll. Es bedeutet nur: in Ausnahmesituationen, in denen alles auf dem Spiel steht, in denen die Machtfrage steht, setzt die herrschende Klasse gewaltsam ihre Macht ein und lässt sich von Gesetzen dabei nicht beirren bzw. handelt in einer Weise, die durch Gesetze nicht gedeckt ist oder noch nicht gedeckt ist (weil z.B. noch keine Zeit war, die entsprechenden Gesetze zu beschließen, das Handeln aber keinen Aufschub duldet). Das tut jede herrschende Klasse, und das an der Macht befindliche Proletariat kann darauf nicht verzichten. Wer das leugnet, begibt sich in der Tat auf das Niveau kleinbürgerlicher Demokraten. Je fester aber die Arbeiterklasse das Ruder in der Hand hat, um so weniger hat sie es nötig, die Gesetze – welches ja **ihre** Gesetze, Mittel **ihrer** Herrschaft sind - zu durchbrechen.⁸⁹

Gewiss: höher als Normen und Rechte steht die **revolutionäre Zweckmäßigkeit**, die vom Interesse des Proletariats nach Beseitigung aller Klassenunterschiede, ihnen entsprechender Produktionsverhältnisse, Verkehrsverhältnisse und Ideen geleitet ist. Diese Interessen und diese Zweckmäßigkeit gebieten es jedoch, dass das politische Leben des Sozialismus von Normen geprägt ist, die umfassende Rechte der Werktätigen beinhalten, und dass die proletarische Avantgarde sich niemals ohne wirklich zwingenden Grund darüber hinwegsetzen darf.

86 Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft Heft 1 S. 46 f.

87 ebenda S. 126

88 Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28 S. 234

89 vgl. hierzu auch Graue Reihe Heft 28/29 S. 90 ff. Dort wird auch darauf hingewiesen, dass sich die **Bourgeoisie** selbst in friedlichen Situationen häufig über ihre eigenen Gesetze hinwegsetzt.

IV.

Fortbestehen von Resten von Wertformen und Warenverhältnissen

1.

Was ist richtig und was ist ungenügend an der Aussage, dass die Produktionsmittel keine Waren mehr waren, da der Staat sie an seine Betriebe verteilte?

Stalin schrieb 1952 in den *Ökonomischen Problemen*, dass die Produktionsmittel im Sozialismus keine Waren mehr waren, da der Staat sie an seine Betriebe verteilte. Das war im wesentlichen richtig, enthielt aber meiner Meinung nach noch nicht die ganze Wahrheit. (Der Übersichtlichkeit halber befaße ich mich zunächst nur mit den Produktionsmitteln; auf den ökonomischen Charakter der Konsumtionsmittel sowie der im genossenschaftlichen Sektor hergestellten Produkte werde ich weiter unten eingehen.)

Zwar konnte ein Betrieb nur aufgrund einer Zuweisung von zentralen Behörden Produktionsmittel an einen anderen Betrieb liefern. Gemäß dem System der wirtschaftlichen Rechnungsführung floß dabei jedoch Geld von einem Betrieb an den anderen. Warum war das so?

Im sowjetischen Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1954 (im folgenden Lehrbuch genannt) heißt es dazu, die Produktionsmittel hätten „*nur die Form der Ware und des Wertes, die der Kalkulation, der Rechnungslegung und der Kontrolle dient.*“ (Seite 508)

Das ist offensichtlich falsch, wie aus dem Lehrbuch selbst hervorgeht:

„Der Betrieb als juristisch selbständige Wirtschaftseinheit geht wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Betrieben und Organisationen ein, ergänzt seine Kader und organisiert seine Produktions-, Versorgungs- und Absatztätigkeit. Der Betrieb hat bei der Staatsbank ein Verrechnungskonto zur Aufbewahrung seiner Geldmittel, ist berechtigt, Bankkredit in Anspruch zu nehmen, und hat eine eigene Bilanz.“ (Lehrbuch Seite 530)

*„Die wirtschaftliche Rechnungsführung setzt ferner voraus, daß der Betrieb gegenüber anderen Betrieben und Wirtschaftsorganisationen für die Erfüllung seiner Verpflichtungen die **materielle Haftung** trägt. Die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen den Betrieben werden mit Hilfe von **Wirtschaftsverträgen** geregelt. Die Betriebe erwerben im Einklang mit dem gesamtgesellschaftlichen Plan die notwendigen Produktionsmittel und realisieren ihre Erzeugnisse auf Vertragsbasis. Der Vertrag enthält: die Lieferbedingungen, den Umfang, das Sortiment und die Qualität der Erzeugnisse, die Lieferfristen, den Preis, die Zahlungsfristen und den Zahlungsmodus sowie die Art und den Grad der Haftung bei Verstößen gegen die Vertragsbedingungen. Der Vertrag legt die Art der Sanktionen fest: Konventionalstrafen bei Nichterfüllung des Vertrags, bei Nichteinhaltung der Lieferfristen und bei Verstößen gegen die vereinbarte Qualität der Erzeugnisse.“* (Lehrbuch S. 530; Hervorhebungen vom Lehrbuch)

Wir sehen, dass Geldwirtschaft auch innerhalb des staatlichen Sektors noch erhalten blieb, und sogar in Bezug auf die Verteilung der Produktionsmittel. In gewisser Hinsicht werden die Produktionsmittel zwar tatsächlich durch Zentralstellen „zugeteilt“, denn ohne Zuteilungsschein der zuständigen zentralen Behörde (oder ggf. mehrerer Behörden) ist eine legale Lieferung nicht möglich. Die Zuteilung durch zentrale Stellen reicht aber nicht aus, denn als weitere Voraussetzung einer Lieferung kommt hinzu, dass der „kaufende“ Betrieb finanzielle Mittel hat. In welchem Ausmaß er sie hat, hängt unter anderem davon ab, wie er wiederum seine Lieferverpflichtungen erfüllt. Die Zentralstellen statten den Betrieb nicht mit sämtlichen finanziellen

Mitteln aus, die er braucht, um seine Investitionen zu tätigen, einen anderen Teil muss er „selbst erwirtschaften“: „Die staatlichen Betriebe erhalten vom Staat Investitionsmittel als nichtrückzahlbare Haushaltszuweisungen, zum Teil werden die Investitionen auch aus eigenen Quellen gedeckt, nämlich aus dem Amortisationsfonds und dem Reineinkommen der Betriebe.“ (Lehrbuch S. 603). Dementsprechend führt der Betrieb auch nur einen Teil seines Gewinns an die Zentralstellen ab (daraus speist sich das sogenannte „zentralisierte Reineinkommen des Staates“), einen anderen Teil, das sogenannte „Reineinkommen des staatlichen Betriebs“, behält er. (Lehrbuch S. 536 f.)

Ein Teil des Reineinkommens der Betriebe „dient der Erweiterung der Produktion in dem betreffenden Betrieb oder Wirtschaftszweig (Investitionen oder Vergrößerung der eigenen Umlaufmittel), ein anderer Teil wird dem Direktorfonds für die materielle Förderung der Belegschaft und andere Zwecke zugeführt.“ (Lehrbuch S. 537 f.)

Wir sehen also, dass der einzelbetriebliche Gewinn zwar nicht die einzige, aber eine wesentliche Investitionsquelle des Betriebes ist. Die finanziellen und somit auch die materiellen Mittel (Produktionsmittel), die die Betriebe erhielten, hatten also **unter anderem** mit dem von ihnen erwirtschafteten Gewinn zu tun.

Es stimmt also **nicht**, dass die Überreste der Formen der Ware und des Wertes nur noch „der Kalkulation, Rechnungslegung und der Kontrolle“ dienten, wie das Lehrbuch behauptet.

Das wäre auch merkwürdig gewesen, wie sich aus folgenden Überlegungen ergibt:

Wie Marx gezeigt hat, wird im Wertverhältnis „der in der Ware eingehüllte innere Gegensatz von Gebrauchswert und Wert (...) dargestellt durch einen äußeren Gegensatz, d.h. durch das Verhältnis zweier Waren, worin die eine Ware, **deren** Wert ausgedrückt werden soll, unmittelbar nur als Gebrauchswert, die andere Ware hingegen, **worin** Wert ausgedrückt wird, unmittelbar nur als Tauschwert gilt. Die einfache Wertform einer Ware ist also die einfache Erscheinungsform des in ihr enthaltenen Gegensatzes von Gebrauchswert und Wert.“⁹⁰ Die erste Ware befindet sich in relativer Wertform, d.h. ihr Wert wird als relativer, auf eine andere Ware bezogener Wert dargestellt, die zweite Ware befindet sich in Äquivalentform, d.h. ihr Wert fungiert als Äquivalent der ersten Ware.⁹¹ Solange nun ein Gebrauchswert als Nicht-Gebrauchswert, als die unmittelbaren Bedürfnisse seines Besitzers überschießendes Quantum von Gebrauchswert existiert, solange existiert auch der innere Gegensatz von Gebrauchswert und Wert und muss sich als äußerer Gegensatz darstellen, und so lange dies so ist, ist dies ein untrügliches Anzeichen dafür, dass wir es mit einem **Verhältnis „wechselseitiger Fremdheit“** zwischen den Produzenten zu tun haben:

„Dinge sind an und für sich dem Menschen äußerlich und daher veräußerlich. Damit diese Veräußerung wechselseitig, brauchen Menschen nur stillschweigend sich als Privateigentümer jener veräußerlichen Dinge und eben dadurch als voneinander unabhängige Personen gegenüberzutreten. Solch ein **Verhältnis wechselseitiger Fremdheit** existiert jedoch nicht für die Glieder eines naturwüchsigen Gemeinwesens, habe es nun die Form einer patriarchalischen Familie, einer altindischen Gemeinde, eines Inkastaates usw. Der Warenaustausch beginnt, wo die Gemeinwesen enden, an den Punkten ihres Kontakts mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern fremder Gemeinwesen. Sobald Dinge aber einmal im auswärtigen, werden sie auch rückschlagend im innern Gemeinleben zu Waren.“⁹² Umgekehrt: findet man im Sozialismus im staatlichen Sektor noch Reste von Warenaustausch – was in der Form des Vertragssystems und Geldverkehrs zwischen staatlichen Betrieben zweifellos gegeben ist – so ist das ein sicheres Indiz dafür, dass das kommunistische Gemeinwesen, wenngleich sich entwickelnd (es handelt sich eben nur noch um **Reste**), noch **nicht vollständig** errichtet ist, dass **eine gewisse** wechselseitige Fremdheit zwischen den sozialistischen Betrieben noch besteht. Wenn diese wechselseitige Fremdheit erst einmal **völlig** überwunden ist, wozu dann Vertragssystem und Geldwirtschaft?

Der Außenhandel mit der warenproduzierenden Welt ist – und hier endet die Analogie mit dem angeführten

90 Marx, Kapital Bd. 1, MEW 23 S. 75 f.; Hervorhebung von Marx

91 ebenda S. 63

92 ebenda S. 102; Hervorhebung von mir, P.U.

Marx-Zitat – **kein** Grund für das Fortbestehen für Reste von Warenverhältnissen im Innern, denn das Außenhandelsmonopol des sozialistischen Staates würde es ermöglichen, im Außenhandel Warenaustausch zu pflegen, ohne dass dies Reste von Warenaustausch zwischen sozialistischen Betrieben voraussetzt. Letzteres muss seine Gründe also im Innern haben.

Wenn wir es also bei den **Produktionsmitteln**, die im staatlichen Sektor der sozialistischen Wirtschaft produziert werden, mit einem gewissen Rest an Wertformen zu tun haben, dann sind diese Formen für Marxisten ein untrügliches Zeichen dafür, dass diese „wechselseitige Fremdheit“ der Produzenten (Betriebe) zwar bis zu einem gewissen Grade überwunden ist (weil es sich eben nur noch um Reste der Wertformen handelt), dass sie aber **nicht vollständig** überwunden ist (weil diese Reste eben noch vorhanden sind). Dies wäre zu untersuchen gewesen, was das Lehrbuch aber nicht einmal versucht hat.

Anders formuliert: im entwickelten Kommunismus wird es keinerlei Reste von Wertformen mehr geben und damit auch kein Geld. Der Gesellschaft werden Mittel und Wege zur Verfügung stehen, sparsam mit der Verausgabung von Arbeitskraft umzugehen, aber sie wird dazu keine Geldwirtschaft nötig haben. Es kann gewiss kein Zufall sein, dass Geldwirtschaft im Sozialismus noch erforderlich ist. Und die Gründe dafür wären zu benennen.

Auf diese sehr wichtige Frage werden wir zurückkommen. Betrachten wir zunächst einige weitere Aspekte der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung.

Sehen wir uns zunächst den Verkauf einer Maschine vom Betrieb A an den Betrieb B etwas näher an. Der Betrieb A hat die Maschine produziert, benötigt sie jedoch nicht für den eigenen betrieblichen Bedarf. Sie ist für den Betrieb A zwar insoweit Gebrauchswert, als der Betrieb A Glied der vergesellschafteten Produktion, seine Produktion gesellschaftliche Produktion des sozialistischen Staates ist. Er ist Gebrauchswert in dem Maße, in dem Betriebsleitung und Belegschaft entsprechendes kommunistisches Bewusstsein haben und **auch** auf Grundlage dieses Bewusstseins agieren, sich folglich **nicht allein** dafür interessieren, ob sie für die Maschine Geld erhalten, sondern auch dafür, ob sie Gebrauchswert für die Gesellschaft hat. Insofern der Betrieb A eigenständige Wirtschaftseinheit und darauf angewiesen ist, die Maschine in Geld zu verwandeln, ist die Maschine für Betrieb A nicht Gebrauchswert, sondern Wert, Tauschwert. Für den Betrieb B, der sie kauft, ist sie ausschließlich Gebrauchswert. Der Betrieb B bezahlt mit Geld. Dieses Geld kann der Betrieb A nutzen, um vom Betrieb C eine Maschine zu kaufen, die dieser produziert hat und die für diesen – soweit man ihn unter dem Gesichtspunkt betrachtet, dass er eigenständige Wirtschaftseinheit ist – kein Gebrauchswert sondern Wert ist, während sie für den Betrieb A Gebrauchswert ist.

Mit den fettgedruckten Worten „auch“ und „nicht allein“ hat es folgende Bewandnis: selbst der bewussteste und ergebenste Kommunist in Betriebsleitung und Belegschaft des Betriebs A kann es sich aufgrund der bestehenden Verhältnisse nicht leisten, die Maschine A **allein** als Gebrauchswert für die Gesellschaft zu betrachten und zu behandeln, denn der Betrieb ist – wie gesehen – **darauf angewiesen**, die Maschine in Geld umzuwandeln, welches er als **eine** Quelle seiner betrieblichen Investitionen benötigt.

Das Geld wird zur Vermittlung derartiger Transaktionen benötigt, weil es eben nicht nur zwei Betriebe, zwei Wirtschaftseinheiten des sozialistischen Staates gibt, sondern viele, so dass zur Regelung des allgemeinen Austauschs ein „*allgemeines Äquivalent*“⁹³ benötigt wird, Geld.

Doch „*die einfache Warenform ist (...) der Keim der Geldform*“⁹⁴, und diese äußert sich darin, dass die Naturalform einer Ware zur Wertform der anderen wird, dass der Wert einer Ware im Körper, im Gebrauchswert der anderen ausgedrückt wird. Eben dies drückt – wie oben gesagt – in der warenproduzierenden Gesellschaft „*wechselseitige Fremdheit*“ der Produzenten aus: Wären die Produzenten Glieder unmittelbar vergesellschafteter Produktion⁹⁵, so käme es nicht zu einem durch Geld vermittelten allgemeinen Austausch, jedes

93 Marx, Kapital Bd. 1, MEW 23 S. 83

94 ebenda S. 85

95 **Unmittelbar** vergesellschaftete Produktion ist Produktion von Nicht-Waren. Demgegenüber ist die Produktion von Waren nur **mittelbar** vergesellschaftete Produktion. Bei letzterer „*wird nicht ausgegangen von der Arbeit der Individuen als gemeinschaftlicher, sondern umgekehrt von besondern Arbeiten von Privatindividuen, Arbeiten, die sich*

Produkt wäre nicht nur für seinen Nutzer, sondern auch für seinen Produzenten **ausschließlich** Gebrauchswert.

Im staatlichen Sektor des Sozialismus haben wir es nicht mehr mit Warenproduktion zu tun, da alle betrieblichen Einheiten unmittelbar vergesellschaftet sind, doch da es sich um Vergesellschaftung auf niedriger Stufe handelt, bleibt von der wechselseitigen Fremdheit und damit auch von den Warenverhältnissen und Wertformen noch etwas übrig.

Wenn ich soeben sagte, dass das Geld bei diesen Transaktionen „allgemeines Äquivalent“ ist, so muss diese Aussage wie folgt eingeschränkt werden: Es ist **in der Hinsicht** allgemeines Äquivalent, als **alle** besagten Transaktionen durch Tausch eines Gebrauchsgegenstands gegen Geld zustandekommen. Das Geld ist aber insoweit **nicht** allgemeines Äquivalent, als es **nicht gegen jeden beliebigen** Gebrauchsgegenstand getauscht werden kann. Es bedarf eines Aktes der staatlichen Zentralgewalt, eines Zuteilungsscheins, damit der Austausch vonstatten gehen kann. Der Betrieb kann legal nur innerhalb gewisser, vom Plan gesteckter Grenzen über seine finanziellen Mittel verfügen. (Darauf, dass er illegal noch ganz anders tun kann, werde ich zurückkommen.) Er kann schon mal gar nicht Kredite an andere Betriebe vergeben, spekulieren usw., alles Dinge, die im Kapitalismus aus der Äquivalentform hervorgehen.

Insofern das Geld in gewisser Hinsicht also nicht allgemeines Äquivalent ist, ist es auch kein Voll-Geld mehr. Dass es sich hier also um den Übergang von Geld in Nicht-Geld handelt, ist nicht verwunderlich, sondern nur Widerspiegelung dessen, dass es sich bei den Produkten um den Übergang von der Ware zur Nicht-Ware handelt.

Das Zahlungsmittel ist aber immerhin insoweit „Geld“, als es notwendig zu einem Kreditwesen kommt, da der Betrieb unter anderem mit eigenen Mitteln wirtschaften muss:

„Der Kredit ist eines der notwendigen wirtschaftlichen Instrumente der sozialistischen Gesellschaft. Das Bestehen des Kredits ist damit verbunden, daß sich in der Volkswirtschaft einerseits zeitweilig freie Geldmittel bilden und andererseits ein zeitweiliger Bedarf der sozialistischen Gesellschaft an zusätzlichen Mitteln entsteht. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Eingang des Gelderlöses aus der Realisierung der Erzeugnisse und die Geldausgaben für Produktionszwecke im Kreislauf der Mittel der sozialistischen Betriebe zeitweilig nicht zusammenfallen.“ „Der Kredit dient im Sozialismus dem Staat dazu, zeitweilig freie Geldmittel zu mobilisieren und sie planmäßig, unter der Bedingung der Rückzahlung, für die Befriedigung volkswirtschaftlicher Bedürfnisse zu verwenden.“ (Lehrbuch S. 602 f.)

„Im Einklang mit dem Plan erhalten die Betriebe und Wirtschaftsorganisationen Darlehen im Wege des direkten Bankkredits.“ (Lehrbuch S. 603)

Den Banken ist direkt die Aufgabe zugewiesen, die Erfüllung des Plans durch die von ihnen kreditierten Betriebe zu kontrollieren: *„Der Kredit ist im Sozialismus ein mächtiges Werkzeug der Kontrolle durch den Rubel, die der Staat über die Tätigkeit der Betriebe und der Wirtschaftsorganisationen ausübt. Die Kreditgewährung ist mit der vorhandenen und laufenden Überprüfung der Finanzlage des Betriebs verbunden. Dabei überprüfen die Kreditorgane die Erfüllung des Einnahme- und des Akkumulationsplans, die zweckgerechte Verausgabung der eigenen und der geliehenen Umlaufmittel usw. Bei Gewährung eines Darlehens prüfen die Kreditorgane, wie der Betrieb seine Mittel verwendet, wie er die Zahlungsdisziplin wahrt und ob die finanzielle Grundlage des Betriebs für die Aufnahme des Kredits stabil genug ist. Die Kreditorgane treffen Maßnahmen, um die Zahlungsdisziplin, die wirtschaftliche Rechnungsführung und das Sparsamkeitsregime in den Betrieben zu festigen.“* (Lehrbuch Seite 605)

Hier wird deutlich sichtbar, dass die Kontrolle, die die Gesellschaft durch die Banken und das Kreditwesen ausübt, keineswegs ausschließlich eine Kontrolle des Gebrauchswerts ist, sondern eine Kontrolle, die sich auch am „Wert“⁹⁶, am einzelbetrieblichen Gewinn orientiert. Freilich ist diese Art von Kontrolle nicht verab-

erst im Austauschprozeß durch Aufhebung ihres ursprünglichen Charakters, als allgemeine gesellschaftliche Arbeit beweisen.“ (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13 S. 31 f.)

96 Ich spreche von Wert in Anführungszeichen, da es sich um den Übergang von der Ware zur Nichtware und um den

soluiert, nicht vom Gebrauchswert losgelöst:

„Diese Kontrolle wird erstens dadurch verwirklicht, daß nur die im Plan vorgesehenen Maßnahmen, in Abhängigkeit von der Planerfüllung, finanziert und kreditiert werden; zweitens, daß die Darlehen entsprechend den Erfüllungsterminen der Planaufgaben zurückzahlen sind, und drittens durch Anwendung entsprechender Strafmaßnahmen bei Verstößen gegen die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel und nicht termingerechte Rückzahlung des Darlehens (beispielsweise Erhöhung des Zinses und Verweigerung weiterer Kredite.“ (Lehrbuch S. 606 f.)

Wir haben es also mit einer Kombinierung gebrauchswertbezogener und „wert“bezogener Kategorien zu tun. Dies allerdings nur, solange die Banken ihre Aufgabe als gesellschaftliche Aufgabe verstehen, unter politischer Kontrolle der Arbeiterklasse und ihrer Vorhutpartei sowie der Verbündeten der Arbeiterklasse stehen. Andernfalls werden sie zunehmend dazu neigen, ihre Kontrollfunktion überwiegend oder gar nur unter dem Gesichtspunkt ihres Gewinns zu sehen. „Die Banken arbeiten auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Das Reineinkommen der Bank ist der Differenzbetrag zwischen den erhaltenen und den bezahlten Zinsen einschließlich der Ausgaben für die Unterhaltung des Bankapparats.“ (Lehrbuch S. 607) Das ist notwendig, denn wenn die Betriebe Kredite erhalten könnten, ohne dass die kreditvergebenden Stellen ökonomisch gezwungen wären, auf Rentabilität zu achten, so wäre der Zweck der wirtschaftlichen Rechnungsführung nicht nur vereitelt, sondern geradezu ins Gegenteil verkehrt: Der unrentablen Verschleuderung leicht zu erhaltender gesellschaftlicher Mittel wäre Tür und Tor geöffnet. Doch aus der Orientierung der Banken selbst an ihrem einzelbetrieblichen Gewinn ergibt sich – da der Bankengewinn nur aus dem Gewinn der von ihnen kreditierten Betriebe fließen kann - die Gefahr, dass die Banken die Betriebe dazu anhalten, ihrerseits möglichst große Gewinne zu erzielen, ohne dabei die Orientierung am gesamtgesellschaftlichen Nutzen, am Gebrauchswert für die Gesellschaft, im Auge zu behalten. Die Banken erwirtschaften Zinsgewinne, Geld, das Geld aber ist „die entäußerte Gestalt aller andren Waren oder das Produkt ihrer allgemeinen Veräußerung.“⁹⁷ Die Gefahr der Verabsolutierung von Tauschwertkategorien ist in diesem Bereich besonders groß, und zwar umso mehr, als die Produkte der sozialistischen Betriebe den Warencharakter bereits bis zu einem gewissen Grad abgestreift haben, als insbesondere ihre Preise sich nicht auf einem Markt bilden, sondern vom Staat festgesetzt werden. Dies beinhaltet – wie wir weiter unten noch sehen werden – die Möglichkeit, durch Täuschung staatlicher Behörden Scheingewinne zu erwirtschaften, die dem realen „Wert“ nicht entsprechen. Wirken die Banken auf die Erzielung solcher Scheingewinne hin, so dient die Kontrolle durch die Banken nicht der Orientierung am gesellschaftlichen Gebrauchswert, sondern wirkt dieser Orientierung entgegen.

2.

Warum „wirtschaftliche Rechnungsführung“?

Es stellt sich die Frage, warum der Sozialismus sich derartiger Mechanismen bedienen muss, die in der Sowjetunion unter dem Begriff „wirtschaftliche Rechnungsführung“ zusammengefasst wurden. Marx und Engels hatten derartige Mechanismen im Übergang zum entwickelten Kommunismus nicht vorausgesagt, was nicht verwunderlich ist, denn es war nicht ihre Sache „Rezepte (...) für die Garküche der Zukunft zu verschreiben“, wie Marx einmal ironisch bemerkte.⁹⁸

Lediglich in Bezug auf die **Verteilung**, auf die Regulierung der **Konsumtion**, hatte Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* gezeigt, dass im Übergang zur entwickelten Stufe des Kommunismus „dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten (herrscht), es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht“.⁹⁹ „Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten

Übergang vom Wert zum Nicht-Wert handelt. Ebenso handelt es sich nur noch eingeschränkt um Kauf. Eine umfassende Analyse aller Wertkategorien im Stadium ihres Verschwindens steht noch aus.

97 Marx, Kapital Bd. 1, MEW 23 S. 124

98 Marx, Kapital Bd. 1, MEW 23 S. 25

99 MEW 19 S. 20

ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundsoviel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet.“¹⁰⁰ Allerdings würde dies für sich genommen noch kein Geld erfordern: „Die Produzenten mögen meinetwegen papierne Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten in ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen. Diese Anweisungen sind kein Geld. Sie zirkulieren nicht.“¹⁰¹ Wir sehen: das Entfallen der Normierung der dem Einzelnen zustehenden Konsumgüter ist **keine** notwendige Voraussetzung für das Entfallen des Geldes. **Schon deshalb kann Geld, welches zwischen verschiedenen Stellen des sozialistischen Staates zirkuliert, keineswegs durch das Fortbestehen „bürgerlichen Rechts“ auf dem Gebiet der Verteilung erklärt werden. Es muss seine Ursachen anderswo haben.**

Lenin stellte sich kurz vor der Oktoberrevolution als Übergangsform „nach Beseitigung der Ausbeuter“ vor, dass „die gesamte Gesellschaft (...) ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn“ sein würde, wobei diese „Fabrik'disziplin“ lediglich eine „Stufe“ sein würde, „die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung, eine Stufe, **um weiter** vorwärtsschreiten zu können.“¹⁰²

Doch es ist anders gekommen, es ist zur „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ mit beschränkter Nutzung von Wertformen gekommen. 1921, im Zusammenhang mit der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP) schrieb Lenin:

„Wir, die wir von der Welle des Enthusiasmus getragen waren, die wir den Volksehtusiasmus – zunächst den allgemeinen politischen, sodann den militärischen – geweckt hatten, wir rechneten darauf, daß wir auf Grund dieses Enthusiasmus auch die ebenso großen (wie die allgemeinen politischen und die militärischen) ökonomischen Aufgaben unmittelbar lösen würden. Wir rechneten darauf – vielleicht wäre es richtiger zu sagen: **Wir nahmen an, ohne genügend zu rechnen -, daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten. Das Leben hat unseren Fehler gezeigt. Es bedarf einer Reihe von Übergangsstufen: Staatskapitalismus und Sozialismus, um den Übergang zum Kommunismus vorzubereiten, ihn durch die Arbeit einer langen Reihe von Jahren vorzubereiten. Nicht auf Grund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, auf Grund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung bemüht euch, zu erst feste Stege zu bauen, die in einem kleinbäuerlichen Land über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führen; sonst werdet ihr nicht zum Kommunismus gelangen, sonst werdet ihr die Millionen und aber Millionen Menschen nicht zum Kommunismus führen. So hat es uns das Leben gelehrt. So hat es uns der objektive Entwicklungsgang der Revolution gelehrt.**“¹⁰³

Lenin ebenfalls 1921:

„Und wir sagen, daß man jeden großen Zweig der Volkswirtschaft auf der persönlichen Interessiertheit aufbauen muss“¹⁰⁴

Offenbar konnten die anstehenden Probleme weder durch den Enthusiasmus noch durch eine „einheitliche Fabrik'disziplin“ im Sinne des oben angeführten Zitats aus *Staat und Revolution* noch durch eine Kombination aus beidem allein gelöst werden, offenbar hatte sich die Notwendigkeit, die gesamte Volkswirtschaft auf der persönlichen ökonomischen Interessiertheit aufzubauen, gebieterisch gezeigt. „Bemüht euch, **zuerst** feste

100 ebenda

101 Marx, Kapital Bd. 2, MEW 24 S. 358. Ebenso sagt Marx im ersten Band des Kapitals, „daß z.B. das Owensche 'Arbeitsgeld' ebensowenig 'Geld' ist wie etwa eine Theatermarke. Owen setzt unmittelbar vergesellschaftete Arbeit voraus, eine der Warenproduktion diametral entgegengesetzte Produktionsform. Das Arbeitszertifikat konstatiert nur den individuellen Anteil des Produzenten an der Gemeinarbeit und seinen individuellen Anspruch auf den zur Konsumtion bestimmten Teil des Gemeinprodukts.“ MEW 23 S. 109 f.

102 Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 488; Hervorhebungen von Lenin

103 Lenin, Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, LW 33 S. 38; Hervorhebung von mir, P.U.

104 Lenin, Die NÖP und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, LW 33 S. 50

Stege zu bauen“: Lenin war sich natürlich völlig darüber im klaren, dass das Prinzip, das Wirtschaften auf Grundlage der „persönlichen Interessiertheit“ - letztlich auf Grundlage finanziellen Eigeninteresses – zu organisieren, keinesfalls ein kommunistisches Element dieses Wirtschaftens war.

Die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ wurde 1922 flächendeckend eingerichtet, einhergehend damit, dass die Mehrheit der staatlichen Betriebe in einem staatskapitalistischen Sektor auf eigene Rechnung zu wirtschaften hatten. Lenin schrieb damals:

„Die Überführung der Staatsbetriebe auf die sogenannte wirtschaftliche Rechnungsführung ist unvermeidlich und untrennbar verbunden mit der Neuen Ökonomischen Politik, und in nächster Zukunft wird dieser Typus unausbleiblich zum vorherrschenden, wenn nicht zum ausschließlichen werden. Faktisch bedeutet das unter den Verhältnissen des zugelassenen und sich entwickelnden freien Handels, daß die Staatsbetriebe weitgehend auf kommerzielle Grundlage übergeführt werden. Dieser Umstand, in Verbindung mit der gebieterischen Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität zu steigern und zu erreichen, daß ein jeder Staatsbetrieb ohne Verlust, mit Gewinn arbeitet, sowie in Verbindung mit dem unvermeidlichen Ressortinteresse und der Übertreibung des Ressortieifers, erzeugt, was die Fragen der Arbeitsbedingungen im Betrieb betrifft, unausbleiblich einen gewissen Interessengegensatz zwischen den Arbeitermassen und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder deren übergeordneten Behörden.“¹⁰⁵

Dass es im Zusammenhang mit dem Staatskapitalismus eine solche wirtschaftliche Rechnungsführung gab, ist letztlich nicht verwunderlich. Selbstverständlich gab es eine **solche** „wirtschaftliche Rechnungsführung“, bei der jeder Staatsbetrieb mit Gewinn arbeiten **musste**, mit Beendigung der NÖP und mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht mehr.¹⁰⁶ Es wäre zu erwarten gewesen, dass von der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die innerhalb des staatlichen Sektors u.a. beinhalteten, dass der freie Handel entfiel und durch Plandirektiven der staatlichen Zentralstellen ersetzt wurde, nichts mehr übrigbleiben würde. Tatsächlich aber bestand die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ in der weiter oben beschriebenen Form fort, gab es Reste von Tauschkategorien als ökonomische Stimulanz, und auch jetzt nicht allein hinsichtlich des „bürgerlichen Rechts“ auf dem Gebiet der Verteilung, sondern auch zur Stimulierung der einzelnen Betriebe des staatlichen Sektors der sozialistischen Gesellschaft. Da dies alles andere als voraussehbar war, ist es umso verwunderlicher, dass die Frage, warum man sich veranlasst sah, im Sozialismus solche Verhältnisse einzurichten, nicht gründlich erörtert wurde.

Immerhin findet sich bei Stalin ein Hinweis auf die Gründe für das System der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ mit flächendeckender Beibehaltung von Resten des Tauscherts. 1931 sagte er:

„Es ist Tatsache, daß man in einer Reihe von Betrieben und Wirtschaftsorganisationen schon längst aufgehört hat, zu berechnen, zu kalkulieren, fundierte Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben aufzustellen. Es ist Tatsache, daß in einer Reihe von Betrieben und Wirtschaftsorganisationen die Begriffe 'Sparsamkeitsregime', 'Herabsetzung der unproduktiven Ausgaben', 'Rationalisierung der Produktion' schon längst aus der Mode gekommen sind. Offenbar rechnen sie darauf, daß die Staatsbank 'uns sowieso die nötigen Summen geben wird'. Es ist Tatsache, daß in letzter Zeit die Selbstkosten in einer ganzen Reihe von Betrieben zu steigen begonnen haben. Man hat es ihnen zur Aufgabe gemacht, die Selbstkosten um zehn und mehr Prozent zu senken, sie aber erhöhen sie. Was aber heißt das, die Selbstkosten senken? Sie wissen, daß jedes Prozent Senkung der Selbstkosten eine Akkumulation von 150 bis 200 Millionen Rubel innerhalb der Industrie bedeutet. Es ist klar, daß eine Erhöhung der Selbstkosten unter diesen Bedingungen gleichbedeutend ist mit dem Verlust von Hunderten Millionen Rubel für die Industrie und die ganze Volkswirtschaft.“ Und Stalin forderte: **„Beseitigung der Mißwirtschaft, Mobilisierung der inneren Hilfsquellen der Industrie, Einbürgerung und Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in allen unseren Betrieben, systematische Senkung der Selbstkosten, Steigerung der Akkumulation innerhalb der Industrie, in**

105 Lenin, Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, LW 33 S. 170 f.

106 Auf die Frage, warum das Prinzip des ökonomischen Zwangs für jeden einzelnen Betrieb, Gewinne zu erwirtschaften, gesamtgesellschaftliche Interessen durchkreuzt, werde ich weiter unten zu sprechen kommen.

allen Industriezweigen ohne Ausnahme.“¹⁰⁷

Man sieht: besagte Schweine im Garten des Staates (vgl. Seite 30 f.) wühlten nicht nur im Bereich der Konsumtion, wo sie sich selbst und ihre Sippschaften bereicherten. Sie schädigten auch die Produktion, da sie nicht bereit waren, sich der Mühe zu unterziehen, genau zu kalkulieren, zu berechnen, Selbstkosten zu senken. Sie waren der Ansicht, diese Mühe lohne sich nicht, es wäre ja doch einfacher, vom Staat Mittel anzufordern. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass nicht selten die mangelnde Kalkulation für private Zwecke genutzt wurde, für die Vertuschung von Schlendrian und Verschwendung, für persönliche Bereicherung etc. Der Umstand, dass sie damit Arbeitskraft der Werktätigen vergeudeten, war ihnen schnuppe.

Wenn all dies zur flächendeckenden Einführung der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ und der mit ihr verbundenen **Tauschkategorien** führte, so zeigt dies zweierlei:

Zum einen: es war offenbar auch jetzt nicht möglich, dieser Dinge Herr zu werden allein durch Entfaltung von Enthusiasmus oder dadurch, dass man als Übergangsform zum reifen Kommunismus die Industrie in „**ein** Büro und **eine** Fabrik“ verwandelte und einer einheitlichen „Fabrik“disziplin unterwarf oder durch eine Kombination von beidem, man konnte ihrer nicht Herr werden allein durch Kontrolle von oben oder unten oder einer Kombination von beidem. Offenbar war es auch jetzt noch erforderlich, jede einzelne Produktionseinheit mittels Tauschkategorien unmittelbar am Ergebnis ihres Wirtschaftens ökonomisch zu interessieren. Der einzelbetriebliche Gewinn musste ein wesentlicher Faktor sozialistischen Wirtschaftens bleiben.

Zweitens zeigt sich, dass ein gewisses, noch verbliebenes Ausmaß von Verhältnissen „wechselseitiger Fremdheit“ zwischen den Produzenten, von dem wir oben sprachen, nicht erst durch die Einführung von Tauschkategorien in die (sozialistische) Welt gekommen ist. Eher wird umgekehrt ein Schuh draus: die sozialistische Gesellschaft ist wegen dieser „wechselseitigen Fremdheit“ zur Anwendung von Tauschkategorien gezwungen. Andererseits ist allerdings ganz gewiss nicht zu erwarten, dass gerade die **Tauschkategorien** das, was noch an wechselseitiger Fremdheit zwischen den Produzenten verblieben ist, beseitigen würden. Sie sind ein Mittel, um der Verschwendung Grenzen zu setzen, die nach Beseitigung der Warenwirtschaft und des von ihr ausgehenden sachlichen Zwanges zu ökonomischem Verhalten von der weiterbestehenden wechselseitigen Fremdheit zwischen den Produzenten ausgeht - nicht mehr und nicht weniger.

Soweit wir es mit der Zuteilung des Staates an seine Betriebe zu tun haben, handelt es sich um den kommunistischen Keim des gesellschaftlichen Zustandes. Der Staat handelt als kollektiver Eigentümer, der die Gesellschaft, die Produzenten, vertritt. Doch er stößt dabei auf das Problem, dass das einheitliche Interesse, die Identität von allgemeinem und besonderem Interesse, erst im Keim existiert und dass es besondere Interessen gibt, die teilweise die allgemeinen durchkreuzen. Man suchte also nach Formen, unter denen diese besonderen Interessen sich so bewegen konnten, dass sie das allgemeine Interesse möglichst wenig durchkreuzten, und man fand diese Formen in der begrenzten Anwendung von Wertkategorien.

3.

Kommunistische und sozialistische Sparsamkeit, kommunistische und sozialistische Rentabilität

Wir werden nun betrachten, welche gravierenden ökonomischen Unterschiede zwischen dem entwickelten Kommunismus und dem Sozialismus aufgrund des Umstandes bestehen, dass in ersterem das allgemeine und das besondere Interesse weitgehend zusammenfallen, während es in zweiterem hier noch erhebliche Gegensätze gibt.

¹⁰⁷ Stalin, Neue Verhältnisse – neue Methoden des wirtschaftlichen Aufbaus, SW 13 S. 67 f.; Hervorhebungen von mir, P.U.

a) entwickelter Kommunismus

Im entwickelten Kommunismus werden Waren nicht mehr im Verhältnis der zu ihrer Produktion gesellschaftlich erforderlichen Zeit ausgetauscht, weil die Arbeitsprodukte **gar nicht mehr** ausgetauscht werden, weil die Produkte nicht mehr als Waren produziert werden, weil ihre unmittelbaren Produzenten keine selbständigen ökonomischen Agenten mehr sind. So sagt Engels im *Anti-Dühring*:

„Die unmittelbar gesellschaftliche Produktion wie die direkte Verteilung schließen allen Warenaustausch aus, also auch die Verwandlung der Produkte in Waren (...), und damit auch ihre Verwandlung in Werte.

Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt¹⁰⁸ auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der Zeit. (...) Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu. Sie wird die einfache Tatsache, daß die hundert Quadratmeter Tuch meinetwegen tausend Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben, nicht in der schielenden und sinnlosen Weise ausdrücken, sie seien tausend Arbeitsstunden wert. Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ‘Werts’.“¹⁰⁹

Die Gesellschaft weiß, dass die Herstellung dieses oder jenes Produkts sie soundsoviele Arbeitsstunden (teils in Form lebendiger, teils in Form vergegenständlichter Arbeit) und soundsoviele natürliche Ressourcen kostet (die, da begrenzt, ebenfalls in Betracht zu ziehen sind, auch wenn noch keine Arbeit darauf verwandt wurde). Sie entscheidet sich bewusst, ob sie unter diesen Umständen diese Produktion aufnimmt. Die „Abwägung von Nutzeffekt und Arbeitsaufwand bei der Entscheidung über die Produktion (ist) alles (...), was in einer kommunistischen Gesellschaft vom Wertbegriff der politischen Ökonomie übrigbleibt.“¹¹⁰

Das ist aber nicht etwa eine bewusste, planmäßige Anwendung des Wertgesetzes oder die Herstellung eines „reinen“ Wertgesetzes, in welchem der Preis gleich dem Wert ist und durch Berechnung der gesellschaftlich erforderlichen Arbeitsmenge festgesetzt wird, anstatt um den Wert zu schwanken. Eine solche Vorstellung wäre schon deshalb absurd, weil der Austausch gleicher Werte ja selbständige Privatarbeiten voraussetzt, was wiederum den Markt voraussetzt, was wiederum voraussetzt, dass sich die Preise nur hinter dem Rücken der Agenten dieser Privatarbeiten elementar bilden können. „Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch Herstellung des ‘wahren Werts’, heißt daher den Katholizismus abschaffen wollen durch die Herstellung des ‘wahren’ Papstes oder eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eignes Produkt ist.“¹¹¹

108 in einem dritten Produkt: eben in der Geldware

109 Engels, *Anti-Dühring*, MEW 20 S. 288; Hervorhebungen von Engels

110 ebenda

111 ebenda, MEW 20 S. 289

Im selben Sinne sagt Marx in der *Kritik des Gothaer Programms*:

*„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.“*¹¹²

Wie aber soll die gesellschaftliche Arbeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion verteilt werden, wenn die Regulierung durch das Wertgesetz entfällt? Mit dem Wegfall des Austausches entfällt ja keineswegs die Arbeitsteilung. Der Unterschied besteht nur darin, dass es jetzt keine Arbeitsteilung zwischen Agenten von Privatarbeit, zwischen eigenständigen wirtschaftenden Subjekten ist, sondern eine Arbeitsteilung zwischen den miteinander unmittelbar - ohne Umweg über den Markt - verbundenen Gliedern der Gesellschaft. Da die elementare Vermittlung über den Markt entfällt, muss eine bewusste Organisation dieser Arbeitsteilung an deren Stelle treten.

Hierzu muss die Gesellschaft zunächst einmal wissen, welche Produkte in einem bestimmten Zeitraum hergestellt werden sollen. Sie muss sich also Klarheit über ihre eigenen Bedürfnisse verschaffen. Dabei mögen Meinungsverschiedenheiten auftreten, aber jedenfalls keine, die auf Sonderinteressen von gegenüber der Gesellschaft und gegeneinander verselbständigten Agenten von Privatarbeit beruhen.¹¹³

Ferner muss sich die Gesellschaft einen Überblick über die vorhandenen Kapazitäten an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit sowie an natürlichen Ressourcen verschaffen. Die Bedürfnisse, die befriedigt werden können, hängen von diesen Kapazitäten ab.

Schließlich muss der konkrete Produktionsplan aufgestellt werden. Um ein bestimmtes Produkt herzustellen, müssen verschiedene Roh- und Hilfsstoffe sowie Maschinen bereitgestellt werden. Diese mussten in den entsprechenden Produktionszweigen bereits zuvor hergestellt werden. Weiter muss die erforderliche Zahl an für den speziellen Produktionsprozess qualifizierten Produzenten zur Verfügung stehen. Hierzu ist erforderlich, dass der Produktionsplan die zur Herstellung der jeweiligen Produkte erforderliche vergegenständlichte und lebendige Arbeit sowohl hinsichtlich ihrer Quantität als auch hinsichtlich ihrer speziellen Qualität erfasst. Wir sehen: mit dem Verschwinden des Werts ist die Messung des Arbeitsaufwands in Zeit keineswegs verschwunden. Genauer: erst jetzt ist eine wirkliche Messung möglich. In der Warenproduktion erfolgte die Gleichsetzung bestimmter Quanta vergegenständlichter abstrakter Arbeit ja nicht bewusst, nicht durch Messung dieser Quanta, sondern elementar, hinter dem Rücken der Produzenten, im Durchschnitt ewiger Schwankungen **auf dem Markt**.

Die „Buchführung“ der kommunistischen Gesellschaft über Quantität und Qualität der zu leistenden bzw. geleisteten Arbeit ist tatsächlich „wesentlicher als je“. Sie ist insbesondere auch deshalb notwendig, weil sie Voraussetzung dafür ist, mit Arbeitskraft sparsam zu wirtschaften.

Das Entfallen des Wertes bzw. der regulierenden Wirkung des Wertgesetzes beim Übergang zum Kommunismus bedeutet nämlich keineswegs, dass Rentabilität im entwickelten Kommunismus keine Rolle mehr spielt, dass die Gesellschaft nicht sparsam mit Arbeitszeit umgeht. Im Gegenteil. Eine Gesellschaft, die nicht mehr in Klassen gespalten ist, die auch nicht in einander gleichgültige bzw. - als Konkurrenten - einander potentiell feindselige Agenten von Privatarbeiten gespalten ist, ist aus folgendem Grund an einem möglichst

¹¹² Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, MEW 19 S. 19 f.; Hervorhebung von Marx

¹¹³ Interessant (nämlich für unsere Zwecke „von Interesse“) ist in diesem Zusammenhang die Herkunft des Wortes Interesse. Das lateinische „inter esse“ bedeutet dazwischensein, dazwischenkommen. Nach Auffassung der Römer kam das Privatinteresse dem allgemeinen dazwischen, wirkte ihm entgegen oder vereitelte es gar. Das „Allgemeininteresse“, um das es hier geht, war für die Römer freilich das Staatsinteresse, welches faktisch wiederum das Interesse der herrschenden Sklavenhalter bzw. deren Spitze, der Nobilität, war. Die ideologischen Illusionen der Römer brauchen uns indessen nicht an der Erkenntnis zu hindern, dass das Allgemeininteresse überhaupt eine Illusion ist, solange die Gesellschaft von Sonderinteressen geprägt ist, bzw. - was den Übergang zum entwickelten Kommunismus angeht - **in dem Ausmaß** eine Illusion ist, **wie** diese Sonderinteressen **noch nicht** weggefallen sind.

sparsamen Einsatz von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit interessiert: Die gesellschaftliche Gesamtarbeit als gleichbleibend unterstellt, ist das gesellschaftliche Gesamtprodukt, der gesellschaftliche Nutzeffekt, um so größer, je sparsamer die Arbeit eingesetzt wird. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt als gleichbleibend unterstellt, ist die gesellschaftlich erforderliche Arbeitszeit um so geringer, je sparsamer die Arbeitskraft eingesetzt wird. Die kommunistische Gesellschaft wird aber bestrebt sein, den Gesellschaftsgliedern einerseits ein Güterangebot zur Verfügung zu stellen, das die allseitige Entwicklung der Individuen ermöglicht, ihnen andererseits möglichst viel vom Produktionsprozess freie Zeit zur Verfügung zu stellen. Das Bestreben, Arbeitszeit einzusparen, wird in der kommunistischen Gesellschaft freilich kein Selbstzweck sein. Dieses Bestreben wird dem Zweck untergeordnet sein, die Produktion an den gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten. Eine technisch mögliche Einsparung von Arbeitszeit wird daher beispielsweise dann unterbleiben, wenn der Arbeitsprozess dadurch für die daran Beteiligten unangenehm würde, wenn er Umweltschäden verursachen würde, die ansonsten vermeidbar wären, oder wenn die Produkte durch eine solche Einsparung eine von der Gesellschaft nicht akzeptierte Qualitätseinbuße erleiden würden.

*„Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. **Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf.** Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. **Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz.** Dies ist jedoch wesentlich verschieden vom Messen der Tauschwerte (Arbeiten oder Arbeitsprodukte) durch die Arbeitszeit.“*¹¹⁴

Das Gesetz der Ökonomie der Zeit kommt im Kapitalismus nur in höchst verzerrter Form zum Ausdruck, da es überhaupt nur in Form des Wertgesetzes wirken kann, das Wertgesetz dem Gesetz der Ökonomie der Zeit aber nur über Überproduktion, Krisen, Vernichtung von Produkten und Produktionsmitteln und Brachliegen von lebendiger Arbeitskraft zum Durchbruch verhelfen kann, die Umstände seiner Durchsetzung ihm also zuwiderlaufen, und zwar insbesondere deshalb, weil die vom Wertgesetz durchgesetzte Rentabilität sich nur auf die vereinzelt Privatproduktionen und nur auf einen kurzen Zeitraum bezieht, nicht aber auf die gesamte Gesellschaft und auf einen langen Zeitraum, die bornierte Rentabilität des Privatinteresses das gesellschaftliche Interesse somit vielfach durchkreuzt.

Auch im entwickelten Kommunismus wird es ein **Mehrprodukt** geben. Dieses unterscheidet sich grundlegend vom kapitalistischen Mehrwert, dessen Selbstzweck die Verwertung des vorgeschossenen Kapitals ist, der vom gesellschaftlichen Nutzen losgelöst oder jedenfalls nur soweit mit irgendeinem gesellschaftlichen Nutzen verbunden ist, soweit dies zwingend erforderlich ist, um den Mehrwert in Geldform zu realisieren. Im Kommunismus ist die Produktion von vornherein und unmittelbar als **gesellschaftliche** Produktion gesetzt. Die Gesellschaft entscheidet bewusst, ob eine bestimmte Arbeitsmenge verausgabt werden soll, um einen bestimmten Nutzeffekt zu erreichen, und Maßstab dieser Entscheidung ist einerseits das Bestreben, mit Arbeitszeit sparsam umzugehen, andererseits das Bestreben, das Bedürfnis nach Produkten zu befriedigen. Dieser Unterschied zum kapitalistischen Mehrwert ist der entscheidende Grund, warum es Probleme, die den aus dem Fall der Profitrate resultierenden Krisen analog sind, im Kommunismus nicht geben kann. Die Akkumulation ist hier kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Ein Mehrprodukt wird es geben, weil die kommunistische Gesellschaft daran interessiert sein wird, dass **mehr** produziert wird als das, was zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel benötigt wird und das, was unmittelbar konsumiert wird. Ohne erweiterte Reproduktion könnte die Gesellschaft allenfalls den bisherigen Zustand reproduzieren, sie würde auf der Stelle treten. Wachsende Bedürfnisse könnten nicht befriedigt werden, die Produktivität könnte nicht verbessert werden, ohne Verbesserung der Produktivität wäre die Einsparung von Arbeitszeit und natürlichen Ressourcen nicht möglich.

114 Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42 S. 105; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 89 f.; Hervorhebungen von mir, P.U.

Die Erwirtschaftung eines Mehrprodukts ist also im gesamtgesellschaftlichen Maßstab erforderlich. Doch das gesamtgesellschaftliche Mehrprodukt kann sich rechnerisch nur aus den von den einzelnen Produktionseinheiten produzierten Mehrproduktionen zusammensetzen. Anders formuliert: wenn man die Sache nur rechnerisch und in einer Momentaufnahme betrachtet, ist das gesamtgesellschaftliche Mehrprodukt die Summe der Mehrproduktionen der einzelnen Einheiten. Folglich ist die Gesellschaft daran interessiert, dass die einzelnen Produktionseinheiten möglichst rentabel arbeiten, d.h. dass sie nicht ohne vernünftigen Grund kein Mehrprodukt oder ein zu geringes Mehrprodukt erwirtschaften. Der kommunistische Begriff von Rentabilität ist freilich ein völlig anderer als der kapitalistische. Der kapitalistische bezieht sich auf die Verwertung des einzelbetrieblich vorgeschossenen Kapitals, unabhängig von einem gesellschaftlichen Nutzeffekt.¹¹⁵ Rentabilität hat im Kommunismus in Bezug auf den Einzelbetrieb lediglich messende, nicht aber stimulierende Funktion, da die Produktion der Gesellschaft nur noch auf einheitliche Rechnung erfolgt und das einzelbetriebliche Mehrprodukt keine Größe ist, die dem Betrieb individuell zufließt und als Mittel neuer Investitionen dient.

Wie wird die Rentabilität im Kommunismus gewährleistet? Im Kapitalismus wird sie über das Wertgesetz bzw. seine modifizierte Form – das Gesetz der Durchschnittsprofitrate – gewährleistet. Arbeitet ein Betrieb nicht rentabel, wirft er die Durchschnittsprofitrate nicht ab, so kann er im Konkurrenzkampf auf Dauer nicht bestehen. Das letzte Wort ist die Insolvenz, die Vernichtung bzw. Ausschlichtung von Produktionsmitteln und die Entlassung von Arbeitern, also Brachliegen lebendiger Arbeitskraft. Die kapitalistische Rentabilität ist also vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt aus alles andere als effizient. Sie ist auch aus einem anderen Grunde wenig effizient: Es kann sich ergeben, dass bestimmte Produkte, die künftig Arbeit sparen, also die gesellschaftliche Rentabilität auf Dauer erhöhen, nicht oder nicht im wünschenswerten Ausmaß produziert werden, da ihre Produktion kurzfristig betrachtet – und nur diese kurzfristige Betrachtung zählt vom Standpunkt des Wertgesetzes – **nicht** rentabel ist. Die langfristige Rentabilität der Gesamtgesellschaft wird hier also der kurzfristigen Rentabilität des Einzelkapitals geopfert.

Die kommunistische Gesellschaft geht anders vor als der Kapitalismus: bis zu einem gewissen Grade tut sie zwar zunächst (bewusst) in gewisser Weise das, was das Wertgesetz im Kapitalismus (elementar) auch tut: Sie vergleicht die einzelbetrieblich erforderliche Arbeitsmenge (Aufwand an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit) mit der gesellschaftlich durchschnittlich erforderlichen (freilich in direkter Weise, nicht unter der Verkleidung mittels des Werts und seiner Formen, nicht über den Umweg des Schwankens des Preises um den Wert auf dem Markt). Dabei kann wohlgemerkt immer nur diejenige Arbeitszeit verglichen werden, die zur Produktion ein- und desselben Produkts in verschiedenen Betriebsstätten benötigt wird: Produkte werden nicht ausgetauscht, und damit entfällt auch die Wertform, der Ausdruck eines Wertes eines Produkts in bestimmten Mengen einer als allgemeines Äquivalent dienenden Geldware. Wie oben schon gesagt, ist es freie Entscheidung der Gesellschaft, ob sie die Produktion bestimmter Gebrauchsgegenstände (und, wenn ja, in welcher Menge) wünscht, wenn sie weiß, dass diese Produktion soundsoviel Arbeitsstunden erfordert. Wenn die kommunistische Gesellschaft die einzelbetrieblich erforderliche Arbeitsmenge mit der gesellschaftlich durchschnittlichen vergleicht, so tut sie das nicht, um einzelne Betriebe zu ruinieren (was aber im Kapitalismus eine Konsequenz der Wirkung des Wertgesetzes ist). Ist der einzelbetrieblich zur Herstellung eines bestimmten Produkts erforderliche Aufwand an Arbeitszeit oder Material höher als der im gesellschaftlichen Mittel erforderliche, so müssen die Ursachen herausgefunden werden.

Es können verschiedene Ursachen zutage treten:

Handelt es sich um relativ rückständige Produktionstechniken und Arbeitsweisen, so müssen diese entsprechend dem Gesetz der Ökonomie der Zeit durch entwickeltere ersetzt werden. Daran sind im Kommunismus alle interessiert, sowohl die Arbeiterinnen und Arbeiter des betreffenden Betriebes als auch die in anderen Betrieben als auch die Menschen in den zentralen Planungs- und Leitungsapparaten.

Handelt es sich um **natürliche** Produktionsbedingungen (in der Landwirtschaft z.B. schlechteren Boden), die in der betreffenden betrieblichen Einheit einen geringeren Nutzeffekt ermöglichen als anderswo, so muss die

¹¹⁵ Dieser gesellschaftliche Nutzeffekt, der Gebrauchswert, interessiert bei kapitalistischer Produktion nur als Mittel zum Zweck, das Kapital zu verwerten; lässt es sich auch mithilfe der Produktion nutzlosen Tands verwerten, so ist dies dem Kapitalisten recht.

Gesellschaft entscheiden: Sie kann diese Produktion an dieser Stelle einstellen oder die geringere Rentabilität bewusst in Kauf nehmen, wenn andernfalls nicht genügend Produkte dieser Art hergestellt werden, um das gesamtgesellschaftliche Bedürfnis zu befriedigen, oder aber auch deshalb, weil andernfalls Transportarbeiten hinzukämen und damit der gesamtgesellschaftliche Aufwand somit letztlich größer wäre, oder auch aus anderen Gründen, z.B. deshalb, weil es sich um landwirtschaftliche Produkte handelt, die beim Transport an Frische verlören, so dass der Nutzeffekt für die Gesellschaft dann geringer wäre.

Zur Einstellung der Produktion an bestimmten Standorten kann es auch dann kommen, wenn die betreffenden Produkte nicht mehr benötigt werden, etwa durch Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität: es wird weniger gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit benötigt, um den gesellschaftlichen Bedarf an dem betreffenden Produkt zu befriedigen. Doch die Einstellung der Produktion in einer Betriebseinheit führt für die betreffenden Arbeiterinnen und Arbeiter zu keinem Nachteil: Die Gesellschaft wird ihnen die Möglichkeit geben, sich weiter zu qualifizieren und ihre schöpferischen Fähigkeiten fortzuentwickeln, um andere Tätigkeiten auszuüben – das ist gerade eine der wesentlichen Wirkungsweisen, weshalb die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit im reifen Kommunismus beseitigt ist.

Im entwickelten Kommunismus bestehen keine Sonderinteressen mehr, die darauf gerichtet sind, Produktionseinheiten entgegen dem gesellschaftlichen Interesse aufrechtzuerhalten oder sie zu Bedingungen aufrechtzuerhalten, die dem gesellschaftlichen Interesse zuwiderlaufen. Das gesellschaftliche Interesse fällt mit den individuellen und Gruppeninteressen zusammen.

b) Sozialismus

Im Sozialismus gibt es – wie oben schon gesagt – aufgrund des Umstandes, dass die knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit noch nicht vollständig beseitigt ist, noch Sonderinteressen (Individual- und Gruppeninteressen), die dem gesellschaftlichen Interesse entgegenlaufen. Dies ist der Grund dafür, dass die Wertform – wenn auch eingeschränkt – fortbesteht, dass der Sozialismus auf Tauschwertkategorien, insbesondere auf den ökonomischen Zwang zur einzelbetrieblichen Rentabilität, nicht vollständig verzichten kann, da andernfalls der Verschwendung Tür und Tor geöffnet wäre. Betriebe sollen nicht dafür subventioniert werden, dass sie aus hausgemachten Gründen unrentabel produzieren.

Da die Wertform bis zu einem gewissen Grade fortbesteht, wird die einzelbetriebliche Rentabilität an der Geldmenge gemessen, die der Betrieb in einem gegebenen Zeitraum erwirtschaftet hat. Im Gegensatz zum entwickelten Kommunismus wird hier also auch die Rentabilität von Betrieben verglichen, die unterschiedliche Produkte herstellen.

Die einzelbetriebliche Rentabilität spielt zwar nicht die wichtigste, aber doch eine wesentliche Rolle, da auch hier – nicht anders als im entwickelten Kommunismus – ein gesamtgesellschaftliches Mehrprodukt zu erwirtschaften ist, wenn die Gesellschaft sich fortentwickeln will, dieses aber rein rechnerisch und als Momentaufnahme betrachtet nichts anderes sein kann als die Summe der Mehrprodukte aller Betriebseinheiten.

Allerdings ist das Ganze auch hier mehr als die Summe seiner Teile. Die Herstellung bestimmter Produkte mag für den Einzelbetrieb zu einem gegebenen Zeitpunkt unrentabel sein, keinen Gewinn abwerfen oder sogar zu Verlusten führen, gesamtgesellschaftlich auf längere Sicht aber rentabel sein, z.B. deshalb, weil diese Produkte dauerhaft zu einer Erhöhung der Produktivität in vielen Wirtschaftszweigen führen werden (Beispiel: Aufbau der Schwerindustrie in einem Land, in dem sie noch kaum entwickelt ist). Das gesamtgesellschaftliche Interesse besteht also nicht einfach darin, dass alle einzelnen Wirtschaftseinheiten so rentabel wie möglich arbeiten, vielmehr muss die kurzfristig aufgefasste einzelbetriebliche Rentabilität mitunter durchbrochen werden, um langfristige Rentabilität im gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu ermöglichen. Man bliebe andernfalls in der bürgerlichen Borniertheit verhaftet, die die langfristige Rentabilität der Gesamtheit der kurzfristigen Rentabilität der Einzelbetriebe opfert (siehe oben).

Stalin: „Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirt-

schaft betrachtet und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten (...).“¹¹⁶ So war es, wie Stalin weiter ausführte, im Sinne einer höheren Rentabilität erforderlich, „vorläufig noch unrentable“ Betriebe der Schwerindustrie¹¹⁷ zu unterhalten, da diese Produktionsmittel produzierten, welche dauerhaft zu einer wesentlich höheren Rentabilität sehr vieler Betriebe führen würden.

Nur deshalb, weil sich die Sowjetmacht eben nicht sklavisch an einzelbetrieblicher Rentabilität orientierte, war es möglich, dass die Sowjetunion innerhalb der 13 Vorkriegsjahre eine industrielle Entwicklung durchlaufen konnte, für welche der Kapitalismus ungefähr die zehnfache Zeit gebraucht hatte. Die Entwicklung des Kapitalismus beginnt mit der Leichtindustrie, und erst ab einem späteren Zeitpunkt entwickelt sich die Schwerindustrie. Dies liegt daran, dass die Schwerindustrie einen weit höheren Grad der organischen Zusammensetzung des Kapitals erfordert als die Leichtindustrie (man denke z.B. an ein Stahlwerk), der Anteil des konstanten Kapitals also in der Schwerindustrie höher, des variablem Kapitals folglich niedriger ist. Da nur das variable Kapital Mehrwert abwirft, sind die Gewinne in Bezug auf das investierte Gesamtkapital hier also zunächst geringer. Die Herausbildung einer Durchschnittsproftrate, die für die Kapitalisten solche Unterschiede ausgleicht, ist ein historischer Prozess, der eine gewisse Zeitspanne benötigt.¹¹⁸ Unter der Diktatur des Proletariats sind solche Umwege nicht nötig.

Es ist also im Interesse der gesamtgesellschaftlichen Rentabilität mitunter erforderlich, dass die sozialistische Gesellschaft zeitweilig unrentable Betriebe subventioniert. In solchen Fällen durchbricht die Gesellschaft bewusst das Prinzip der einzelbetrieblichen Rentabilität. Nicht alle betrieblichen Investitionen werden aus dem betrieblichen Fonds gespeist, ein Teil speist sich auch aus finanziellen Zuweisungen der Zentralstelle, und die Gesellschaft kann im Einzelfall entscheiden, wie groß diese Zuweisungen jeweils sein sollen.

Da im Gegensatz zum reifen Kommunismus die Wertform – wenn auch eingeschränkt – noch besteht, da die Rentabilität des Einzelbetriebs in seinem in Geld ausgedrückten Gewinn gemessen wird, den er in einem bestimmten Zeitraum erwirtschaftet, und dieser Gewinn eine Quelle künftiger betrieblicher Investitionen ist, da die Stimulierung durch Tauschkategorien ja gerade Ausdruck des Umstandes ist, dass wir es in dem hier gegebenen niederen Stadium der Vergesellschaftung noch mit einem gewissen Maß an „wechselseitiger Fremdheit“ der Produktionseinheiten zu tun haben, besteht die Möglichkeit, dass die einzelbetriebliche Rentabilität überbetont wird und dem gesamtgesellschaftlichen Interesse zuwiderläuft. Oben (Seite 45) haben wir gesehen: im reifen Kommunismus kann sich das Problem, dass sich ein bestimmter Wirtschaftszweig, der dauerhaft zur Erhöhung der Produktivität in vielen Wirtschaftszweigen führen würde, nicht oder zu langsam entwickelt, weil er einzelbetrieblich vorerst unrentabel ist, gar nicht stellen. Da hier die Wertform entfallen ist, da Produkte nicht mehr ausgetauscht werden, kann nur die Arbeitszeit verglichen werden, die in unterschiedlichen Betrieben zur Herstellung **ein und desselben** Produkts erforderlich ist. Die Frage, ob und in welcher Menge ein bestimmtes Produkt hergestellt wird, **kann hier nur** bewusst von der Gesellschaft entschieden werden. Gerade hier zeigt sich sehr deutlich der Unterschied zwischen dem reifen Kommunismus und seinem im Sozialismus – der die Wertform noch nicht völlig abstreifen konnte – vorhandenen Keim. Ob und in welchem Maße die Möglichkeit, dass im Sozialismus durch Überbetonung der einzelbetrieblichen Rentabilität das gesellschaftliche Interesse durchkreuzt wird, zur Wirklichkeit wird, hängt vom Handeln der agierenden Personen ab. Letztlich ist es eine Frage der Entwicklung des Klassenkampfes, ob und in welchem Maße das gesellschaftliche Interesse durch andere Interessen durchkreuzt wird bzw. inwieweit das verhindert wird.

Das gesamtgesellschaftliche Interesse kann z.B. durchkreuzt werden durch unsachgemäße Berücksichtigung von Tauschkategorien bei der zentralstaatlichen Festsetzung von Preisen sowie anderen Steuerungsinstrumenten oder bei der Zuteilung von Finanzmitteln, z.B. von Prämien für betriebliche Rentabilität oder bei der Kreditgewährung durch die Staatsbank (siehe oben). Motive des Einzelbetriebs sowie der Staatsbank, die einzelbetriebliche Rentabilität auf Kosten der Gesellschaft überzubetonen, liegen auf der Hand. Aber auch

116 Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15 S. 315

117 ebenda S. 314

118 vgl. Graue Reihe Heft 18/19 S. 42 f.

bei den staatlichen Leitungs- und Planungsbehörden können sich solche Motive entwickeln, da Betriebe um so mehr Finanzmittel an die Zentrale abführen können, je rentabler sie arbeiten. Ein weiteres Motiv kann darin liegen, dass Planungs- und Leitungsbehörden angesehen sein könnten, wenn die in ihrem Verantwortungsbereich tätigen Betriebe rentabler wirtschaften.

Wie stark solche Motive Anfang der 50er Jahre in der Sowjetunion bereits waren, kam beispielsweise darin zum Ausdruck, dass Jaroschenko in der damals geführten ökonomischen Diskussion dagegen auftrat, dass Stalin die Produktion als Mittel zu dem Zweck bezeichnet hatte, die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. Jaroschenko wandte sich also unverblümt dagegen, die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse als Ziel der Produktion zu betrachten. Das kann nur bedeuten, dass er die Akkumulation als Selbstzweck anerkannt wissen wollte. Die Rote Reihe stellte dazu fest: „Diese Idee (...) drückte das Bestreben des Privatinteresses aus, sich wieder als alleiniges Interesse durchzusetzen, die Fesseln abzustreifen, die der Sozialismus ihm angelegt hatte. Die Herstellung des unbeschränkten Privatinteresses bedeutet aber die Beseitigung der Orientierung am Kommunismus, bedeutet die Beseitigung des Keims der gesellschaftlichen Herrschaft über die Produktion, bedeutet, daß die Produktion, die Akkumulation, die Verwertung von Wert wieder zum Selbstzweck wird. Stalins Kampf gegen Jaroschenko und Konsorten war daher ein Kampf für die Verteidigung des Sozialismus.“¹¹⁹

Vorstöße des Privatinteresses, sich wieder als das herrschende Interesse durchzusetzen, hatte es auch vorher schon gegeben, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. So weist die Rote Reihe darauf hin, dass es Anzeichen dafür gibt, dass Wosnessenski, der Leiter von Gosplan, der obersten staatlichen Planbehörde, für die Einführung eines Systems eingetreten war, bei dem ausnahmslos alle staatlichen Betriebe gezwungen gewesen wären, mindestens 3 bis 5 Prozent Gewinn zu erwirtschaften.¹²⁰ Wosnessenski wurde im März 1949 abgesetzt und etwas später hingerichtet, wobei die Gründe nicht bekanntgegeben wurden; unter Chruschtschow wurde er rehabilitiert.

Übrigens erklärte der SED-Chefideologe Fred Oelßner bereits 1952 unumwunden, „das theoretische wie auch das praktische Hauptproblem“ der Volkswirtschaft der DDR sei „die bewußte Anwendung des Wertgesetzes in unserer volkseigenen Wirtschaft.“¹²¹ Es ist zwar notwendig, bei der Planung den Aufwand in Material und lebendiger Arbeit – und zwar auch hinsichtlich ihres Ausdrucks in der Geldform – genau zu kalkulieren, um Verschwendung zu vermeiden. Wenn man aber die Aufgabe der Wirtschaftsplanung hauptsächlich darin sieht, das Wertgesetz künstlich nachzubauen, dann stellt sich die Frage, worin der Fortschritt gegenüber der warenproduzierenden Gesellschaft liegen soll. Der Sozialismus zerschlägt die Warenproduktion, um eine bewusste Planung gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu ermöglichen, nicht aber, um sich danach freiwillig zum Sklaven des Wertgesetzes zu machen, dessen künstliches Nachbauen die Hauptaufgabe der Planung und Steuerung der Wirtschaft sei.

Es ist also eine ökonomische Aufgabe der Diktatur des Proletariats, einer unsachgemäßen, den Interessen der Gesellschaft zuwiderlaufenden Überbetonung dessen, was noch vom Tauschwert übriggeblieben ist, und den solchen Bestrebungen zugrundeliegenden Interessen entgegenzuwirken.

Andererseits ist es aber auch eine ökonomische Aufgabe der Diktatur des Proletariats, einer unsachgemäßen Subventionierung bestimmter Produktionszweige oder Betriebe entgegenzuwirken. Auch in dieser Hinsicht besteht die Gefahr, dass Sonderinteressen das gesellschaftliche Interesse durchkreuzen. Dies kann z.B. unter dem Vorwand eines angeblichen besonderen gesellschaftlichen Interesses an einer bestimmten Produktion geschehen, während es in Wirklichkeit nur darum geht, Schlendrian und Verschwendung zu vertuschen oder finanzielle Mittel für bestimmte Sonderinteressen zu ergattern. Ebenso schädlich wie ein übermäßiges Aufblähen der Orientierung am Wert wäre es also, die Berücksichtigung dessen, was vom Wert verblieben ist – und was ja schließlich den gesellschaftlichen Aufwand widerspiegelt, den eine bestimmte Produktion erheischt – bei der Planung der Produktion und der Verteilung materieller und finanzieller Mittel zu vernachlässigen (und in der sozialistischen Gesellschaft erscheint dies eben noch in der Geldform). Dies muss auch Auffassungen entgegengehalten werden, die es per se für „revisionistisch“ halten, wenn dem einzelbetriebli-

119 Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft Heft 1 Seite 81

120 ebenda S. 83 f.

121 Oelßner, Fred, Über die wirtschaftliche Rechnungsführung, Berlin 1952 S. 13

chen Gewinn ein hoher Stellenwert zugemessen wird. Eine gewisse Orientierung am einzelbetrieblichen Gewinn ist erforderlich, um der Verschwendung von vergegenständlichter und lebendiger Arbeitskraft entgegenzuwirken, um die Produktion eines gesellschaftlichen Mehrprodukts in einem Größenverhältnis, welches den von der Gesellschaft gesetzten Zielen entspricht, sicherzustellen. Lediglich einer **Verabsolutierung** des einzelbetrieblichen Gewinns ist der Kampf anzusagen. Der einzelbetriebliche Gewinn ist im Sozialismus ein Gradmesser für den gesamtgesellschaftlichen Nutzen der betrieblichen Produktion, aber nicht der einzige.

Ich fasse zusammen: Die Diktatur des Proletariats muss darauf gerichtet sein, Bestrebungen und Tendenzen zu bekämpfen, umstandslos **jeden** Betrieb zur Erwirtschaftung eines Gewinns bestimmter Größenordnung zu verpflichten. Andererseits muss sie gegen Bestrebungen gerichtet sein, ohne vernünftigen Grund aus der zentralen Kasse Verluste zu finanzieren. Es muss dafür gekämpft werden, dass die Finanzierung von Verlusten durch die Gesellschaft ausschließlich auf Grundlage von bewussten gesellschaftlichen Entscheidungen erfolgt, die sich an Kriterien orientieren, die dem einzelbetrieblichen Gewinn übergeordnet sind. Der Umstand, dass die Arbeiterklasse ihre Diktatur u.a. zu dem Zweck ausüben muss, einen solchen Kampf zu führen, sich Sonderinteressen entgegenzustellen, die das gesellschaftliche Interesse durchkreuzen können, ist angesichts der im Sozialismus noch vorhandenen Reste der Wertformen nicht verwunderlich. Marx schrieb im *Kapital*:

„Die politische Ökonomie¹²² hat nun zwar, wenn auch unvollkommen Wert und Wertgröße analysiert und den in diesen Formen versteckten Inhalt entdeckt. Sie hat niemals auch nur die Frage gestellt, warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit im Wert und das Maß der Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgröße des Arbeitsprodukts darstellt? Formeln, denen es auf der Stirn geschrieben steht, daß sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert, gelten ihrem bürgerlichen Bewußtsein für ebenso selbstverständliche Naturnotwendigkeit als die produktive Arbeit selbst.“¹²³

Im entwickelten Kommunismus ist von den Wertformen nichts mehr übriggeblieben, da dort die vereinten Produzenten – vereint in dem Sinne, dass ihre wechselseitige Fremdheit völlig weggefallen ist – ihren Produktionsprozess vollständig beherrschen. Das einzige, was vom Wert übriggeblieben ist, ist das, was unter warenproduzierenden Verhältnissen die **wertbildende Substanz wäre**: gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmter Größe, um ein bestimmtes Produkt herzustellen. Die exakte Messung dieser Größe (jetzt nicht mehr ausgedrückt in der Geldform, sondern unmittelbar als soundsoviel Stunden einer bestimmten Tätigkeit) ist für die entwickelte kommunistische Gesellschaft eine unabdingbare Voraussetzung für die Planung der Produktion. Da sie die Produktionsmittel, also vergegenständlichte Arbeit, ebenso wie die lebendige Arbeit in jeweils erforderlicher Menge zur Verfügung stellen muss, muss sie diese erforderliche Menge sowohl von dem einen als auch von dem anderen genau kennen. Doch buchstäblich nichts geblieben ist von der Produktion und dem Austausch von Waren, nichts geblieben ist von den Wertformen.

Sozialismus ist unter anderem der Übergang von der Ware zur Nicht-Ware. Bis zu einem bestimmten Grade beherrschen die vereinten Produzenten ihr Produkt bereits, und dem entspricht, dass wir es – wie oben gezeigt – nicht mehr im vollen Sinne mit Waren zu tun haben, dass die Wertformen nicht mehr im vollen Sinne vorhanden, aber eben auch nicht vollständig entfallen sind. Als Beispiel sei an dieser Stelle wiederholt, dass beim „Verkauf“ einer Maschine vom produzierenden Betrieb an den Nutzerbetrieb Geld zwar eine gewisse, aber nicht die einzige und auch nicht die bestimmende Rolle spielt. Es geht nicht ohne staatlichen Zuteilungsschein, allerdings auch nicht ohne liquide Mittel des Nutzerbetriebs. Die Äquivalentform z.B. ist also noch vorhanden, allerdings eingeschränkt: Das Geld ist nicht mehr „allgemeines Äquivalent“; der Nutzerbetrieb kann – auch wenn genügend Geld vorhanden ist – damit nicht beliebige Produktionsmittel kaufen, sondern nur diejenigen, die von zentralen Behörden, welche die Gesellschaft vertreten, zugeteilt werden.

Der Umstand, dass von den Wertformen noch etwas verblieben ist, ist keine zufällige Erscheinung. Den Resten dieser „Formeln“ steht für Marxisten „auf der Stirn geschrieben“, dass die Produzenten den Produktionsprozess **noch nicht vollständig** beherrschen, was wiederum damit zusammenhängt, dass die Produzenten

122 Gemeint ist die vormarxsche, also bürgerliche politische Ökonomie.

123 Marx, *Kapital* Bd. 1, MEW 23 S. 94 ff.

noch nicht im vollen Sinne vereint sind, dass ein gewisses Maß an wechselseitiger Fremdheit zwischen den Produzenten noch geblieben ist. Dies ist die Ursache dafür, dass Sonderinteressen das gesellschaftliche Interesse durchkreuzen können und dass diese Möglichkeit in dem Ausmaß zur Wirklichkeit wird, wie die proletarische Diktatur dies nicht verhindert. Die Reste der Wertformen sind eben kein bloß formales Element, es ist nicht etwa so, dass ihnen kein gesellschaftlicher Inhalt entspräche. Sie sind vielmehr objektiv begründet durch den gesellschaftlichen Entwicklungszustand.

4.

Interessen, die dem gesamtgesellschaftlichen Interesse zuwiderlaufen

Privatinteressen, die dem gesamtgesellschaftlichen Interesse zuwiderliefen, äußerten sich in vielfältigen Formen.

Interessengegensätze zeigten sich regelmäßig bereits bei der Planerstellung. Die zentralen Planbehörden sind hier auf betriebliche Daten angewiesen, wenn die Planvorgaben nicht von Anfang an in der Luft schweben sollen. Betriebsleiter, deren Handeln sich ausschließlich oder vorrangig an den von der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ vorgesehenen ökonomischen Stimuli orientieren, sind daran interessiert, einen möglichst weichen Plan zu erreichen, und werden dementsprechend die Zentrale mit Informationen bzw. Desinformationen versorgen. Schließlich hängt die Zuteilung materieller und finanzieller Mittel seitens der Zentralbehörden u.a. vom Grad der Planerfüllung bzw. -übererfüllung ab. Einen weichen Plan kann man leicht übererfüllen und kann dann Zuteilungen und ggf. Sonderprämien erhalten, die der betrieblichen Akkumulation dienen oder in den Direktorfonds wandern, aus dem der Direktor sich ggf. selbst Prämien genehmigen kann oder auch Teile der Belegschaft großzügig bedienen kann, die ihm dann wiederum bei der Durchführung seiner Politik gegenüber der Zentrale behilflich sind. Zum anderen werden solche Betriebsleiter bestrebt sein, den Plan nicht zu stark überzuerfüllen, denn das könnte die Planbehörden – denen die gängigen Praktiken der Betriebsleiter ja nicht unbekannt sind – misstrauisch machen, die dann beim nächsten Mal einen wesentlich „härteren“ Plan durchsetzen würden.

Weiter kann man den Plan formal, dem Buchstaben nach, erfüllen bzw. übererfüllen und sich damit entsprechende Zuteilungen finanzieller Mittel sichern, während man das eigentliche Ziel des Planes, die Befriedigung eines bestimmten gesellschaftlichen Bedürfnisses, durchkreuzt. Drückt der Plan sich z.B. in Gewicht aus, so baut man möglichst schweres Material ein. Dafür wurde in der Sowjetunion der Begriff „Tonnen-Ideologie“ geprägt. So soll z.B. ein Metallwerk seine Wellblechproduktion in fünf Jahren dem Gewicht nach um 20 % gesteigert haben, aber nach Quadratmetern nur um 10 % - der Plan rechnete nach Tonnen.¹²⁴ Die satirische sowjetische Zeitschrift *Krokodil* zeigte einmal in einer Karikatur eine Fabrik, die das Produktionsprogramm für Nägel eines ganzen Monats durch die Herstellung eines gigantischen Nagels erfüllte, der an einem hohen Kran hängend über das ganze Werk ragte. Werden z.B. Tuche an linearen Metern gemessen, so kann man sie schmaler herstellen als wünschenswert und kann damit formal den Plan erfüllen. Orientiert sich der Plan aber am in Geld ausgedrückten „Wert“ der hergestellten Produkte, so kann man durch Einbauen unnötig teurer Rohstoffe „Planerfüllung“ bewirken. Derartige Probleme waren in der Sowjetunion und anderen sozialistischen oder auf dem Weg zum Sozialismus befindlichen Ländern chronisch, ebenso wie der Mangel an Ersatzteilen, denn offenbar „rechnete sich“ die Produktion von Ersatzteilen nicht.¹²⁵

Es ist wichtig, zu begreifen, dass dies nicht etwa einzelne Auswüchse waren. Wenn das betriebliche und das gesamtgesellschaftliche Interesse noch nicht völlig zusammenfallen, wenn es hier noch gravierende Interessengegensätze gibt, so ist es gesetzmäßig, dass solche Erscheinungen auftreten, dass es Bestrebungen gibt, die Lücken des Plans – der nicht alles regeln kann – zu nutzen, um das Privatinteresse gegen das gesell-

124 Nove, Alec, Die sowjetische Wirtschaft S. 176 f.; Nove bezieht sich hier auf Angaben aus sowjetischen Zeitungen, zwar Ende der 50er Jahre, aber die hier wirkenden Interessen haben – wie oben gezeigt – auch schon vor der revisionistischen Machtübernahme gewirkt

125 vgl. zu alledem Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft Heft 1 S. 58 f. Und Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft, Heft 2 S. 19 f.

schaftliche Interesse durchzusetzen. „*Alle Waren sind Nicht-Gebrauchswerte für ihre Besitzer, Gebrauchswerte für ihre Nicht-Besitzer.*“¹²⁶ Man sieht, dass die Produkte der sozialistischen Staatsbetriebe den Warencharakter keineswegs vollständig abgestreift hatten – nur so konnte es zu einer massenhaften Erscheinung werden, dass es Betrieben bzw. deren Leitern egal war, ob der gesellschaftliche Nutzen ihrer Produkte gemindert wurde, wenn es zugleich möglich war, dafür die erwünschten Geldmittel zu erhalten, weil z.B. der Plan als erfüllt abgerechnet wurde, mag diese „Erfüllung“ auch noch so formal und verlogen gewesen sein. Wäre der Warencharakter vollständig abgestreift, so würde jede Produktionseinheit ausschließlich als Teil der Gesellschaft agieren und ihre Produkte als Gebrauchswerte für die Gesellschaft der assoziierten Produzenten betrachten und behandeln – all die oben genannten Erscheinungen wären dann nicht möglich.

Man beachte auch, dass es gerade die spezifische Verbindung von Gebrauchswert- und Tauschwertkategorien ist, die eine spezifische Form von Verschwendung ermöglicht. Im Kapitalismus würde ein Unternehmen, welches unnötige Ausgaben in Rohstoffen tätigt, ökonomisch „bestraft“, denn auf dem Markt wird kein Käufer diese Ausgaben honorieren. Im Sozialismus kann natürlich nicht zugelassen werden, dass sich Preise auf einem Markt bilden, also müssen sie zentral festgesetzt und muss dabei auch der Materialverbrauch geplant werden. Dieser enorme gesellschaftliche Fortschritt kann sich im Einzelfall in einen Rückschritt verwandeln – konkret: der Betrieb, der mutwillig unnötige Ausgaben in Rohstoffe tätigt, kann belohnt werden – wenn die klassenbewussten Arbeiterinnen und Arbeiter nicht im Leninschen Sinne „in allen Poren des Wirtschaftslebens“ die proletarische Macht und Kontrolle ausüben und es dem Privatinteresse verwehren, das gesamtgesellschaftliche zu durchkreuzen.

„In allen Poren des Wirtschaftslebens“ heißt insbesondere auch: in den Betrieben **und** in den Organen des staatlichen Leitungsapparats. Denn bei dem gegebenen gesellschaftlichen Zustand, nämlich auf Grundlage des Fortbestehens des Gegensatzes von leitenden und ausführenden Funktionen, auf Grundlage des Fortbestehens von Klassenunterschieden mussten sich auch in den einzelnen Gliedern dieses Apparats Sonderinteressen herausbilden, ebenso wie es Sonderinteressen der Betriebe gab. In der Roten Reihe wurden folgende Beispiele angeführt:

„In der Sowjetunion gab es eine gewisse Zeit für Privatleute nur altmodische rote oder dunkelorangene Lampenschirme mit Troddeln zu kaufen. Zwar wurden auch moderne produziert, aber nur für öffentliche Einrichtungen und Hotels. Als deren Bedarf gedeckt war, wurde die Produktion eingestellt. Warum? Es waren keine Einzelhandelspreise festgesetzt worden. Warum nicht? Weil die verschiedenen staatlichen Behörden, die sich auf einen Einzelhandelspreis einigen mußten, das nicht taten. Anscheinend scheiterte die Sache am Kompetenzgerangel dieser Behörden. Jeder war es in erster Linie darum zu tun, ihre eigene Wichtigkeit zu betonen, und dadurch wurde in diesem Fall das gesellschaftliche Interesse durchkreuzt.

Ein anderes Beispiel:

Eine Kugellagerfabrik war direkt neben einer Automobilfabrik angesiedelt. Wenn erstere der letzteren Kugellager lieferte, setzte dies in jedem einzelnen Fall einen Zuteilungsschein voraus, der von 14 verschiedenen staatlichen Planstellen verschiedener horizontaler und vertikaler Ebenen unterschrieben sein mußte. Natürlich behinderte dieser Überzentrismus die Produktion.

Wie würde das übrigens im Kommunismus aussehen? Wir gehen davon aus, daß in einem solchen Fall die Entscheidung dezentral, vor Ort getroffen würde. Dadurch wird es auch möglich, Probleme, die bei der Planerstellung nicht vorausgesehen worden waren, flexibel zu lösen. Die Verlagerung einer großen Zahl von Entscheidungskompetenzen auf dezentrale Stellen ist im Kommunismus möglich, weil die Interessen von Individuen, Kollektiven und der gesamten Gesellschaft weitgehend zusammenfallen. Stellt sich erst kurzfristig heraus, daß eine bestimmte Menge von Kugellagern benötigt wird, so wird die Kugellagerfabrik diese nach Möglichkeit beschaffen, aber nur dann bzw. in dem Maße, wie andere Planaufgaben und damit übergeordnete gesellschaftliche Interessen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Warum verfügt man nicht von vornherein per Dekret, daß entsprechende Entscheidungen lokal in eigener

126 Marx, Kapital Bd. 1, MEW 23 S. 100

Verantwortung getroffen werden, ohne Einschaltung staatlicher Planungs- und Leitungsinstanzen?

Wozu würde das führen, wenn wir es noch mit Ware-Geld-Beziehungen zu tun haben und wenn das bornierte Eigeninteresse der Kugellagerfabrik überwiegt? Die Kugellagerfabrik würde merken, dass die Automobilfabrik unter Druck steht, daß diese kurzfristig Kugellager benötigt und andernfalls mit ihrer Produktion nicht weiterkommt. Sie würde das nutzen, um außerplanmäßig Kugellager zu produzieren und der Automobilfabrik zu hohen Preisen zu verkaufen. Sie würde dabei inkauf nehmen, daß sie andere Produkte, die sie laut Plan herstellen soll, nicht produziert und damit übergeordnete gesellschaftliche Interessen durchkreuzt. Ihr Interesse, durch den Verkauf der Kugellager einen hohen Gewinn zu erzielen, wäre ihr wichtiger.

Das kann nicht Sinn der Sache sein. Man kann also nicht beliebig, unabhängig vom gesellschaftlichen Zustand, per Dekret Entscheidungskompetenzen dezentralisieren und den staatlichen Behörden entziehen. Das Maß, in dem man das sinnvoll tun kann, hängt davon ab, wie weit die Vergesellschaftung bereits vorangeschritten ist, wie weit immer mehr Arbeiter im gesamtgesellschaftlichen Sinne denken und handeln.“¹²⁷

Um die Sonderinteressen der Betriebe im Zaum zu halten, muss also zunächst ein gewisser Überzentrismus inkauf genommen werden, ausgehend von der Überlegung, dass die dadurch verursachten Schäden und Mängel geringer sind als die, die durch eine vorzeitige, unsachgemäße Dezentralisierung entstehen würden.

Doch im staatlichen Planungs- und Leitungsapparat ist nicht nur ein solcher Überzentrismus ein Übel. Ein Übel sind eben auch die Sonderinteressen der staatlichen Behörden. Im Beispiel mit der Kugellagerfabrik wäre es sicher nicht erforderlich gewesen, die Unterschrift von 14 verschiedenen Planstellen zur Voraussetzung für eine Lieferung zu machen, um den Betriebsegoismus zu bändigen. Es wäre ein leichtes gewesen, diesen bürokratischen Aufwand drastisch zu reduzieren, wenn – ja, wenn dem nicht **Interessen** im Wege gestanden wären. Jede Behörde wollte offenbar ihre Wichtigkeit beweisen und war nicht bereit, auf eine Kompetenz, die sie einmal hatte, zu verzichten.

Der Autor (S. 54) schreit Zeter Mordio, weil in der Roten Reihe darauf hingewiesen wurde, dass Marxens Analysen über das Wirken von Behördenapparaten in der *Kritik des Hegelschen Staatsrechts* – dort natürlich unmittelbar auf den preußischen Staat bezogen – bei der Untersuchung derartiger Probleme im Planungs- und Leitungsapparat eines sozialistischen Staates von großem Nutzen sind. Dieses Geschrei ist kein Zufall, denn für den Autor ist ja – wie oben gesehen – bereits die für Marxisten selbstverständliche Feststellung, dass die Verstaatlichung durch den sozialistischen Staat erst die niedere, mit Mängeln behaftete Form der Vergesellschaftung ist, „trozkistisch“. Er begreift nicht oder will nicht begreifen, dass die staatliche Hülle abgestreift, der Gegensatz von leitenden und ausführenden Funktionen sowie alle Klassenunterschiede restlos beseitigt werden müssen, um zum entwickelten Kommunismus zu gelangen. Für ihn ist der sozialistische Staat per se heilig und makellos und somit der Analyse entzogen. Für Marxisten **muss** die staatliche Form der Vergesellschaftung Mängel enthalten, deren sozialökonomische Grundlage wiederum die relative¹²⁸ Abgetrenntheit, Isoliertheit, der einzelnen Glieder des Staates voneinander ist. Die Isoliertheit der einzelnen Glieder des Beamtenapparats voneinander und von der Gesellschaft war aber auch sozialökonomische Grundlage der von Marx in der *Kritik des Hegelschen Staatsrechts* untersuchten Bürokratie.

Marx hat bezüglich der Wirkungen der überkommenen Form der Arbeitsteilung treffend festgestellt: „*Verselbständigung des Geschäfts durch die Teilung der Arbeit; jeder hält sein Handwerk für das Wahre.*“¹²⁹ Und in dem Ausmaß, wie die knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit noch nicht überwunden ist, wie wir es insbesondere noch mit einem Gegensatz von leitenden und ausführenden Funktionen zu tun haben, ist von dieser „Verselbständigung des Geschäfts“, dieser Verselbständigung von Teilfunktionen gegenüber dem gesellschaftlichen Ganzen, noch etwas vorhanden, gerade im Staat. **Jeder hält seine Teilfunktion für „das Wahre“**, ist von der besonderen Wichtigkeit gerade **seiner** Tätigkeit bzw. der Tätigkeit seiner Korporation überzeugt.

127 Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft Heft 2 S. 22 f.

128 relativ insoweit, als wir es immerhin mit einer – wenn auch auf unterer Entwicklungsstufe – unmittelbar vergesellschafteten Produktion zu tun haben

129 Marx, Aus Feuerbach, MEW 3 S. 539

Stalin griff nicht nur die „liberalen“, auf Ausweitung der Tauschwertkategorien, auf Ausweitung der „Selbständigkeit“ der Betriebe gerichteten Bestrebungen der Betriebsleiter an, sondern auch den Bürokratismus im Planungs- und Leitungsapparat,¹³⁰ führte insoweit also einen Zwei-Fronten-Kampf. So wandte er sich 1952 in den *Ökonomischen Problemen* gegen „manche Genossen“, die der Meinung waren, „in Anbetracht der besonderen Rolle, die die Geschichte dem Sowjetstaat zugeschrieben hat, könnten der Sowjetstaat, seine Führer die bestehenden Gesetze der politischen Ökonomie aufheben, könnten sie neue Gesetze 'aufstellen', neue Gesetze 'schaffen'. Diese Genossen irren sich gründlich.“¹³¹

Was war die klassenmäßige Wurzel eines solchen Voluntarismus? Es dürfte die Arroganz insbesondere von Personen an den Spitzen des hierarchischen Planungs- und Leitungsapparates gewesen sein, die sich im Glanze ihrer vermeintlichen Allmacht sonnten, wobei diese Arroganz auch auf untere Glieder dieses Apparats ausgestrahlt haben dürfte, die sich darin sonnten, Teile dieses mächtigen Apparats zu sein und ihrerseits mit einer – wenn auch im Vergleich zu den Spitzen bescheidenen – Entscheidungskompetenz ausgestattet zu sein. Auch hier entwickelten sich klassenmäßige Kräfte die – ebenso wie etliche Betriebsleiter, aber von einer anderen Warte, von andersgelagerten Sonderinteressen aus – der Orientierung der Produktion an den gesellschaftlichen Interessen entgegenwirkten. Auch hier entwickelten sich Interessen, die faktisch dazu führten, die Fahne der „Produktion um der Produktion willen“ zu erheben. Aus Sicht solcher Kräfte war Zweck der Produktion zwar nicht allein der einzelbetriebliche Gewinn, wohl aber die „Erfüllung des Plans“ an sich in ihrem Bereich, und sei diese „Erfüllung“ auch noch so formal, durch Täuschung bzw. Beschönigung der Fakten „erreicht“. Denn zum einen hing ihr persönliches Ansehen, ihre Privilegien und ihre Karriere weitgehend davon ab, ob dem Bereich, für den sie zuständig waren, „Planerfüllung“ bescheinigt wurde, zum anderen berauschten sie sich gern am „Ruhm“ und „Glanz“ der „allmächtigen“ Sowjetmacht, worunter diese Leute aber nicht die Macht der Arbeiterklasse, sondern den Apparat verstanden. Auch sie verkörperten Sonderinteressen, „Privat“-interessen, die sich dem gesellschaftlichen Interesse entgegenstellten.

An dieser Stelle will ich den Begriff der Bürokratie näher präzisieren. Lenin definiert „Bürokraten“ als „den Massen entfremdete, über den Massen stehende, privilegierte Personen“.¹³² Die Existenz der Bürokratie ist charakteristisch für den Kapitalismus, und darauf bezieht sich Lenins Definition unmittelbar. Wie sich geschichtlich gezeigt hat, kann der Bürokratismus im Sozialismus lediglich bekämpft und eingeschränkt, aber nicht vollständig beseitigt werden – eine Folge dessen, dass ein Rest an gegenseitiger Fremdheit der Produzenten geblieben ist und dass insbesondere der Gegensatz von leitenden und ausführenden Funktionen noch nicht beseitigt ist. Lenins Definition kann auch auf den Sozialismus angewandt werden: in dem Maße, wie Funktionsträger des Staates, der kommunistischen Partei oder auch anderer Organisationen des Proletariats¹³³ Sonderinteressen entwickeln, die dem gesamtgesellschaftlichen Interesse entgegengesetzt sind, werden sie zu Bürokraten im Sinne der Leninschen Definition.

Es scheint mir zweckmäßig, neben diesem weiten Bürokratismus-Begriff einen engeren zu verwenden, wenn man speziell den Wirtschaftsapparat der Diktatur des Proletariats betrachtet (Bürokratismus im weiten Sinn kann es natürlich auch in anderen Teilen des Staates geben, z.B. Polizei, Justiz, Armee usw., aber – wie oben gesehen – auch in den Räten). Der Wirtschaftsapparat des Staates der Diktatur des Proletariats teilt sich vor allem in den Planungs- und Leitungsapparat einerseits und die Betriebsleiter andererseits. Entwickeln sich dort bürokratische Interessen und Handlungsweisen, so sind diese in diesen beiden Abteilungen – wie oben gesehen – durchaus unterschiedlich (was nicht ausschließt, dass es nicht auch gemeinsame „bürokra-

130 vgl. hierzu auch Rote Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft Bd. 1 S. 102 ff.

131 Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15 S. 293 f.

132 Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 502; Hervorhebung von Lenin

133 Lenin wies 1922 darauf hin, dass es „in gewissem Grade zu bürokratischen Auswüchsen in den Gewerkschaften und zu ihrer Losgelöstheit von den breiten Massen ihrer Mitglieder“ gekommen war, LW 33 S. 173. Schon 1920 hatte er in einem Brief an Tomski geschrieben: „Ich habe nie daran gezweifelt, daß es in unseren Kommissariaten, und zwar in allen, noch sehr viel Bürokratismus gibt. Aber dass es in den Gewerkschaften **nicht weniger** Bürokratismus gibt, das hatte ich nicht erwartet. Das ist eine ungeheure Schande.“ (Lenin Briefe, Bd. VI, S. 122, Hervorhebung von Lenin) Lenin war deshalb besonders entsetzt, weil man gerade von den Gewerkschaften erwartete, dass sie eine besondere Rolle im Kampf gegen Bürokratismus spielen sollten.

tische“ Interessen gibt). „Bürokratische“ (nämlich im weiten Sinne bürokratische) Wirtschaftsleiter wollen mehr Unabhängigkeit vom Planungs- und Leitungsapparat, bürokratische Planer und Leiter wollen eine solche Unabhängigkeit der Betriebsleiter durchaus nicht, da dies ihre Kompetenzen schmälert. Ihnen geht es darum, die Kompetenzen ihrer jeweiligen Behörden zu wahren und auszuweiten, ihre eigene Karriere sowie die ihrer Seilschaftskameraden zu fördern – wenn dabei gesellschaftliche Interessen durchkreuzt werden, schert es sie nicht.

Ich bezeichne letztere bürokratische Interessen und Handlungsweisen – also die in den Planungs- und Leitungsapparaten – als bürokratisch im engen Sinne, die dem Eigeninteresse dienenden Motivationen und Handlungsweisen der Betriebsleiter hingegen als „liberal“, und zwar in dem Sinne, dass sie nach größerer Unabhängigkeit vom zentralstaatlichen Apparat, nach „Rückzug des Staates aus der Wirtschaft“ streben.

Um Missverständnisse zu vermeiden sei gesagt, dass man es im Wirtschaftsapparat der Diktatur des Proletariats natürlich nicht mit zwei klar geschiedenen Lagern zu tun hat – Bürokraten auf der einen und Kommunisten auf der anderen Seite -, sondern auch mit etlichen Übergängen und Grautönen. Gute Kommunisten können sich im Einzelfall bürokratisch verhalten, solch bürokratische Verhaltensweisen können Einzelfälle bleiben oder aber zunehmen und letztlich zur Entartung der betreffenden Personen führen. Funktionäre mit bereits starken bürokratischen Tendenzen müssen durchaus noch nicht bewusst das gesamtgesellschaftliche Interesse durchkreuzen, sondern können es hie und da auch noch wahren, wenn es sie nicht zu viel kostet, sie können sich für Kommunisten halten, und dennoch wirken sie in ihrer ganzen Tätigkeit in erster Linie dem Voranschreiten zum Kommunismus entgegen.¹³⁴

1922 schrieb Lenin:

*„Bei unserem schrecklichen 'Ressortgeist', der sogar unter den besten Kommunisten gang und gäbe ist, bei dem niedrigen Niveau der Angestellten, bei dem innerbehördlichen Intrigantentum (das schlimmer ist als jedes Intrigantentum innerhalb der Arbeiter- und Bauerninspektion) kann man jetzt ohne die Arbeiter- und Bauerninspektion nicht auskommen. An ihr kann und muß man systematisch und beharrlich arbeiten, **um sie zu einem Apparat der Kontrolle und Verbesserung der gesamten staatlichen Arbeit zu machen. Ein anderes praktisches Mittel der Kontrolle, Verbesserung und Anleitung zur Arbeit gibt es nicht.**“* Lenin, forderte, den Apparat der Arbeiter- und Bauerninspektion quantitativ einzuschränken und qualitativ zu verbessern und fuhr fort: *„**Sonst ist es unmöglich, gegen Ressortgeist und Bürokratismus zu kämpfen. Sonst kann man den parteilosen Arbeitern und Bauern das Regieren nicht beibringen; von dieser Aufgabe darf man sich jetzt aber weder prinzipiell noch praktisch lossagen.**“*¹³⁵

Bemerkenswert hieran ist unter anderem Lenins Feststellung, dass besagter „schrecklicher Ressortgeist“ auch „unter den besten Kommunisten gang und gäbe“ war. Man kann eben, wie Marx in der dritten Feuerbach-These hervorhob, „die Gesellschaft“ nicht „in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren“.¹³⁶ Besagte Kommunisten agierten in einer Gesellschaft, in welcher die knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit noch nicht überwunden war, ihr Denken und Handeln spiegelte die Borniertheit dieses Gesellschaftszustands wider. Es bedarf beträchtlicher Anstrengungen, sich – wenn man in bornierten Gesellschaftszuständen verhaftet ist – ein Stück weg darüber zu erheben, um für die Überwindung dieser bornierten Zustände kämpfen zu können. Gerade das ist eine wesentliche Aufgabe der kommunistischen Par-

134 Stalin beschrieb 1927 eine mögliche Entwicklungslinie der Entartung subjektiv gutwilliger Kommunisten wie folgt: *„Dieser Mangel besteht darin, daß eine Anzahl unserer Genossen leicht und ruhig mit dem Strom schwimmen wollen, ohne Perspektiven, ohne in die Zukunft zu blicken, auf solche Art, daß ringsum eine festliche und feierliche Stimmung herrsche, daß jeden Tag bei uns feierliche Sitzungen stattfinden, daß nur ja überall Beifall geklatscht und womöglich jeder von uns der Reihe nach als Ehrenmitglied in alle möglichen Präsidien gewählt werde. Eben dieser unbezwingliche Wunsch, überall eine festliche Stimmung zu finden, dieser Drang nach Aufmachung, nach allen möglichen Jubiläen, nötigen und unnötigen, dieser Wunsch, dahinzugleiten, wohin es eben geht, ohne Ausschau zu halten, wohin wir getrieben werden – (...). Und die Resultate? Die Resultate sind klar: Zuerst schimmeln sie an, dann werden sie ganz grau, dann bleiben sie im Schlamm des Spießertums stecken und schließlich verwandeln sie sich in echte Spießer. Das eben ist der Weg wirklicher Entartung.“* SW 10, S. 288 f.

135 Lenin, Brief für die Mitglieder des Politbüros, LW 33 S. 339 f.; Hervorhebungen von mir, P.U.

136 vgl. MEW 3 S. 5 f.

tei, sie kann diese Aufgabe – wie Lenin gerade an besagter Stelle, aber auch andernorts hervorhebt – nur lösen, wenn sie sich dabei auch auf parteilose werktätige Massen stützt, da sie eben „nicht über der Gesellschaft erhaben“ ist.

So forderte Lenin bereits 1921 die „*Reorganisation der Arbeiter- und Bauerninspektion*“, unter anderem mittels „*Heranziehung von Parteilosen sowohl durch diese Inspektion als auch neben ihr*“.¹³⁷ Ebenso hielt es Lenin für „*eine große Sache*“, „*die Partei (zu) reinigen, indem man den Hinweisen der parteilosen Werktätigen Rechnung trägt*“.¹³⁸

Dabei war er sich selbstverständlich dessen bewusst, dass man „*natürlich*“ „*nicht allen Hinweisen der Masse folgen*“ durfte, „*denn auch die Masse unterliegt zuweilen – besonders in Jahren außerordentlicher Ermüdung und Überanstrengung durch übermäßige Lasten und Mühsale – Stimmungen, die ganz und gar nicht fortschrittlich sind. Aber für die Beurteilung der Menschen, durch die negative Einstellung zu denjenigen, die sich 'angebiedert' haben, die 'kommisarisieren', die 'verbürokratisiert' sind, sind die Hinweise der parteilosen proletarischen Masse, und in vielen Fällen auch die Hinweise der parteilosen bäuerlichen Masse, im höchsten Grade wertvoll. Die werktätige Masse pflegt mit der größten Feinfühligkeit den Unterschied herauszufinden zwischen ehrlichen und ergebenen Kommunisten und solchen, die einem Menschen, der im Schweiß seines Angesichts sein Brot erwirbt, der keine Privilegien besitzt und keine 'Beziehungen zur Obrigkeit' hat, Widerwillen einflößen.*“¹³⁹

5.

Die Schattenwirtschaft

Dass auch im staatlichen Sektor der sozialistischen Sowjetwirtschaft Sonderinteressen das gesellschaftliche Interesse durchkreuzen konnten, zeigt sich besonders deutlich im Bereich der Schattenwirtschaft. Es handelte sich um illegale Tauschgeschäfte zwischen Betriebsleitern, die von den Zentralstellen weitgehend toleriert wurden.

Welche Ausmaße die Schattenwirtschaft im Jahr 1952 bereits angenommen hatte, kann man aufgrund folgender Ausführungen im Rechenschaftsbericht auf dem 19. Parteitag erahnen:

„Eine der Hauptursachen für die Nichterfüllung staatlicher Pläne ist der ungleichmäßige Produktionsausstoß im Laufe des Monats. Die Partei hat die Wirtschaftsleiter wiederholt auf diesen Mangel aufmerksam gemacht. Doch auch noch heute arbeiten viele Betriebe ruckweise¹⁴⁰ und liefern fast die Hälfte der im Monatsprogramm vorgesehenen Erzeugnisse im letzten Monatsdrittel. Das führt zu einer unvollständigen Auswertung der Produktionskapazitäten, zu Überstunden, zur Zunahme des Ausschusses und zur Störung der Arbeit in den Abnehmerbetrieben.

Um den Gesamtproduktionsplan zu erfüllen¹⁴¹, greifen manche Betriebe zu der staatschädigenden Praxis

137 LW 32 S. 407

138 Lenin, Über die Parteireinigung, LW 33 S. 20

139 ebenda, S. 19 f. Lenin war sich im übrigen voll und ganz darüber im klaren, dass Parteireinigungen häufig für die Durchsetzung persönlicher Interessen missbraucht wurden: „*Es gibt wohl kaum jemanden, der nicht davon gehört hat, daß sich während der Parteireinigung überwiegend die Tatsache zeigte, daß in den meisten örtlichen Überprüfungskommissionen die Durchführung der Parteireinigung dazu benutzt wurde, persönliche und lokale Rechnungen zu begleichen. Diese Tatsache ist unbestreitbar und ziemlich schwerwiegend.*“ (LW 33 S.351 f.)

140 Sie arbeiteten nicht wirklich „ruckweise“ - dafür hätte es keinen Grund gegeben. „Ruckweise“ ist eine Formulierung, die beschönigt, dass sie im ersten Teil des Monats in starkem Maße für die Schattenwirtschaft arbeiteten, was man aus dem Gesamtkontext des Zitats – insbesondere aus dem Hinweis auf „die Produktion nebensächlicher Erzeugnisse“ „bei Nichterfüllung des Produktionssolls für die im staatlichen Plan vorgesehenen wichtigsten Erzeugnisse“ – unschwer ersehen kann.

141 Auch die Formulierung „um den Gesamtproduktionsplan zu erfüllen“ dürfte eine Beschönigung sein. Sie taten das, was in der Folge geschildert wird, wohl kaum, um den Plan zu erfüllen; sie taten es im Gegenteil im Wissen, dass

der Produktion nebensächlicher Erzeugnisse über den Plan hinaus, bei Nichterfüllung des Produktionsolls für die im staatlichen Plan vorgesehenen wichtigsten Erzeugnisse.

*In verschiedenen Industriezweigen wird gegen die vom Staat geforderte Disziplin hinsichtlich der Qualität der Erzeugnisse verstoßen. Es kommen Fälle vor, wo den Verbrauchern minderwertige Erzeugnisse und Waren geliefert werden, die mit den festgesetzten Normen und technischen Vorschriften nicht übereinstimmen. Maschinenbaubetriebe nehmen oftmals die Produktion von konstruktionsmäßig nicht restlos durchgearbeiteten Maschinen auf, die den Leistungsbedingungen nicht entsprechen. Von Betrieben der Leichtindustrie werden immer noch in beträchtlichen Mengen Erzeugnisse minderer Sorten geliefert. All das schädigt die Volkswirtschaft.*¹⁴²

Offenbar produzierten viele Betriebe im ersten Teil des Monats in hohem Maße für Geschäfte im Bereich der Schattenwirtschaft („Produktion nebensächlicher Erzeugnisse über den Plan hinaus“) und versuchten dann, den Plan am Monatsende irgendwie noch zu „erfüllen“, durch Überstunden, durch Vernachlässigung der Qualität usw., und sie nahmen es offenbar nicht selten auch hin, dass der Plan teilweise nicht einmal formal erfüllt wurde – die ökonomischen Sanktionen der Zentralbehörden standen offenbar in keinem Verhältnis zu den Vorteilen, die man durch Geschäfte im Bereich der Schattenwirtschaft erzielen konnte.

Die Rote Reihe zitierte in diesem Zusammenhang den Trotzlisten Mandel wie folgt:

Mandel wies darauf hin, dass schon damals der „Tolkach“ (wörtlich: Organisator) in der Sowjetunion eine typische Figur war. Er war „ein mehr oder weniger illegaler Mittelsmann, der formal einem Betrieb angehört und im ganzen Land herumreist, um illegale 'Geschäfte' anzubahnen. Die satirische Zeitung Krokodil vom 30. März 1952 widmete ihm eine herrliche kleine Karikatur und ein kleines Gedicht, in dem gesagt wird, daß er einfach alles erhalten kann: Eisen, Backsteine, Holz, Nägel... Die Technik, deren man sich dabei bedient, ist fast immer der blatt, d.h. die Korruption der oberen Instanzen. Es überrascht nicht, daß zu Stalins Zeit in der UdSSR die Redensart ging: 'Der blatt ist stärker als Stalin.' ... Das Problem des Tolkach wurde in der vorbereitenden Diskussion zum XX. Parteitag der KPdSU ausführlich behandelt (siehe die Prawda-Ausgabe vom Februar 1956). Chruschtschows Reformen haben dieses Problem nicht gelöst.¹⁴³ Ein Artikel, der am 15. Mai 1960 in einer sowjetischen Zeitschrift erschien, schätzt, dass die Fabriken der Sownarchosen von Dnjepropetrowsk im Jahre 1959 von 7000 Tolkachi besucht worden sind.“¹⁴⁴

Nun gehört zwar der Vorwurf, dass die Rote Reihe auch trotzlistische Literatur anführt, zum Sündenregister, welches der Autor ihr aufmachte. Ich bin allerdings der Meinung, dass eine Kuh auch dann vier Beine hat, wenn ein Trotzlist das behauptet. Was den Tolkach betrifft: solche Figuren **müssen zwangsläufig** existiert haben, wenn die Schattenwirtschaft bereits 1952 solche Ausmaße hatte, wie man aufgrund des Rechenschaftsberichts an den 19. Parteitag erahnen kann.

Für die Existenz der Schattenwirtschaft dürften mehrere Gründe zusammengewirkt haben. Zum einen das Interesse der Betriebsleiter, sich zu bereichern (sowohl persönliche Bereicherung als auch Schaffung und Mehrung eines „schwarzen“ Fonds für den Betrieb, über den sie verfügen konnten). Zum anderen Schwierigkeiten, benötigte Produkte auf legalem Wege zu erhalten, Schwierigkeiten, die durch Mängel der Planung und Leitung entstanden waren, insbesondere durch Bürokratismus im Bereich von Behörden des Planungs- und Leitungsapparats. Ferner direkte Korruption.

Warum aber wurde all dies von der Partei- und Staatsführung faktisch geduldet, warum wurde kein ernsthaft-

sie den Plan damit verletzen.

142 Malenkow, Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des Zentralkomitees der KPdSU(B), 5. Oktober 1952, Moskau 1952, S. 58 f.; Hervorhebung von mir, P.U.

143 Der Umstand, dass die Schattenwirtschaft durch Chruschtschows Wirtschafts“reformen“ nicht beseitigt wurde, sondern weiter aufblühte, ist im übrigen ein Indiz dafür, dass diese „Reformen“ keineswegs die Restauration des Kapitalismus beinhalteten. Wäre es Kapitalismus gewesen, so hätte es für eine illegale Schattenwirtschaft keinen Anlass mehr gegeben. Ich werde auf diese Frage im zweiten Teil zurückkommen.

144 Mandel, Ernest, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt/Main 1971, S. 630; zitiert in der Roten Reihe, Hat der Sozialismus Zukunft Bd. 1 S. 62 f.

ter Kampf dagegen geführt? **Dass** kein ernsthafte Kampf dagegen geführt wurde, lässt sich jedenfalls u.a. an den Schlussfolgerungen ablesen, die der Bericht an den 19. Parteitag aus den von ihm zuvor aufgeführten schweren Mängeln zieht¹⁴⁵:

„Mit solchen Mängeln in der Arbeit der Industrie darf man sich nicht abfinden. Der staatliche Plan ist Gesetz. Alle Betriebe sind verpflichtet, die ihnen vom Staat gestellten Aufgaben zu erfüllen und die Volkswirtschaft mit den Erzeugnissen zu versorgen, die sie braucht. Die Wirtschaftsleiter und die Parteiorganisationen sind verpflichtet zu sichern, daß jeder Betrieb den Plan nicht nur hinsichtlich der Gesamtproduktion, sondern unbedingt auch betreffs der Produktion sämtlicher im staatlichen Plan vorgesehener Erzeugnisse erfüllt, daß die Qualität der Erzeugnisse systematisch verbessert wird, daß die Ursachen, die die Betriebe hindern, normal zu arbeiten, ermittelt und restlos behoben werden.“¹⁴⁶

Das war natürlich dummes Gerede. Es wäre die Aufgabe **des Berichts selbst** gewesen, die Ursachen aufzudecken, die bewirkten, dass Betriebe **nicht** „normal arbeiteten“, die **Interessen** von Betriebsleitern aufzudecken, die sie dazu brachten, das **gesellschaftliche Interesse massiv zu durchkreuzen**, die Mängel im Bereich der Planung und Leitung aufzudecken usw. und **eine Strategie aufzuzeigen, wie die klassenbewussten Arbeiter, geführt von ihrer Partei, gegen all dies hätten kämpfen können**. Stattdessen nur moralisierendes Gerede, der Plan sei Gesetz, man sei verpflichtet, ihn durchzuführen. Als hätten diejenigen, die den Plan durchkreuzten, nicht gewusst, dass sie gegen ihre Pflicht handelten, und als wäre ihnen das nicht völlig schnurz gewesen!

Vielleicht scheute die Partei- und Staatsführung auch deshalb vor einem konsequenten Kampf gegen die Schattenwirtschaft zurück, weil die Schattenwirtschaft bis zu einem gewissen Grad Mängel der staatlichen Planung und Leitung ausgleichen konnte¹⁴⁷, weil die Betriebe auf diesem Wege dringend benötigte Produkte beschaffen konnten, die sie andernfalls nicht in nötiger Menge oder zu der benötigten Zeit erhalten konnten. Auch das wäre aber sehr kurzsichtig gewesen, denn der Schaden, den die Schattenwirtschaft verursachte, war bedeutend größer als solche Vorteile, wie man im übrigen dem Rechenschaftsbericht unschwer entnehmen kann.

Meines Erachtens war es ein schwerer Fehler, keinen wirklichen Kampf gegen die Schattenwirtschaft zu führen. Ich kann natürlich mangels ausreichender Kenntnisse der damaligen Verhältnisse nicht sagen, wie im einzelnen dieser Kampf hätte geführt werden sollen, aber welche Mittel für einen derartigen Kampf grundsätzlich zur Verfügung stehen, lässt sich durchaus sagen:

- Mobilisierung der Parteiorganisationen und der parteilosen Arbeiter zum Kampf gegen alle Erscheinungen, die mit der Schattenwirtschaft zusammenhängen oder sie begünstigen, sowohl in den Betrieben als auch in den Planungs- und Leitungsbehörden.
- Strenge Bestrafung aller Formen von Korruption. Auch in „leichten“ Fällen Entfernung aus jeglicher leitenden Funktion, in schwerwiegenden Fällen harte Strafen mit hoher Abschreckungswirkung.
- Kampf gegen alle Mängel im Bereich der Planung und Leitung, die eine Schattenwirtschaft begünstigen.
- Kann all dies nicht schnell genug zu den erforderlichen Resultaten führen, so kann äußerstenfalls auch daran gedacht werden, für eine begrenzte Zeitspanne und in einem engbegrenzten Rahmen so etwas wie „freie Handelsbeziehungen“ zwischen staatlichen Betrieben zuzulassen, allerdings unter Kontrolle der Zentralbehörden. Das könnte so aussehen, dass bei bestimmten Produkten, von denen bekannt ist, dass sie derzeit aufgrund von Planungs- und Leitungsmängeln schwer zu beschaffen sind, eine Preisspanne

145 Bezeichnend ist auch, dass das Übel nicht wirklich beim Namen genannt wurde; vgl. z.B. die in den Anmerkungen 140 und 141 enthaltenen Hinweise auf beschönigende Formulierungen.

146 Malenkov, Rechenschaftsbericht des ZK an den 19. Parteitag, a.a.O. S. 59 f.

147 Zur Illustration sei wiederum auf das auf Seite 50 f. angeführte Beispiel mit der Automobil- und der Kugellagerfabrik verwiesen. Führt ein bürokratisches Sich-Spreizen von Zentralbehörden dazu, dass die stofflich ungeheuer leichte Lieferung von Kugellagern an die benachbarte Automobilfabrik gesellschaftlich ungeheuer verkompliziert wird, so könnten die Beteiligten leicht auf die Idee kommen, das betreffende Geschäft schwarz durchzuführen.

festgelegt wird, innerhalb derer die Preise zwischen staatlichen Betrieben frei verhandelt werden können, in Verbindung damit, dass in diesen Fällen ein Verkauf auch ohne staatlichen Zuteilungsschein erfolgen kann. Derartige Transaktionen wären den Zentralstellen lückenlos zu melden, jeder nicht gemeldete Transfer wäre streng zu bestrafen. Die Zentralstellen müssten das Recht haben, jederzeit ein Veto gegen solche Transaktionen einzulegen. - Natürlich wären das weitgehende Zugeständnisse, die nur eine begrenzte Zeit gemacht werden dürften, doch es ist immer noch besser, wenn solche Geschäfte in einem begrenzten und von der Gesellschaft kontrollierbaren Rahmen ablaufen, als wenn sie unkontrolliert wuchern. Die proletarische Macht kann zeitweilige Zugeständnisse machen, wenn sie nur die Kommandohöhen jederzeit in der Hand behält.¹⁴⁸ Lässt man hingegen die Schattenwirtschaft unkontrolliert wuchern, so hat man in einem zunehmend wachsenden Bereich überhaupt keine Kommandohöhen mehr inne.

Im Bereich der Schattenwirtschaft haben wir es weitgehend wieder mit einer regulierenden Wirkung des Wertgesetzes zu tun. Es bilden sich „freie“, von einer gesellschaftlichen Instanz nicht kontrollierbare Preise, deren Schwanken durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Das Wertgesetz wirkt elementar, und es wirkt auf die Produktion: winkt aufgrund der Knappheit eines Produkts ein „guter Preis“, so werden manche Betriebe, die die technischen Möglichkeiten dazu haben, dieses Produkt herstellen, auch wenn der Plan das für sie nicht vorsieht. Das Geld wird in höherem Maße wieder allgemeines Äquivalent, allerdings noch immer nicht im vollen Sinne: da die Schattenwirtschaft illegal, wenngleich in gewissem Rahmen geduldet ist, und da das legale Finanzgebaren des Betriebs überprüfbar ist (Konten bei der Staatsbank), sind der Schattenwirtschaft Grenzen gesetzt. Der Betrieb kann nicht nach Gutdünken irgendwelche Produkte produzieren, die mit seinen legalen Planzielen gar nichts mehr gemein haben, und dazu beliebige Produktionsmittel erwerben – das würde auffallen und würde nicht mehr geduldet werden. Geld kann auch im Bereich der Schattenwirtschaft nicht wie Kapital völlig „frei“ fließen.

Aus diesen Gründen wird die Verwertung von Geldmitteln auch im Bereich der Schattenwirtschaft wohl nicht zum Selbstzweck, auch wenn bei manchen Betriebsleitern entsprechende Begehrlichkeiten geweckt werden.

Wenn allerdings Betriebsleiter sich bereichern, tun sie dies auf Kosten der Arbeiterklasse – das tritt z.B. dann besonders deutlich in Erscheinung, wenn Arbeiter am Ende des Monats Überstunden leisten müssen, um zumindest den Anschein von Planerfüllung aufrechtzuerhalten, nachdem zuvor überwiegend für Transaktionen im Bereich der Schattenwirtschaft produziert wurde. Wenn das mit persönlicher Bereicherung von Betriebsleitern einhergeht, haben wir es klar und eindeutig mit Ausbeutung zu tun, wenn auch nicht mit **kapitalistischer** Ausbeutung.

6.

Falsche Auffassungen über die im staatlichen Sektor der sozialistischen Wirtschaft verbleibenden Reste von Wertformen und Warenverhältnissen

Wir haben gesehen: die Reste von Wertformen und Warenverhältnissen innerhalb des staatlichen Sektors der sozialistischen Sowjetwirtschaft waren alles andere als zufällige Formen ohne realen gesellschaftlichen Inhalt. Die erhebliche **Einschränkung** der Wertformen drückte zwar aus, dass die Produzenten – im Gegensatz zur warenproduzierenden Gesellschaft – den Produktionsprozess bereits bis zu einem gewissen Grade beherrschten. Die **Überreste** der Wertformen aber drückten aus, dass dieser geschichtliche Übergang noch nicht abgeschlossen war, dass die Produzenten den Produktionsprozess **noch nicht vollständig** beherrschten, dass die Gesellschaft der assoziierten Produzenten – der Kommunismus – zwar im Rohentwurf vorhanden

148 Auf den Grundsatz, dass die proletarische Macht auch bei Zugeständnissen „alle Kommandohöhen“ in ihrer Hand behalten muss, hatte Lenin insbesondere im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik hingewiesen, vgl. z.B. LW 33 S. 413

war, aber eben erst im Rohentwurf, dass man es bis zu einem bestimmten Grade noch mit „wechselseitiger Fremdheit“ der Produzenten (und zwar eben auch innerhalb des staatlichen Sektors) zu tun hatte. Auch diese Reste an wechselseitiger Fremdheit war ein realer gesellschaftlicher Inhalt, der durch die Reste der Wertformen ausgedrückt wurde. All dies fand seinen Ausdruck bereits in den legalen Resten der Wertformen, die das sogenannte System der wirtschaftlichen Rechnungsführung garantierte und garantieren musste, um massive Verschwendung gesellschaftlicher Mittel zu verhindern – ein Gebrauch der Macht mit dem Ziel, alle Reste der Wertformen zu unterdrücken, hätte zum wirtschaftlichen Fiasko und zum Untergang der proletarischen Macht geführt; mit der Brechstange lassen sich derartige Probleme nicht lösen. Der Umstand, dass die Produzenten ihr Produkt noch nicht vollständig beherrschten und dass die wechselseitige Fremdheit zwischen den Produktionseinheiten bis zu einem gewissen Grade fortbestand, fand noch viel krasserem Ausdruck in der Schattenwirtschaft sowie in der Hilflosigkeit, mit dem die Zentralgewalt dem Phänomen der Schattenwirtschaft gegenüberstand.

Es wäre von großer Bedeutung gewesen, die gesellschaftlichen Ursachen für das Fortbestehen von Resten der Wertformen, die Auswirkungen dieses Fortbestehens, die Triebkräfte und Interessen, die gesellschaftliche Interessen durchkreuzen konnten und die das Voranschreiten zum Kommunismus be-, im schlimmsten Falle (der dann eingetreten ist) verhindern konnten, theoretisch zu untersuchen, um für die proletarische Diktatur strategische und taktische Waffen zu schmieden, mit derlei Problemen und Hindernissen umzugehen. Das geschah nicht.

Das ist umso mehr verwunderlich, als das Fortbestehen von Resten der Wertformen innerhalb des staatlichen Sektors alles andere als vorauszusehen war, eigentlich eher überraschend war, wie oben gezeigt. Die sowjetische Theorie tat aber alles, um eine wirkliche marxistische Analyse **zu vermeiden** und um die Reste der Wertformen zu einer formalen Angelegenheit herabzumindern, der eigentlich kein gesellschaftlicher Inhalt mehr entspreche.

Das beginnt bereits beim Terminus „wirtschaftliche Rechnungsführung“ - als wäre es hier allein um Methoden der Rechnungsführung gegangen! Das setzt sich fort bei dem Verweis darauf, dass die bei der Staatsbank geführten Konten der Betriebe „Verrechnungskonten“ hießen. Unter anderem damit sollte die Behauptung gestützt werden, wenn bei der Lieferung von Produktionsmitteln von einem Betrieb an einen anderen Geld eine Rolle spiele, diene dies nur „der Verrechnung“, womit der Anschein erweckt werden sollte, es handele sich nur noch um bloßes Rechengeld, das keine reale ökonomische Funktion mehr habe. Aber heute wird fast der gesamte Geldverkehr zwischen den Kapitalisten in Form von „Verrechnungskonten“ abgewickelt, und niemand wird daraus ableiten wollen, das Geld sei nur noch Rechengeld bzw. Maß der Werte. Im Lehrbuch der Politischen Ökonomie, Moskau 1954, S. 531 heißt es: „*die Betriebe sind verpflichtet, mit anderen Betrieben (Lieferanten oder Käufern) entsprechend den zwischen ihnen abgeschlossenen Verträgen termingerecht zu verrechnen.*“ Sie waren verpflichtet, termingerecht **zu zahlen**, und dies geschah per Überweisung vom Konto des abnehmenden auf das Konto des liefernden Betriebes, diesen Vorgang nannte man „Verrechnung“.

Stalin sagte 1952 in den *Ökonomischen Problemen*, man spreche aus zwei Gründen „*vom Wert der Produktionsmittel, von ihren Selbstkosten, von ihrem Preis und ähnlichem*“: „*Erstens ist das erforderlich für die Kalkulation, für Verrechnungen, um feststellen zu können, ob die Betriebe mit Gewinn oder Verlust arbeiten, um die Betriebe prüfen und kontrollieren zu können. Das ist jedoch nur die formale Seite der Sache. Zweitens ist das erforderlich, um im Interesse des Außenhandels den Verkauf von Produktionsmitteln an ausländische Staaten zu tätigen. Hier, auf dem Gebiet des Außenhandels, aber **nur auf diesem Gebiet**, sind unsere Produktionsmittel tatsächlich Waren und werden tatsächlich verkauft (ohne Anführungszeichen).*“¹⁴⁹

Damit behauptete Stalin faktisch, die vorhandenen Reste von Wertformen hätten innerhalb des staatlichen Sektors keinen gesellschaftlichen Inhalt mehr, sie seien nur noch bloße Technik, „um die Betriebe prüfen und kontrollieren zu können“. Er ignoriert hier vollständig, dass der belieferte Betrieb mit realem Geld zu zahlen hatte. Das war weit mehr als eine Frage der „Kalkulation“, der „Verrechnung“, der „Kontrolle“. Warum z.B. muss der Staat seine eigenen Betriebe mit finanziellen Mitteln ausstatten, damit diese die benö-

149 SW 15 S. 343; Hervorhebung von Stalin

tigten Produktionsmittel bezahlen können, warum muss bei derartigen Transaktionen Geld zirkulieren? Derartige Erscheinungen können keine bloßen Formen ohne entsprechenden gesellschaftlichen Hintergrund sein, sondern sind ein untrügliches Zeichen dafür, dass die im staatlichen Sektor produzierten und genutzten Produktionsmittel den Warencharakter noch nicht vollständig abgestreift haben. Abgesehen davon: solche Erscheinungen wie der Kampf um weiche (Betriebe) bzw. harte (Planbehörden) Pläne, formale Planerfüllung mit dem Ziel, dass trotz schlechter Leistung der Plan als erfüllt abgerechnet wird usw. zeigen doch wohl in aller Deutlichkeit, dass die Wertform eine gewisse „gegenseitige Fremdheit“ der an der Produktion des staatlichen Sektors beteiligten Personen (Betriebe, Behörden) zum Ausdruck bringt, also alles andere als inhaltslose Hülle ist, von den mit der Schattenwirtschaft verbundenen Erscheinungen ganz abgesehen.

Und Stalins Verweis auf den Außenhandel erklärt eben nicht, warum diejenigen Produkte, die nicht für den Export bestimmt sind und die **den staatlichen Sektor der sozialistischen Wirtschaft niemals verlassen**, Warenreste aufweisen (vgl. auch S. 35 f.).

Ebensowenig können die Reste von Wertformen innerhalb des staatlichen Sektors durch die Existenz des genossenschaftlichen Sektors erklärt werden. Stalin: *„Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer 'Geldwirtschaft' als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden.“*¹⁵⁰ Demnach wäre es – von der Existenz des Außenhandels abgesehen – **allein** die Existenz zweier separater Wirtschaftssektoren, nämlich des staatlichen und des genossenschaftlichen Sektors, die zu Überresten von Wertformen und Warenverhältnissen führt, wären die diesbezüglichen Überreste **innerhalb** des staatlichen Sektors allein auf die gleichzeitige Existenz des genossenschaftlichen Sektors zurückzuführen. Dies ist nicht nachzuvollziehen. Die Existenz von ökonomischen Beziehungen zwischen dem staatlichen und dem genossenschaftlichen Sektor kann nicht erklären, warum bei **ausschließlich innerhalb des staatlichen Sektors** angesiedelten Vorgängen Reste von Wertformen und Warenverhältnissen in Erscheinung treten; schon gar nicht dergestalt, dass in der Verfügungsgewalt der Betriebe stehendes Geld bei deren Investitionen eine nicht unwichtige Rolle spielt, ein Umstand, mit dem Stalin sich in den *Ökonomischen Problemen* überhaupt nicht befasst.

Die Form ist kein Behälter, in den man beliebige Inhalte füllen kann. Gemäß der Marxschen Analyse drückt die Wertform das Bestehen von Warenverhältnissen aus, und wenn von der Wertform noch Reste verblieben sind, drückt dies aus, dass die Produkte den Warencharakter nicht vollständig abgestreift haben. Es ist daher falsch und **vermeidet** gerade die erforderliche Analyse, wenn Stalin sagt: *„Es handelt sich darum, daß unter unseren sozialistischen Verhältnissen die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf dem Wege von Umwälzungen vor sich geht, sondern auf dem Wege allmählicher Veränderungen, wobei das Alte nicht einfach beseitigt wird, sondern seine Natur unter Anpassung an das Neue verändert und dabei lediglich seine Form bewahrt, das Neue aber das Alte nicht einfach vernichtet, sondern das Alte durchdringt, seine Natur und seine Funktionen verändert, dabei seine Form nicht zerbricht, sondern diese für die Entwicklung des Neuen ausnutzt. So verhält es sich in unserer wirtschaftlichen Zirkulation nicht nur mit den Waren, sondern auch mit dem Gelde, wie auch mit den Banken, die zwar ihre alten Funktionen verlieren und neue übernehmen, aber die alte Form behalten, deren sich die sozialistische Gesellschaftsordnung bedient.“*¹⁵¹ Es stimmte nicht, dass Ware und Geld **lediglich ihre Form bewahrten**, unter völligem Abstreifen ihres früheren Inhalts. Es handelte sich auch nicht um eine andere Ware und ein anderes Geld als die von Marx analysierte Ware und das von Marx analysierte Geld. Es handelt sich im Sozialismus vielmehr darum, dass Ware und Geld sich im Prozess ihres Vergehens befinden, es handelt sich um den Prozess des Übergangs von der Ware zur Nicht-Ware, vom Geld zum Nicht-Geld. Diesen Prozess gilt es zu analysieren.

Die vom Autor heftig attackierte Feststellung der Roten Reihe, dass das Lehrbuch der politischen Ökonomie nicht versuchte, die Überreste der Wertformen im staatlichen Sektor marxistisch zu analysieren, ist völlig richtig, und diese Feststellung trifft darüber hinaus auf die sowjetische Theorie der damaligen Zeit insgesamt und auch auf Stalin zu. Im Widerspruch zu offenkundigen Tatsachen wurde geleugnet, dass die Überreste der Wertformen überhaupt irgendeinen innerhalb des staatlichen Sektors angesiedelten gesellschaftlichen Inhalt hatten. Hierfür mag es verschiedene Gründe gegeben haben. Es mag eine Rolle gespielt haben, dass die da-

150 Stalin, *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, SW 15 S. 307

151 ebenda S. 344

mals handelnden Revolutionäre nicht wahrhaben wollten, dass man es noch in einem solchen Ausmaß mit Überresten der alten Gesellschaft zu tun hatte. Es mag auch eine Rolle gespielt haben, dass damals Klassenkräfte - in erster Linie aus den Reihen der Betriebsleiter - erstarkten, deren Bestreben auf Ausweitung der Reste der Warenproduktion gerichtet waren, dass die Revolutionäre zu einem Abwehrkampf gegen solche Kräfte gezwungen waren und dass man es möglicherweise als theoretisches Zugeständnis an solche Kräfte aufgefasst hätte, zuzugestehen, in welchem Ausmaß man es innerhalb des staatlichen Sektors noch mit Resten der Wertformen zu tun hatten. In Wirklichkeit wäre die marxistische Analyse der entsprechenden Verhältnisse eine Waffe **gegen** diese Kräfte gewesen. Objektiv lief das Leugnen der gesellschaftlichen Inhalte der Überreste der Wertform gerade auf eine Apologie derjenigen Klassenkräfte hinaus, deren Wirken und deren Interessen auf eine Ausweitung der Überreste der Wertformen gerichtet waren.¹⁵²

Was auch immer die Motive der damals handelnden Revolutionäre gewesen sein mögen, Tatsache ist jedenfalls, dass deren Situation sehr schwierig war: es gab diesbezüglich kein geschichtliches Material, welches man hätte studieren und auswerten können, man befand sich inmitten eines heftigen Klassenkampfes, sowohl aufgrund der Entwicklung der inneren Widersprüche als auch aufgrund des Drucks, den der Imperialismus ausübte, die Diktatur des Proletariats war aus verschiedenen Gründen bereits sehr geschwächt. Der aus all diesen Faktoren resultierende enorme Druck war zweifellos ein Faktor, der für den genannten analytischen Mangel eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben dürfte.

Ganz anders muss man Leute beurteilen, die heute - wo man das geschichtliche Material im Nachhinein in Ruhe untersuchen kann, wo auch untersucht werden kann, welche Überreste der alten Gesellschaft und welche Klassenkräfte, die sich aus diesen Überresten rekrutierten, den Sozialismus zu Fall brachten - die Fehler von damals einfach nachplappern und sich dabei noch besonders „prinzipienfest“ vorkommen. So entrüstet sich der Autor (S. 78 f.) über die Feststellung der Roten Reihe, dass das Lehrbuch jeden Versuch einer Analyse der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung vermeidet. Das Lehrbuch sagt z.B. - wie teils schon zitiert - folgendes:

„Der sozialistische Staat verteilt die Produktionsmittel auf seine Betriebe und weist jedem die zur Erfüllung der Pläne notwendigen materiellen und finanziellen Mittel zu. Der Betrieb als juristisch selbständige Wirtschaftseinheit geht wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Betrieben und Organisationen ein, ergänzt seine Kader und organisiert seine Produktions-, Versorgungs- und Absatztätigkeit. Der Betrieb hat bei der Staatsbank ein Verrechnungskonto zur Aufbewahrung seiner Geldmittel, ist berechtigt, Bankkredit in Anspruch zu nehmen, und hat eine eigene Bilanz.“¹⁵³

Der erste Satz ist - wie oben gezeigt - richtig, aber nur, wenn man ihn als Abstraktion begreift, wenn man zugleich zur Kenntnis nimmt, dass es Wirkungslinien gibt, die das Agieren des Staates als des Vertreters der Gesellschaft der Möglichkeit nach durchkreuzen können und in der sowjetischen Wirklichkeit nicht selten auch durchkreuzt haben - bereits im legalen Bereich der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“, erst recht aber im Bereich der Schattenwirtschaft. Soweit der erste Satz zutreffend davon spricht, dass der Staat den Betrieben nicht nur materielle, sondern auch **finanzielle Mittel** zuteilt, hätte bereits dies Ausgangspunkt einer marxistischen Analyse sein müssen: es war wie gesagt alles andere als selbstverständlich, dass hier Geldwirtschaft eine Rolle spielte, und die gesellschaftlichen Gründe dafür hätten untersucht werden müssen. Erst recht aber hätte die Feststellung einer Analyse bedurft, dass die Wirtschaftseinheiten des sozialistischen Staates **juristisch selbständig** waren und **Vertragsbeziehungen** miteinander eingingen, einschließlich materieller (nämlich finanzieller) Haftung bei Vertragsverstößen, wie das Lehrbuch eine Seite später (S. 530) feststellt. Das alles stellt das Lehrbuch aber fest, ohne irgendeinen Anlass zu sehen, nach den Gründen zu fragen.¹⁵⁴

152 Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass später - während der Chruschtschowschen Wirtschafts“reformen“ - der revisionistische Ökonom Liberman wie folgt argumentierte: Wegen des „radikal neuen Inhalts der Warenformen innerhalb der sozialistische Wirtschaft“ liege in der Ausweitung dieser Formen keine Gefahr für die weitere sozialistische Entwicklung. Vgl. Bettelheim, Charles, Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den 'sozialistischen Ländern', Berlin 1970 S. 18 f.

153 Lehrbuch S. 530, zitiert vom Autor auf S. 78

154 Auf die Behauptung des Autors, die Rote Reihe habe in diesem Zusammenhang ein wichtiges Zitat aus dem Lehrbuch unterschlagen, werde ich in Anmerkung 223 auf Seite 85 f. eingehen.

Auf Seite 603 bezeichnet das Lehrbuch die „Geldmittel, die dem Kreditsystem zufließen“, also das Guthaben der Betriebe bei der Staatsbank, welches u.a. Mittel künftiger betrieblicher Investitionen ist, als „gesellschaftliches Eigentum der Betriebe“, und der Autor kommentiert das im Brustton der Überzeugung wie folgt:

*„Es handelt sich um Eigentum des Staates, also gesellschaftliches Eigentum. Die Betriebe, die ebenfalls gesellschaftliches Eigentum sind, haben das Recht, die Produktionsmittel zu nutzen. In ihrem Wesen sind sie gesellschaftliches Eigentum, das die **Form** von betrieblichem Eigentum hat. Dieser Zusammenhang ist nur dann schwer zu begreifen, wenn man von vornherein theoretische Gegensätze zwischen Staat und Gesellschaft voraussetzt und damit auch Gegensätze zwischen Betrieben und Staat, Betrieben und der Gesellschaft usw.“* (Seite 77, Hervorhebung vom Autor)

Der Autor ahnt nicht im mindesten, dass einer solchen Form gemäß der Marxschen Analyse ein bestimmter gesellschaftlicher Inhalt entsprechen **muss**, ein Überrest an „wechselseitiger Fremdheit“ zwischen den Produzenten. Und er weigert sich, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, die überdeutlich belegen, dass ein solcher Überrest auch bestanden **hat**, nämlich ein gewisses Ausmaß an „wechselseitiger Fremdheit“ zwischen den Betrieben, zwischen den Betrieben und den zentralen Behörden, zwischen den Betrieben und der Gesellschaft, zwischen den zentralen Behörden und der Gesellschaft. **Er** ist es, der „von vornherein“ entgegen den Tatsachen etwas voraussetzt, dass nämlich im staatlichen Sektor der sozialistischen Sowjetunion jegliche derartigen Gegensätze bereits beseitigt gewesen seien und dass alles, was dagegen sprechen könnte, bloße **Form** ohne jeglichen gesellschaftlichen Inhalt gewesen sei. So sagt er z.B. auch: „Die in der Roten Reihe beschriebenen Maßnahmen, die mit diesem System verbunden sind, darunter die ökonomischen Sanktionen gegenüber den Betrieben, nutzen die **Wertform** der Produktionsmittel zwar aus, um die Selbstkosten der Produktion zu bestimmen und systematisch zu senken, um gesellschaftliche Ressourcen einzusparen. Die Maßnahmen dieses Systems sind aber nichts weiter als organisatorische Regularien zwischen den verschiedenen Abteilungen der 'einen staatlichen Firma'.“ (S. 76; Hervorhebung vom Autor) Nun denn, wer die Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen will, dem ist nicht zu helfen.

Bemerkenswert ist allerdings folgendes Eingeständnis des Autors:

„Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist ein Instrument, mit den noch vorhandenen Überresten 'bürgerlichen' Bewusstseins in den Köpfen der Menschen in der niederen Phase des Kommunismus umzugehen und die 'materielle (...) Interessiertheit des Betriebes, des gesamten Kollektivs der Arbeiter, Angestellten und des leitenden Personals an der Planerfüllung, an der ununterbrochenen, schnellen Steigerung der Produktion, an einer sparsamen und rationellen Wirtschaftsführung und an der Sicherung der Rentabilität des Betriebs' herzustellen.“ (Seite 76, das Zitat im Zitat ist aus dem Lehrbuch, S. 531, entnommen)

Sieh an, auf einmal entspricht den angeblich inhaltslosen bloßen Formen doch ein gesellschaftlicher Inhalt, nämlich „Überreste 'bürgerlichen' Bewusstseins“! Auf einmal geht es darum, über Reste von Wertformen **Interesse an der Produktion „herzustellen“!**

Und dann trifft der Autor in Bezug auf die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ folgende bemerkenswerte Aussage:

*„Sie basiert **letztlich** auf dem ökonomischen Prinzip der Verteilung nach Arbeitsleistung.“* (S. 76, Hervorhebung von mir, P.U.) Dazu führt der Autor folgenden Satz aus dem Lehrbuch (S. 531) an: „Je höher der Gewinn des Betriebs ist, um so größere Möglichkeiten hat er, die Belegschaft durch Verbesserung ihrer materiellen und kulturellen Lebensbedingungen zu fördern. Je mehr die wirtschaftliche Rechnungsführung entwickelt ist, in desto größerem Umfang werden für Einsparungen Prämien ausgezahlt.“

Letztlich also basieren die Reste von Wertformen nach Auffassung des Autors auf dem Prinzip der Verteilung nach Arbeitsleistung. Merkwürdig, dass diese Formen mit Produktionsverhältnissen einhergehen, die dazu führen können, dass einzelbetriebliche Interessen das gesamtgesellschaftliche Interesse durchkreuzen

können! Merkwürdig ferner, dass man die Betriebe mit juristischer Selbständigkeit und eigenen Finanzmitteln ausstatten muss, dass man ein komplettes System von Verträgen, Schadensersatz usw. zwischen den Betrieben einrichten muss, um die Verteilung nach Arbeitsleistung an die einzelnen Arbeiter zu gewährleisten! Wie oben (Seite 38 f.) schon gesagt, hatte Marx darauf hingewiesen, dass es zur Organisierung der Verteilung nach Arbeitsleistung lediglich „papierener Anweisungen“ bedarf, die „kein Geld“ sind, da sie „nicht zirkulieren“. Das Geld, mit dem die rechtlich selbständigen Sowjetbetriebe wirtschafteten, zirkulierte sehr wohl; es **war** Geld.

Ganz abgesehen davon kann das sowjetische Verteilungssystem schon auch deshalb nicht allein mit Marxens Ausführungen in der *Kritik des Gothaer Programms* erklärt werden, weil in der Sowjetunion das Prinzip galt, qualifiziertere Arbeit höher zu entlohnen als weniger qualifizierte, während Marx ausdrücklich davon ausgegangen war, dass die Entlohnung allein nach „der Ausdehnung oder der Intensität“ der Arbeit erfolgen würde.¹⁵⁵ Und im Anti-Dühring teilt Engels die Gründe mit, warum Marx und er der Auffassung waren, im Sozialismus würde qualifiziertere Arbeit **nicht** höher entlohnt werden: „Wie löst sich nun die ganze wichtige Frage von der höhern Löhnung der zusammengesetzten Arbeit? In der Gesellschaft von Privatproduzenten bestreiten die Privatleute oder ihre Familien die Kosten der Ausbildung des gelernten Arbeiters; den Privaten fällt daher auch zunächst der höhere Preis der gelernten Arbeitskraft zu: der geschickte Sklave wird teurer verkauft, der geschickte Lohnarbeiter höher gelohnt. In der sozialistisch organisierten Gesellschaft bestreitet die Gesellschaft diese Kosten, ihr gehören daher auch die Früchte, die erzeugten größern Werte der zusammengesetzten Arbeit. Der Arbeiter selbst hat keinen Mehranspruch.“¹⁵⁶ Wohlgermerkt: ich sage nicht, man habe das in der sozialistischen Sowjetunion „falsch gemacht“. Ich sage nur: **auch in dieser Beziehung** erklärt man bezüglich der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ gar nichts, wenn man auf Marxens und Engels' Hinweise auf das bürgerliche Recht in der Verteilung verweist.

Ich werde auf diese Frage weiter unten zurückkommen.

Also: mit einem **Verteilungssystem** hat die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ nur in zweiter Linie zu tun, in erster Linie geht es um die Einrichtung bestimmter **Produktionsverhältnisse**; mit dem, was Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* als „bürgerliches Recht“ bezeichnete, hat die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ nur am Rande zu tun.

Ich komme hier auf einen methodischen Missbrauch von Marxens Ausführungen in der *Kritik des Gothaer Programms* über das „bürgerliche Recht“ auf dem Gebiet der Verteilung zu sprechen, der eine lange Tradition hat und der Autoren marxistischen Anspruchs ganz unterschiedlicher ideologischer Strömungen merkwürdigerweise vereint. Es wird nämlich faktisch unterstellt, der Sozialismus als untere Stufe des Kommunismus werde nur solche Muttermale der alten Gesellschaft enthalten, die Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* ausdrücklich benannt habe, und dabei stellt man dann im wesentlichen auf das „bürgerliche Recht“ in der Verteilung ab, was Marx als einziges „Muttermal“ dort gründlich untersucht hat. In der Betrachtung **völlig außer acht gelassen** (wenngleich oft zitiert, so auch vom Autor) wird, dass Marx sagt: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage **entwickelt** hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft **hervorgeht**, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie hervorgeht.“¹⁵⁷

Marx sagt eindeutig: in **jeder** Beziehung! Und dennoch untersucht er in der *Kritik* **allein** das „bürgerliche Recht“ in der Verteilung gründlich.

Das hat zunächst einmal folgenden Grund: Marx behandelt in der *Kritik des Gothaer Programms* verschiedene Passagen eben dieses Programms der sozialdemokratischen Partei, welche opportunistische Auffassungen Lassalles enthalten, und widerlegt sie der Reihe nach. Eine dieser Passagen beinhaltet Lassalles Phrase von der „gerechten Verteilung des Arbeitsertrages“. **Aufgrund dieses Anlasses** analysiert Marx die Frage, wie

155 Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, MEW 19 S. 20 f.

156 Engels, *Anti-Dühring*, MEW 20 S. 187

157 Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, MEW 19 S. 20; Hervorhebungen von Marx

die **Verteilung** „in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist“¹⁵⁸, beschaffen sein wird. „Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen¹⁵⁹ - exakt zurück, was er ihr¹⁶⁰ gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundsoviel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.“¹⁶¹

Marx untersucht also exakt, in welcher Hinsicht im Bereich der Verteilung der Konsumtionsmittel die Prinzipien des Warenaustauschs noch herrschen und in welcher Hinsicht sie nicht mehr herrschen.

Er sagt weiter, dass „diese Mißstände“¹⁶² - eben das bürgerliche Recht in der Verteilung - verschwunden sein werden „in einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen“.¹⁶³

Marx **streift** hier also einige Muttermale der alten Gesellschaft, die in der unteren Stufe des Kommunismus fortbestehen: die knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, den damit zusammenhängenden Umstand, dass die Arbeit nicht erstes Lebensbedürfnis ist, sondern bis zu einem gewissen Grade noch Zwangscharakter hat, die mit beiden Umständen zusammenhängenden Schranken in der Entwicklung der Individuen, die u.a. mit diesen Umständen zusammenhängende relativ niedrige Entwicklung der Produktivkräfte. Obwohl es sich hier offenkundig um ein ganzes Ensemble von Verhältnissen der alten Gesellschaft handelt, die in der unteren Stufe des Kommunismus noch fortwirken, **streift** er die genannten Merkmale wie gesagt nur und **analysiert** sie, ihren Zusammenhang, ihre Wirkungsweise **nicht**. Er lässt es mit dem Hinweis bewenden, dass – wenn all dies beseitigt ist – auch das bürgerliche Recht in der Verteilung fallen wird.

Dass Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* **allein** die **Verteilungsverhältnisse** in der unteren Phase des Kommunismus gründlich untersucht, springt um so mehr ins Auge, als er selbst sagt (nämlich als weitere Kritik am Gothaer Programm), dass „es überhaupt fehlerhaft (war), von der sog. **Verteilung Wesens** zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen. Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge

158 ebenda, S. 21

159 nämlich den Abzügen für gesellschaftliche Fonds, wie Marx zuvor gezeigt hat, u.a. für erweiterte Reproduktion, für Sozialversicherungen bzw. -leistungen und für Verwaltungskosten

160 ihr: der Gesellschaft

161 MEW 19 S. 20

162 Mißstände insoweit, als Gleichheit des bürgerlichen Rechts in Wirklichkeit Ungleichheit beinhaltet, wie Marx im einzelnen zeigt. Z.B.: „Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten(...)“. „Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.“ (MEW 19, S. 20 f.)

163 MEW 19 S. 21

der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst; letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst.“¹⁶⁴ Nebenbei bemerkt zeigt sich hier, wie absurd es ist, dass der Autor die Verhältnisse der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung, die vor allem Verhältnisse der Produktion sind, auf Verteilungsverhältnisse zurückführt.

Obwohl Marx also darauf hinweist, dass die Verteilungsverhältnisse Folge der Produktionsweise sind, wendet er sich der Frage, welche Muttermale der alten Gesellschaft in der unteren Phase des Kommunismus **im Bereich der Produktionsweise** noch vorhanden sein werden, nicht bzw. nur insoweit zu, als er die fortbestehende knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, den Umstand, dass die Arbeit noch nicht erstes Lebensbedürfnis sein kann, die damit einhergehenden Schranken in der Entwicklung der Individuen sowie der Produktivkräfte kurz streift – und dies, obwohl alle diese Faktoren zweifellos Auswirkungen auf die Produktionsweise haben müssen bzw. Bestandteil davon sind.

Marx hatte guten Grund, sich dieser Frage hier nicht im einzelnen zuzuwenden, denn zum einen befasste er sich hier wie gesagt mit den opportunistischen Auffassungen, die in das Gothaer Programm eingegangen waren, und da ging es in dem hier infragestehenden Punkt eben um die **Verteilungsverhältnisse**. Zum anderen hielt er es vermutlich für Spekulation, für das Schreiben von Rezepten für die Garküche der Zukunft, hierzu Voraussagen zu treffen – auf dem Gebiet der Verteilung war das schon einfacher. Mit keinem Wort aber hat Marx auch nur angedeutet, die untere Stufe des Kommunismus werde ausschließlich solche Muttermale der alten Gesellschaft enthalten, die er in der *Kritik des Gothaer Programms* ausdrücklich benannt habe. Er war schon deshalb ganz offensichtlich **nicht** dieser Auffassung, weil er wie gesagt feststellte, dass diese untere Stufe „in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie hervorgeht“, was selbstredend **alles Mögliche** beinhalten mag, was aber nicht im einzelnen vorhersehbar war.

Dass Marx und Engels der Auffassung waren, dass **zwischen der knechtenden Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, der Existenz von Klassen und Klassenunterschieden und der Existenz des Staates ein enger Zusammenhang besteht**, haben sie im übrigen in der *Deutschen Ideologie* deutlich herausgestellt:

„, daß (...) solange also die Spaltung zwischen dem besondern und gemeinsamen Interesse existiert, solange die Tätigkeit also nicht freiwillig, sondern naturwüchsig geteilt ist, die eigne Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht. Soweit nämlich die Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat Jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker¹⁶⁵ und muß es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will – während in der kommunistischen Gesellschaft, wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden. Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unsres eignen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unsrer Kontrolle entwächst, unsre Erwartungen durchkreuzt, unsre Berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung, und eben aus diesem Widerspruch des besondern und gemeinschaftlichen Interesses nimmt das gemeinschaftliche Interesse als **Staat** ein selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteressen, an, und zugleich als illusorische Gemeinschaftlichkeit, aber stets auf der realen Basis der in jedem Familien- und Stamm-Konglomerat vorhandenen Bänder, wie Fleisch und Blut, Sprache, Teilung der Arbeit im größeren Maßstabe und sonstigen Interessen – und besonders, wie wir später entwickeln werden, der durch die Teilung der Arbeit bereits bedingten Klassen, die in jedem derartigen Menschenhaufen sich absondern und von denen eine alle andern beherrscht.“¹⁶⁶

Da ein enger Zusammenhang zwischen der Entstehung der knechtenden Unterordnung unter die Teilung der

164 ebenda S. 22; Hervorhebung von Marx

165 Kritischer Kritiker: ironisch gegen Bruno Bauer und dessen Gesinnungsgenossen; allgemein sind Intellektuelle gemeint

166 Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3 S. 33; Hervorhebung von Marx und Engels

Arbeit, der Entstehung von Klassen und Klassenunterschieden sowie der Entstehung des Staates besteht, liegt es auf der Hand, dass auch zwischen ihrem Verschwinden ein Zusammenhang bestehen wird, dass also in der unteren Stufe des Kommunismus von all diesen Faktoren noch „etwas“ da sein wird, dass andererseits dieser Gesellschaftszustand der Übergang zum Verschwinden all dieser Faktoren sein wird. Hätte Marx sich die Aufgabe gestellt, die Muttermale der alten Gesellschaft allseitig zu analysieren, wäre er mit Sicherheit auf diesen Zusammenhang eingegangen.

Wie schon gesagt, ist es für Marxisten eine Selbstverständlichkeit, dass auch der Umstand ein Muttermal der alten Gesellschaft ist, dass die Vergesellschaftung vorerst nur in der niederen Form der Verstaatlichung erfolgt. *„Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen.“*¹⁶⁷ Solange und soweit der Staat noch nicht absterben kann, solange und soweit es erforderlich ist, dass er in gesellschaftliche Verhältnisse eingreift und insbesondere auch die Produktionsprozesse leitet, ist dies auf Muttermale im gesellschaftlichen Zustand zurückzuführen und ist selbst ein solches Muttermal.

Auf den Zusammenhang zwischen dem Absterben des Staates und der Beseitigung **aller Klassenunterschiede und Klassengegensätze** hat Engels übrigens im Anti-Dühring hingewiesen:

*„Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat.“*¹⁶⁸

Es versteht sich, dass auch sämtliche noch vorhandenen Klassenunterschiede **Muttermale der alten Gesellschaft** sind, ebenso der Staat, soweit er noch Staat ist (wie oben ausgeführt ist der proletarische Staat Halbstaat, Übergang vom Staat zum Nicht-Staat, ist also von der Staatlichkeit im ursprünglichen Sinne noch „etwas“ vorhanden).

Die absurde Vorstellung, die niedere Stufe der kommunistischen Gesellschaft könne ausschließlich solche Muttermale der alten Gesellschaft enthalten, die in der *Kritik des Gothaer Programms* ausdrücklich benannt sind, geht ganz gewiss nicht auf Marx zurück. Ich sagte oben, dass sich diese absurde Auffassung bei etlichen Autoren marxistischen Anspruchs findet. Auch der Autor geht faktisch davon aus; auf seine Auffassungen über die „Muttermale der alten Gesellschaft“ werde ich allerdings erst im IX. Abschnitt ausführlich eingehen.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang folgende Passage beim Trotzisten Simin:

*„Die Verfälschung der Vorstellungen von Marx basiert vor allem auf der Grundlage einer notorisch verlogenen Darstellung seiner Kritik des Gothaer Programms. In diesem Werk unterscheidet Marx zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft, aber diese Unterscheidung wird durchaus nicht durch die gesellschaftliche Struktur bewirkt; für ihn sind die beiden Phasen (Sozialismus und vollendeter Kommunismus) in gleicher Weise klassenlose Gesellschaften. Da der Stalinismus die gegenwärtige sowjetische Gesellschaft, in der Klassen bestehen, als Sozialismus bezeichnet (wir wollen nicht eine vergebliche Diskussion um Begriffe führen), hat er nicht das Recht zu sagen, daß sein 'Sozialismus' die erste Phase des Kommunismus sei, wie Marx sie definiert hat. Wenn man das stalinistische Regime der UdSSR als Sozialismus bezeichnet, dann entspricht das also keineswegs dem, was Marx die erste Phase des Kommunismus genannt hat.“*¹⁶⁹

Methodisch geht Simin vom selben Ausgangspunkt aus wie der Autor: von Sozialismus könne nur dann die Rede sein, wenn es ausschließlich solche Muttermale der alten Gesellschaft gibt, die in der *Kritik des Gothaer Programms* ausdrücklich benannt sind. Dann freilich trennen sich die Wege:

167 Engels, Anti-Dühring, MEW 20 S. 262

168 ebenda S. 261

169 Simin, Alexander, Eine Stimme aus dem sowjetischen Untergrund, Frankfurt/Main 1985 (mit einem Vorwort von Mandel) S. 98

Weist man auf solche Muttermale in der Sowjetgesellschaft zur Zeit Stalins hin – im gegebenen Fall auf Reste der Wertformen im staatlichen Sektor – so tut das Autor alles, um solche Erscheinungen abzustreiten bzw. für leere Hüllen ohne jegliche Bedeutung zu erklären. Er ist dazu gezwungen, da er einerseits von besagtem absurdem Dogma ausgeht, andererseits aber natürlich nicht zu dem Ergebnis gelangen will, die Sowjetunion sei damals nicht sozialistisch gewesen.

Simin hingegen stellt fest, dass die Klassen in der Stalinschen Sowjetunion noch nicht völlig verschwunden waren, und er stellt weiter fest, dass Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* nicht ausdrücklich davon sprach, dass in der unteren Stufe des Kommunismus von den Klassen noch etwas übriggeblieben sein mag. Folglich ist für ihn „bewiesen“, dass die Sowjetunion **nicht** sozialistisch war. Ihn ficht dabei auch nicht an, dass Marx sehr wohl am Rande darauf hinwies (wenn auch dieser Frage nicht weiter nachging), dass die knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit noch nicht beseitigt sein würde, woraus man – mit einigem Nachdenken – leicht schließen könnte, dass dann wohl auch die Klassenunterschiede kaum völlig verschwunden sein können. Nein, Nachdenken ist nicht gefragt, Simin will ja auch nicht marxistisch untersuchen, sondern zu dem Resultat kommen, das für ihn bereits feststeht. Da kommt ihm die Vorgehensweise zu pass, die entsprechende Passage in der *Kritik des Gothaer Programms* als Liste zum Abhaken zu behandeln. Ist ein in einem Land vorhandenes Muttermal – im gegebenen Fall: Klassenunterschiede - dort ausdrücklich erwähnt? Nein, dann kein Sozialismus, basta.

Die Behauptung, es könne sich nicht um Sozialismus handeln, solange man es mit Klassenunterschieden zu tun hat, ist überhaupt typisch für den Trotzismus. Die Übergangsgesellschaft des Sozialismus ist aber die spezifische Form, in der sich die Menschheit aus der Klassengesellschaft herausarbeitet. Indem die Trotzisten scheinbar radikal einen „Sozialismus mit Klassenunterschieden“ ablehnen, lehnen sie den einzig möglichen Weg ab, auf dem Klassenunterschiede überhaupt beseitigt werden können, auf dem sich die Menschheit überhaupt aus der Klassengesellschaft herausarbeiten kann.

Ähnlich wie Simin geht Mandel vor, nur dass er die Sache noch weiter verwirrt. „Solange die Produktion nicht diese Grundbedürfnisse des Menschen befriedigt, bleibt die **Verteilung relativ knapper Konsumgüter, eine Verteilung, die nach objektiven Gesichtspunkten erfolgen muß, das Kernproblem der Wirtschaft. Während dieser ganzen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wird die Verteilung durch den Austausch menschlicher Arbeit gegen die durch diese Arbeit erzeugten Güter geregelt. Austausch aber bedeutet Warenproduktion. Das heißt: Der Tauschwert lebt fort, solange Gebrauchswerte knapp sind. Das partielle oder generelle Weiterbestehen der Warenproduktion in der Übergangsperiode ist ein Wesensmerkmal dieser Epoche.**“¹⁷⁰

Also: solange es auch nur ein partielles Weiterbestehen von Warenproduktion gibt, könne von Sozialismus keine Rede sein, sondern allenfalls von einer Übergangsgesellschaft **zum Sozialismus**.

Wenn ich sagte, dass Mandel die Sache noch zusätzlich verwirrt, so deshalb, weil er sich dabei absurderweise nur auf das bürgerliche Recht in der Verteilung bezieht und aufgrund dieser beschränkten Sicht mithilfe seiner Abhakliste der in der *Kritik des Gothaer Programms* genannten Muttermale eigentlich zu dem Schluss kommen müsste: ja, Sozialismus. Die Reste der Wertformen im staatlichen Sektor der Produktion mindert er genauso herab wie der Autor: „In dem Maße, wie die Industrie, die Banken, die Transportmittel und die Hauptzentren der Distribution in die Hände der Gesellschaft übergehen, verlieren die in diesen nationalisierten Unternehmen erzeugten Produktions- und Verteilungsmittel ihren Warencharakter: sie haben nur noch die Eigenschaft von Gebrauchswerten. Selbst wenn diese Gebrauchswerte formal von einem Staatsbetrieb an einen anderen 'verkauft' werden, handelt es sich lediglich um einfache buchhalterische Vorgänge und um eine allgemeine Nachprüfung, die feststellen soll, inwieweit der Plan für die Gesamtwirtschaft und für jede Wirtschaftseinheit erfüllt worden ist. Die Differenz erscheint auch in der Geldform.“¹⁷¹ Also: nur Verrechnung, bloße buchhalterische Vorgänge, bloße Form, Wertform ohne ihr zugrundeliegenden gesellschaftlichen Zustand – da liegen Mandel und der Autor ganz auf einer Linie, und beide sind bereit, sowohl vor offensichtlichen Fakten als auch vor gesicherten Erkenntnissen des Marxismus bzw. zwingenden logi-

170 Mandel, Ernest, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt/Main 1971 S. 599; Hervorhebungen von Mandel
171 ebenda

schen Schlüssen aus solchen Erkenntnissen (Wertformen weisen darauf hin, dass die Produzenten ihr Produkt nicht beherrschen und dass sie einander fremd sind, Reste der Wertformen weisen folglich darauf hin, dass von beidem noch etwas vorhanden sein muss) die Augen zu schließen. Ebenso schließen sie die Augen davor, dass die Ausweitung von Warenkategorien bei der revisionistischen Konterrevolution (die Mandel freilich nicht als solche ansieht) eine Rolle spielten und dass auch dieser Umstand indiziert, dass es sich bereits im Sozialismus nicht um leere Formen gehandelt hat.

Mandel braucht das aufgrund seines falschen Ausgangspunktes anscheinend für seine These, die Sowjetunion sei immerhin ein Übergang **zum Sozialismus** gewesen. Etwas von der Realität schimmert freilich bei ihm durch, wenn er sagt: „*Um der Verantwortungslosigkeit, zu der einzelne Bürokraten neigen (Diebstahl oder Verschwendung von Staatseigentum, über das sie insofern voll und ganz verfügen, als sie frei von jeder Arbeiterkontrolle die unbestrittenen Herren der Betriebe sind), entgegenzuwirken, mußte der sowjetische Staat 1935 das Prinzip der Einzelrentabilität der Betriebe (chosraschot)*¹⁷² einführen.“¹⁷³ Ich gehe hier nicht näher darauf ein, welche merkwürdige Vorstellung von Arbeiterstaat Mandel hat, wenn er meint, es könne einen solchen **ohne jegliche Arbeiterkontrolle** geben. Immerhin ist richtig, dass diese Kontrolle nicht stark genug war und sein konnte, um auf die Nutzung von Tauschkategorien zu verzichten.¹⁷⁴ Das lag allerdings nur vordergründig an der Verantwortungslosigkeit „einzelner Bürokraten“, sondern letztlich an dem gesellschaftlichen Zustand, der die knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit nicht hatte beseitigen können, u.a. mit der Folge dass Klassenverhältnisse fortbestanden und die Leiter – darunter die Betriebsleiter – eine besondere Schicht darstellten.

Dickhut sagt in seinem Buch „Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion“ über das System der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“:

*„Gemäß diesem System muß jeder Betrieb seine Rohstoffe und Produktionsmittel vom Staat zu einem festen Preis 'kaufen', seine Produkte wiederum zu festen Preisen an den Staat 'verkaufen'. Er muß Rechenschaft über seine Ausgaben und Einnahmen führen und versuchen, durch sparsames Umgehen mit Materialien und durch Rationalisierung möglichst einen 'Gewinn', also einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben, zu erzielen. Die Staatsbetriebe werden, wie es Lenin bereits 1922 formulierte, 'auf kommerzielle Grundlage überführt'. Selbstverständlich ist es hier kein echtes 'Kaufen' und 'Verkaufen', da ja kein Eigentumswechsel stattfindet. Und auch der 'Gewinn' ist eine rein rechnerische Angelegenheit und keine Quelle zur Bereicherung des Betriebes oder seines Direktors. In der Zeit vor dem XX. Parteitag mußte fast der gesamte Gewinn an die Staatsbank abgeliefert werden; selbst neue Investitionen wurden nicht aus dem Gewinn des betroffenen Betriebes, sondern durch im Plan festgelegte Zuweisungen der Staatsbank finanziert.“*¹⁷⁵

Hier wird nun alles durcheinandergebracht. Die Überführung der Staatsbetriebe „auf kommerzielle Grundlage“ stand, wie oben (S. 39) ausgeführt, in unmittelbarem Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik, es handelte sich um Staatskapitalismus, die Betriebe waren ausnahmslos gehalten, Gewinne zu erwirtschaften.

Etwas ganz anderes war später die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ im Rahmen des Sozialismus. Auch hier aber ist die Behauptung, neue betriebliche Investitionen seien überhaupt nicht aus dem Gewinn des betreffenden Betriebes finanziert worden, schlichtweg falsch, wie man dem Lehrbuch entnehmen kann und wie ich oben bereits gezeigt habe. Die Zentralstellen statteten den Betrieb nicht mit den gesamten finanziellen Mitteln aus, die er brauchte, um seine Investitionen zu tätigen, einen anderen Teil musste er „selbst erwirtschaften“: „*Die staatlichen Betriebe erhalten vom Staat Investitionsmittel als nichtrückzahlbare Haushaltszuweisungen, zum Teil werden die Investitionen auch aus eigenen Quellen gedeckt, nämlich aus dem Amortisationsfonds und dem Reineinkommen der Betriebe.*“ (Lehrbuch S. 603). Dementsprechend führte der Be-

172 Es handelt sich offenbar um das System der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“. Entgegen den Angaben Mandels muss es allerdings bereits **vor** 1935 eingeführt worden sein. 1931 hatte Stalin die „*Einbürgerung und Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in allen unseren Betrieben*“ gefordert (SW 13 S. 68). Das Wort „Festigung“ deutet darauf hin, dass es zu diesem Zeitpunkt teilweise schon bestanden haben muss.

173 ebenda, S. 621, Hervorhebung von Mandel

174 vgl. insoweit das auf Seite 40 f. angeführte Stalin-Zitat SW 13 S. 67 f.

175 Dickhut, Willi, Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, Stuttgart 1974 S. 82 f.

trieb auch nur einen Teil seines Gewinns an die Zentralstellen ab (daraus speist sich das sogenannte „zentralisierte Reineinkommen des Staates“), einen anderen Teil, das sogenannte „Reineinkommen des staatlichen Betriebs“, behielt er. (Lehrbuch S. 536 f.) Dieser Teil wurde nicht etwa an die Staatsbank „abgeführt“, sondern die Betriebe unterhielten dort ihre Konten. Ein Teil des Reineinkommens der Betriebe „dient der Erweiterung der Produktion in dem betreffenden Betrieb oder Wirtschaftszweig (Investitionen oder Vergrößerung der eigenen Umlaufmittel), ein anderer Teil wird dem Direktorfonds für die materielle Förderung der Belegschaft und andere Zwecke zugeführt.“ (Lehrbuch S. 537 f.) Ein Teil des Direktorfonds wurde „für die Auszahlung individueller Prämien an Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Angestellte sowie für einmalige Beihilfen an Belegschaftsmitglieder“ verwandt (Lehrbuch S. 538); dass es hier nicht die Möglichkeit zur persönlichen Bereicherung gab und dass diese Möglichkeit nicht mitunter zur Wirklichkeit wurde, bezweifle ich sehr, man denke z.B. an Stalins Bemerkungen über die Schweine, die im Garten des Staates wühlten.

All das hätte man unschwer durch bloßes Nachlesen im Lehrbuch feststellen können. Dickhut zog es vor, einfach Behauptungen aufzustellen, die ihm bequem waren: der Gewinn sei „bloße Rechengröße“¹⁷⁶, so gut wie nichts davon verbleibe im Betrieb usw. Besonders pikant ist es, wenn Dickhut anschließend die revisionistischen Wirtschafts“reformen“, die angeblich die Restauration des Kapitalismus beinhalteten, u.a. wie folgt charakterisierte: Die Betriebe seien „jetzt selbständige Einheiten“¹⁷⁷ - als würde nicht etwa im Lehrbuch von 1954 stehen, dass sie juristisch selbständige Einheiten waren und in Vertragsbeziehungen mit anderen Betrieben traten. Der Gewinn sei jetzt „keine bloße Verrechnungsgröße mehr“¹⁷⁸ - als sei er vorher nicht eine Quelle betrieblicher Investitionen gewesen. Dickhut zeigt zwar durchaus richtig, dass die Reste von Warenkategorien im Zuge der revisionistischen Wirtschafts„reformen“ ausgeweitet wurden. Aber um ausgeweitet zu werden, mussten sie zunächst einmal **vorhanden** sein. Bei Dickhut kommt es aber so heraus, als wären Tauschwertkategorien im staatlichen Sektor im wesentlichen erst unter Chruschtschow **eingeführt** worden, und das liegt neben den Tatsachen.

Bettelheim unterscheidet sich von etlichen anderen Autoren marxistischen Anspruchs dadurch, dass er die Wertformen im staatlichen Sektor durchaus zur Kenntnis nahm und in verschiedenen Publikationen teils durchaus ernstzunehmende Versuche unternahm, den gesellschaftlichen Zustand, der ihnen zugrundelag, marxistisch zu analysieren. „Vor die Klammer“ setzte er allerdings durchweg das Dogma, es könne sich folglich noch nicht um Sozialismus handeln, sondern nur um den Übergang dazu. Er begründet das mit Engels' Ausführungen im Anti-Dühring, unmittelbar vergesellschaftete Produktion (also der Kommunismus) schließe „allen Warenaustausch aus“, und es kommt ihm nicht in den Sinn, dass die Geschichte beim Übergang zum entwickelten Kommunismus, in der niederen Stufe des Kommunismus, Übergangsformen von der Ware zur Nicht-Ware hervorbringen könnte.

Aufgrund seiner maoistischen Auffassungen vertritt Bettelheim im übrigen, der ursprünglich im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik verwandte Begriff „Staatskapitalismus“ müsse auf die sozialistischen Betriebe erweitert werden¹⁷⁹, und es komme darauf an, „die Vorherrschaft der sozialistischen über die kapitalistischen Verhältnisse“ sicherzustellen.¹⁸⁰ Es ist aber blühender Unsinn, dass im Sozialismus irgendwie noch etwas Kapitalismus drinstecke. Zwar ist „die Wertform des Arbeitsprodukts (...) allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise“¹⁸¹, doch ist Warenproduktion per se noch keine kapitalistische Produktion, und vor allem sind die Warenkategorien – wie oben dargestellt - im Sozialismus erheblich eingeschränkt, und zwar so, dass Geld – welches, wie ebenfalls dargestellt, gar nicht mehr im vollen ökonomischen Sinne Geld ist – keinesfalls zu Kapital werden kann. Zwar haben wir ebenfalls gesehen, dass bei entarteten Funktionären der sozialistischen Staatsmacht durchaus Begehrlichkeiten entstehen können, die Warenkategorien dergestalt auszuweiten, dass Geld wieder zu Kapital werden kann, doch es bedarf des Sturzes der Diktatur des Proletariats sowie nachfolgender einschneidender Veränderungen in den Produktionsverhältnissen, damit solche Begehrlichkeiten sich realisieren können. Der Sozialismus enthält keinen Kapitalismus.

176 ebenda S. 86

177 ebenda S. 96

178 ebenda

179 Bettelheim, Charles, Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, Berlin 1970 S. 80 f.

180 ebenda S. 82

181 Marx, Kapital Bd. 1, MEW 23 S. 95

An dieser Stelle sei ein falscher Zungenschlag im Weg der Partei 1-2/1992 Seite 6 korrigiert. Dort wird gesagt, im Sozialismus könne „auf die Kategorie des sich selbst verwertenden Werts als Triebkraft der Produktion nicht verzichtet werden“. Das ist falsch. Sich selbst verwertender Wert ist Kapital, davon kann im Sozialismus keine Rede sein. Ich gebe dem Autor, der dies auf Seite 36 kritisiert, hier ausnahmsweise recht. Allerdings ist dieser Fehler im Weg der Partei 1-2/1992 tatsächlich nur **ein falscher Zungenschlag**, der dort nicht weiter verfolgt wird und keine weiteren falschen Konsequenzen mit sich bringt.

Unrecht hat der Autor mit seiner Behauptung (ebenfalls Seite 36), „dieselbe Argumentation“ finde sich „im ersten Band der Roten Reihe im Kapitel zur Kontroverse zwischen Stalin und Jaroschenko“. Jaroschenko hatte Stalins Formulierung kritisiert, wonach Ziel der Produktion die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft sind. Jaroschenko hatte gesagt, man müsse stattdessen vom „Primat der Produktion“ ausgehen, was aber in diesem Zusammenhang heißen sollte, die Akkumulation müsse Selbstzweck sein, nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft. Die Rote Reihe (Bd. 1, S. 81) schrieb dazu zutreffend, die Auffassungen Jaroschenkos drückten „das Bestreben des Privatinteresses aus, sich wieder als alleiniges Interesse durchzusetzen, die Fesseln abzustreifen, die der Sozialismus ihm angelegt hatte. Die Herstellung des unbeschränkten Privatinteresses bedeutet aber die Beseitigung der Orientierung am Kommunismus, bedeutet die Beseitigung des Keims der gesellschaftlichen Herrschaft über die Produktion, bedeutet, daß die Produktion, die Akkumulation, die Verwertung von Wert wieder zum Selbstzweck wird. Stalins Kampf gegen Jaroschenko und Konsorten war daher ein Kampf für die Verteidigung des Sozialismus.“ Die Rote Reihe behauptet also keineswegs, in der damaligen Sowjetunion habe Kapital existiert, wie der Autor faktisch unterstellt.

7.

War die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ eine sowjetische Besonderheit?

Man könnte sich nun immer noch auf folgenden Standpunkt stellen: In der sozialistischen Sowjetunion wurden zwar selbst in Bezug auf die Produktion von Produktionsmitteln Reste von Wertformen und Warenverhältnissen genutzt. Das beweise aber nicht, dass dies im Sozialismus – der niederen Stufe des Kommunismus – immer so sei. Es sei vielmehr auf bestimmte sowjetische Besonderheiten zurückzuführen.

Nun behaupte ich allerdings in der Tat nicht, es sei im strengen Sinne bewiesen, dass der Sozialismus ganz allgemein nicht ohne Nutzung von Resten von Warenverhältnissen im staatlichen Sektor auskommen könne, soweit Produktionsmittel produziert werden. Allerdings halte ich es aus folgenden Gründen für recht unwahrscheinlich, dass er ohne solche Reste auskommen kann.

Stets wird man es damit zu tun haben, dass die knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit nicht – jedenfalls nicht vollständig – beseitigt ist. Insbesondere besteht noch ein Gegensatz von leitenden und ausführenden Tätigkeiten. Dies ruft auf jedem dieser Pole Denk- und Verhaltensweisen hervor, die durchaus nichtkommunistisch sind. Dies beinhaltet die Fortexistenz von klassenmäßigen Unterschieden sowie des Staates, und zwar eben auch der rückwärtsgewandten Seite des sozialistischen Staates. All dies muss Auswirkungen auf die Produktion haben.

Wollte man auf jegliche Reste von Wertformen und Warenverhältnissen zumindest innerhalb des staatlichen Sektors – soweit Produktionsmittel produziert werden - verzichten¹⁸², dann bräuhete man insoweit eine Krücke anderer Art. Es liefe wohl auf Lenins ursprüngliche, in *Staat und Revolution* geäußerte Idee hinaus, dass „die gesamte Gesellschaft (...) ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn“ sein würde, wobei diese „Fabrikdisziplin“ lediglich eine „Stufe“ sein würde, „die notwendig ist zur radikalen

182 Auf jegliche Warenreste im Verhältnis zwischen dem staatlichen und dem genossenschaftlichen Sektor zu verzichten, wäre ohnehin nicht möglich, es sei denn, die Arbeiterklasse ergreift die Macht erst dann, wenn die Bourgeoisie alle Kleinproduzenten ruiniert hat. Dann bedürfte es freilich keines genossenschaftlichen Sektors mehr.

Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung, eine Stufe, um weiter vorwärtsschreiten zu können.“¹⁸³

Man könnte nun argumentieren, dass Lenin, als er 1921 diesen Weg für nicht gangbar erklärte, auf den Umstand hinwies, dass es sich um ein „kleinbäuerliches Land“ handelte: „Wir nahmen an, ohne genügend zu rechnen -, daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten. Das Leben hat unseren Fehler gezeigt.“¹⁸⁴

Doch zum einen war die Sowjetunion später durchaus kein kleinbäuerliches Land mehr, die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ aber blieb. Zum anderen: der Übergang zum entwickelten Kommunismus kann auch unter sehr günstigen Bedingungen wohl nicht in einigen wenigen Jahren vonstatten gehen, und es spricht meiner Meinung nach sehr viel für die Vermutung, dass die Menschen die bei Verzicht auf die betreffenden Reste von Wertformen erforderliche „Fabrik'disziplin“ als unerträglich empfinden würden – zumal ja auch diejenigen, deren Aufgabe dann die Durchsetzung dieser Disziplin wäre, von den relativen Rückständigkeits der Gesellschaft geprägt wären, sodass es vermutlich zu mehr Missbrauch und klassenfeindlichen Verhaltensweisen käme als bei der Nutzung von Resten der Wertformen und Warenverhältnisse.

Selbstverständlich behaupte ich keineswegs, dass jedes sozialistische Land exakt das sowjetische System der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ verwenden wird. Manches mag sowjetischen Besonderheiten geschuldet gewesen sein, manches mag sich bei näherer Analyse als fehlerhaft bzw. verbesserungswürdig herausstellen. Es ist überhaupt ein Fehler, Erfahrungen anderer Länder einfach kopieren zu wollen. Doch halte ich es für überaus wahrscheinlich, dass das sowjetische System der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ Elemente enthält, die von jedem sozialistischen Land genutzt werden müssen, auch was die Produktion von Produktionsmitteln betrifft.¹⁸⁵

8.

Reste von Wertformen bzw. Warenverhältnissen in anderen Bereichen

Ich habe der Übersichtlichkeit halber die Betrachtung der Überreste von Wertformen und Warenverhältnissen bislang allein auf die im staatlichen Sektor produzierten Produktionsmittel erstreckt. Es handelt sich hier um den Bereich, in dem man solche Überreste zunächst einmal am wenigsten vermuten sollte. Zum einen ist die Vergesellschaftung der Produktion im staatlichen Sektor am weitesten vorangeschritten, weiter nämlich als im genossenschaftlichen Sektor. Zum andern verlassen diejenigen hier hergestellten Produktionsmittel, die nicht für den Export bestimmt sind, diesen Sektor niemals. Sie werden hier hergestellt und hier vernutzt. Dennoch gibt es selbst hier Reste von Wertformen und Warenverhältnissen.

Danach ist es nicht verwunderlich, wenn auch in anderen Bereichen der sozialistischen Wirtschaft solche Überreste festgestellt werden bzw. wenn sie hier stärker ausgeprägt sind.

183 Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 488; Hervorhebungen von Lenin

184 LW 33 S. 38

185 Es mag unter ganz bestimmten Umständen und Entwicklungsperioden Ausnahmen geben. Mir ist im übrigen nicht bekannt, ob das sozialistische Albanien Mechanismen anwandte, die der sowjetischen „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ vergleichbar sind. Mir liegen keine Materialien vor, die Schlussfolgerungen zulassen, ob dies der Fall war oder nicht. Sollte es nicht der Fall gewesen sein, so würde hier sicherlich die Kleinheit und Überschaubarkeit des Landes zum einen und des staatlichen industriellen Sektors zumindest in der Periode des Aufbaus der Industrie eine Rolle spielen.

a) im staatlichen Sektor hergestellte Konsumtionsmittel

Im Unterschied zu den Produktionsmitteln werden die Konsumtionsmittel überhaupt nicht „vom Staat verteilt“, auch nicht in einem – wie oben betrachtet – eingeschränkten Sinn, sondern sie werden an die Konsumenten verkauft.

Stalin:

„Es ist so, daß die Konsumgüter, die für die Deckung des Aufwands an Arbeitskraft im Produktionsprozeß notwendig sind, bei uns als Waren erzeugt und realisiert werden, die der Wirkung des Wertgesetzes unterliegen. Hier gerade zeigt sich die Einwirkung des Wertgesetzes auf die Produktion. Im Zusammenhang damit haben in unseren Betrieben solche Fragen wie die wirtschaftliche Rechnungsführung und die Rentabilität, die Selbstkosten, die Preise und dergleichen aktuelle Bedeutung.“¹⁸⁶

Hierzu merke ich an: Rentabilität in dem Sinne, dass ökonomisch gewirtschaftet wird, dass Arbeitszeit gespart wird, ist selbstverständlich auch im entwickelten Kommunismus wesentlich, wie oben gezeigt. Die Besonderheit im Sozialismus besteht darin, dass hierzu auch Reste von Wertformen und Warenverhältnissen nötig sind, ein Mittel zum Zweck, der den Zweck aber bis zu einem gewissen Grade wieder durchkreuzen kann. Warum dies erforderlich ist, kann selbstverständlich nicht mit dem einfachen Hinweis darauf erklärt werden, dass die Konsumgüter an die Konsumenten verkauft werden. Produktionsverhältnisse können überhaupt nicht durch Verteilungsverhältnisse erklärt werden.

Zwar muss auch die reife kommunistische Gesellschaft zum Zweck der Rechnungsführung und Kontrolle der Produktivität und um die gesellschaftliche Gesamtarbeit richtig verteilen zu können, exakt wissen, wieviel Arbeitszeit die Herstellung eines bestimmten Produkts die Gesellschaft kostet. Allerdings wird dies unmittelbar in Zeit gemessen und nicht über den Umweg des Geldes wie im Sozialismus. Darüber hinaus weist der Sozialismus die Besonderheit auf, dass nicht nur in Geld gemessen wird, sondern Geld auch bei Resten von Austauschverhältnissen eine Rolle spielt. Bei Konsumtionsmitteln sind diese Überreste größer als bei den Produktionsmitteln. Sie werden an die Konsumenten verkauft, wobei das Geld, das der Staat dabei erhält, als finanzielle Quelle künftiger Produktion – selbstverständlich auf der Basis erweiterter Reproduktion – dient. Bleiben Konsumgüter in den Regalen staatlicher Verkaufsstellen liegen, so wird die in ihnen verkörperte gesellschaftliche Arbeitskraft nicht realisiert, geht unter.

Allerdings: den Schaden haben in diesem Fall nicht (bzw. nicht nur) diejenigen Betriebe, die diese Produkte unmittelbar hergestellt haben, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Es mag Mechanismen geben, die den produzierenden Betrieb und die darin beschäftigten Werktätigen einen Teil des Schadens tragen lassen: etwa wenn die Konsumgüter deshalb nicht verkauft wurden, weil sie Qualitätsmängel aufweisen oder weil das Sortiment einseitig war, Planaufgaben nicht oder nur formal erfüllt wurden oder die Betriebe sich im Rahmen etwaiger vom Plan übriggelassener „Freiheiten“ nicht hinreichend an den Bedürfnissen der Konsumenten orientiert haben. Gibt es in solchen Fällen Mechanismen, die den Einzelbetrieb den Schaden materiell spüren lassen, so ist das Ausdruck davon, dass die Gesellschaft auch in diesem Bereich Wertkategorien nutzen muss, um Verschwendung entgegenzuwirken.¹⁸⁷ Doch all dies ändert nichts daran, dass die unmittelbaren Produzenten ihren Grundlohn erhalten, auch wenn das Produkt sich im Nachhinein als unverkäuflich erweist, dass der Einzelbetrieb auch nicht letztlich in die Insolvenz getrieben wird, auch wenn er längere Zeit unren-

186 Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15 S. 310

187 Ich weiß nicht, in welchem Ausmaß es solche Mechanismen in der sozialistischen Sowjetunion gab. Selbstverständlich bekam es der Betrieb bei der Zuteilung künftiger finanzieller Mittel zu spüren, wenn der Plan von vornherein nicht als (vollständig) erfüllt abgerechnet wurde. Ob es Mechanismen gab, auch später, wenn sich Konsumgüter als unverkäuflich erwiesen, zu prüfen, inwieweit der Betrieb dafür verantwortlich war und ob man es – obwohl der Plan zunächst als erfüllt abgerechnet worden war - nicht doch mit bloß formaler Planerfüllung zu tun hatte, ist mir nicht bekannt. Mir scheint aber, dass solche Mechanismen zweckmäßig sind, wenn man denn schon einmal so etwas wie das System der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ benötigt.

tabel arbeitet. Und darum haben wir es auch beim Verkauf von Konsumgütern nicht mit einem Warenaustausch im vollen Sinne des Begriffs zu tun und muss Stalins Aussage, dass die Konsumgüter „als Waren erzeugt und realisiert werden“, relativiert werden.

Marx stellt das Verhältnis von Warenproduzenten und die gesellschaftliche Arbeitsteilung ohne Warenaustausch wie folgt gegenüber:

*„Die Arbeit des einzelnen, im Akt der Produktion selbst betrachtet, ist das Geld, womit er unmittelbar das Produkt, den Gegenstand seiner besondern Tätigkeit, kauft; aber es ist ein **besondres** Geld, das eben nur dies **bestimmte** Produkt kauft.¹⁸⁸ Um unmittelbar das **allgemeine Geld** zu sein¹⁸⁹, müßte sie von vornherein nicht **besondere** Arbeit, sondern **allgemeine** sein, d.h. von vornherein als Glied der **allgemeinen Produktion gesetzt** sein. In dieser Voraussetzung aber würde nicht erst der Austausch ihr den allgemeinen Charakter geben, sondern ihr vorausgesetzter gemeinschaftlicher Charakter würde die Teilnahme an den Produkten bestimmen. Der gemeinschaftliche Charakter der Produktion würde von vornherein das Produkt zu einem gemeinschaftlichen, allgemeinen machen. Der ursprünglich in der Produktion stattfindende Austausch – der kein Austausch von Tauschwerten wäre, sondern von Tätigkeiten, die durch gemeinschaftliche Bedürfnisse bestimmt wären, durch gemeinschaftliche Zwecke – würde von vornherein die Teilnahme des einzelnen an der gemeinschaftlichen Produktenwelt einschließen. Auf der Grundlage der Tauschwerte wird die Arbeit erst durch den **Austausch** als allgemein **gesetzt**. Auf dieser Grundlage¹⁹⁰ wäre sie als solche **gesetzt** vor dem Austausch; d.h. der Austausch der Produkte wäre überhaupt nicht das **Medium**, wodurch die Teilnahme des einzelnen an der allgemeinen Produktion vermittelt würde. Vermittlung muß natürlich stattfinden.*

*Im ersten Fall, der von der selbständigen Produktion der einzelnen ausgeht – so sehr diese selbständigen Produktionen durch ihre Beziehungen zueinander sich post festum¹⁹¹ bestimmen, modifizieren -, findet die Vermittlung statt durch den Austausch der Waren, den Tauschwert, das Geld, die alle Ausdrücke eines und desselben Verhältnisses sind. Im zweiten Fall ist die **Voraussetzung selbst vermittelt**; d.h. eine gemeinschaftliche Produktion, die Gemeinschaftlichkeit als Grundlage der Produktion, ist vorausgesetzt. Die Arbeit des einzelnen ist von vornherein als gesellschaftliche Arbeit gesetzt. Welches daher auch immer die besondere materielle Gestalt des Produkts sei, das er schafft oder schaffen hilft, was er mit seiner Arbeit gekauft hat, ist nicht ein bestimmtes besondres Produkt, sondern ein bestimmter Anteil an der gemeinschaftlichen Produktion. Er hat darum auch kein besondres Produkt auszutauschen. Sein Produkt ist **kein Tauschwert**. Das Produkt hat nicht erst in eine besondere Form umgesetzt zu werden, um einen allgemeinen Charakter für den einzelnen zu erhalten. Statt einer Teilung der Arbeit, die in dem Austausch von Tauschwerten sich notwendig erzeugt, fände eine Organisation der Arbeit statt, die den Anteil des einzelnen an der gemeinschaftlichen Konsumtion zur Folge hat. In dem ersten Fall wird der gesellschaftliche Charakter der Produktion erst durch die Erhebung der Produkte zu Tauschwerten und den Tausch dieser Tauschwerte post festum **gesetzt**. Im zweiten Fall ist der **gesellschaftliche Charakter der Produktion** vorausgesetzt, und die Teilnahme an der Produktenwelt, an der Konsumtion, ist nicht durch den Austausch voneinander unabhängiger Arbeiten oder Arbeitsprodukte vermittelt. Er ist vermittelt durch die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen, innerhalb deren das Individuum tätig ist.“¹⁹²*

Die Arbeiter der staatlichen Betriebe sind eben keine Wareneigentümer. Sie sind zwar Eigentümer der sozialistischen Produktions- und Konsumtionsmittel, aber eben nicht in dem (Titoschen oder Dühringschen) Sinne, dass die Arbeiter eines Betriebs Eigentümer der Produktionsmittel und Produkte dieses Betriebes sind, sondern sie besitzen die Produktionsmittel und Konsumgüter kollektiv als Klasse, d.h. die Gesellschaft ist Eigentümer. Die Arbeit ist „von vornherein als Glied der allgemeinen Produktion gesetzt“, die Vermittlung

188 Mit anderen Worten: Der Warenproduzent leistet gesellschaftliche Arbeit, da er ja nicht für eigene Bedürfnisse produziert, doch er erhält als Gegenwert nicht etwa einen bestimmten Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt, sondern nur das bestimmte Produkt, das er hergestellt hat, aber nicht benötigt. Er ist also auf den Austausch angewiesen. Scheitert dieser, so geht er leer aus.

189 Soll heißen: damit der Produzent einen Anspruch auf einen Anteil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts erhält, also auf den Austausch nicht angewiesen ist

190 nämlich: auf der Grundlage unmittelbar vergesellschafteter Produktion

191 post festum: hinterher, nach der Produktion

192 Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 103 f.; Hervorhebungen von Marx

der Arbeiten bzw. der Produkte wird von vornherein von der Gesellschaft geplant und nicht post festum durch den Markt bestimmt. Die Arbeit des einzelnen Arbeiters im staatlichen Betrieb ist nicht „ein besonderes Geld“, mit dem er „das bestimmte Produkt kauft“, das er produziert, um dann **erst vermittelt über den Warenaustausch** andere Produkte, die er benötigt, erhalten zu können. Sondern sie ist „das allgemeine Geld“, mit dem er von vornherein, **ohne Warenaustausch**, Anrecht auf einen bestimmten Anteil des gesellschaftlichen Vorrats an Konsumgütern erwirbt, auf Produkte, die er **nicht** produziert hat. Der Austausch der Produkte ist „nicht das Medium, wodurch die Teilnahme des Einzelnen an der allgemeinen Produktion vermittelt“ wird. Folglich handelt es sich nicht um Warenaustausch im vollen Sinne, wenn der Arbeiter Konsumgüter kauft. Wären die Konsumgüter Waren im vollen Sinne, so könnten sie – vermittelt über das Geld, welches der Arbeiter als Lohn erhält - nur gegen eine andere Ware ausgetauscht werden, und diese könnte nur die Arbeitskraft sein, doch die Arbeitskraft ist ebenfalls keine Ware im vollen Sinne mehr.

Da dem Produktionsplan eine Erfassung der gesellschaftlichen Bedürfnisse vorgelagert ist, handelt es sich im übrigen auch nicht um Produktion für einen unbekanntem Markt, was aber ebenfalls Voraussetzung für Warenproduktion im vollen Sinne des Begriffs wäre.

Ebenso wie die Produktionsmittel sind die im staatlichen Sektor produzierten Konsumtionsmittel also im Übergang von der Ware zur Nicht-Ware begriffen, wobei die Konsumtionsmittel in stärkerem Maße Warenreste aufweisen als die Produktionsmittel. Hat der Käufer Geld, so kann er sich aus dem gesellschaftlichen Magazin frei bedienen, ohne gesonderte staatliche Zuteilung wie beim „Kauf“ von Produktionsmitteln. Letztlich zeigt sich erst beim Verkauf, ob die gesellschaftliche Planung und Organisation der Produktion im Einzelfall auch wirklich in der Lage war, ein gesellschaftliches Bedürfnis zu befriedigen, oder ob ein Ladenhüter produziert wurde. Die niedere Stufe der Vergesellschaftung, das Vorhandensein privater Interessen neben dem gesellschaftlichen Interesse, macht es erforderlich, den Einzelbetrieb diesen Unterschied materiell fühlen zu lassen. Das Geld, mit dem die Werktätigen Konsumgüter kaufen, ist daher nicht nur eine „*papierne Anweisung*“, mittels der die Produzenten „*den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten in ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen*“, sondern es **ist** Geld, es zirkuliert¹⁹³, und dies folgt nicht aus Verteilungsproblemen, sondern aus den Produktionsverhältnissen. Es ist, jedenfalls bis zu einem bestimmten Grad, betriebliche Investitionsquelle, und **nur deshalb** handelt es sich bei dem Zahlungsmittel, mit dem die Konsumenten Konsumgüter erwerben können, um echtes Geld. Hätten diese Zahlungsmittel keinen Einfluss auf die Produktion, so wären sie bloße Bezugsscheine, würden sie lediglich das Anrecht der Produzenten auf einen bestimmten Anteil der Produkte verkörpern. Sie müssten deshalb nicht etwa das Anrecht auf der Naturalform nach bestimmte Produkte verkörpern (2 Pfund Fleisch, 1 Liter Milch usw.), sondern könnten – wie das beim Geld auch der Fall ist – das Recht verkörpern, beliebige Konsumtionsmittel zu einem bestimmten „Wert“ zu erwerben: Für die Konsumenten würde sich also unmittelbar nichts ändern, und dennoch wären derartige Bezugsscheine kein Geld. Doch sie zirkulieren im Sozialismus (jedenfalls war es in der Sowjetunion der Fall).

Durch welche Mechanismen die Gesellschaft den jeweiligen Betrieb, der „Ladenhüter“ produziert hat, den Verlust materiell spüren lässt, soll hier nicht im einzelnen untersucht werden. Gehen wir davon aus, dass die staatliche Vertriebsorganisation ebenfalls ein juristisch selbständiges Unternehmen ist, das den Grundsätzen der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ unterliegt, so wäre diese Vertriebsorganisation materiell daran interessiert, mit den produzierenden Betrieben möglichst detaillierte Lieferverträge abzuschließen, die die Konsumenteninteressen möglichst genau widerspiegeln, und bei Vertragsverletzungen den Kaufpreis entsprechend zu mindern bzw. Schadensersatz geltend zu machen. Dies setzt selbstverständlich ein gesellschaftliches Klima voraus, in dem ein solches Verhalten erwünscht ist und nicht etwa als Querulantum verunglimpft wird. Wie die Entwicklung in den revisionistischen Ländern gezeigt hat, können die ausgeklügeltsten ökonomischen Mechanismen die Orientierung der Produktion am gesellschaftlichen Interesse nicht garantieren, wenn die Kontrolle durch die Massen nicht vorhanden bzw. gar nicht möglich ist und die bürokratischen Elemente sich gegenseitig schützen, während diejenigen, die Mängel kritisieren, fertiggemacht werden.¹⁹⁴

193 vgl. Kapital Bd. 2, MEW 24 S. 358

194 In revisionistischen Ländern verhinderte oft schon allein die Monopolstellung eines großen Lieferanten, dass dieser wirtschaftliche Sanktionen wegen schlechter Vertragserfüllung zu spüren bekam. In einem Leserbrief der DDR-Zeitung „Die Wirtschaft“ vom 4. April 1973 hieß es: „*Mehrere Einzelhandelsbetriebe hatten einem Großhandelsbetrieb wegen Lieferverzug bzw. Nichtlieferung Vertragsstrafen berechnet. Statt nun den Nachweis zu führen, daß er – der Großhandelsbetrieb – für die Vertragsverletzung nicht verantwortlich ist, oder – falls er das nicht beweisen*

Die im staatlichen Sektor produzierten Konsumtionsmittel sind im übrigen auch deshalb keine Waren im vollen Sinne, weil sich ihre Preise nicht etwa auf einem „freien“ Markt bilden, sondern vom Staat festgesetzt werden. Auf diesen Umstand hat auch Stalin hingewiesen. Freilich kann der Staat bei der Festsetzung der Preise nicht etwa willkürlich vorgehen, sondern er muss den Aufwand an vergegenständlichter und lebendiger Arbeitskraft in Rechnung stellen, der zur Herstellung eines Produkts erforderlich ist. Werden hier Fehler gemacht, so wirkt das unmittelbar störend auf die Produktion. Stalin nennt ein Beispiel: „Vor einiger Zeit wurde beschlossen, das Verhältnis zwischen Baumwoll- und Getreidepreisen, im Interesse des Baumwollanbaus, zu regeln, die Preise für das Getreide, das an die Baumwollbauern verkauft wird, genauer festzulegen und die Preise für die Baumwolle, die an den Staat abgeliefert wird, zu erhöhen. Im Zusammenhang damit unterbreiteten unsere Wirtschaftler und Planer einen Vorschlag, der die ZK-Mitglieder nur in Erstaunen versetzen konnte, da nach diesem Vorschlag für eine Tonne Getreide fast der gleiche Preis vorgesehen wurde wie für eine Tonne Baumwolle, wobei der Preis für eine Tonne Getreide dem Preis für eine Tonne gebackenes Brot gleichgesetzt wurde. Auf die Bemerkungen der ZK-Mitglieder, daß der Preis für eine Tonne gebackenes Brot in Anbetracht der zusätzlichen Kosten für das Mahlen und Backen höher sein muß als der Preis für eine Tonne Getreide, daß Baumwolle überhaupt viel teurer ist als Getreide, wovon auch die Weltmarktpreise für Baumwolle und Getreide zeugen, konnten die Verfasser des Vorschlags nichts Vernünftiges sagen. (...) Was wäre geschehen, wenn der Vorschlag dieser Genossen Gesetzeskraft erlangt hätte? Wir hätten die Baumwollbauern ruiniert und wären ohne Baumwolle geblieben.“¹⁹⁵ Und zwar deshalb, weil die Baumwollbauern als Genossenschaftler überwiegend auf eigene Rechnung wirtschafteten. Doch entsprechendes gilt – in gewissem Ausmaß – für die staatlichen Betriebe, die innerhalb des Systems der wirtschaftlichen Rechnungsführung auf eigene Rechnung wirtschaften, freilich eingeschränkt, da die Investitionen überwiegend aus vom Staat zugeteilten Mitteln bestritten werden. Da aber auch der betriebliche Gewinn eine Investitionsquelle ist, wirken auch im staatlichen Sektor willkürlich vom „Wert“ abweichende Preise negativ auf die Produktion.

Da die individuelle Konsumtion im Sozialismus noch normiert werden muss, führen willkürlich vom Wert abweichende Preise auch im Bereich der Konsumtion zu Vergeudung gesellschaftlicher Mittel. (Die Subventionierung von Brot in der revisionistischen DDR führte zur Verfütterung von Brot an Schweine, da es billiger war als Schweinefutter. Bei entsprechend fehlerhafter Festsetzung von Preisen können solche Dinge auch im Sozialismus geschehen.)

Nochmals sei hier auf die große Rolle der unmittelbaren Kontrolle der Produktion durch die Werktätigen hingewiesen. Es wird am Anfang vermutlich leichter sein, die Ausübung dieser Kontrolle im Bereich der Produktion von Konsumtionsmitteln zu organisieren, da die Werktätigen hier unmittelbar sehen können, dass die Produktion **ihre** Angelegenheit ist, dass die Qualität der Produktion die Qualität ihrer Konsumtion bestimmt. In diesem Bereich können es die Werktätigen zunächst leichter lernen, unmittelbaren Einfluss auf die Produktion auszuüben, Fehler, Mängel, schlechte Qualität, falsche oder einseitige Sortimente zu kritisieren, kurz: ihre Stellung als Eigentümer der vergesellschafteten Produktionsmittel real einzunehmen. Dies setzt u.a. ein System von Verbraucherinformationen voraus. Das ist etwas völlig anderes als Werbung, man könnte sagen fast das Gegenteil. Denn Werbung dient der Verwertung von Wert als Selbstzweck, soll den Konsumenten die Ware aufschwätzen, während Verbraucherinformationen den Konsumenten die Möglichkeit geben sollen, auf die Produktionsentscheidungen einzuwirken, die Orientierung der Produktion am gesellschaftlichen Nutzen, an den Interessen der Produzenten zu fördern.

Selbstverständlich ist darum zu kämpfen, die unmittelbare Kontrolle durch die Werktätigen auf alle Bereiche zu erstrecken, auf die Produktion von Produktions- und Konsumtionsmitteln, auf die Kontrolle der Betriebe

kann – die Vertragsstrafe zu zahlen, ging er einen Weg, der eindeutig den Grundsätzen des Vertragsgesetzes widerspricht. Er machte den Vorschlag, daß die Einzelhandelsbetriebe auf ihre Vertragsstrafen verzichten und dafür sogenannte Engpaßwaren erhalten. Die Einzelhändler, die dieses 'Geschäft' nicht mitmachten, wurden vom Großhandel 'bestraft', indem sie die begehrten Erzeugnisse nicht erhielten. Daß alle an diesen Manipulationen beteiligten Funktionäre empfindliche Ordnungsstrafen erhielten, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.“ (zitiert bei Neumann, Philipp, Zurück zum Profit, Berlin 1973 S. 189) Der Leserbriefschreiber hatte Recht: dass es dafür Strafen gab, ist unwesentlich. Denn man darf fast alles, man darf nur eines nicht: Man darf sich nicht erwischen lassen.

195 SW 15 S. 311 f.

und der Planungs- und Leitungsbehörden. Hierfür muss nach geeigneten Formen gesucht werden.

Um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen: es geht dabei darum, dass die Werktätigen erlernen, die juristischen Möglichkeiten der Rätewahl, der sozialistischen Demokratie für die Ausübung dieser Kontrolle zu nutzen. Keineswegs dürfen irgendwelche Schritte in der Richtung geduldet werden, dass die Belegschaft eines Betriebes in ihrem Betrieb die Produktionsentscheidungen trifft – das wäre ein Weg zur vollen Wiedererrichtung der Warenproduktion, zur Rücknahme der unmittelbaren Vergesellschaftung, zur Beseitigung des Sozialismus und der Orientierung auf den reifen Kommunismus. Lenin schrieb, *„daß die Sowjets nicht nur die gesetzgebende Gewalt und die Kontrolle über die Einhaltung der Gesetze in ihrer Hand konzentrieren, sondern auch die unmittelbare Verwirklichung der Gesetze durch alle Mitglieder der Sowjets, mit dem Ziel, allmählich dazu überzugehen, dass ausnahmslos die gesamte werktätige Bevölkerung Funktionen der Gesetzgebung und der Verwaltung des Staates ausübt.“* Unmittelbar danach wies er darauf hin, *„daß es die größte Entstellung der Grundprinzipien der Sowjetmacht und eine völlige Abkehr vom Sozialismus ist, wenn den Arbeitern einer einzelnen Fabrik oder eines einzelnen Berufszweiges in irgendeiner Form, direkt oder indirekt, das Eigentumsrecht an ihrer spezifischen Produktion gesetzlich zuerkannt wird oder das Recht, die Anordnungen der gesamtstaatlichen Macht abzuschwächen oder zu behindern...“*¹⁹⁶

b) Arbeitskraft

Im Sozialismus ist der Warencharakter der Arbeitskraft der Arbeiterinnen und Arbeiter in den staatlichen Betrieben **in dem Maße** beseitigt, wie sich die Produktion am gesellschaftlichen Interesse orientiert und die Arbeiterinnen und Arbeiter als bewusste Glieder der Gesellschaft an der gesamtgesellschaftlichen Produktion teilnehmen. Der „Arbeitslohn“ ist nicht mehr der Preis der Ware Arbeitskraft, sein Tauschwert. Insoweit ist das System der Lohnarbeit aufgehoben, auch wenn die Schwerfälligkeit der Sprache am Ausdruck „Lohn“ festhält, der in Wirklichkeit der Anteil des Werktätigen an dem Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts ist, der nicht wieder als Produktionsmittel dient, sondern unmittelbar konsumiert wird (also nach Abzug der Ausgaben für diverse gesellschaftliche Fonds (siehe Seite 64). *„Der gemeinschaftliche Charakter der Produktion würde von vornherein das Produkt zu einem gemeinschaftlichen, allgemeinen machen. Der ursprünglich in der Produktion stattfindende Austausch – der kein Austausch von Tauschwerten wäre, sondern von Tätigkeiten, die durch gemeinschaftliche Bedürfnisse bestimmt wären, durch gemeinschaftliche Zwecke – würde von vornherein die Teilnahme des einzelnen an der gemeinschaftlichen Produktenwelt einschließen.“*¹⁹⁷

Vollends beseitigt ist der Warencharakter der Arbeitskraft indessen erst im reifen Kommunismus. Im Sozialismus haben wir es auch hier mit dem Übergang von der Ware zur Nicht-Ware zu tun. Die Reste des Warencharakters, die der Arbeitskraft im Sozialismus noch anhaften, zeigen sich deutlich in der Notwendigkeit individueller finanzieller Stimulierung, erstens für Intensivierung und zeitliche Ausdehnung der Arbeit, wie Marx es in der *Kritik des Gothaer Programms* vorausgesehen hatte, zweitens für Qualifizierung der Arbeitskraft, wie es jedenfalls in der sozialistischen Sowjetunion der Fall war. Die Ursache liegt darin, dass die Arbeit noch nicht durchgängig zum Lebensbedürfnis geworden ist, und das hat u.a. damit zu tun, dass die kollektive Eigentümerstellung der Arbeiterklasse, ihre Stellung als Eigentümer der Produktionsmittel, Abstraktion ist, so lange die unmittelbare Planung, Leitung und Kontrolle der Produktion durch die Werktätigen noch schwach entwickelt ist, solange dies in relativ hohem Maße durch Spezialisten geleistet wird. Die mangelhaft entwickelte reale Eigentümerstellung bedingt ein mangelhaft entwickeltes Eigentümerbewusstsein, folglich Reste von Lohnarbeitermentalität. Dies ist eine wesentliche Ursache für die (und nicht in erster Linie die Folge der) Notwendigkeit individueller materieller Stimulierung. Ursache für die mangelhaft entwickelte reale Eigentümerstellung sind vor allem die fortbestehenden Reste bezüglich der alten Arbeitsteilungen, die nur nach und nach beseitigt werden können und aus denen das Fortbestehen klassenmäßiger Unterschiede resultiert.

196 Lenin Ergänzungsband 1917 – 1923 S. 77 f.

197 Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 104

Auf die Frage, warum in der Sowjetunion qualifizierte Arbeit höher bezahlt wurde, ging Stalin 1931 ein:

„Wo liegt die Ursache für die Fluktuation der Arbeitskraft?

In der falschen Organisierung des Arbeitslohns, in dem falschen Tarifsysteem, in der 'linkslerischen' Gleichmacherei auf dem Gebiet des Arbeitslohns. In einer Reihe unserer Betriebe sind die Tarifsätze so festgesetzt, daß der Unterschied zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit, zwischen schwerer und leichter Arbeit fast verschwindet. Die Gleichmacherei führt dazu, daß der unqualifizierte Arbeiter kein Interesse daran hat, sich zum qualifizierten Arbeiter fortzubilden, und somit keine Perspektive hat vorwärtszukommen, sich daher im Betrieb als 'Sommerfrischler' fühlt, der nur zeitweilig arbeitet, um 'etwas Geld zu verdienen' und dann anderweitig 'sein Glück zu versuchen'. Die Gleichmacherei führt dazu, daß der qualifizierte Arbeiter gezwungen ist, von Betrieb zu Betrieb zu wandern, bis er schließlich einen Betrieb findet, wo man die qualifizierte Arbeit gebührend zu schätzen weiß.“¹⁹⁸

Derartige Probleme mögen auf wenig entwickeltes Klassenbewusstsein beträchtlicher Teile der Arbeiterklasse hindeuten.¹⁹⁹ Ein anderes Problem war folgendes: Der Aufbau der Schwerindustrie erfolgte in einem enormen Tempo. Dieses Tempo musste bei Strafe des Untergangs durchgesetzt werden; schon allein deshalb, weil abzusehen war, dass die Atempause bis zum nächsten militärischen Angriff imperialistischer Staaten nicht allzu lange dauern würde. Es ist klar, dass diese enorme Kraftanstrengung, die der Arbeiterklasse auch enorme Opfer abverlangte, nicht allein auf Grundlage der bewussten, breiten Zustimmung der Arbeitermassen organisiert werden konnte. Daraus wiederum erwuchs die Notwendigkeit materieller Privilegien für diejenigen Kräfte, die entschieden für diese Zielsetzung eintraten. Natürlich setzten die überaus starke Zunahme von Lohnunterschieden und die Verfestigung der überaus starken Stellung der Betriebsleiter gegenüber den Belegschaften sowie andere Maßnahmen, die mit starkem Druck auf die Belegschaften verbunden waren, der weiteren kommunistischen Entwicklung enge Grenzen. Doch es ist wohlfeil, wenn die Trotzkiten deshalb „Verrat“ schreien. Die Alternative hätte darin bestanden, dem Untergang entgegenzusehen.

Ich will über die Frage, ob die höhere Entlohnung qualifizierterer Arbeit im wesentlichen sowjetischen Besonderheiten geschuldet war oder ob zu erwarten ist, dass sozialistische Länder häufig oder gar in der Regel zu diesem Mittel greifen müssen, nicht spekulieren. Klar ist jedenfalls, dass die Arbeitskraft weitaus stärkere Warenreste aufweist, wenn dieses Mittel angewandt werden muss, als wenn darauf verzichtet werden kann.

Einerseits kann die finanzielle Stimulierung der Qualifizierung gerade ein Mittel sein, die Aufhebung des Gegensatzes von Kopf- und Handarbeit zu fördern. Bei Überschreitung des Maßes (im Übermaß angewandt) kann sie jedoch dazu beitragen, diesen Unterschied zu verfestigen und und zum Gegensatz auszubauen, da sie zur Verfestigung von Privilegien leitender Personen beiträgt. Begründet man letzteres mit dem Prinzip der Entlohnung nach Leistung, so leistet man einer Entwicklung Vorschub, die dahin geht, dass Spezialisten und vor allem hohe Funktionsträger unverhältnismäßig hohe Einkommen beziehen und letztlich nicht mehr für ihre „Leistung“ bezahlt werden, sondern einen Bonus für hohe Stellung erhalten. Da sie diesen Bonus nur durch die Arbeit anderer erhalten können, handelt es sich bereits um den Keim von (wenn auch nicht kapitalistischen) Ausbeutungsverhältnissen. Hier liegt eines der Elemente, das die Möglichkeit des Übergangs zum Revisionismus beinhaltet. Hat sich eine privilegierte Schicht erst einmal verfestigt, so hat sie ein Interesse daran, der Aufhebung des Gegensatzes von Kopf- und Handarbeit und insbesondere von leitenden und ausführenden Tätigkeiten entgegenzuwirken, letztlich all den gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenzuwirken, die das Voranschreiten zum reifen Kommunismus erfordern würde, unabhängig davon, wie bewusst

198 SW 13 S. 51 f.

199 Schon Lenin hatte auf erhebliche Probleme mit der Arbeitsdisziplin hingewiesen. 1918 hatte sich offenbar unter Teilen der Belegschaften der staatlichen Betriebe die kleinbürgerliche Mentalität breitgemacht „*Ich reiße an mich, was ich kann, alles andere ist mir schnuppe.*“ (vgl. LW 27 S.257) Ursache war nicht nur die Demoralisierung eines Teils des Proletariats durch die elende materielle Lage, sondern auch der Umstand, dass die Belegschaft vieler Betriebe offenbar häufig aus einem klassenmäßig bunt zusammengewürfelten Haufen bestand. 1922 sagte Lenin: „*Seit dem Krieg sind bei uns Leute in die Fabriken und Werke gegangen, die gar keine Proletarier sind, die vielmehr hineingingen, um sich vor dem Krieg zu drücken.*“ LW 33 S. 286. In den 30er Jahren strömten große Mengen ehemaliger Bauern in die Betriebe.

dieses Interesse zu einem gegebenen Zeitpunkt ist.

Beziehen Spezialisten und leitende Personen sehr hohe Gehälter, wie dies in der sozialistischen Sowjetunion der Fall war, so wird die Produktion von Luxusgütern erforderlich, damit diese Einkommen verausgabt werden können. In dem Maße, wie dies der Fall ist, dient die Produktion den besonderen Interessen einer bestimmten Schicht. Das hat Rückwirkungen, denn je mehr eine solche Entwicklung in Erscheinung tritt, desto schwerer ist es für die Arbeiter, Eigentümergeist bezüglich der Produktionsmittel zu entwickeln, desto stärker wird die Tendenz sein, dass Arbeitern die Ergebnisse der Produktion egal sind, desto schwerer wird es, Arbeiter zur Leitung und Kontrolle heranzuziehen – zum einen weil die Bereitschaft der Arbeiter hierzu geringer werden wird, zum anderen weil es Widerstand seitens privilegierter Personenkreise geben wird.

Folglich ist die Frage der Einkommensunterschiede zwischen leitendem Personal und Arbeitern (wobei es hier nicht nur um formale Lohnunterschiede geht, sondern um jede Art von Privilegien, die das leitende Personal genießt²⁰⁰) nicht nur eine Frage der Verhältnisse, sondern auch der Produktionsverhältnisse. Sozialistische Produktionsverhältnisse erfordern es, diese Unterschiede in gewissen Grenzen zu halten. Werden sie dauerhaft zu sehr ausgedehnt, so werden die sozialistischen Produktionsverhältnisse beeinträchtigt.

Man mag zeitweilig zu allen möglichen Kompromissen **gezwungen** sein, doch es ist stets ein Fehler, Kompromisse nicht als solche zu kennzeichnen und die Not zu einer Tugend zu verklären. Als die Sowjetmacht bürgerlichen Spezialisten sehr hohe Gehälter zahlte, schrieb Lenin im Jahr 1918:

„Wir mußten jetzt zu dem alten, bürgerlichen Mittel greifen und uns mit einer sehr hohen Bezahlung der 'Dienste' der bedeutendsten bürgerlichen Spezialisten einverstanden erklären. Alle, die die Dinge kennen, sehen das, aber nicht alle überlegen sich die Bedeutung einer derartigen Maßnahme des proletarischen Staates. Es ist klar, daß eine solche Maßnahme ein Kompromiß, eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ist, die fordern, dass die Gehälter dem Lohn des Durchschnittsarbeiters angeglichen werden und daß man den Kampf gegen den Karrierismus mit Taten und nicht mit Worten führe.

*Noch mehr. Es ist klar, daß eine solche Maßnahme nicht nur eine Unterbrechung – auf einem gewissen Gebiet und in einem gewissen Grade – der Offensive gegen das Kapital²⁰¹ bedeutet (denn Kapital ist nicht eine Summe Geldes, sondern ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis), sondern auch **einen Schritt zurück** für unsere sozialistische, sowjetische Staatsmacht, die von Anfang an eine Politik der Herabsetzung der hohen Gehälter auf den Lohn eines Durchschnittsarbeiters proklamiert und geführt hat.*

Gewiß, die Lakaien der Bourgeoisie, besonders diejenigen kleineren Formats, wie die Menschewiki, die Leute von der 'Nowaja Shisn', die rechten Sozialrevolutionäre, werden kichern, wenn sie das Eingeständnis hören, daß wir einen Schritt zurück machen. Wir aber brauchen dem Kichern keine Beachtung zu schenken. Wir müssen die Besonderheiten des außerordentlich schwierigen und neuen Weges zum Sozialismus studieren, ohne unsere Fehler und Schwächen zu verdecken, müssen vielmehr das Unvollendete rechtzeitig zu vollenden suchen. Den Massen verheimlichen, daß die Heranziehung bürgerlicher Spezialisten durch außerordentlich hohe Gehälter eine Abweichung von den Prinzipien der Kommune ist, würde bedeuten auf das Niveau bürgerlicher Politikaster hinabsinken und die Massen betrügen. Offen erklären, wie und warum wir den Schritt zurück gemacht haben, dann öffentlich beraten, welche Mittel vorhanden sind, das Versäumte nachzuholen – das bedeutet die Massen erziehen und zusammen mit ihnen aus der Erfahrung lernen, wie man den Sozialismus aufbauen muß.

(...)

200 Ich rede z.B. von dem Umstand, dass leitende Kader in der Sowjetunion ab einer gewissen Hierarchiestufe über persönliche Bedienstete verfügten. Dies mag ursprünglich deshalb eingeführt worden sein, weil ungeheurer Kadermangel bestand, die leitenden Kader rund um die Uhr arbeiteten und sich um ihre persönlichen Angelegenheiten kaum kümmern konnten. Es hat sich dann offenbar verfestigt und wurde als Selbstverständlichkeit angesehen.

201 Es gab damals ja noch kapitalistische Sektoren der Wirtschaft.

Unbestreitbar ist die demoralisierende Wirkung hoher Gehälter sowohl auf die Sowjetmacht (um so mehr, als bei der Schnelligkeit des Umsturzes unvermeidlich eine gewisse Anzahl von Abenteurern und Gaunern sich dieser Macht anschloß, die zusammen mit unfähigen oder gewissenlosen Menschen unter den verschiedenen Kommissaren nichts dagegen hätten, unter die 'Sterne' ... der Staatskassenplünderer zu geraten) als auch auf die Arbeitermasse. Aber alle denkenden und ehrlichen Elemente unter den Arbeitern und armen Bauern werden mit uns einverstanden sein, werden einsehen, daß wir nicht in der Lage sind, uns mit einem Schlage von dem schlimmen Erbe des Kapitalismus zu befreien (...).

*Je schneller wir selbst, die Arbeiter und Bauern, uns eine bessere Arbeitsdisziplin und eine höhere Arbeitstechnik aneignen, indem wir, um von ihnen zu lernen, die bürgerlichen Spezialisten ausnutzen, desto eher werden wir uns von jedem 'Tribut' an diese Spezialisten befreien.*²⁰²

Offenbar war der zeitweilige, provisorische Charakter dieser Maßnahme, seine Bewertung als Kompromiß, als zeitweiliger Tribut an die Rückständigkeit des Landes damals bereits umstritten; Bucharin sah „in der Frage der hohen Gehälter für Spezialisten“ „keinerlei Abweichung von den Prinzipien“²⁰³, wofür er von Lenin kritisiert wurde.

Lenin stellte sich die Sache also so vor, dass die Arbeiterklasse eigene Spezialisten hervorbringen sollte, dass insbesondere die Kommunisten die nötigen Fähigkeiten erlernen sollten, um bürgerliche Spezialisten mit hohen Gehältern überflüssig zu machen. Die Sache kam aber so, dass dann auch die leitenden Kommunisten hohe Gehälter bezogen.

Im Weg der Partei 3/1985 wurde auf Seite 84 f. hierzu ausgeführt:

„1924 gab es offenbar Parteimitglieder in leitenden Funktionen, die monatlich 1000 bzw. 2000 Rubel bezogen“²⁰⁴. Der Reallohn der Arbeiter betrug 1924/25 (ohne Zuschläge) 25,18 Rubel²⁰⁵. Nun soll es zwar nach Holmberg²⁰⁶ einen Parteibeschluss gegeben haben, wonach Parteimitglieder, die mehr als 210 Rubel verdienten, 90 % des darüberliegenden Einkommens an die Partei abführen mußten. Jedoch klingen Stalins Bemerkungen über die 'gewisse Anzahl von Parteimitgliedern, die ein Monatsgehalt von 1000 und 2000 Rubel beziehen, als Mitglieder der Partei gelten und vergessen, dass die Partei existiert'²⁰⁷, nicht gerade so, als würden diese Leute den größten Teil ihres Einkommens an die Partei abführen. Aber selbst dann wären bis zu ca. 400 Rubel übriggeblieben, fast das 16-fache eines durchschnittlichen Arbeiterlohns (ohne Zuschläge). Außerdem soll der von Holmberg angeführte Beschluss im Zuge der Stachanow-Bewegung aufgehoben worden sein, zuerst für Stachanow-Arbeiter, dann für Funktionäre.²⁰⁸ Gerade die Löhne für Spitzenfunktionäre sollen in der Folge noch weiter hochgeschraubt worden sein, diese Funktionäre wie auch die Offiziere sollen außerdem noch weitere Privilegien erhalten haben.²⁰⁹

Selbst wenn man annimmt, daß letzteres übertrieben ist, und selbst wenn man annimmt, daß die Erfordernisse des wirtschaftlichen Aufbaus, die Vorbereitung auf den Krieg die hohen Unterschiede im Lohnniveau notwendig machten (was nicht sehr wahrscheinlich ist), wäre es jedenfalls erforderlich gewesen, diese Fragen offen vor der ganzen Bevölkerung zu diskutieren und den zeitweiligen Charakter dieser Maßnahmen zu betonen, wie Lenin dies getan hatte. Das ist offenbar nicht geschehen – auch später nicht.“

Es sieht auch nicht so aus, als hätte ein Klima bestanden, in dem eine offene Diskussion dieser Frage möglich gewesen wäre. Von Anstrengungen, diesbezüglich „das Unvollendete rechtzeitig zu vollenden“, wie Lenin es gefordert hatte, war nun nichts zu sehen. Es ist aber klar, dass derartig hohe Gehälter für leitendes Per-

202 Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW 27 S. 239 ff.; Hervorhebung von Lenin

203 vgl. Lenin, Über die Naturalsteuer, LW 32 S. 349

204 vgl. Stalin, SW 6 S. 204

205 vgl. SW 10 S. 272

206 Holmberg, Nils, Friedliche Konterrevolution, Berlin 1976, Bd. I S. 36

207 SW 6 S. 204

208 Holmberg, ebenda

209 ebenda

sonal, verbunden mit dem Umstand, dass dies nicht problematisiert wurde, „demoralisierende Wirkung“ „sowohl auf die Sowjetmacht“ „als auch auf die Arbeitermasse“ haben musste, wie Lenin geschrieben hatte.

Ganz offensichtlich unterschätzte Stalin die Gegensätze zwischen den Arbeitern und dem leitenden Personal der Betriebe ganz massiv. 1952 schrieb er: „Allen bekannt ist die Kluft, die während des Kapitalismus in den Betrieben zwischen den körperlich Arbeitenden und dem leitenden Personal bestand. Bekanntlich hat sich aufgrund dieser Kluft das feindliche Verhalten der Arbeiter zum Direktor, zum Meister, zum Ingenieur und zu den anderen Vertretern des technischen Personals, als zu ihren Feinden, entwickelt. Es ist klar, daß mit der Beseitigung des Kapitalismus und des Systems der Ausbeutung auch der Interessengegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit verschwinden mußte. Und er ist in unserer heutigen sozialistischen Ordnung tatsächlich verschwunden. Jetzt sind die körperlich Arbeitenden und das leitende Personal nicht Feinde, sondern Genossen, Freunde, Mitglieder des einheitlichen Produktionskollektivs, die am Gedeihen und an der Verbesserung der Produktion zutiefst interessiert sind. Von der früheren Feindschaft zwischen ihnen ist auch nicht eine Spur übriggeblieben.“²¹⁰

Nun lag allerdings nahe, dass die horrenden Einkommensunterschiede zwischen Betriebsdirektoren und Arbeitern wohl alles andere als eine ideale Grundlage für Freundschaft waren. Ich werde in Abschnitt V auf die Frage zu sprechen kommen, dass zwischen ihnen auch erhebliche in den Produktionsverhältnissen liegende Gegensätze bestanden. Im übrigen: wenn das gesamte Betriebskollektiv an der Verbesserung der Produktion im Sinne der Gesellschaft „zutiefst interessiert“ war, warum nahm dann die Schattenwirtschaft zu? Warum die Betrügereien gegenüber Zentralbehörden? Warum überhaupt waren die Reste von Warenverhältnissen, die mit den Mechanismen der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ verbunden waren, erforderlich? Allein schon die Existenz von Resten von Warenverhältnissen und Wertformen ist Beweis genug, dass keineswegs alle am Gedeihen und der Verbesserung der Produktion im Sinne der Gesellschaft „zutiefst interessiert“ waren.

Dass Stalin die Gegensätze zwischen Arbeitern und Betriebsleitern im Jahre 1952 erheblich unterschätzte, ist im nachhinein schon aufgrund der einfachen Tatsache offensichtlich, dass 1953 - nach Stalins Tod - eine Konterrevolution stattfand, deren soziale Basis die privilegierte Schicht war, wobei die Betriebsleiter eine besondere Rolle spielten.

c) im genossenschaftlichen Sektor hergestellte Produkte

Hier sind die Überreste von Warenverhältnissen noch deutlich stärker ausgeprägt als bei der Produktion von Konsumtionsmitteln in den staatlichen Betrieben. Dennoch handelt es sich auch hier nicht mehr um Warenproduktion im vollen Sinne des Wortes. Der Staat garantiert die Abnahme von Produkten und legt Sortiment, Mengen und Preise dieser Produkte fest. Ein Merkmal der Warenproduktion besteht darin, dass es sich um Arbeit für einen nicht bekannten, freien Markt handelt. Dieses Merkmal ist bereits nicht mehr gegeben; auch hier haben wir es also mit einer Übergangsform von der Ware zur Nicht-Ware zu tun, auch wenn der Warencharakter hier noch relativ stark ausgeprägt ist.

d) private Warenproduktion

Hier handelt es sich um Produkte von Einzelpersonen (insbesondere aus dem privaten Bereich von Genossenschaftsangehörigen) sowie um jenen Teil der genossenschaftlichen Produktion, der nicht vom Staat abgenommen, sondern auf dem Markt verkauft wird. Diese Produkte sind Waren im vollen Sinne. Ihre Preise schwanken um den Wert, dieses Schwanken wird durch Angebot und Nachfrage bewirkt. Dabei wird dieser Preis aber auf dem Weg der Konkurrenz von den Preisen beeinflusst, die der Staat für die von ihm verkauften Produkte festlegt.

210 Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15 S. 317 f.



Im Sozialismus haben wir es mit Warenproduktion im Prozess ihres Absterbens zu tun, wobei dieser Prozess in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen in unterschiedlichem Tempo vorstättengeht. Selbst im Bereich der Produktion von Produktionsmitteln im staatlichen Sektor gibt es – oder gab es jedenfalls in der sozialistischen Sowjetunion - Überreste von Warenproduktion. Da in diesem Bereich die Vergesellschaftung am weitesten vorangeschritten ist, sind diese Überreste hier am schwächsten.

Sozialismus ist unter anderem der Prozess des Absterbens der Warenproduktion, ist die Periode des Übergangs von der Ware zur Nicht-Ware. Die Menschheit benötigt den Sozialismus unter anderem dazu, sich aus der Warenwirtschaft herauszuarbeiten.

V.

Zu einigen Fragen der Produktionsverhältnisse im Sozialismus

Die Produktionsverhältnisse sind „*die gegenseitigen Beziehungen der Menschen im Produktionsprozeß*“.²¹¹ Das 1954 erschienene Lehrbuch der Politischen Ökonomie wird dem in der Analyse der sozialistischen Produktionsverhältnisse im staatlichen Sektor der Produktion nicht gerecht. Die Ausführungen des Lehrbuchs beschränken sich im wesentlichen auf die formalen Eigentumsverhältnisse, eben das staatliche Eigentum. Das Lehrbuch sagt: „*In den staatlichen Betrieben herrschen die sozialistischen Produktionsverhältnisse in ihrer reifsten und konsequentesten Form. Das staatliche Eigentum ist Volkseigentum; in den staatlichen Betrieben sind alle Produktionsmittel ohne Ausnahme vergesellschaftet.*“ (S. 451) Andererseits wird dann festgestellt: „*Der sozialistische Staat leitet die ihm gehörenden Betriebe unmittelbar und verwaltet sie durch seine Bevollmächtigten, die Betriebsdirektoren, die durch entsprechende staatliche Organe eingesetzt und abberufen werden.*“ (S. 452) Das bedeutet aber, dass die Befugnisse und die relative Eigenständigkeit, die das System der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ dem Einzelbetrieb zuweist, faktisch Befugnisse und Eigenständigkeiten des Betriebsdirektors sind. Die betrieblichen Mittel für die Ausschüttung von Prämien und sonstige Leistungen an die Belegschaft gehören ebenfalls zum „Direktorfonds“, der Direktor verfügt über sie.

Es liegt auf der Hand, dass der Direktor nicht die gleiche Stellung zu den Produktionsmitteln hat wie die Arbeiterinnen und Arbeiter. Das Lehrbuch unternimmt keinen Versuch, diesen Umstand und die sich daraus ergebenden Widersprüche zu analysieren. Es liegt ferner auf der Hand, dass die Behörden des Planungs- und Leitungsapparats nicht die gleiche Stellung zu den Produktionsmitteln hatten wie die Betriebsdirektoren. Rein funktionale Unterschiede wird es diesbezüglich gewiss auch im reifen Kommunismus geben, doch hier haben wir es mit Unterschieden auf der Grundlage des Fortwirkens von Sonderinteressen und einem gewissen Maß an fortbestehender „wechselseitiger Fremdheit der Produzenten“ zu tun. Das Lehrbuch unternimmt keinen Versuch, diesen Umstand und die sich daraus ergebenden Widersprüche zu analysieren. Es untersuchte nicht „die gegenseitigen Beziehungen der Menschen im Produktionsprozess“ hinsichtlich des staatlichen Sektors. Es konnte folglich auch nicht zu der Frage Stellung nehmen, wie sich diese Seite der Produktionsverhältnisse beim Voranschreiten zum Kommunismus verändern musste. Beispielsweise hätte sich die Frage aufgedrängt, unter welchen Umständen es sinnvoll möglich gewesen wäre und wie man auf die Schaffung dieser Umstände hätte einwirken können, dass der krasse Gegensatz zwischen Betriebsdirektor und Belegschaft abgemildert hätte werden können, dass der Zustand hätte überwunden werden können, dass allein der Betriebsdirektor leitet und die Rolle der Belegschaft auf das Ausführen seiner Anordnungen reduziert war. Selbstverständlich hätte dies vorausgesetzt, dass die Belegschaft entsprechende Befugnisse in erster Linie für

211 Stalin, ebenda, SW 15 S. 354

die Umsetzung der gesellschaftlichen Pläne, Ziele und Vorgaben nutzt und nicht für ihre Durchkreuzung. Andererseits hat die Praxis aber gerade gezeigt, dass Betriebsdirektoren selbst es waren, die ihre Befugnisse nicht selten dazu missbrauchten, gesellschaftliche Ziele zu durchkreuzen. Die Frage, wie und unter welchen Umständen man den Belegschaften Befugnisse verleihen konnte, die es ihnen ermöglichten, Betriebsdirektoren daran zu hindern, hätte sich aufgedrängt. Für marxistisch-leninistische Revolutionäre sollte es sich im übrigen ja wohl von selbst verstehen, dass darauf hingearbeitet werden muss, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter eines Betriebes an der Verwaltung bzw. Leitung dieses Betriebes teilhaben, selbstverständlich **nicht** als Eigentümer „ihres“ speziellen Betriebes mit entsprechenden Sonderinteressen, sondern als bewusstes Glied der Gesellschaft der assoziierten Produzenten, als ein Glied dieser Gesellschaft, welches auf Grundlage des gesamtgesellschaftlichen Interesses agiert.

Wohlgemerkt: ich will damit nicht sagen, zu diesem oder jenem Zeitpunkt hätte man konkret dies oder jenes tun sollen. Ich weiß es nicht und kann es nicht wissen, da ich die Verhältnisse nicht genau genug kenne. Es liegt aber auf der Hand, dass die Produktionsverhältnisse einer sozialistischen Gesellschaft sich verändern **müssen**, wenn man sich in Richtung des reifen Kommunismus bewegen will, dass sich beispielsweise auch das Verhältnis zwischen Betriebsdirektor und Belegschaft ändern muss. Es gibt gewiß Situationen, in denen es unabdingbar ist, der Belegschaft bei der Leitung des Betriebes **keinerlei** Befugnisse einzuräumen, in denen es unabdingbar ist, dass allein der Direktor leitet. Es ist aber klar, dass ein solcher Zustand sich schrittweise verändern muss. Der Satz „der Staat leitet die Betriebe durch die Betriebsdirektoren“ kann kein ehernes, in Stein gemeißeltes Gesetz des Sozialismus sein. Das Lehrbuch tut aber so, als wäre er es.

Besagter analytischer Mangel scheint mir kein Zufall zu sein, sondern Ausdruck der starken Stellung und des Drucks, den die privilegierte Schicht, der Keim der künftigen neuen Ausbeuterklasse, damals schon ausübte. Sie betrachteten ihre Stellung (reale Machtstellung hinsichtlich der Verfügung über die Produktionsmittel und ungeheuer hohes Einkommen im Vergleich zum Arbeiterlohn) als zu verteidigende Privilegien und hatten daher an einer Diskussion über die Veränderung der Produktionsverhältnisse beim Voranschreiten zum Kommunismus kein Interesse. Sehr deutlich wird dies bei Jaroschenkos Stellungnahme in der ökonomischen Diskussion 1951/52. Jaroschenko erklärte glattweg: „*Das Hauptproblem der politischen Ökonomie des Sozialismus besteht deshalb nicht darin, die Produktionsverhältnisse der Menschen der sozialistischen Gesellschaft zu erforschen, sondern darin, eine wissenschaftliche Theorie der Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion, eine Theorie der Planung der Entwicklung der Volkswirtschaft auszuarbeiten und zu entwickeln.*“²¹² Jaroschenko tat also so, als brauche man sich mit dem Verhältnis der Menschen im Produktionsprozess nicht mehr zu befassen, da es hier keine klassenmäßig bedingten Interessengegensätze mehr gebe, die die Entwicklung der Produktivkräfte behinderten, so dass man sich auf die Organisierung der Produktivkräfte im technischen Sinne beschränken könne.

Stalin sagte dazu:

„*Daraus erklärt sich denn auch, daß sich Genosse Jaroschenko nicht für solche ökonomischen Fragen der sozialistischen Ordnung interessiert wie das Bestehen verschiedener Eigentumsformen in unserer Ökonomik, die Warenzirkulation, das Wertgesetz usw., da er sie für nebensächliche Fragen hält, die nur scholastische Streitereien hervorrufen. Er erklärt glattweg, daß in seiner politischen Ökonomie des Sozialismus 'die Streitereien über die Rolle dieser oder jener Kategorie der politischen Ökonomie des Sozialismus, wie Wert, Ware, Geld, Kredit usw., die bei uns häufig scholastischen Charakter annehmen, durch vernünftige Überlegungen über eine rationelle Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion, durch die wissenschaftliche Begründung einer solchen Organisation ersetzt werden.'* (...). Also eine politische Ökonomie ohne ökonomische Probleme.“²¹³

Stalin hält dem entgegen:

„*Genosse Jaroschenko begreift nicht, daß man weder einen Überfluß an Produkten, der den gesamten Bedarf der Gesellschaft zu decken vermag, noch den Übergang zur Formel 'Jedem nach seinen Bedürfnissen'*

212 Jaroschenko, zitiert nach Stalin, SW 15 S. 350 f.

213 SW 15 S. 351; Hervorhebung von Stalin

erzielen kann, wenn solche ökonomischen Tatsachen wie das kollektivwirtschaftliche Gruppeneigentum, die Warenzirkulation usw. in Kraft bleiben. Genosse Jaroschenko begreift nicht, daß man, bevor man zur Formel 'Jedem nach seinen Bedürfnissen' übergehen kann, eine Reihe von Etappen der ökonomischen und kulturellen Umerziehung der Gesellschaft durchlaufen muß, während deren die Arbeit aus einem lediglich dem Lebensunterhalt dienenden Mittel in den Augen der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis und das gesellschaftliche Eigentum zur unerschütterlichen und unantastbaren Grundlage der Existenz der Gesellschaft werden muß.²¹⁴

Stalins Kampf gegen Jaroschenko und Konsorten war dem Wesen nach ein theoretischer Kampf gegen die Interessen und Bedürfnisse der privilegierten Schicht, die sich anschickte, zur neuen Ausbeuterklasse zu werden, und daher jegliche marxistische Diskussion, die ihre gesellschaftliche Position infragestellen konnte, abtöten wollte. Doch Stalin dehnte die Analyse der Produktionsverhältnisse nicht auf den staatlichen Sektor aus. Er legte nicht dar, dass man nicht zum reifen Kommunismus voranschreiten konnte, wenn solche ökonomische Tatsachen wie Reste von Warenverhältnissen, die Notwendigkeit der Nutzung von Tauschkategorien zur Vermeidung von Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen, die Nutzung des einzelbetrieblichen Gewinns als eine Investitionsquelle des Betriebs, die juristische Selbständigkeit des Einzelbetriebs und das Vertragssystem mit seiner Geldwirtschaft, die starke Stellung des Betriebsdirektors gegenüber der Belegschaft usw. in Kraft blieben. Wie stark der ideologische Druck war, den die privilegierte Schicht damals bereits auf die sowjetische Gesellschaft ausübte, lässt sich aus folgender Bemerkung Stalins über den Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit ersehen:

„Der wesentliche Unterschied zwischen ihnen im Sinne der großen Ungleichheit im kulturell-technischen Niveau wird unbedingt verschwinden. Aber irgendein Unterschied, wenn auch kein wesentlicher, wird dennoch bestehen bleiben, und sei es nur darum, weil die Arbeitsbedingungen des leitenden Personals der Betriebe und die Arbeitsbedingungen der Arbeiter nicht die gleichen sind.“²¹⁵

Der letzte Halbsatz ist zumindest schief. Bei dieser Fragestellung muss in erster Linie darauf hingewiesen werden, dass – wie oben schon gesagt – niemand sein ganzes Leben lang an einen engen Wirkungskreis gebunden sein wird, dass allerdings auch niemand die Möglichkeit haben wird, ab einem bestimmten Zeitpunkt nur noch leitende Funktionen auszuüben, dass – wie Engels es aphorismenhaft formulierte – keine berufsmäßigen Karrenschieber und Architekten mehr existieren werden, weil derjenige, der jetzt den Karren schiebt, demnächst als Architekt arbeiten wird und umgekehrt. Wenn es im reifen Kommunismus noch eine Scheidung in Menschen gäbe, die sich ausschließlich mit Leitungstätigkeit befassen einerseits, und Menschen, die ausschließlich ausführende Funktionen verrichten, dann würden im Kommunismus Reste von Klassenverhältnissen fortbestehen. Was wäre das für ein Kommunismus?

Stalin wandte sich sehr richtig gegen die revisionistische Vorstellung, der Warenaustausch zwischen staatlichem und genossenschaftlichem Sektor könne beim Übergang zum Kommunismus auf dem Wege verschwinden, dass der Staat den Genossenschaftssektor schlucke²¹⁶ - revisionistisch schon allein deshalb, weil dies den Staat in den reifen Kommunismus „hineinrettet“: eine Vorstellung von Kasernenhof-„Kommunismus“, in dem alles verstaatlicht und zentral reglementiert ist. Stalin hielt dem – wie oben schon ausgeführt – sehr richtig entgegen, dass die Verstaatlichung „nicht die einzige und nicht einmal die beste Form der Nationalisierung, sondern die Anfangsform der Nationalisierung“ ist.²¹⁷ Er befasste sich aber wie gesagt nicht mit den Veränderungen, die innerhalb des staatlichen Sektors erforderlich waren, um die Vergesellschaftung weiter voranzutreiben. Vor allem hätten die Probleme erörtert werden müssen, die sich aus dem relativ geringen Grad der Teilhabe der Werktätigen an der Leitung und Kontrolle der Produktion ergaben. Dies war ein sehr entscheidendes Problem der Produktionsverhältnisse in der sowjetischen Gesellschaft; der Umstand, dass dieses Problem nicht theoretisch untersucht und praktisch angegangen wurde, trug wesentlich zum Sieg des Revisionismus bei. Es ist kein Zufall, dass Lenin in seinen letzten Lebensjahren großes Augenmerk auf diese Frage richtete, siehe z.B. seine Artikel „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen“ (LW 33 S. 468 ff.) und „Lieber weniger, aber besser“ (LW 33 S. 474 f.) aus dem Jahr 1923. Bereits

214 ebenda S. 357

215 SW 15 S. 320

216 vgl. ebenda S. 377 f.

217 ebenda S. 378

1921 hatte er unter der Überschrift „Methoden des Kampfes gegen Bürokratismus und Schlendrian“ geschrieben: „*Reorganisation der Arbeiter- und Bauerninspektion; Heranziehung von Parteilosen sowohl durch diese Inspektion als auch neben ihr; gerichtliche Verfolgungen; Verringerung der Zahl der Angestellten und deren Auslese; Prüfung und Koordinierung der Arbeit der Behörden und so weiter und so fort.*“²¹⁸

Die Produktionsverhältnisse erschöpfen sich nicht in den Eigentumsverhältnissen. Die Feststellung, dass die Industrie Eigentum des proletarischen Staates ist, gibt noch keine erschöpfende Auskunft auf die Frage nach den Produktionsverhältnissen in der Industrie.

Das Eigentum ist **keine** besondere ökonomische Kategorie im Ensemble der Produktionsverhältnisse, die etwa logisch gleichrangig neben anderen Kategorien stünde. Darauf hat Marx im *Elend der Philosophie* hingewiesen:

„In jeder historischen Epoche hat sich das Eigentum anders und unter ganz verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt. Das bürgerliche Eigentum definieren heißt somit nichts anderes, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darstellen.

*Eine Definition des Eigentums als eines unabhängigen Verhältnisses, einer besonderen Kategorie, einer abstrakten und ewigen Idee geben wollen, kann nichts anderes sein als eine Illusion der Metaphysik oder der Jurisprudenz.“*²¹⁹

Entsprechend schrieb Marx 1846 in einem Brief:

*„Das Eigentum bildet schließlich die letzte Kategorie im System des Herrn Proudhon. In der realen Welt dagegen sind die Arbeitsteilung und alle übrigen Kategorien des Herrn Proudhon gesellschaftliche Beziehungen, deren Gesamtheit das bildet, was man heute das Eigentum nennt: außerhalb dieser Beziehungen ist das bürgerliche Eigentum nichts als eine metaphysische oder juristische Illusion.“*²²⁰

Warum spricht Marx davon, dass die **Gesamtheit besagter gesellschaftlicher Beziehungen** „das bildet, was man heute das Eigentum nennt“? Weil **gesellschaftliche** Beziehungen zwischen Menschen in der verdinglichten Sprache der Warenproduktion, welche jedes menschliche Verhältnis in ein Eigentumsverhältnis, also dem Scheine nach in ein Verhältnis von Mensch und Sache übersetzt, eben **als Eigentum erscheinen**. Im nachhinein bedarf es dann der marxistischen Analyse um aufzudecken, dass die sogenannten Eigentumsverhältnisse in letzter Analyse weder Verhältnisse zwischen Sachen noch zwischen Menschen und Sachen, sondern zwischen Menschen, nämlich zwischen Produzenten, sind.

Das sogenannte Eigentum ist nichts als die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse sowie sonstiger auf ihnen beruhender Beziehungen - etwa Austauschverhältnisse, Verteilungsverhältnisse -, die sich auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte herausgebildet haben. Faßt man das Eigentum **nicht** so auf, so ist es nur juristische Illusion.²²¹ Entsprechend sagte Marx später, im Vorwort von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, von den „Eigentumsverhältnissen“, sie seien „*nur ein juristischer Ausdruck*“ der jeweils „*vorhandenen Produktionsverhältnisse*“.²²² Es wäre ein typisch idealistisches Verfahren, wollte man die Produktionsverhältnisse von deren juristischem Ausdruck herleiten, statt umgekehrt den juristischen Ausdruck von den Produktionsverhältnissen. Stellt man bei der Analyse ökonomischer Verhältnisse primär die Frage nach den Eigentumsverhältnissen, so kann man zwischen ökonomischen und ideologischen Beziehungen nicht klar unterscheiden und versinkt im Idealismus. Keinesfalls kann man die Analyse der realen Produktionsverhältnisse dadurch **ersetzen**, dass man bestimmte Eigentumsformen konstatiert.

218 LW 32 S. 407

219 Marx, *Das Elend der Philosophie*, MEW 4 S. 165

220 Marx, Brief an Annenkow vom 28.12.1846, MEW 27 S. 456

221 Man bliebe dann gerade in der von der bürgerlichen Gesellschaft erzeugten Illusion stecken, in welcher gesellschaftliche Verhältnisse ihren Protagonisten als Sachen erscheinen: „*Ihre (der warenaustauschenden Personen, P.U.) eigne gesellschaftliche Bewegung besitzt für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren.*“ Marx, *Kapital I*, MEW 23 S. 89

222 Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. Vorwort. MEW 13 S. 9

Wie steht es nun mit dem „sozialistischen Eigentum“?

Dieser Begriff drückt zunächst einmal die Abwesenheit kapitalistischer Eigentumsformen aus, er drückt aus, dass das kapitalistische Eigentum konfisziert wurde durch einen Staat, der Instrument des Proletariats ist. Dieser Tatbestand ist insoweit von großer Bedeutung, als diese Konfiskation notwendige Bedingung und Beginn der unmittelbaren Vergesellschaftung ist. Der Begriff „sozialistisches Eigentum“ ist aber insoweit relativ inhaltsarm, als wir allein aufgrund dieses Begriffs noch nicht wissen, in welchem Ausmaß diese Vergesellschaftung tatsächlich ins Werk gesetzt ist, welchen Reifegrad sie erreicht hat.

Wenn z.B. die Betriebsleiter in der sozialistischen Sowjetunion die Möglichkeit hatten, den Staat mittels weicher Pläne und formaler Planerfüllung zu betrügen, und wenn diese Möglichkeit nicht selten auch zur Wirklichkeit wurde, dann drückt dies ebenfalls eine gewisse „Eigentümerstellung“ aus, auch wenn sie kein formales Eigentumsrecht hatten, und dann muss dies im Rahmen einer Analyse der Produktionsverhältnisse im ganzen sehr wohl berücksichtigt werden. Marxisten interessieren sich selbstredend sehr viel mehr für die wirklichen Verhältnisse als für deren juristische Widerspiegelung, die stets verzerrt ist.²²³ Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Lenins auf Seite 25 f. zitierte Bemerkung, „*dass die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung durch die Werktätigen sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung für die Werktätigen sind*“. Entsprechend muss – wenn man die Produktionsverhältnisse in einem gegebenen sozialistischen Land zu einem gegebenen Zeitpunkt untersucht – unter anderem danach gefragt werden, in welchem Ausmaß die Werktätigen die Produktion selbst leiten (können) und in welchem Ausmaß sie noch gezwungen sind, dies durch Spezialisten tun zu lassen, und zwar – und dies ist hier entscheidend – im Rah-

223 Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, dass der Autor im Rahmen seiner „Verteidigung“ des Lehrbuchs gegen die „Angriffe“ der Roten Reihe folgende Behauptung aufstellt: Die Rote Reihe mache es sich mit ihrer Aussage, das Lehrbuch versuche noch nicht einmal eine Analyse der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“, einfach, da sie „*die entscheidenden Sätze über die Frage des Verhältnisses zwischen staatlichem Eigentum und betrieblicher Verfügung über die Produktionsmittel aber einfach weglässt.*“ (Seite 79; Hervorhebung vom Autor. In einem Brief an mich steigerte sich der Autor noch und behauptete, die Rote Reihe habe diese angeblich entscheidenden Sätze aus dem Lehrbuch „*unterschlagen*“.) Welches sind nun diese „entscheidenden Sätze“?

Folgende: „*Die wirtschaftlich-operative Selbständigkeit der staatlichen Betriebe entfaltet sich im Rahmen des Volkseigentums an den Produktionsmitteln, denn Eigentümer der einem bestimmten Betrieb zur Nutzung übergebenen Produktionsmittel bleibt der sozialistische Staat. Er organisiert planmäßig die Verbindung zwischen den einzelnen Betrieben, wobei er die Bedeutung eines jeden im System der gesamten Volkswirtschaft berücksichtigt. Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Betrieben sind nicht wie im Kapitalismus Beziehungen der Konkurrenz, sondern Beziehungen der Zusammenarbeit, die auf die Erfüllung der vor dem gesamten Volk stehenden Aufgaben gerichtet ist.*“ (Lehrbuch, S. 529 f.)

Der Autor lehnt sich zufrieden zurück und hält alle Fragen für geklärt, sobald das juristische Zauberwort „Eigentum“ gefallen ist. „Volkseigentum“, „Eigentum des sozialistischen Staates“ - was soll man da noch hinterfragen, wozu zwischen den staatlichen Betrieben Geldwirtschaft erforderlich ist, was soll man hinterfragen, wie es kommt, dass die Betriebe Eigeninteressen entwickeln, welche die gesellschaftlichen Interessen mitunter durchkreuzen, dass die Betriebsleiter in Verfolgung dieser Eigeninteressen den Staat mitunter betrügen, dass sie mitunter durchaus in Konkurrenz untereinander stehen, wenn es darum geht, durch formale Planabrechnung zu Unrecht Finanzmittel des Staates zu erhaschen (Konkurrenz insofern, als das, was der eine dem Staat abgeluchst hat, von einem anderen nicht mehr abgegriffen werden kann)? Wozu soll man sich dieser schlechten realen Welt stellen, wenn man doch die Möglichkeit hat, in der juristischen Zauberwelt zu leben, in welcher mit dem Aussprechen des schönen Wortes „Volkseigentum“ bzw. „Eigentum des sozialistischen Staates“ alle Probleme gelöst sind, bevor sie überhaupt auftreten könnten?

Da nutzt es denn auch nichts, wenn der Autor anschließend – um die Spuren zu verwischen – zugesteht: „*Natürlich lässt auch das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung Schlupflöcher, 'den Staat zu bescheissen' (...)*.“ Der Autor tut hier so, als würde er die Tatsachen in Rechnung stellen, aber entscheidend ist für ihn, dass sie **nicht** Gegenstand einer Analyse werden, dass sie vielmehr **beziehungslos neben** dem stehen, was er für Theorie hält, z.B. das hübsche Märchen davon, dass „alle“ zutiefst am Kommunismus interessiert gewesen seien. Und während der Autor derartige Märchen als „Theorie“ verkündet, teilt er uns gleichzeitig mit, er halte es für „natürlich“, dass das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung Möglichkeiten eröffnete, „den Staat zu bescheissen“, als sei das im Sozialismus das Selbstverständlichste von der Welt. Dass von diesen Möglichkeiten auch massenhaft Gebrauch gemacht wurde, spricht er nicht offen aus. Aber was soll einen das auch theoretisch beschäftigen, wenn man sich ja darauf zurückziehen kann, dass es sich um „Volkseigentum“ handelte.

men noch nicht überwundener Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft. (Spezialisierungen wird es auch im reifen Kommunismus geben, aber ohne Gegensatz von oben und unten, ohne Fortbestehen irgendwelcher Reste von Klassenunterschieden).

Reduziert man den Inhalt unmittelbarer Vergesellschaftung auf die Konfiskation bürgerlichen Eigentums, so wäre die einzige praktische Schlussfolgerung, nach der Machtergreifung des Proletariats möglichst entschlossene Konfiskation der Produktionsmittel zu fordern. Wir haben oben (Seite 6) aber bereits gesehen, dass Lenin zeigte, dass allein die „entschlossene“ Durchführung der Konfiskation - wie die „linken“ Kommunisten sie forderten - das Problem nicht lösen konnte, da sie noch *„kein Element der Organisation, der Rechnungsführung über die richtige Verteilung“* enthält und dass es notwendig war, *„die Gutsbesitzer und Kapitalisten tatsächlich abzusetzen und sie tatsächlich durch eine andere, von Arbeitern ausgeübte Verwaltung der Fabriken und Güter zu ersetzen.“* Der Kampf darum, eine solche Verwaltung aufrechtzuerhalten und zu verbessern, ist aber ständige Aufgabe im Sozialismus, und es bedarf hierzu erst dann keines Kampfes mehr, wenn das Stadium des reifen Kommunismus erreicht ist.

Dieser Kampf ist im übrigen wesentlicher Bestandteil der weiteren Schritte, die erforderlich sind, um zum reifen Kommunismus voranzuschreiten. Der Blick auf diese überaus wichtige Fragestellung wird geradezu **verbaut**, wenn man sich – wie das Lehrbuch es tut – auf die Feststellung **beschränkt** *„Das staatliche Eigentum ist Volkseigentum; in den staatlichen Betrieben sind alle Produktionsmittel ohne Ausnahme vergesellschaftet.“* (S. 451), wenn diese Feststellung zum **Ersatz** dafür wird, gemäß der Marxschen Forderung die **Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen** (hier: im staatlichen Sektor der sozialistischen Wirtschaft) zu untersuchen. Geht man so vor, wird der Eigentumsbegriff in der Tat zur juristischen Illusion.

Der bloße Hinweis darauf, dass die Betriebe im Eigentum des proletarischen Staates sind, gibt schon deshalb keine erschöpfende Auskunft über die Produktionsverhältnisse in diesem Bereich, weil die Feststellung, dass der Staat ein Arbeiterstaat ist, eine Abstraktion ist, die noch keine Aussagen über den realen Grad der Eigentümerstellung der Arbeiter einerseits und des Ausmaßes und der Stärke der Bürokratie andererseits enthält. Auch der Umstand, dass das Produkt der Arbeit der staatlichen Betriebe Warenreste aufweist, drückt ein Produktionsverhältnis aus, nämlich Beziehungen der Menschen in der Produktion.²²⁴ Diese Reste der Wertform drücken nämlich aus, dass die Eigentümerstellung des proletarischen Staates juristisch uneingeschränkt sein mag, real aber durchaus eingeschränkt ist, dass die Betriebe zumindest der Möglichkeit nach und mitunter auch der Wirklichkeit nach Ziele verfolgen, die den Zielen und Interessen des Staates zuwiderlaufen. Wer aber sind „die Betriebe“? Zum einen die Betriebsdirektoren, zum anderen die Arbeiter. Die Betriebsdirektoren können die Planvorgaben verfälschen bzw. durch falsche oder unvollständige Informationen in schädlicher Weise auf die Planvorgaben Einfluss nehmen (weiche Pläne, formale Planerfüllung, Tonnenideologie, Verstecken von Ressourcen etc.). Die Arbeiter können Arbeitszurückhaltung üben, können das Ziel verfolgen, der Gesellschaft möglichst wenig zu geben und möglichst viel von ihr zu nehmen. Die wirtschaftliche Rechnungsführung, die Entlohnung nach Leistung und ggf. auch nach Qualifizierung sind Tauschwertkategorien, die dem entgegenwirken sollen. Sie sind also Bestandteil der Produktionsverhältnisse, sie drücken aus, dass die Gesellschaft noch nicht vollständig die Herrschaft über die Produktion gewonnen hat und daher gezwungen ist, sich dieser Mittel der alten Gesellschaft zu bedienen. Der Sozialismus ist der Übergang zu einer Produktion allein auf Rechnung der Gesellschaft, doch die Verhältnisse sind noch nicht so, dass jeder Einzelne als freies Glied der Gesellschaft zum Nutzen der Gesellschaft tätig ist und dies als Selbstverständlichkeit betrachtet. Eben aus diesem Grunde müssen Produktionsverhältnisse bestehen, in denen jeder Einzelne sowie Gruppen von Produzenten das Ergebnis ihrer Arbeit unmittelbar finanziell spüren.

Die relative Eigenständigkeit der Betriebe, ihre konkrete Ausgestaltung, die Kompetenzen der Zentrale einerseits und unterer Ebenen andererseits, die Beziehungen zwischen den Betrieben (System von Lieferverträgen etc.), die Beziehungen zwischen Betrieben und Zentrale, die Art der mengen- und sortimentsmäßigen

224 Wir haben oben gesehen, wie Dickhut die Eigentumsillusion dazu nutzte, die Frage nach den Ursachen der Geldwirtschaft innerhalb des staatlichen Sektors zu umschiffen: *„Selbstverständlich ist es hier kein echtes 'Kaufen' und 'Verkaufen', da ja kein Eigentumswechsel stattfindet.“* (Dickhut, Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, a.a.O., S. 82) Handhabt man den Eigentumsbegriff in dieser Weise, so wird er in der Tat zur **juristischen Illusion**; er dient dazu, die von Marx geforderte Untersuchung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse gerade zu **vermeiden**.

Planung, staatliche Subventionen und Kredite, die Stimulierung aus dem betrieblichen Gewinn, aus der Planerfüllung – all dies gehört zu den Produktionsverhältnissen, muss genauestens untersucht und marxistisch analysiert werden, wenn man sich ein Bild über die Produktionsverhältnisse eines sozialistischen Landes zu einem gegebenen Zeitpunkt verschaffen will.

Das Ausmaß der Heranziehung der werktätigen Massen zur unmittelbaren Planung, Leitung und Kontrolle der Produktion ist ein sehr wichtiges Produktionsverhältnis. Ebenso die Tätigkeit der Parteizellen in den Betrieben sowie in den Behörden des Planungs- und Leitungsapparats. In den Betrieben haben sie die Aufgabe, gegen das Verfolgen von Gruppeninteressen auf Kosten gesellschaftlicher Interessen zu kämpfen, gegen eigensüchtiges Verhalten von Betriebsdirektoren und gegen auf Lohnarbeitermentalität basierendes Verhalten von Arbeitern. Im Planungs- und Leitungsapparat haben sie die Aufgabe, gegen bürokratische Tendenzen zu kämpfen, sich über die Erfahrungen der Betriebe hinwegzusetzen sowie in unnötiger Weise Kompetenzen an sich zu ziehen und damit die Entfaltung der Initiative der Massen zu hemmen.

Liberalismus und Bürokratismus²²⁵ sind Erscheinungen, die im Sozialismus aufgrund des relativ niedrigen Standes der Vergesellschaftung gesetzmäßig entstehen. Liberalismus und Bürokratismus gewinnen die Oberhand und beseitigen letzten Endes den Sozialismus, wenn die proletarische Vorhutpartei das Interesse der Gesellschaft nicht im ständigen Kampf gegen solche Tendenzen vertritt und die proletarischen und sonstigen werktätigen Massen für diesen Kampf mobilisiert. Die kommunistische Partei kann diese Aufgaben aber auf Dauer nur erfüllen, wenn sie auch ihrer sozialen Zusammensetzung nach vor allem Partei der Arbeiter und Arbeiterinnen bleibt. Somit ist auch die soziale Zusammensetzung der Partei ein ökonomischer Faktor, wirkt unmittelbar auf die Produktionsverhältnisse. Hier zeigt sich, wie eng und untrennbar ökonomische und politische Faktoren im Sozialismus verflochten sind. Das kann auch nicht anders sein, denn der Kommunismus ist eine Gesellschaft, in der die Menschen die ökonomischen Gesetze bewusst für ihre Zwecke wirken lassen, anstatt von ihnen beherrscht zu werden, der Sozialismus ist die untere Stufe des Kommunismus, in welcher die kollektive Verwaltung des sachlichen Reichtums durch die Gesellschaft und für die Zwecke der Gesellschaft noch nicht selbstverständlich ist, sondern erkämpft werden muss.

Die Produktionsverhältnisse einer sozialistischen Gesellschaft sind in hohem Maße veränderlich. Sie müssen einerseits den jeweils erreichten Stand der Vergesellschaftung, andererseits die konkreten Ausmaße der Muttermale der Gesellschaft ausdrücken. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse muss sich am Ziel des reifen Kommunismus orientieren, aber nicht in dem Sinne, dass die Widerstände, die diesem Ziel entgegenstehen, einfach ignoriert werden. Wollte man z.B. die Nutzung von Tauschkategorien ablehnen, weil dies dem Kommunismus widerspricht, so würde dies zu Schlendrian und Vergeudung, zu unrentabler Produktion führen, weil eben die bewusste gesellschaftliche Kontrolle allein noch nicht in der Lage ist, die erforderliche Rentabilität zu gewährleisten. Korruption und Schwarzmarkt würden sich aufblähen, die Gesetze der alten Gesellschaft würden sich zunächst unter der Oberfläche, illegal, wieder durchsetzen, letztlich würde der Sozialismus gestürzt werden.

Daher hat neben der Orientierung auf den reifen Kommunismus auch der Begriff der „Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ seine relative Bedeutung. Um für den reifen Kommunismus kämpfen zu können, muss zunächst einmal der Sozialismus verteidigt werden, und dies bedeutet, Produktionsverhältnisse einzurichten, unter denen der größte Teil der Bevölkerung zufrieden ist, darunter auch diejenigen Arbeiter, die noch relativ starke Lohnarbeitermentalität haben, darunter auch die Kollektivbauern, die eine unumschränkte Produktion auf Rechnung der Gesellschaft als Enteignung auffassen würden usw. Die Politik der proletarischen Avantgarde muss die real existierenden Interessen in Rechnung stellen, darf sich nicht mit der Abstraktion des „gesellschaftlichen Interesses“ begnügen, das eben **noch nicht** absolut sein kann, noch nicht völlig mit den Einzelinteressen zusammenfallen kann.

Spricht man von den Produktionsverhältnissen, so muss auch die Frage des Verhältnisses zu den Produktivkräften einerseits und zum gesellschaftlichen Überbau andererseits gestreift werden.

225 Liberalismus in diesem Sinne ist letztlich das Bestreben, betriebliche Sonderinteressen auf Kosten der Gesellschaft durchzusetzen. Bürokratismus in diesem Sinne ist das Bestreben, Sonderinteressen staatlicher Gliederungen und Behörden auf Kosten der Gesellschaft durchzusetzen.

Was sind die Produktivkräfte? „Die Produktionsinstrumente, mit deren Hilfe die materiellen Güter produziert werden, die Menschen, die diese Instrumente in Bewegung setzen und die Produktion der materiellen Güter dank einer gewissen Produktionserfahrung und Arbeitsfertigkeit bewerkstelligen, bilden die Produktivkräfte der Gesellschaft. Die werktätigen Massen sind die Hauptproduktivkraft der menschlichen Gesellschaft in allen Etappen ihrer Entwicklung.“²²⁶ Die fachliche Qualifizierung der Masse der Werktätigen sowie der Grad ihres gesellschaftlichen Bewusstseins bestimmen somit in hohem Maße den Charakter der Produktivkräfte einer sozialistischen Gesellschaft. Diese Faktoren haben ausschlaggebenden Einfluss auf das Ausmaß der realen Eigentümerstellung der Werktätigen, auf das Ausmaß, in dem der Gegensatz von Kopf- und Handarbeit und insbesondere von leitenden und ausführenden Tätigkeiten bereits abgebaut werden konnte, mithin auf die Produktionsverhältnisse. Hier zeigt sich, wie besonders eng Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse (deren Einheit als Produktionsweise bezeichnet wird) in der sozialistischen Gesellschaft verbunden sind.

Die Produktionsweise wiederum ist im Sozialismus besonders eng mit dem gesellschaftlichen Überbau verbunden. Dies zeigt sich z.B. an der Frage des allgemeinen Kulturniveaus; wiederholt wies Lenin darauf hin, dass der Aufbau des Sozialismus in Ländern mit relativ niedrigem Kulturniveau, wie Russland eines war, mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Das niedrige Kulturniveau wirkt hemmend auf die Möglichkeit der Heranziehung breiter werktätiger Massen zur unmittelbaren Leitung gesellschaftlicher Angelegenheiten, somit wirkt es hemmend auf die Entfaltung der Produktionsverhältnisse im kommunistischen Sinne. Ebenso wirkt es hemmend auf die allseitige Entfaltung der fachlichen und gesellschaftlichen Qualitäten der Hauptproduktivkraft Mensch. Hier zeigt sich, dass es verfehlt wäre, die Muttermale der alten Gesellschaft in den Produktionsverhältnissen ausschließlich als **Folge** rückständiger Ideen (z.B. Lohnarbeitermentalität, Religion) zu betrachten; ebenso und in erster Linie sind die rückständigen Ideen Folge von (relativ) rückständigen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. In höherem Maße deshalb, weil die ökonomische Basis letztlich das Primäre, die in der Gesellschaft wirkenden Ideen das Sekundäre sind. Natürlich besteht eine Wechselwirkung, und deshalb muss der Klassenkampf seitens der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde allseitig sein, sowohl auf die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse als auch auf die Verankerung fortschrittlicher und die Bekämpfung rückschrittlicher Ideen gerichtet sein.

Ein entscheidender Bestandteil der proletarischen Strategie besteht darin, den Gegensatz von leitenden und ausführenden Tätigkeiten nach und nach zu beseitigen, ständig um eine solche Vervollkommnung der Produktionsweise bemüht zu sein, die den Kampf für die Beseitigung dieses Gegensatzes begünstigt. Letztlich entscheidet der Ausgang dieses Kampfes das Schicksal einer sozialistischen Gesellschaft: Werden die Reste von Klassenunterschieden beseitigt, oder entwickelt sich aus diesen Resten wieder eine Gesellschaft mit antagonistischen Klassen, eine Ausbeutergesellschaft? Ökonomisch beinhaltet der Sozialismus beide Entwicklungsmöglichkeiten.

Revisionistisch ist folgende Behauptung des Lehrbuchs der politischen Ökonomie von 1954 (Seite 642): „Die entscheidende Bedingung für den Aufbau des Kommunismus ist die stetige Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen Zweigen der Volkswirtschaft.“ Zwar hat die Steigerung der Arbeitsproduktivität große Bedeutung. Sie ist Voraussetzung dafür, die Arbeitszeit drastisch verkürzen zu können und damit bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Arbeiterinnen und Arbeiter an der Leitung gesellschaftlicher Angelegenheiten teilnehmen. Sie ist auch Voraussetzung dafür, einen Überfluss an Konsumgütern zu schaffen, der wiederum eine Voraussetzung für den Übergang zu kommunistischen Verteilungsverhältnissen ist. Die Behauptung des Lehrbuchs aber leugnet, dass beträchtliche Umgestaltungen der **Produktionsverhältnisse** erforderlich sind, die mit dem Verschwinden der noch vorhandenen Klassenunterschiede einhergehen, um zum entwickelten Kommunismus zu gelangen. Die Behauptung des Lehrbuchs entspricht den Interessen der privilegierten Schichten der sowjetischen Gesellschaft, die diese Umgestaltungen der Produktionsverhältnisse und das Verschwinden der Klassenunterschiede nicht wollten, da sie das als Verlust ihrer Privilegien empfunden hätten, die sich ganz im Gegenteil anschickten, zur neuen Ausbeuterklasse zu werden.

In methodischer Hinsicht ist aufschlussreich, dass besagte revisionistische These des Lehrbuchs in einem Unterabschnitt mit der Überschrift „Der Übergang zum kommunistischen Prinzip: 'Jeder nach seinen Fähig-

226 Lehrbuch der politischen Ökonomie 1954, a.a.O. S. 8

keiten, jedem nach seinen Bedürfnissen““ enthalten ist. Aus diesem Prinzip wird dann hergeleitet, es gehe im wesentlichen nur noch darum, die Arbeitsproduktivität so zu steigern, dass ein Überfluss an Konsumgütern entstehe. (Die Frage, welche Veränderungen erforderlich sind, damit die Arbeit zum Lebensbedürfnis wird und somit jeder gerne nach seinen Fähigkeiten arbeitet, wird „natürlich“ auch nicht berührt.) Wieder einmal wird die oben skizzierte Verfälschung von Marxens Ausführungen in der *Kritik des Gothaer Programms* für die Begründung falscher, direkt revisionistischer Auffassungen benutzt. Es wird so getan, als hätte Marx den Unterschied in den Verteilungsverhältnissen als den einzig wesentlichen Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus angesehen.

VI.

„Alle zutiefst an der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung interessiert“

Auf Seite 56 wettet der Autor voller Empörung darüber, dass die Rote Reihe Stalin dafür „angegriffen“ hat, dass dieser „den Klassenkampf nicht auf Ursachen zurück(führte), die in den sozialistischen Produktionsverhältnissen wurzeln“. Dies sei trotzkistisch. Der Autor wettet (ebenfalls auf Seite 56) ferner voller Empörung, darüber, dass die Rote Reihe das Programm der Komintern dafür „angegriffen“ hat, dass es über die Sowjetunion sagte, die „Überreste der alten Gesellschaft“ würden „von keiner gesellschaftlichen Kraft mehr geschützt und verteidigt.“, ebenso darüber, dass die Rote Reihe das 1954 erschienene Lehrbuch der politischen Ökonomie für die Aussage „angegriffen“ hat, dass „das gesamte Volk – Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz (...) an der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung zutiefst interessiert“ war.

Ich könnte jetzt zusammenfassen, was ich bislang alles über Überbleibsel der alten Gesellschaft in den sozialistischen Produktionsverhältnissen und über klassenmäßig bedingte Interessen, die gegen die Arbeiterklasse, gegen das gesellschaftliche Interesse und gegen das Voranschreiten zum Kommunismus gerichtet waren, geschrieben habe. Ich tue es nicht und verweise stattdessen auf die einfache Tatsache, dass 1953 eine Konterrevolution stattfand, von der wohl nicht einmal der Autor behaupten wird, dass sie von imperialistischen Agenten und ehemaligen Kulaken geleitet worden sei oder dass ihre soziale Basis in solchen Kräften bestanden habe.

1952 hatte Stalin über „die sozialistische Gesellschaft“ geschrieben, dass es „in ihr keine überlebten Klassen gibt, die einen Widerstand²²⁷ organisieren könnten. Natürlich wird es auch im Sozialismus zurückbleibende träge Kräfte geben, die die Notwendigkeit von Veränderungen in den Produktionsverhältnissen nicht begreifen, aber man kann sie natürlich unschwer überwinden, ohne es zu einem Konflikt kommen zu lassen.“²²⁸ In Wirklichkeit gab es zwar **noch** keine feindliche Klasse, aber die privilegierten Schichten waren unmittelbar dabei, sich zu einer solchen Klasse zu entwickeln, und 1953 waren sie die soziale Basis der Konterrevolution.

Stalin würde heute selbstverständlich sagen, dass seine damalige Aussage eine verhängnisvolle Fehleinschätzung war. Er würde heute sagen, dass es eine Fehleinschätzung war, die Wurzeln des Klassenkampfes in der sozialistischen Sowjetgesellschaft **ausschließlich** zurückzuführen: erstens auf die Reste der zerschlagenen Ausbeuterklassen, zweitens auf deren Unterstützung durch das imperialistische Ausland, drittens auf das Zurückbleiben des Bewusstseins hinter der ökonomischen Lage.²²⁹ Denn es ist heute **offensichtlich**, dass die

227 Konkret ging es um einen „Widerstand“ dagegen, dass die Produktionsverhältnisse sich entsprechend dem Charakter der Produktivkräfte weiterentwickelten.

228 Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15 S. 342 f.

229 Der Weg der Partei 1-2/92 S. 43 f. schrieb hierzu zutreffend: „Stalin wies zwar darauf hin, daß es weiterhin Klas-

Einschätzung unzureichend war.

Der Autor aber spricht derartige Zitate, die durch das Leben widerlegt wurden, heilig. Man könnte sich darauf beschränken, darüber zu spotten (insbesondere die Verteidigung des „alle zutiefst interessiert“ lädt dazu ein), doch das wäre ein Fehler. Man muss vor allem klarstellen, dass die vom Autor vertretenen Auffassungen objektiv darauf gerichtet sind, die Arbeiterklasse daran zu hindern, die erforderlichen Lehren aus der furchtbaren Niederlage zu ziehen, die darin liegt, dass sie die revisionistische Entartung nicht verhindern konnte.

Merkwürdigerweise gibt der Autor übrigens an anderer Stelle selbst zu, dass sich innerhalb der Sowjetgesellschaft Elemente herausbildeten, die den Sozialismus stürzten. Auf Seite 64 zitiert er zunächst die Rote Reihe wie folgt: *„Dies wiederum war Ausdruck dessen, daß die führende Schicht immer deutlicher eigene Klasseninteressen entwickelte und daß sie danach strebte, sich zu einer neuen herrschenden Klasse zu entwickeln. Noch war Stalin, der nach wie vor die grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen entschied, dabei ein Hindernis.“*

Dazu sagt der Autor: *„Gewiss haben sich innerhalb des Staatsapparates²³⁰ bürgerliche, bürokratische Elemente herausgebildet²³¹, die schließlich eigene, antikommunistische Klasseninteressen entwickelten und die*

senkampf gab und daß dieser sogar heftiger werden konnte, doch führte er den Klassenkampf nicht auf Ursachen zurück, die in den sozialistischen Produktionsverhältnissen wurzeln, sondern erstens auf die 'Reste der zerschlagenen Klassen' und zweitens darauf, daß diese 'die direkte Unterstützung unserer Feinde jenseits der Grenzen der UdSSR' hatten. (Stalin, Werke Bd. 14, S. 136) Eine dritte Wurzel des Klassenkampfes benannte Stalin wie folgt: 'Das Bewußtsein der Menschen bleibt in seiner Entwicklung hinter ihrer ökonomischen Lage zurück. Deshalb erhalten sich die Überreste bürgerlicher Auffassungen in den Köpfen der Menschen und werden sich noch weiter erhalten, obwohl der Kapitalismus in der Wirtschaft schon beseitigt ist.' (Geschichte der KPdSU(B), Kapitel XI, Abschnitt 3)

Diese drei Wurzeln des Klassenkampfes existieren zwar, doch allein auf dieser Grundlage kann der Klassenkampf in der Übergangsgesellschaft nicht vollständig begriffen werden. Die Aufgabenstellung, die Marx in Bezug auf die Diktatur des Proletariats in seinem oben angeführten Zitat über die 'Permanenzerklärung der Revolution' ausgearbeitet hatte, ist hier nicht vollständig enthalten.“

230 Ich gehe hier nicht auf die Frage ein, dass es eine Verengung ist, in diesem Zusammenhang ausschließlich vom Staatsapparat zu sprechen.

231 Beim Autor hat dieses „herausgebildet“ allerdings zumindest einen falschen Zungenschlag, denn bei ihm kommt es so heraus, als wäre der Bürokratismus als solcher im Sowjetstaat irgendwann **entstanden**. Wie absurd eine solche Vorstellung ist, wird deutlich, wenn man sich in folgende Ausführungen Lenins hineindenkt:

Lenin hebt 1922 einerseits die „gigantische Leistung“ hervor, „daß wir in fünf Jahren einen Staat von neuem Typus geschaffen haben, in dem die Arbeiter, gefolgt von den Bauern, gegen die Bourgeoisie vorgehen“, stellt bezüglich des Apparats dieser Staatsmacht aber andererseits fest, „daß wir im Grunde den alten Apparat vom Zaren und von der Bourgeoisie übernommen haben“. (LW 36 S. 581) Ebenfalls 1922 spricht Lenin vom „russischen Apparat, den wir, wie ich schon in einer früheren Aufzeichnung meines Tagebuchs feststellte, vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben.“ (ebenda S. 590 f.) Und er sagt weiter: „Jetzt aber müssen wir, wenn wir ehrlich sein wollen, umgekehrt sagen, daß wir einen Apparat als eigenen bezeichnen, der uns in Wirklichkeit noch durch und durch fremd ist und ein bürgerlich-zaristisches Gemisch darstellt, das wir beim besten Willen in den fünf Jahren nicht überwinden konnten, in denen uns die Hilfe anderer Länder fehlte und wir uns vorwiegend militärisch 'betätigten' und die Hungersnot bekämpften.“ (ebenda S. 591) 1923 schrieb er: „Angesichts der verhaßten bürokratischen Wirklichkeit pflegte sich der Russe innerhalb seiner vier Wände das Herz mit ungemein kühnen theoretischen Konstruktionen zu erleichtern, und darum gewannen diese ungemein kühnen theoretischen Konstruktionen bei uns einen ungewöhnlich einseitigen Charakter. Bei uns vertrug sich sehr gut theoretische Kühnheit in den allgemeinen Konstruktionen mit erstaunlicher Zughaftigkeit gegenüber irgendeiner ganz unbedeutenden Kanzleireform.“ (LW 33 S. 485) Ebenfalls 1923: „Unser Staatsapparat ist, mit Ausnahme des Volkskommisariats für Auswärtige Angelegenheiten, zum größten Teil ein Überbleibsel des alten, an dem nur zu einem geringen Teil grundlegende Veränderungen vorgenommen wurden. Er ist nur äußerlich leicht abgeschliffen worden. Und was das übrige betrifft, so muß der Arbeiter- und Bauern-Staat – zumal er ein Staat ist, der auf völlig neuen Prinzipien beruht -, um den Staatsapparat richtig in Gang zu bringen, in ihm in ganz hierarchischer Form Parteimitglieder konzentrieren – das war stets erforderlich und ist es auch heute.“ (LW Ergänzungsband 1917 – 1923, Seite 459) Der Bürokratismus hätte also wohl alles Proletarische erstickt, hätte man nicht an möglichst vielen Stellen Kommunisten mit administrativen Befugnissen im Kampf gegen denselben platziert! Ebenfalls 1923: „Mit dem Staatsapparat steht es bei uns derart traurig, um nicht zu sagen abscheulich, daß wir uns zunächst gründlich überlegen müssen, wie wir seine Mängel bekämpfen sollen (...)“. (LW 33 S. 474)

sozialistische Ordnung Mitte der fünfziger Jahre liquidiert haben. Aber nicht darum geht es hier, sondern um die Frage, ob der Staatsapparat von Beginn an **im Wesentlichen** aus solchen Elementen bestand und wie die kommunistische Haltung dazu ist.“ (S. 64, Hervorhebung vom Autor)

Nicht um diese Frage geht es hier? Allerdings geht es ganz genau um diese Frage, dass eine **Konterrevolution stattfand, deren soziale Basis die privilegierten Schichten waren, welche die Sowjetgesellschaft selbst hervorgebracht hatte bzw. nicht beseitigen hatte können!** Das gilt es zu analysieren, anstatt Sätze wiederzukäuen, die teils auf Fehleinschätzungen der damals handelnden Revolutionäre basierten, teils die Klasseninteressen gerade dieser Schichten ausdrückten, die sich in jedem Fall aber als eindeutig falsch herausgestellt haben. Und was den letzten Halbsatz des Autors betrifft, so sei zum wiederholten Male gesagt, dass die Rote Reihe keinen Zweifel daran gelassen hat, dass der Staat in der sozialistischen Sowjetunion im wesentlichen dem Proletariat diene, dass er allerdings – und in der Tat „von Anfang an“, wie Lenin mehrmals überdeutlich herausstellte – in sehr starkem Maße von bürokratischen und z.T. direkt antikommunistischen Elementen durchsetzt war, so dass gewaltige Anstrengungen erforderlich waren, um durchzusetzen, dass dieser Staatsapparat dennoch im wesentlichen dem Proletariat diene.

Der Autor fährt dann (immer noch auf Seite 64) wie folgt fort, immer noch auf sein Zitat aus der Roten Reihe Bezug nehmend:

„Man muss sich klar machen, was gerade der letzte Satz aus dem obigen Zitat über Stalin für eine Bedeutung hätte, wenn er denn stimmen würde. Was würde es heißen, wenn Stalin tatsächlich derjenige gewesen wäre, 'der nach wie vor die grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen entschied'. Dann wären die Parteitage – auf denen über die grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen (mitunter sehr kontrovers!) diskutiert und beschlossen wurde – reine Theatervorstellungen gewesen, da dem großen Diktator Stalin ohnehin hätte zugestimmt werden müssen. Ganz zu schweigen von den Sitzungen des Zentralkomitees, den Tagungen des Obersten Sowjets und des Ministerrates der UdSSR usw. usf...“

Ich räume ein, dass die Worte „nach wie vor“ im besagten Zitat fehl am Platze sind. Ansonsten zeigt der Einwand des Autors nur, dass er keine Vorstellung davon hat, wie die Verhältnisse in der Staats- und Parteiführung in der Sowjetunion Anfang der 50er Jahre waren.

Wer einen hochinteressanten Einblick in diese Verhältnisse gewinnen will, dem sei die Lektüre des Protokolls des ZK-Plenums im Mai 1953 dringend empfohlen. Es wurde 1993 in deutscher Übersetzung veröffentlicht: **Der Fall Berija, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1993, ISBN 3-7466-0207-6.** (vgl. Rote Reihe Bd. 2 S. 110 ff.) Es handelte sich um das erste ZK-Plenum nach Stalins Tod, und seitens der Parteispitze fehlten gegenüber früher lediglich Stalin und Berija, den man soeben beseitigt hatte, ansonsten waren es die selben Personen wie vorher. Und diese Personen führten ganz offensichtlich eine billige Schmierenkommödie auf, anders kann man dieses ZK-Plenum nicht bezeichnen. Ich weiß nicht, welche Rolle Berija gespielt hatte – aufgrund des veröffentlichten Materials kann man dies nicht beurteilen. Was die führenden Personen dem ZK über Berija und ihre Gründe dafür, dass sie ihn liquidiert hatten, „berichteten“, waren aber jedenfalls offensichtlich abgesprochene Märchen, wobei die „großen Führer“ sich gegenseitig für die Rolle lobten, die sie jeweils bei der „Entlarvung“ Berijas gespielt hatten. In aller Vorsicht aber bereiteten sie vor, Stalin nach und nach zu desavouieren. Auch über die Wirtschafts“reformen“ - selbstverständlich in krassestem Gegensatz zu Stalins Orientierung – war man sich offenbar einig. Scheinheilig beklagt Malenkov, dass „wir alle“ zu diesen und jenen angeblichen Absurditäten Stalins geschwiegen haben. „Warum? Weil wir den Personen-

1921 bezeichnete Lenin in einem Brief die Illusion, man müsse den Bürokratismus „wie ein Geschwür“ „vom Angesicht der Erde vertilgen“, als „Scharlatanerie oder Naivität“ und wies sie wie folgt zurück: „Das ist ein Irrtum. Man kann den Zaren verjagen, die Gutsbesitzer verjagen, die Kapitalisten verjagen. Das haben wir getan. Aber man kann nicht in einem Bauermland den Bürokratismus 'verjagen', er läßt sich nicht 'vom Angesicht der Erde vertilgen'. Man kann ihn nur durch geduldige, beharrliche Arbeit **vermindern**.“ (LW 35 S. 467; Hervorhebung von Lenin)

Dass das Problem des Bürokratismus sich auch noch stellte, als das Problem alter zaristischer Beamter, die „begannen in die Sowjetbehörden hinüberzuwechseln und dort den Bürokratismus einzuführen“ (Lenin, LW 29 S.168), nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr in erster Linie bestand, haben wir oben gesehen. 1928 stellte Stalin fest, dass „der kommunistische Bürokrat (...) der gefährlichste Typ des Bürokraten“ geworden war. „Warum? Weil er seinen Bürokratismus mit seiner Parteimitgliedschaft maskiert.“ (SW 11 S. 63)

kult bis zur Absurdität getrieben haben und völlige Kontrolllosigkeit eingetreten ist.“²³²

An der Feststellung, dass dieses Gesindel „den Personenkult bis zur Absurdität getrieben hat“, ist gewiss etwas dran, wenn auch in anderem Sinne, als Malenkov das hier sagen wollte.²³³ Aber als Begründung dafür, dass man Stalin in Grundsatz- oder auch in manchen Einzelfragen nicht überstimmt hat, obwohl Stalin in diesen Kreisen ganz offenbar isoliert war, dient das sicher nicht.

Was diese Leute wollten, war das, was sie dann nach Stalins Tod auch taten. Dagegen hätte Stalin zweifellos auf massivste Weise opponiert, er hätte dann das getan, was er so leider unterließ: die Fragen an die Öffentlichkeit bringen, die Kommunisten und die Massen zum Kampf aufrufen. Genau das fürchteten diese Leute, und deswegen ordneten sie sich ihm murrend unter, hintertrieben aber gewiss gleichzeitig seine Politik. Wie in der Roten Reihe Bd. 1 gesagt wird, gibt es Indizien dafür, dass sie Stalin schließlich ermordeten, auch wenn man das nicht mit Sicherheit sagen kann. Es hätte jedenfalls in der Logik ihres Handelns gelegen.

Eines ist aber sicher: wenn Stalin diese Leute noch daran hinderte, das zu tun, was sie nach seinem Tod taten, dann gewiss nicht dergestalt, dass er sich auf Mehrheiten in der Partei- und Staatsführung stützte. Solche Mehrheiten hatte er nicht mehr. Die breite Mehrheit derer, die zu diesem Zeitpunkt in der Partei- und Staatsführung saßen, **war** zutiefst interessiert, aber an allem anderem als am Kommunismus.

Thesen wie die, dass „das gesamte Volk“ „an der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung zutiefst interessiert“ war, waren nicht einfach nur theoretisch falsch. Sie nützten ganz praktisch jenen Kräften, die ganz entschieden daran interessiert waren, dass der Kommunismus **nicht** errichtet wurde, die im Gegenteil den Sozialismus beseitigen wollten. Sie nutzten diesen Kräften, weil deren **klassenmäßige Interessen dadurch dem Blickwinkel entzogen wurden**.

*

Es ist schon aus folgenden Gründen offensichtlich, dass die Behauptung, das gesamte Volk sei zutiefst am Erreichen des Kommunismus interessiert gewesen, absurd war:

Nehmen wir die Kollektivbauern. Warum hatte die Sowjetmacht denn das Kollektiveigentum der Bauern eingerichtet? Weil die Bauern **weitergehende** Schritte der Vergesellschaftung zum gegebenen Zeitpunkt als Enteignung aufgefasst hätten, weil dadurch das Bündnis von Arbeitern und Bauern zerbrochen wäre. Die Bauern waren zum gegebenen Zeitpunkt eben nicht bereit, in dieser Hinsicht zum Kommunismus, in dem es selbstverständlich kein Kollektiveigentum dieser Art mehr geben wird, voranzuschreiten.

Warum gab es das „bürgerliche Recht“ in der Verteilung? Weil andernfalls bedeutende Teile der Arbeiterklasse nicht die erforderliche Produktionsleistung erbracht hätten. Hätte man per Dekret eine „kommunistische Verteilung“ eingeführt, wäre die Produktivität eingebrochen. Offensichtlich gab es noch Überreste von Lohnarbeitermentalität, offensichtlich war das kommunistische Interesse der Arbeiterklasse im ganzen gesehen nicht absolut.

Warum gab es die Mechanismen der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“? Warum war es notwendig, alle größeren Bereiche der Volkswirtschaft auf Grundlage des Prinzips „materieller Interessiertheit“ zu führen? Weil noch Sonderinteressen wirkten, die man in Rechnung stellen, die man befriedigen musste, damit die Wirtschaft nicht zusammenbrach.

Aus allen diese Gründen ist offensichtlich, dass das kommunistische Interesse nicht absolut gewesen sein **kann**. Es ist absurd, einerseits richtigerweise Sonderinteressen, die mit dem gesellschaftlichen Interesse **durchaus nicht** zusammenfallen, in der Praxis anzuerkennen, indem man Verhältnisse einrichtet und bestehen lässt, die ihnen Rechnung tragen, diese Sonderinteressen aber in der „Theorie“ zu leugnen. Was ist das für eine „Theorie“? Eine solche „Theorie“ **verhindert** in Wirklichkeit eine marxistisch-leninistische Analyse

232 Der Fall Berija, a.a.O. S. 317

233 Kaganowitsch sagte auf diesem Plenum: „*Es stimmt, der Personenkult war eine Überspitzung, und Genosse Stalin selbst hat uns Vorwürfe deswegen gemacht* (...).“ ebenda S. 152

des Übergangszustandes der Gesellschaft.

Freilich ist es kein Zufall, dass derart absurde Behauptungen aufgestellt wurden. Denn letzten Endes diene eine solche „Theorie“ dem Zweck, die speziellen Sonderinteressen der privilegierten Schicht zu leugnen, die dabei war, die Diktatur des Proletariats zu stürzen, die Macht zu ergreifen und sich zu einer neuen Ausbeuterklasse zu formieren.

Ich will an dieser Stelle auf die Frage privilegierter Schichten im Sozialismus eingehen:

Die Privilegien, über welche die leitende Schicht in der sozialistischen Sowjetunion verfügte, sind meiner Meinung nach **in diesem Ausmaß** untypisch für den Sozialismus. Sie sind dem Umstand geschuldet, dass die Sowjetmacht gezwungen war, in Rekordzeit ganze Industriezweige aus dem Boden zu stampfen, dass sie gezwungen war, unter dem Druck bevorstehender militärischer Angriffe imperialistischer Länder in Rekordzeit ihre industrielle Rückständigkeit aufzuholen. Dazu wurden – gemessen an kommunistischen Zielen und Prinzipien – **sehr weitgehende** Kompromisse gemacht. Wie oben schon gesagt, halte ich es allerdings für einen Fehler, dass diese Kompromisse in Bezug auf die Privilegien der leitenden Schicht nicht als solche gekennzeichnet wurden und dass keine ernsthaften Anstrengungen unternommen wurden, sie später wieder einzuschränken (nach dem Krieg wäre Gelegenheit dafür gewesen). (Über die Frage, ob es überhaupt unvermeidlich gewesen war, Privilegien dieses Ausmaßes zu gewähren, will ich keine Spekulationen anstellen. Ich kenne die konkreten Verhältnisse nicht genau genug, um hierzu eine fundierte Einschätzung treffen zu können.)

Andererseits halte ich es **nicht** für eine Besonderheit industriell relativ rückständiger Länder, dass es im Sozialismus **überhaupt** Schichten mit Privilegien gibt. Solange die alte Form der Arbeitsteilung nicht vollständig überwunden ist, wird es sie geben. Lenin hatte darauf hingewiesen, dass „*die Spezialisten*“ „*bis zur Erreichung der höchsten Entwicklungsstufe der kommunistischen Gesellschaft eine besondere Schicht*“ bleiben werden.²³⁴ Ich halte es für wahrscheinlich, dass dies auch bezüglich derjenigen Spezialisten gelten wird, die mit leitenden Funktionen befasst sind, und dies ist selbstredend besonders problematisch. Das Problem entfällt auch nicht etwa dann, wenn diese Privilegien **wesentlich** geringer sind, als sie es in der sozialistischen Sowjetunion waren. Denn wie groß oder klein die Privilegien sein mögen: solange sie existieren, wird es das Bestreben geben, sie zu verteidigen, und dieses Bestreben steht dem Voranschreiten zum entwickelten Kommunismus, steht insbesondere dem Kampf für die Beseitigung der überkommenen Formen der Arbeitsteilung entgegen. Bei diesen Privilegien handelt es sich im übrigen nicht allein um Einkommen, sondern auch um eine bestimmte gesellschaftliche Stellung, die mit Leitungsfunktionen verbunden ist.

Selbstverständlich ist von Kommunistinnen und Kommunisten in leitenden Funktionen zu verlangen, dass sie in ihrer Tätigkeit nicht zuletzt auch das strategische Ziel verfolgen, die alten Formen der Arbeitsteilung zu beseitigen, dass sie also in gewisser Hinsicht die spezielle Führungsrolle der Schicht, der sie selbst angehören, untergraben, dass sie auf eine Gesellschaft hinarbeiten, in der es – um nochmals Engels' Aphorismus zu bemühen - „keine Karrenschieber und Architekten von Profession“ mehr geben wird und eben auch keine Berufsmanager, Berufspolitiker usw. Täten sie es nicht, wären sie keine Kommunisten. Das heißt zum Beispiel ganz konkret: es ist notwendig, zu verlangen, dass die Leitenden sich, so weit es die Umstände erlauben, entbehrlich machen, Vertreter heranziehen, Nachfolger ausbilden usw. Es ist notwendig, Verhältnisse zu schaffen, in denen sie – wenn sie das nicht tun – **nicht** für ihre selbst geschaffene „Unentbehrlichkeit“ mit Geld und „Ehre“ belohnt, sondern vielmehr kritisiert werden.

Andererseits muss man klar sehen, dass das kommunistische Bestreben, die alte Form der Arbeitsteilung abzuschaffen, nicht absolut sein kann. Solange es die betreffenden Arbeitsteilungen gibt, produzieren diese Arbeitsteilungen auch entsprechende Einstellungen und Interessen²³⁵, und zwar – wie bereits gesagt – sowohl

234 Lenin, Über die Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften, LW 33 S. 180

235 Man beachte in diesem Zusammenhang folgenden Hinweis von Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie* :

„Übrigens ist es ganz einerlei, was das Bewußtsein alleene anfängt, wir erhalten aus diesem ganzen Dreck nur das eine Resultat, daß diese drei Momente, die Produktionskraft, der gesellschaftliche Zustand und das Bewußtsein, in Widerspruch untereinander geraten können und müssen, weil mit der **Teilung der Arbeit** die Möglichkeit, ja die Wirklichkeit gegeben ist, daß die geistige und materielle Tätigkeit – daß der Genuß und die Arbeit, Produktion und

oben als auch unten. „Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß.“²³⁶. Möglicherweise wäre es deshalb illusorisch, für leitende Personen keinerlei Privilegien im Konsum zulassen zu wollen, ohne die überkommenen Formen der Arbeitsteilung vollends überwunden zu haben. Wollte man ohne Abschaffung der „Architekten und Karrenschieber von Profession“ den Leitenden weitgehende Gleichheit im Konsum verordnen, die Ungleichheiten also auf das reduzieren, was Marxens Vorstellungen vom „bürgerlichen Recht“ in der Verteilung entspricht (vgl. Seite 63)²³⁷, so könnte dies möglicherweise bewirken, dass die Form, in der sie sich Privilegien zuschanzen, lediglich verlogener würde. Und selbst dann, wenn es keine Privilegien hinsichtlich des Einkommens geben sollte, wird es vermutlich andere Privilegien aufgrund der gesellschaftlichen Stellung geben. - Man sollte diesbezüglich keine „Rezepte für die Garküche der Zukunft“ schreiben, wohl aber getreulich die Schwierigkeiten und Hindernisse konstatieren, die sich insoweit in der Vergangenheit aufgetürmt haben.

Eines aber ist sicher: Eine revolutionäre Theorie, eine marxistisch-leninistische Analyse **muss** die Sonderinteressen, die dem Voranschreiten zum reifen Kommunismus im Wege stehen, klar und deutlich benennen. Andernfalls handelt es sich nicht um marxistisch-leninistische Theorie, sondern um eine Apologie nicht-kommunistischer sozialökonomischer Elemente im Übergangszustand der Gesellschaft.

VII.

Zu einigen Fragen der Taktik des proletarischen Klassenkampfes im Sozialismus

Das Ziel des proletarischen Klassenkampfes im Sozialismus ist die „Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt“, die „Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen“, die „Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Klassenverhältnissen entsprechen“ und „die Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen“, wie Marx es genial vorausgesehen hatte. Die Strategie ist darauf gerichtet, diese Ziele umfassend zu erreichen. Die Taktik muss in Rechnung stellen, dass diese Klassenunterschiede, diese Produktionsverhältnisse, diese gesellschaftlichen Beziehungen und diese Ideen nicht sofort beseitigt werden können. Sie muss mit ihnen rechnen, muss Mittel und Wege finden, mit ihnen umzugehen.

Gerade um zu verhindern, dass die klassenmäßig begründeten Widersprüche antagonistischen Charakter annehmen, muss ein geeignetes Feld geschaffen werden, in dem sie sich äußern können, in dem sich – bis zu einem gewissen Grad – auch solche klassenmäßig bedingten Interessen artikulieren können, die in einem gewissen Gegensatz zum strategischen Ziel des klassenbewussten Proletariats stehen. Doch die Taktik muss der Strategie dienen; Ziel proletarischer Politik muss es sein, derartige Hindernisse letztlich zu überwinden. Hierzu muss man sie aber zunächst einmal zur Kenntnis nehmen, mit ihnen rechnen, sich auf sie einstellen.

Wichtige Grundlagen der Taktik des proletarischen Klassenkampfes im Sozialismus wurden von Lenin ausgearbeitet; insbesondere die Bände 32 und 33 enthalten entsprechende Ausführungen. Doch muss zunächst begründet werden, warum diese Äußerungen Lenins **überhaupt** auf den Sozialismus angewandt werden

Konsumtion, verschiedenen Individuen zufallen, und die Möglichkeit, daß sie nicht in Widerspruch geraten, nur darin liegt, daß die Teilung der Arbeit wieder aufgehoben wird.“ (MEW 3 S. 32; Hervorhebung von Marx und Engels)

236 Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW 3 S. 26

237 Ein Ministerpräsident z.B. könnte nach diesen Kriterien zwar dann höhere Löhnung erhalten, wenn seiner Arbeit hohe Intensität attestiert wird, doch könnte er grundsätzlich nicht besser bezahlt werden als ein körperlich schwer Arbeitender ohne Leitungsfunktionen, dessen Arbeit ebenfalls besonders intensiv ist. Längere zeitliche Ausdehnung der Arbeit müsste bei jedem gleich honoriert werden, ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Stellung. - Es geht hier nicht um die Frage, ob solche Verteilungsverhältnisse **wünschenswert** wären; selbstverständlich wären sie das. Es geht hier um die Frage, ob sie durchsetzbar sind, ohne die alte Form der Arbeitsteilung selbst überwunden zu haben. Es scheint mir nicht möglich, dies anhand des vorliegenden geschichtlichen Materials zuverlässig einzuschätzen.

können, denn es handelte sich damals nicht um Sozialismus: es existierten Ausbeuterklassen, es existierte in gewaltigem Ausmaß bäuerliche Einzelwirtschaft, die staatlichen Betriebe wurden auf staatskapitalistischer Grundlage geführt usw. Man könnte daher auf den ersten Blick beispielsweise meinen, Lenins Äußerung, die wir sogleich anführen werden, es sei eine Abstraktion, von „Arbeiterstaat“ zu reden, sei nur auf derartige Verhältnisse anzuwenden, nicht aber auf sozialistische Verhältnisse. Doch sehen wir uns diese Äußerung Lenins einmal im Zusammenhang der betreffenden Umstände an:

Es handelte sich um die Parteidiskussion, die 1920/21 um die Frage der Gewerkschaften geführt wurde. Trotzki wollte die Gewerkschaften „durchrütteln“, in ein Instrument zur administrativen Durchsetzung von Parteibeschlüssen verwandeln. In diesem Zusammenhang wandte er sich gegen die Auffassung, der Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeiter sei Aufgabe der Gewerkschaften. Zur Begründung führte er an, die Arbeiter bedürften keines Schutzes gegen den Arbeiterstaat. Lenin erklärte dazu:

„Indessen macht Gen. Trotzki, der so unernste Dinge vorbringt, gleich seinerseits einen Fehler. Nach ihm ist der Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterklasse nicht Sache der Gewerkschaften im Arbeiterstaat. Das ist ein Fehler. Gen. Trotzki spricht vom 'Arbeiterstaat'. Mit Verlaub, das ist eine Abstraktion. Als wir 1917 vom Arbeiterstaat schrieben, war das verständlich; sagt man aber jetzt zu uns: 'Wozu und gegen wen soll die Arbeiterklasse geschützt werden, wo es doch keine Bourgeoisie gibt, wo wir doch einen Arbeiterstaat haben', so begeht man einen offensichtlichen Fehler. Es ist eben nicht ganz ein Arbeiterstaat, das ist es ja gerade. Hier liegt eben einer der grundlegenden Fehler des Gen. Trotzki. Wir sind jetzt von den allgemeinen Prinzipien zur sachlichen Erörterung und zu Dekreten übergegangen, man will uns aber von der Inangriffnahme des Praktischen und Sachlichen zurückzerren. So geht es nicht. (...)

*Aus unserem Parteiprogramm (...) ist bereits ersichtlich, daß unser Staat ein Arbeiterstaat **mit bürokratischen Auswüchsen** ist. Ja, mit diesem traurigen – wie soll ich mich ausdrücken? - Etikett mußten wir ihn versehen. Da haben Sie die Realität des Übergangs. Was meinen Sie, haben in einem praktisch derart beschaffenen Staat die Gewerkschaften nichts zu schützen, kann man ohne sie auskommen, wenn man die materiellen und geistigen Interessen des in seiner Gesamtheit organisierten Proletariats schützen will? Das ist theoretisch eine völlig falsche Abstraktion. Das versetzt uns in den Bereich der Abstraktion oder des Ideals, das wir in 15-20 Jahren erreichen werden; aber ich bin nicht einmal so sicher, daß wir es in dieser Frist erreichen werden. Wir haben aber die Wirklichkeit vor uns, die wir gut kennen, wenn wir uns nur nicht berauschen und nicht hinreißen lassen von Intellektuellengerede oder von abstrakten Betrachtungen oder von dem, was manchmal als 'Theorie' erscheint, in Wirklichkeit aber ein Irrtum, eine falsche Einschätzung der Besonderheiten des Übergangs ist. Unser heutiger Staat ist derart beschaffen, daß das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muss, wir aber müssen diese Arbeiterorganisation zum Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter ausnutzen. Sowohl die eine als auch die andere Art des Schutzes kommt zustande durch eine eigenartige Verflechtung unserer staatlichen Maßnahmen und unserer Verständigung, des 'Zusammenwachsens' mit unseren Gewerkschaften.“²³⁸*

In diesem Zusammenhang forderte Lenin „Maßnahmen der Staatsmacht zum Schutz der materiellen und geistigen Interessen des in seiner Gesamtheit vereinigten Proletariats **gegenüber** dieser Staatsmacht“.²³⁹

Die Arbeiter müssen also „gegen ihren Arbeiterstaat“, nämlich gegen dessen bürokratische Auswüchse, geschützt werden, und gleichzeitig müssen sie zum Schutz ihres Arbeiterstaates gegen ein Überwuchern durch diese bürokratischen Auswüchse mobilisiert werden; um dies zu erreichen müssen die Gewerkschaften auf den Plan treten, mit denen „wir“ (nämlich die Partei) uns „verständigen“, mit denen „wir“ bis zu einem gewissen Grad „zusammenwachsen“ (bei Lenin in Anführungszeichen) müssen. Hier haben wir einen wesentlichen Bestandteil der Leninschen Taktik des proletarischen Klassenkampfes in der Übergangsgesellschaft.

Doch zurück zu der oben aufgeworfenen Frage: Ist diese Taktik auch auf den Sozialismus anzuwenden oder lediglich auf die Übergangsgesellschaft **zum** Sozialismus, wie Lenin es ursprünglich aufgefasst hat (er behandelte unmittelbar Probleme der gegebenen Situation)?

238 Lenin, Über die Gewerkschaften, LW 32 S. 6 ff.; Hervorhebung von Lenin

239 ebenda S. 8; Hervorhebung von Lenin

Die objektive Voraussetzung, von der Lenin ausging, war die, dass der Sowjetstaat lediglich im Bereich der Abstraktion, im Bereich des Ideals, als Arbeiterstaat angesehen werden konnte und musste, dass er zwar Staat der Arbeiterklasse war, dass aber (man könnte sagen „außerdem“) der Bürokratismus erhebliche Positionen im Staatsapparat hatte. Wir haben aber oben gesehen, dass dies in der ganzen Periode des Sozialismus nicht vollständig zu vermeiden ist:

Wie bereits zitiert, hatte Lenin 1919 erklärt: „*Den Bürokratismus restlos, bis zum vollen Sieg zu bekämpfen ist erst dann möglich, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird.*“²⁴⁰ Das ist aber im großen und ganzen gleichbedeutend damit, dass die Gegensätze von Kopf- und Handarbeit, die Reste von Klassenunterschieden, die Notwendigkeit der Staatlichkeit entfallen sind, das ist im wesentlichen gleichbedeutend mit dem Erreichen des reifen Kommunismus. Die Einschränkung „im großen und ganzen“ bzw. „im wesentlichen“ mache ich aus folgendem Grunde: Man könnte argumentieren, es sei sehr wohl ein Zustand möglich, dass es im Bereich der Produktion noch gewisse Gegensätze von Kopf- und Handarbeit, darunter von leitenden und ausführenden Tätigkeiten, gibt, dass die Verhältnisse im politischen Bereich aber bereits so weit gediehen sind, dass jeder an der Verwaltung teilnimmt. Nun ist zwar richtig, dass die politischen Verhältnisse im Sozialismus weiter sein können und auch sollten als die ökonomischen, dass darum gekämpft werden muss, dass sie es sind. Soll heißen: es muss darum gekämpft werden, dass Arbeiterinnen und Arbeiter, die in der Produktion vorerst nur „ausführend“ tätig sind, sehr wohl in der Staatsverwaltung leitend tätig sein können – andernfalls kann man wohl kaum von Sozialismus sprechen. Andererseits: dass **jeder** an der Verwaltung teilnimmt, ist kaum vorstellbar, solange es Reste des Gegensatzes von Kopf- und Handarbeit, insbesondere von leitenden und ausführenden Tätigkeiten, gibt, die – solange sie existieren – zumindest auf einen Teil der Produzenten noch eine gewisse demoralisierende Wirkung ausüben **müssen**.

An dieser Stelle sei eingeschoben: Der Autor hat unrecht, wenn er (auf S. 54) sagt: „*Danach wird (von der Roten Reihe) eine logische Unterstellung betrieben: Wenn der Bürokratismus in der UdSSR kein individuelles Problem gewesen ist, sondern massenhaft aufgetaucht ist, müsse er in der sozialistischen Gesellschaft gesetzmäßig entstehen. Diese Folgerung ist eine falsche Verallgemeinerung, denn massenhaftes Auftreten von Bürokratismus in der UdSSR könnte ebenso gut auf spezielle Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung dort zurückzuführen sein – und so war es auch (...).*“ Zwar ist es bei entwickelteren Produktivkräften und höherem Kulturniveau **leichter**, den Kampf gegen den Bürokratismus zu führen, doch er wird in **jedem** sozialistischen Land auftreten, und zwar nicht als individuelles Problem, sondern als Massenerscheinung. Dieser Schluss ist nicht eine falsche Verallgemeinerung, es müsse stets so sein, weil es in der Sowjetunion so war. Dieser Schluss ist vielmehr deshalb zwingend, weil als gesichert anzusehen ist, dass in jedem beliebigen sozialistischen Land der Bürokratismus nur vollständig vernichtet werden kann, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird, was aber bei **keinem** Entwicklungsstand der Produktivkräfte und bei **keinem** Kulturniveau relativ rasch nach der Machtergreifung des Proletariats möglich ist, sondern was im großen und ganzen (im Sinne obiger Einschränkung) gleichbedeutend damit ist, dass die Gegensätze von Kopf- und Handarbeit, die Reste von Klassenunterschieden, die Notwendigkeit der Staatlichkeit entfallen sind, was wiederum im wesentlichen gleichbedeutend ist mit dem Erreichen des reifen Kommunismus.

Der Autor hingegen sieht das „bürgerliche Recht“ in der Verteilung als einzige „*objektive Grundlage für das Entstehen des Bürokratismus*“ an (S. 51) und blendet damit den gesamten Bereich der **Produktionsverhältnisse**, wo **in erster Linie** die sozialökonomischen Quellen des Bürokratismus zu finden sind, aus der Betrachtung aus. Methodisch liegt auch hier wieder einmal die „übliche“ Verfälschung von Marxens diesbezüglichen Ausführungen in der *Kritik des Gothaer Programms* zugrunde. Es können – so der Autor - „*neue bürgerliche Elemente entstehen*“, die ihre „*Privilegien zu bewahren versuchen*“ und sich zu einer „*neuen Klasse entwickeln*“ können (S. 51) – wobei unter diesen Privilegien **allein** hohes Einkommen verstanden wird. Als wäre dieses hohe Einkommen nicht **Folge** einer bestimmten, leitenden Stellung im System der Produktionsverhältnisse, von klassenmäßigen Unterschieden, die wiederum mit noch nicht überwundener „*knechten der Unterordnung unter die Teilung der Arbeit*“ und mit einem Rest an „*gegenseitiger Fremdheit der Produzenten*“ zu tun haben. (Und wie „üblich“ wird übersehen, dass **dasjenige** „bürgerliche Recht“, von dem Marx gesprochen hatte, für eine solche Entwicklung schon deshalb nicht verantwortlich gemacht werden kann, weil Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* die höhere Entlohnung qualifizierterer, z.B. leitender

240 LW 29 S. 168

Tätigkeit ganz gewiss nicht vorausgesagt hatte.)

1922, als die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ eingeführt und zugleich die staatlichen Betriebe im Zuge der Neuen Ökonomischen Politik auf staatskapitalistisches Wirtschaften umgestellt wurden, schrieb Lenin, wie oben schon zitiert:

„Die Überführung der Staatsbetriebe auf die sogenannte wirtschaftliche Rechnungsführung²⁴¹ ist unvermeidlich und untrennbar verbunden mit der Neuen Ökonomischen Politik, und in nächster Zukunft wird dieser Typus unausbleiblich zum vorherrschenden, wenn nicht zum ausschließlichen werden. Faktisch bedeutet das unter den Verhältnissen des zugelassenen und sich entwickelnden freien Handels, daß die Staatsbetriebe weitgehend auf kommerzielle Grundlage übergeführt werden. Dieser Umstand, in Verbindung mit der gebieterischen Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität zu steigern und zu erreichen, daß ein jeder Staatsbetrieb ohne Verlust, mit Gewinn arbeitet, sowie in Verbindung mit dem unvermeidlichen Ressortinteresse und der Übertreibung des Ressortefers, erzeugt, was die Fragen der Arbeitsbedingungen im Betrieb betrifft, unausbleiblich einen gewissen Interessengegensatz zwischen den Arbeitermassen und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder deren übergeordneten Behörden. Darum haben die Gewerkschaften in bezug auf die sozialisierten Betriebe unbedingt die Pflicht, die Interessen der Werktätigen zu schützen und nach Möglichkeit zur Hebung ihres Lebensstandards beizutragen, indem sie Fehler und Übertreibungen der Wirtschaftsorgane ständig korrigieren, soweit diese bürokratischen Auswüchsen des Staatsapparats entspringen.“²⁴²

Lenin geht hier von zwei Maßnahmen der Sowjetmacht aus, die zeitlich zusammenfielen: erstens die Überführung der Staatsbetriebe auf die sogenannte wirtschaftliche Rechnungsführung, zweitens die Neue Ökonomische Politik, die hinsichtlich der Staatsbetriebe bedeutete, dass diese ohne Ausnahme verpflichtet waren, mit einzelbetrieblichem Gewinn zu arbeiten. Letzteres fiel natürlich beim Übergang zum Sozialismus weg, ersteres blieb erhalten.

Es fragt sich nun: können und müssen die Schlussfolgerungen Lenins aus diesen **beiden** Maßnahmen auch auf den Sozialismus angewandt werden, in dem das System der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ fortbesteht, die Neue Ökonomische Politik aber ihre Erledigung gefunden hat? „Freier Handel“ fällt natürlich weg, die **ausnahmslose** Verpflichtung der Betriebe, einzelbetrieblichen Gewinn vorzuweisen, fällt weg, doch nach wie vor ist es erforderlich, Reste von Warenkategorien bzw. Wertformen anzuwenden, um zu erzwingen, dass die Betriebe möglichst rentabel arbeiten. Kann dies „einen gewissen Interessengegensatz zwischen den Arbeitermassen und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder deren übergeordneten Behörden“ hervorbringen? Die Frage stellen heißt sie bejahen.

Dieses Ressortinteresse kann sich darstellen in der Tendenz, die Produktion von „Wert“, von einzelbetrieblichem Gewinn gegenüber der Produktion von Gebrauchswert zu verabsolutieren. Dies bekommt die Gesellschaft zu spüren, deren Planvorgaben bis zu einem gewissen Grade nur formal erfüllt werden, deren Zielsetzungen bis zu einem gewissen Grade torpediert werden. Das Ressortinteresse der Betriebsleiter oder deren übergeordneter Behörden kann sich darstellen in der Tendenz, die Arbeitskraft als bloßen Kostenfaktor zu betrachten, der zu drücken ist, um den Gewinn zu steigern. Dies bekommen die Arbeitermassen unmittelbar zu spüren, indem z.B. Arbeitsschutzmaßnahmen missachtet werden, indem Fonds, die für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter bestimmt sind, für andere Zwecke genutzt werden usw. Hier ist es nun wichtig, dass die Kommunisten den Arbeitern erklären, dass das eine mit dem anderen zusammenhängt, dass ihre Interessen die gesellschaftlichen Interessen **sind**, dass sie gleichzeitig für ihre unmittelbaren Interessen **und** für scheinbar fernerliegende gesellschaftliche Interessen kämpfen müssen. Es ist wichtig, dass die Kommunisten den Arbeitern erklären, dass sie gegen die Verletzung ihrer unmittelbaren Interessen gegen bürokratische Auswüchse des Staates kämpfen müssen, aber nicht so, dass sie diesen Staat schwächen und zersetzen, sondern so, dass sie ihn als Arbeiterstaat stärken, indem nicht der Staat als solcher, sondern dessen bürokratische Auswüchse bekämpft werden – das ist der „doppelte Schutz“ im Sinne Lenins.

Werden die unmittelbaren Interessen der Arbeiter beeinträchtigt, so werden diese dagegen kämpfen - das ist

241 Man beachte, dass Lenin von „sogenannter“ wirtschaftlicher Rechnungsführung sprach. Er war sich sehr wohl darüber im klaren, dass es sich hier mitnichten lediglich um eine Technik der Rechnungsführung handelte.

242 LW 33 S. 170 f.

ein objektives Gesetz. Die Frage ist nur, welchen politischen Zielen dieser Kampf dienen wird, welche politischen Kräfte seine Führung in die Hand bekommen werden. Und da wird es auch im Sozialismus verschiedene Kräfte geben, zumal der Imperialismus – so lange er existiert – versuchen wird, derartige Widersprüche für seine Zwecke zu nutzen.

Es wird erstens Kräfte geben, die den Arbeitern sagen werden, der Staat sei eben letztlich doch nicht ihr Staat, die Produktion orientiere sich eben letztlich doch nicht an ihren Interessen, folglich komme es – wie im Kapitalismus – darauf an, in Konfrontation mit der Betriebsleitung, mit „dem Staat“ und „der Partei“ möglichst viel für sich herauszuholen, „denen da oben“ möglichst viel abzutrotzen. Dazu dürfe man die Produktion keineswegs als eigene Sache der Arbeiter betrachten, sondern müsse sie als Sache von fremden Herren betrachten, die über den Arbeitern thronen. Dies ist die Politik von sozialdemokratischen, trotzkistischen, anarchosyndikalistischen und anderen konterrevolutionären Kräften, eine Politik, die auf den Sturz der Arbeitermacht gerichtet ist.

Es wird zweitens Kommunisten geben, die den Arbeitern sagen werden, dass die Produktion ihre Produktion, der Staat ihr Staat ist, dass es in der Leitung der Produktion sowie im Staat bürokratische Auswüchse gibt, die sowohl den unmittelbaren Interessen der Arbeiter als auch den strategischen Interessen der Klasse schaden, dass es folglich gilt, derartige bürokratische Auswüchse zu bekämpfen, dass dies die Politik der Partei ist, dass die Partei folglich an der Seite der Kollegen steht, wenn sie den Kampf für ihre unmittelbaren Interessen mit einer **solchen** Stoßrichtung führen, die den Interessen der Klasse insgesamt dient, dass die Partei die Kollegen aber nicht unterstützt, wenn sie ihre unmittelbaren Interessen von den Interessen der ganzen Klasse trennen und letztere Interessen schädigen. Allerdings werden die Kommunisten die Arbeiter keineswegs als Feinde betrachten, wenn sie bei der Verfolgung ihrer unmittelbaren Interessen ein wenig „über die Stränge schlagen“ und hierbei den strategischen Interessen der Klasse schaden, sondern sie werden in einem solchen Fall geduldig mit ihnen diskutieren; sie werden zwischen solchen Erscheinungen, die auf relativer Rückständigkeit von Arbeitern beruhen, einerseits und bewusster feindlicher Tätigkeit andererseits klar unterscheiden.

Trifft man eine solche klare Unterscheidung nicht, so läuft man Gefahr, einen dritten Weg zu beschreiten, der zwar sehr prinzipienfest und konsequent aussieht, in Wirklichkeit aber bürokratisch und letztlich revisionistisch ist, der in der Konsequenz zum Untergang des Sozialismus führen muss: Man sagt den Arbeitern, sie bräuchten keinen Schutz gegen den Staat, da es ja ihr eigener Staat sei, und wenn sie das nicht einsehen, behandelt man sie im „günstigsten“ Fall als Irregeleitete, im „weniger günstigen“ Fall als Konterrevolutionäre. Auf diese Weise ruft man bei den Arbeitern den Eindruck hervor, sie hätten im Arbeiterstaat nichts zu sagen, mit den Kommunisten sei nicht gut Kirschen essen, man solle ihnen besser nicht offen widersprechen, sonst laufe man Gefahr, ins Gefängnis zu marschieren oder zumindest erhebliche Nachteile hinnehmen zu müssen. Rufen die Kommunisten einen solchen Eindruck bei den Arbeitern hervor, so ist dies Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten, der Trotzisten, der Anarchosyndikalisten und anderer konterrevolutionärer Kräfte, die den Arbeitern ja gerade einreden wollen, die Kommunisten würden ihnen als Herren im Nacken sitzen, die Arbeiter sollten mit Arbeitszurückhaltung und Lohnarbeitermentalität antworten. Ermutigt man die Arbeiter nicht, ihre unmittelbaren Interessen zu vertreten, selbst wenn man dabei ein gelegentliches „Über-die-Stränge-Schlagen“ in Kauf nehmen muss, so kann man sie erst recht nicht dafür gewinnen, die Produktion als **ihre** Sache zu betrachten, den Staat als **ihren** Staat anzusehen, **ihre** Produktion und **ihren** Staat gegen den Bürokratismus zu verteidigen.

Selbstredend kann man dies nicht, wenn man wie der Trotzki des Jahres 1920 oder wie der Autor die Position bezieht, die Arbeiter bedürften keines Schutzes gegen den Staat, da es sich ja um einen Arbeiterstaat handle, und damit, wie Lenin zutreffend kritisierte, in „Intellektuellengerede“ verfällt, in „abstrakte Betrachtungen“, in „eine falsche Einschätzung der Besonderheiten des Übergangs“. Was Trotzki angeht, muss hier folgendes angemerkt werden: Der spätere Trotzki, der nicht mehr hohe Positionen in Partei und Staat innehatte, den man vielmehr hinausgeworfen hatte, bezog formal gesehen völlig entgegengesetzte Positionen: nun schwang er sich zum scheinbaren Vorreiter des Kampfes gegen die Bürokratie auf, aber auf die konterrevolutionäre Weise, dass er die Arbeiter zum Kampf gegen ihren Staat statt zum Schutz ihres Staates gegen bürokratische Auswüchse mobilisieren wollte. Der hohe Sowjetfunktionär Trotzki hingegen hatte, wie insbe-

sondere die Gewerkschaftsdebatte 1920/21 zeigt, den Arbeitern jegliche Rechte gegenüber dem Staat abgesprochen – mit der Argumentation, der Staat sei doch ihr Staat. Die Position des Autors ist nicht weit von der Position des Trotzki von 1920 entfernt, wenn er (S. 65, Hervorhebung vom Autor) schreibt: „*Der sozialistische Staat ist der Staat der Arbeiterklasse, der Staat der Sowjets. Diesem Staat die individuellen Rechte und Freiheiten der bürgerlichen Gesellschaft entgegenzustellen, die man ihm gegenüber quasi 'einfordern' können müsse, zeugt von einem tiefsitzenden kleinbürgerlichen Verständnis von Demokratie, die vor allem als Verwirklichung 'individueller' Rechte gegenüber dem 'staatlichen Ungetüm' begriffen wird anstatt als Verwirklichung der realen gesellschaftlichen und politischen Macht durch das Volk, geführt von der Arbeiterklasse.*“ Natürlich soll damit gesagt werden, es sei überhaupt absurd (bzw., wie der Autor zu formulieren pflegt, ein „kleinbürgerlich-idealistisches Demokratieverständnis“), den Arbeitern **irgendwelche** Rechte gegenüber dem sozialistischen Staat einzuräumen. Genau das ist falsch, genau das ist die Position des früheren Trotzki, die geeignet ist, die Kommunisten zu diskreditieren, die Arbeiter zu demoralisieren, den doppelten Schutz im Sinne Lenins (Schutz der Arbeiter und Schutz des Staates selbst durch die Arbeiter gegen bürokratische Auswüchse des Staates) zu verhindern, der Konterrevolution die Hasen in die Küche zu treiben.

Lenin gab beispielsweise für die Ausarbeitung eines sowjetischen Arbeitsrechts im Jahr 1922 folgende Hinweise:

„(...) 2. Alles, was es in der Literatur und in der Praxis der westeuropäischen Länder **zum Schutz der Werktätigen gibt, unbedingt übernehmen.** 3. **Sich nicht darauf beschränken (das ist die Hauptsache).** (...) **Nicht 'Europa' nacheifern, sondern weitergehen, was die verstärkte Einmischung des Staates in die 'privatrechtlichen Beziehungen', in die Zivilangelegenheiten betrifft.** (...) **Daß uns jetzt die Gefahr droht, auf diesem Gebiet nicht genug zu tun (und nicht die Gefahr, 'zu viel' zu tun), das ist mir auch völlig klar.**“²⁴³

Entsprechendes muss für die Rechte der Arbeiter im Arbeiterstaat überhaupt gelten. Alle Rechte, die die Arbeiter in bürgerlichen Staaten haben, müssen sie selbstverständlich auch im Arbeiterstaat haben, doch darauf darf man sich nicht beschränken, letzteres ist die Hauptsache. Wichtig ist hierbei, dass diese Rechte auch ausgeübt werden können, wenn Gruppen von Arbeitern dabei Auffassungen vertreten, die im Widerspruch zur Meinung der Partei stehen, es sei denn, sie sind konterrevolutionär.

Doch wie steht es mit dem Streikrecht? Sollen Arbeiter im Sozialismus das Streikrecht haben? Würde die Ausübung eines Streikrechts nicht bedeuten, dass sie gegen sich selbst streiken? Ist es daher nicht etwa eine konterrevolutionäre Position, für ein Streikrecht im Sozialismus einzutreten?

Sehen wir näher zu.

Streiken Arbeiter im Sozialismus, so wird dies in den allermeisten Fällen rückständiges Bewusstsein ausdrücken, denn es gibt **politische** Mittel und Wege, Mißstände zu beseitigen, den Bürokratismus zu bekämpfen; ein Streik aber schadet der Produktion, folglich den Konsumenten, folglich den Arbeitern. Doch welche Wirkung hätte es auf das Bewusstsein vieler Arbeiter, wollte der Arbeiterstaat ihnen das Streiken verbieten, während er gleichzeitig nicht in der Lage war, diese und jene Mißstände zu verhindern, gegen die bestimmte Arbeiter in einer bestimmten Situation sich wenden? Das muss doch gerade jenen Kräften Auftrieb geben, die den Arbeitern einreden wollen, der Staat sei eben nicht ihr Staat! Betrachten wir in diesem Zusammenhang die Ausführungen Lenins über Streiks in der Übergangsperiode, wobei Lenin zunächst zwar nur die Übergangsperiode zum Sozialismus meint, die von Lenin dargelegt Taktik aber aus den bereits genannten Gründen auch auf den Sozialismus selbst, die Übergangsperiode zum reifen Kommunismus, anzuwenden ist:

„*Solange Klassen bestehen, ist der Klassenkampf unvermeidlich. In der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus ist das Bestehen von Klassen unvermeidlich, und das Programm der KPR sagt mit voller Bestimmtheit, daß wir lediglich die ersten Schritte beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus machen. Darum müssen sowohl die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht als auch die Gewerkschaften offen anerkennen, daß der ökonomische Kampf besteht und so lange unvermeidlich ist, bis die Elektrifizierung der Industrie und der Landwirtschaft wenigstens in den Grundzügen abgeschlossen und damit die Axt*

243 LW 33 S. 187

an alle Wurzeln des Kleinbetriebs und der Marktherrschaft gelegt ist.

Andererseits ist es augenscheinlich, daß das Endziel des Streikkampfes unter dem Kapitalismus die Zerstörung des Staatsapparats, der Sturz der Staatsmacht der gegebenen Klasse ist. Aber beim proletarischen Staat vom Übergangstypus, wie es der unsere ist, kann das Endziel jeder Aktion der Arbeiterklasse nur die Festigung des proletarischen Staates und der Staatsmacht der proletarischen Klasse, auf dem Wege des Kampfes gegen bürokratische Auswüchse dieses Staates, gegen seine Fehler und Schwächen, gegen die sich seiner Kontrolle entziehenden Klassengelüste der Kapitalisten²⁴⁴ usw. sein. Darum können sowohl die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht als auch die Gewerkschaften keinesfalls vergessen und dürfen den Arbeitern und werktätigen Massen niemals verhehlen, daß die Anwendung des Streikkampfes in einem Staat mit proletarischer Staatsmacht ausschließlich erklärt und gerechtfertigt werden kann durch bürokratische Auswüchse des proletarischen Staates und alle möglichen Überreste der kapitalistischen Vergangenheit in seinen Institutionen einerseits und durch die politische Unentwickeltheit und kulturelle Rückständigkeit der werktätigen Massen andererseits.

Deshalb ist es bei Reibungen und Konflikten zwischen einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse und einzelnen Institutionen und Organen des Arbeiterstaates die Aufgabe der Gewerkschaften, mitzuwirken an der möglichst schnellen und schmerzlosen Beilegung der Konflikte mit maximalen Vorteilen für die von ihnen vertretenen Arbeitergruppen, soweit diese Vorteile erreicht werden können ohne Benachteiligung anderer Gruppen und ohne Schaden für die Entwicklung des Arbeiterstaates und seiner Wirtschaft als Ganzes, denn nur diese Entwicklung kann die Grundlage für das materielle und geistige Wohl der Arbeiterklasse schaffen. Die einzig richtige, gesunde und zweckmäßige Methode für die Beilegung von Reibungen und Konflikten zwischen einzelnen Teilen der Arbeiterklasse und Organen des Arbeiterstaates ist eine vermittelnde Beteiligung der Gewerkschaften, die durch ihre entsprechenden Organe entweder mit den interessierten Wirtschaftsorganen auf Grund genau formulierter Forderungen und Vorschläge beider Seiten Verhandlungen aufnehmen oder an die höheren staatlichen Instanzen appellieren.

In Fällen, wo die unrichtige Handlungsweise von Wirtschaftsorganen, die Rückständigkeit gewisser Arbeitergruppen, die provokatorische Tätigkeit konterrevolutionärer Elemente oder schließlich die mangelnde Umsicht der Gewerkschaftsorganisationen selbst zu offenen Konflikten in Form von Streiks in Staatsbetrieben usw. führen, ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, zur schnellsten Liquidierung der Konflikte beizutragen durch Maßnahmen, die sich aus dem Charakter der Gewerkschaftsarbeit ergeben: durch Ergreifung von Maßnahmen zur Beseitigung tatsächlicher Unregelmäßigkeiten und Mißstände und zur Befriedigung berechtigter und erfüllbarer Forderungen der Massen, durch politische Einwirkung auf die Massen usw.

Einer der wichtigsten und unfehlbarsten Gradmesser für die Richtigkeit und den Erfolg der Arbeit einer Gewerkschaft ist der Grad, in dem sie Massenkongflikte in Staatsbetrieben erfolgreich durch eine umsichtige Politik verhütet, die auf den wirklichen und allseitigen Schutz der Interessen der Arbeitermassen sowie auf die rechtzeitige Beseitigung der Anlässe für Konflikte gerichtet ist.²⁴⁵

Wenn Partei und Gewerkschaften richtig arbeiten, werden Streiks im Sozialismus keine große Bedeutung haben. Unabhängig davon ist vorstehendes Lenin-Zitat von grundsätzlicher Bedeutung für die Frage, wie die Kommunisten in einem Arbeiterstaat an die Massen herangehen sollten und welche Bedeutung Massenorganisationen, insbesondere Gewerkschaften, dort haben.

*

In der Gewerkschaftsdiskussion 1920/21 führte Lenin nicht nur einen scharfen Kampf gegen Trotzki und Konsorten, die unter falscher Abstraktion von den bürokratischen Auswüchsen des Arbeiterstaates leugneten, dass die Arbeiter eines Schutzes gegen ihren eigenen Staat und dieser Staat eines Schutzes gegen seine bürokratischen Auswüchse bedurften. Einen ebenso scharfen Kampf führte er gegen die sogenannte Arbeiteropposition, die den Bürokratismus auf falsche Art bekämpfen wollte. Diese Gruppierung wollte die führen-

244 Die gibt es im Sozialismus natürlich nicht mehr, wohl aber gibt es – wie gesehen – Gelüste von Betriebsleitern und Behörden, sich der Kontrolle der Arbeiterklasse zu entziehen.

245 Lenin, Über die Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften, LW 33 S. 171 ff.

de Rolle der Partei beim Staats- und Wirtschaftsaufbau liquidieren und durch eine „Assoziation der Produzenten“ ersetzen. Beispielsweise wollten sie das damals unbedingt erforderliche Recht der Partei beseitigen, die Leiter der Wirtschaft zu ernennen.

Lenin hielt dieser Gruppierung folgendes entgegen:

„Der Kommunismus sagt: Die Avantgarde des Proletariats, die Kommunistische Partei, führt die parteilose Masse der Arbeitenden, indem sie diese Masse, zuerst die Arbeiter und dann auch die Bauern, aufklärt, schult, bildet und erzieht ('Schule' des Kommunismus), damit sie dahin gelangen können und wirklich gelangen, die Leitung der gesamten Volkswirtschaft in ihren Händen zu konzentrieren.

*Der Syndikalismus überträgt die Leitung der Industriezweige ('Haupt- und Zentralverwaltungen') der Masse der parteilosen, nach Produktionsbereichen gegliederten Arbeiter; er hebt dadurch die Notwendigkeit der Partei auf und leistet keine langwierige Arbeit, um die Massen zu erziehen und die Leitung der **gesamten Volkswirtschaft tatsächlich in ihren** Händen zu konzentrieren.“²⁴⁶*

Eine langwierige Arbeit, sagt Lenin, muss geleistet werden, damit die Massen tatsächlich die Leitung der gesamten Volkswirtschaft in ihre Hände nehmen **können**. Diese langwierige Arbeit kann man nicht durch Phrasen ersetzen. Noch ist man sehr weit von einem Zustand entfernt, wo jeder Arbeiter oder gar jeder Bauer leiten kann. Um dahin zu kommen, braucht man die Partei und ihre führende, wenn erforderlich auch administrierende Rolle.

„Die Gewerkschaften“, so stand es im Programm der KPR(B), „die bereits aufgrund der Gesetze der Sowjetrepublik und der eingebürgerten Praxis an allen lokalen und zentralen Verwaltungsorganen der Industrie teilnehmen, müssen dahin gelangen, daß sie die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen tatsächlich in ihren Händen konzentrieren.“

Und Lenin kommentierte:

„Darauf berufen sich alle. Was ist hier gesagt? Eine ganz unstrittige Sache: 'müssen dahin gelangen'. Es ist nicht gesagt, daß sie sofort dahin gelangen. Es ist nicht die Übertreibung enthalten, die man nur zu machen braucht, damit Unsinn entsteht. Hier heißt es: 'dahin gelangen'. Wohin? Zur Leitung und und tatsächlichen Konzentration. Wann werden sie dahin gelangen müssen? Dazu bedarf es der Erziehung. So erziehen, daß alle ohne Ausnahme zu leiten verstehen und wissen, wie man das macht.“²⁴⁷

Das Programm der „Arbeiteropposition“ lief im Grunde genommen darauf hinaus, sofort in den vollendeten Kommunismus hineinzuspringen. So beriefen sie sich auf das Zitat von Engels, wonach *„die Gesellschaft (...) die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert.“* Lenin erwiderte: *„Das ist lächerlich. Engels spricht von der kommunistischen Gesellschaft. Dort wird es keine Klassen mehr geben, dort wird es Produzenten geben.“²⁴⁸*

Und Lenin betonte, wie oben bereits zitiert: *„Der Staat ist das Gebiet des Zwanges. Es wäre Wahnwitz, wollte man auf den Zwang verzichten, besonders in der Epoche der Diktatur des Proletariats. 'Administrieren' und administratives Herangehen an die Dinge sind hier unerlässlich“²⁴⁹* Ebenso haben wir oben bereits darauf hingewiesen, dass sich dieser Zwang erforderlichenfalls auch gegen Arbeiter oder Gruppen von Arbeitern richten muss, aber eben nur dann, wenn es nicht anders geht: *„Wir müssen um jeden Preis zuerst überzeugen und dann erst Zwang anwenden.“²⁵⁰*

*

246 Lenin, Die Krise der Partei, LW 32 S. 34; Hervorhebung von Lenin

247 Lenin, Gesamtrussischer Verbandstag der Bergarbeiter, LW 32 S. 51

248 Lenin, X. Parteitag der KPR(B), LW 32 S. 214

249 Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, LW 32 S. 89

250 Lenin, X. Parteitag der KPR(B), LW 32 S. 213

Die Graue Reihe Heft 28/29 schrieb in Bezug auf diese Gewerkschaftsdebatte auf S. 144:

„Es ist kein Zufall, daß Lenin vor der Notwendigkeit stand, einen Zweifrontenkampf zu führen: zum einen gegen Kräfte, die den bestehenden Zustand verklärten und die Notwendigkeit leugneten, hinsichtlich des Staates konkrete weitere Schritte in Richtung Kommunismus zu unternehmen, zum anderen gegen Kräfte, die die Notwendigkeit der erforderlichen Zugeständnisse an die rückständigen Zustände leugneten und letztlich ebenfalls die Notwendigkeit leugneten, für die konkret möglichen Schritte in Richtung Kommunismus zu kämpfen, indem sie faktisch die Illusion der Möglichkeit des sofortigen Hineinspringens in kommunistische Zustände verbreiteten. Ein solcher Zweifrontenkrieg muß im Sozialismus so gut wie immer geführt werden.

Nach der Seite des Staates hin bedeutet dies insbesondere: Man muß gegen diejenigen kämpfen, die den sozialistische Staat verklären, seine Widersprüche und Mängel leugnen, konkrete Schritte zum Kampf gegen den Bürokratismus ablehnen. Solche Kräfte wenden sich – ob sie das wollen oder nicht – gegen das Voranschreiten zum Kommunismus, was aber letztlich zur Rückkehr zum Kapitalismus führen muß. Man muß zugleich gegen diejenigen kämpfen, die den Staatsapparat unter Berufung auf seine Mängel bekämpfen, ihn vorzeitig abbauen wollen, die staatliche Leitung der Produktion schwächen wollen und damit – ob sie das wollen oder nicht – die Rückkehr zum Kapitalismus vorbereiten.“

Dies hat grundlegende Bedeutung für die gesamte Periode des Übergangs zum reifen Kommunismus.

VIII.

Zur Frage der kommunistischen Partei

In der Roten Reihe Bd. 2, S. 29 ff. äußerte ich:

*„Der Übergang zum Kommunismus kann nicht allein durch Willensakte der revolutionären Subjekte herbeigeführt werden; der Handlungsspielraum dieser Subjekte ist stets durch die objektiv gegebenen Bedingungen beschränkt. Andererseits **besteht** dieser Handlungsspielraum innerhalb des jeweils gegebenen Rahmens. Aufgabe der revolutionären Subjekte ist es, diesen Spielraum in jeder Situation maximal zu nutzen, um das gesamte Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse in größtmöglichem Tempo in Richtung Kommunismus zu bewegen, d.h. das kommunistische Element zu stärken, damit die Möglichkeiten zu schaffen und zu nutzen, den Wirkungsbereich der beiden Krücken²⁵¹ zurückzudrängen. Dabei muß auch Sonderinteressen entgegengewirkt werden, die durch diese Krücken geschaffen und reproduziert wurden.*

*Das revolutionäre Subjekt ist vor allem die Arbeiterklasse. Sie ist es, die sich auch innerhalb des Sozialismus auf Dauer nicht mit den der alten Gesellschaft entlehnten Krücken, mit überkommenen Arbeitsteilungen abfinden kann, da die Entfaltung ihrer schöpferischen Fähigkeiten dadurch behindert wird. Doch diese Feststellung ist nicht absolut. Solange es Klassenunterschiede gibt, wird es auch unter Arbeitern und Arbeiterinnen mehr oder minder stark das Bestreben geben, sich in diesen und jenen rückständigen Verhältnissen einzurichten, wird es z.B. Lohnarbeitermentalität geben. Dies kann sich z.B. auch in der Mentalität ausdrücken 'die Kommunisten machen das schon ganz gut für uns' – dem entspricht die Einstellung von Funktionären, Sozialismus sei 'Fürsorge für die Menschen'. So werden unter dem Deckmantel, den Sozialismus zu verteidigen, **gerade solche** Bestandteile des Sozialismus reproduziert, die der alten Gesellschaft entlehnt sind, was bei einer gewissen quantitativen Anhäufung zu einem solchen qualitativen Umschlag führen kann, der den kommunistischen Keim und damit den Sozialismus liquidiert.*

Die Arbeiterklasse ist es in erster Linie, die den Weg zum Sozialismus bahnen muß, doch sie kann es nicht

251 Mit den „beiden Krücken“ sind die Reste von Warenkategorien sowie die Staatlichkeit im alten, ursprünglichen Sinn des Wortes gemeint.

spontan und unorganisiert. Sie braucht auch hierfür ihre bewußte und organisierte Vorhut-Partei.

Diese Partei muß ihre klassenmäßigen Wurzeln vor allem in der Arbeiterklasse haben, muß diejenigen Bestrebungen der Klasse bewußt machen und organisieren, die sich mit den der alten Gesellschaft entlehnten Krücken auf Dauer nicht abfinden können. Diese Partei muß im Interesse ihrer Klasse planmäßig und organisiert auf alle gesellschaftlichen Bereiche einwirken und muß hierzu in allen diesen Bereichen präsent sein. So müssen Kader der Partei Betriebsleiter sein, verantwortliche Positionen im Staatsapparat bekleiden usw. Strebt die Partei das nicht an, so werden diese Positionen anderen überlassen, die andere Klasseninteressen vertreten oder zumindest nicht bewußt und planmäßig das kommunistische Interesse der Arbeiterklasse vertreten. Ist die Partei aber in all diesen Bereichen präsent, so ist sie auch den negativen Wirkungen unterworfen, die von der Warenkrücke und der Staatskrücke ausgehen.

Die Parteimitglieder in diesen Bereichen haben die Aufgabe, den betreffenden Sonderinteressen strategisch entgegenzuwirken, zugleich aber darauf hinzuwirken, daß die taktischen Aufgaben der jeweiligen Krücken wahrgenommen werden. Letzteres kann sich verselbständigen, kann sich von der strategischen, kommunistischen Zielrichtung loslösen, kann dazu führen, daß Kommunisten ihre strategische Aufgabe 'vergessen' und anfangen, andere Interessen zu vertreten, daß sie nach und nach aufhören, Kommunisten zu sein, ohne es überhaupt zu merken. Auch können sich Leute das Parteibuch verschaffen, die von vornherein gar nicht vom proletarischen Interesse und vom kommunistischen Ziel ausgehen, sondern unter dem Deckmantel des Parteibuchs ganz andere Interessen vertreten.

Die Partei muß die realen Gegebenheiten der Übergangsgesellschaft, die Existenz von Klassenunterschieden, die Trennung von Kopf- und Handarbeit, von leitender und ausführender Tätigkeit, das teilweise Auseinanderfallen von individuellen und gesellschaftlichen Interessen, zur Kenntnis nehmen und taktisch damit rechnen. Sie muß gleichzeitig eine Strategie verfolgen, die darauf gerichtet ist, all diese sozialökonomischen Triebkräfte zu überwinden. Dies ist der Widerspruch, den die Partei immer wieder theoretisch und praktisch lösen muß und der leicht zu Zerreißproben für einzelne Mitglieder und Kollektive und für die Partei insgesamt führen kann.

*Diese Partei steht also nicht außerhalb des komplizierten und widersprüchlichen Ensembles der Verhältnisse der Übergangsgesellschaft, sondern sie ist Teil davon. Die Widersprüche der Übergangsgesellschaft kommen innerhalb der Partei in konzentrierter Form zum Ausdruck, und die Partei muß stets **darum kämpfen, ihren proletarischen und kommunistischen Charakter zu bewahren. Die Partei muß strategisch anstreben, sich selbst als Avantgarde aufzuheben.** Die Arbeiterklasse benötigt zwar bis zum Absterben der Klassen und des Staates die führende Rolle ihrer Partei in allen Bereichen der Gesellschaft, doch mit dem Prozeß der Verringerung von Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft muß diese Leitung qualitativ immer höhere Formen annehmen, muß sie in zunehmendem Maße darin bestehen, immer mehr Menschen unmittelbar in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse hineinzuziehen. Eine Schule dafür besteht darin, daß immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter es erlernen, an der Leitung ihres Betriebes im gesamtgesellschaftlichen Sinne teilzunehmen, doch damit darf es nicht sein Bewenden haben. Ziel ist, daß sie nicht nur an der Leitung ihres Betriebs, sondern an der Leitung **aller** gesellschaftlicher Angelegenheiten teilhaben.*

Gerade auch in dieser Hinsicht ist Marx' 3. Feuerbach-These genial:

'Die materialistische Lehre' – Marx meint den vorherigen mechanischen oder objektivistischen Materialismus – 'von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren. Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.' (MEW 3 S. 5 f.)

*Und zwar – wohlgemerkt! - als **revolutionäre Praxis immer breiterer Massen von Produzentinnen und Produzenten.** Innerhalb des Sozialismus muß darauf Kurs genommen werden, daß immer mehr Menschen in die Debatte und Beschlußfassung über wichtige gesellschaftliche Fragen einbezogen werden. Geschieht dies nicht, so kann der Kommunismus nicht angesteuert und erreicht werden, und die Vernichtung des kommu-*

nistischen Keims ist gleichbedeutend mit dem Untergang des Sozialismus.“

Bereits der *Weg der Partei* 3/1985 – herausgegeben als Organ der Marxisten-Leninisten in der KPD, die im Kampf gegen das trotzkistische Koch-ZK standen – hatte auf Seite 93 ff. festgestellt:

*„Alle Erfolge – und das waren gewaltige Erfolge! - der russischen Revolution wären ohne die führende Rolle der bolschewistischen Partei nicht zu erreichen gewesen. Die Revolution scheiterte letztendlich, weil sich die Bürokraten immer mehr in der Partei breit machten, weil die Partei ihren revolutionären Geist aufgab. Daraus kann man nur folgern: Die Partei ist das **wichtigste Instrument** der proletarischen Revolution; die **Hauptgefahr** für die Revolution besteht **folglich** darin, daß das Proletariat dieses Instrument verlieren kann. Die Partei ist die schärfste Waffe der Klasse; die Gefahr ist folglich am größten, wenn diese Waffe stumpf wird oder gar dem Feind in die Hände fällt. In der Sowjetunion fiel sie dem Feind in die Hände. (...)*

*Daß eine solche Gefahr besteht, liegt daran, daß das Proletariat während der Periode der Übergangsgesellschaft eben noch 'auf der Basis der alten Gesellschaft' agiert, daß das **Erfordernis einer besonderen Vorhutpartei eben noch ein Tribut an die relative Rückständigkeit ist**. Dies Erfordernis fällt weg, wenn die Partei ihre Aufgabe erfüllt hat, d.h. wenn die gesamte werktätige Bevölkerung ausnahmslos befähigt ist, unmittelbar zu leiten, wenn der wesentliche Unterschied zwischen Stadt und Land, zwischen Kopf- und Handarbeit aufgehoben ist, wenn ein einheitlicher kommunistischer Produzent entstanden ist.*

*Daß **vorher** die besten, die fortgeschrittensten Elemente der Klasse die verantwortlichsten Staatsaufgaben übernehmen werden, daß diese besten Elemente, die die Vorhut des Proletariats bilden, organisiert sein müssen – all das kann man nicht bestreiten, ohne direkt zum Anarchismus hinabzusinken. Erkennt man dies aber an, so ist es das Selbstverständlichste von der Welt, daß die verantwortlichen Positionen der Staatsmacht vor allem von Kommunisten bekleidet werden. Andererseits aber führt die Anwendung dieses selbstverständlichen Satzes zu einer Gefahr, nämlich dazu daß jemand auf eine staatliche Stelle nur deshalb aufrückt, weil er das Parteibuch in der Tasche hat, - wenn dieser Satz nämlich schematisch angewandt wird. Stalin sagte: 'Manche Genossen sind der Meinung, man dürfe auf leitende Posten in den Fabriken und Werken nur Parteigenossen stellen. Aus diesem Grunde schieben sie oft fähige parteilose Genossen, die Initiative besitzen, beiseite und lassen an die erste Stelle Parteimitglieder aufrücken, selbst wenn diese weniger fähig sind und keine Initiative besitzen. Es ist überflüssig zu sagen, daß es nichts Dümmeres und Reaktionärerres gibt als eine solche, mit Verlaub zu sagen, 'Politik'. Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, dass man mit einer solchen 'Politik' nur die Partei diskreditieren und die parteilosen Arbeiter von der Partei abstoßen kann. Unsere Politik besteht keineswegs darin, die Partei in eine abgesonderte Kaste zu verwandeln.' (Stalin, Werke Band 13, Seite 61 f.)*

*Diese **Gefahr der Verwandlung der Partei in eine abgesonderte Kaste** besteht aber. Man wird mit Sicherheit keine Patentrezepte finden, mit denen man eine solche Gefahr ausschließen kann. Daß man mit dieser Gefahr leben muß, daß man überhaupt mit dem Bürokratismus leben muß, ist wie gesagt ein Tribut an die (relative) Rückständigkeit, an die Existenz von Klassen, an das Erbe von Jahrtausenden Ausbeuterherrschaft. Dieses Tributs kann man sich durch anarchistische Phrasen nicht entledigen. Man muss aber Mittel und Wege finden, gegen solche Gefahren zu kämpfen; insbesondere **Mittel und Wege, um die Partei reinzuhalten**.“*

Zu diesen Mitteln und Wegen gehören – wie schon gesagt – unter anderem Parteireinigungen, bei denen man den Hinweisen der parteilosen Werktätigen Rechnung trägt.

Ein anderer überaus wichtiger Punkt ist, dass die Partei richtige Beziehungen zu den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen unterhalten muss. Gewerkschaften und andere Massenorganisationen sind erforderlich, damit das Proletariat seine Diktatur ausüben kann. *„Aber die Diktatur des Proletariats läßt sich nicht verwirklichen durch eine Organisation, die das Proletariat in seiner Gesamtheit erfaßt. Denn nicht nur bei uns, in einem der rückständigsten kapitalistischen Länder, sondern auch in allen anderen kapitalistischen Ländern ist das Proletariat immer noch so zersplittert, so zu Boden gedrückt, hier und da so korrumpiert (nämlich durch den Imperialismus in den einzelnen Ländern), dass eine Organisation, die das Proletariat in seiner Gesamtheit erfaßt, dessen Diktatur unmittelbar nicht zu verwirklichen vermag. Die Diktatur*

*kann nur durch die Avantgarde verwirklicht werden, die die revolutionäre Energie der Klasse in sich aufgenommen hat. So bekommen wir gewissermaßen eine Reihe von Zahnrädern. Und derart ist der Mechanismus der eigentlichen Grundlage der Diktatur des Proletariats, der Mechanismus des innersten Wesens des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus beschaffen. (...) Die Diktatur läßt sich nicht verwirklichen ohne einige 'Transmissionsriemen' von der Avantgarde zur Masse der fortgeschrittenen Klasse und von dieser zur Masse der Werktätigen.*²⁵²

Diese Transmissionsriemen sind die Massenorganisationen. Doch Lenin versteht unter Transmissionsriemen keineswegs, dass die Partei kommandieren soll. Die Massenorganisationen sollen vielmehr Schulen des Kommunismus sein, die Kommunisten kämpfen innerhalb der Massenorganisationen für die Hebung der Selbsttätigkeit der Massen. Die werktätigen Massen sollen sich zusammenschließen und zunächst für ihre unmittelbaren Interessen eintreten, und in diesem Kampf sollen sie lernen, über den Tellerrand ihrer unmittelbaren Tagesinteressen hinauszublicken und nach und nach eine reale Stellung als Eigentümer der vergesellschafteten Produktionsmittel einzunehmen. Eben in diesem Sinne sind die Massenorganisationen Transmissionsriemen der Partei: Sie geben der Partei gewaltige Möglichkeiten, in organisierter Form für den Sieg der kommunistischen Bewusstheit über den kleinlichen, engen, persönlichen Standpunkt zu kämpfen.

Doch die Massenorganisationen können diese Funktion nur erfüllen, wenn in ihnen – bis zu einem gewissen Grad – auch Raum für relativ rückständige Auffassungen und Gepflogenheiten ist, denn die Aufgabe besteht ja gerade darin, diese rückständigen Auffassungen und Gepflogenheiten durch die gesellschaftliche Aktivität der Massen selbst zu überwinden. In diesem Sinne muss die Vorhut führen: durch ihre richtige Politik, durch ihr praktisches Beispiel, durch die Überzeugungskraft der Parteimitglieder. Nicht aber durch einen auf formale, bürokratische Art aufgefaßten Führungsanspruch, der die Äußerung und Betätigung von relativ rückständigen Auffassungen und Gepflogenheiten per Dekret verbietet, der die Massenorganisationen zu einem bloßen Wurmfortsatz bzw. Befehlsempfänger der Partei verkümmert. Ein solcher formaler Führungsanspruch der Partei kann rückständige Ansichten und Gepflogenheiten natürlich nicht überwinden; die Leute halten vielmehr in der Öffentlichkeit ihren Mund und schimpfen untereinander, am Arbeitsplatz (wenn kein Parteimitglied in der Nähe ist!) oder zuhause. Ein solcher formaler Führungsanspruch **verhindert** geradezu, dass die Partei ihre führende Rolle wirklich ausübt, dass sie die Massen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus bewusst macht. Daher ist ein so verstandener formaler Führungsanspruch der Partei revisionistisch, verwandelt die Partei aus dem Vortrupp der Klasse, der die Klasse auf die Höhe ihrer geschichtlichen Aufgaben hebt, in eine Kaste, die über der Klasse und über den Massen thront.

Lenin trat beispielsweise entschieden dagegen auf, dass nur bestimmte politische Ansichten ihren Platz in den Gewerkschaften haben sollten; ebenso entschieden trat er gegen Zwangsmitgliedschaft auf: „(...) *daher ist es notwendig, mit aller Entschiedenheit den Grundsatz der freiwilligen Mitgliedschaft in bezug auf den individuellen wie auch kollektiven Eintritt in die Gewerkschaften zu verwirklichen. Von den Gewerkschaftsmitgliedern darf man auf keinen Fall fordern, daß sie bestimmte politische Ansichten vertreten; in diesem Sinne wie auch in der Frage der Stellung zur Religion müssen die Gewerkschaften parteilos sein. Von den Gewerkschaftsmitgliedern ist im proletarischen Staat nur zu fordern, daß sie Verständnis haben für die kameradschaftliche Disziplin und für die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Kräfte der Arbeiter zum Schutz der Interessen der Werktätigen und zur Unterstützung der Macht der Werktätigen, d.h. der Sowjetmacht.*“²⁵³

Ebenso entschieden trat Lenin gegen die trotzkistische Auffassung auf, die Partei solle die Führer der Gewerkschaften bestimmen: „*Da haben Sie waschechten Bürokratismus! Trotzki und Krestinski werden das 'leitende Personal' der Gewerkschaften auslesen!*“²⁵⁴

Die reale Führung durch die Partei muss immer wieder aufs neue erkämpft werden. Die Partei darf sich, wenn sie diese Führung errungen hat, keineswegs darauf verlassen, dass dies ohne weiteres so bleiben muss. Es besteht nicht nur (und zunächst nicht einmal in erster Linie) die Gefahr, dass die Partei in offenen, schroffen Gegensatz zu den Massen geraten kann. Gefährlich ist auch eine zunehmende Lethargie der Massen bei

252 Lenin, Über die Gewerkschaften, LW 32 S. 3 f.

253 LW 33 S. 173 f.

254 LW 32 S. 25

eingeschliffenen Ritualen: z.B. formale Freiwilligkeit der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, während es faktisch undenkbar ist, dass ein Arbeiter nicht Mitglied ist. Formal werden die Funktionäre der Gewerkschaften gewählt, aber faktisch ist undenkbar, dass jemand gewählt wird, der der Parteiorganisation (und ggf. sogar der Betriebsleitung!) nicht genehm ist. Formal vertritt die Gewerkschaft die unmittelbaren Interessen der Arbeiter, es ist aber faktisch undenkbar, dass sie sich in einer Frage gegen die Betriebsleitung bzw. die Parteileitung stellt. Schleichen sich solche Verhältnisse ein, so werden die legalen Möglichkeiten beseitigt, in denen sich widersprüchliche Interessen äußern können; der Partei wird die Möglichkeit genommen, offen und bewusst gegen rückständige Ansichten zu kämpfen, da diese gar nicht offen in Erscheinung treten können. Dafür behindern sie unter der Oberfläche den gesellschaftlichen Fortschritt immer mehr. Derartige Verhältnisse beseitigen faktisch die Transmissionsriemen der Partei, liquidieren ihren Charakter, Schule des Kommunismus zu sein.

Haben sich solche ungesunden Verhältnisse herausentwickelt, die auf einem formalen, bürokratischen Verständnis der führenden Rolle der Partei beruhen, so wächst gleichzeitig die Gefahr des offenen Revisionismus: Bürokratismus und Schematismus haben die führende Rolle der Partei in Misskredit gebracht, und so dann treten rechte Elemente auf, die dies nutzen wollen, um die führende Rolle der Partei offiziell zu begraben. Unter der Losung der „Demokratie“ wird verbreitet, es gebe eben viele Meinungen, und alle hätten ihren gleichberechtigten Platz. Eine solche revisionistische Auffassung hat mit der Leninschen Auffassung von den Massenorganisationen als Transmissionsriemen der Partei und von der sozialistischen Demokratie überhaupt nichts gemein, eine solche Auffassung entwaffnet die Kommunisten ideologisch. Es muss zwar möglich sein, rückständige Auffassungen und Gepflogenheiten zu äußern bzw. zu betätigen, so lange dies keinen konterrevolutionären Charakter annimmt und die Rechte anderer nicht verletzt, doch das bedeutet keineswegs, dass sich die Kommunisten indifferent dazu verhalten sollen. Die fortschrittlichen Elemente sollen sich nicht den rückständigen anpassen, sondern die Klasse als Ganze soll ihr Niveau, ihr Klassenbewusstsein, ihre gesellschaftliche Aktivität erhöhen. Und was die Gewerkschaften betrifft, so müssen die Kommunisten dafür kämpfen, dass diese unter den schwierigen Bedingungen der Übergangsgesellschaft ihre Aufgaben erfüllen, die Lenin folgendermaßen gekennzeichnet hat:

„(...) ergibt sich eine Reihe von Widersprüchen zwischen den verschiedenen Aufgaben der Gewerkschaften. Einerseits ist die Hauptmethode ihrer Tätigkeit die Überzeugung, die Erziehung; andererseits können sie sich als Teilhaber der Staatsmacht nicht der Teilnahme an Zwangsmaßnahmen entziehen. Einerseits ist ihre Hauptaufgabe der Schutz der Interessen der werktätigen Massen im unmittelbarsten und nächstliegenden Sinne des Wortes; andererseits können sie als Teilhaber der Staatsmacht und Erbauer der gesamten Volkswirtschaft als Ganzes nicht auf Druckmittel verzichten. Einerseits müssen sie auf militärische Art arbeiten, denn die Diktatur des Proletariats ist der erbitterteste, hartnäckigste, verzweifeltste Klassenkrieg; andererseits sind gerade auf die Gewerkschaften spezifisch militärische Arbeitsmethoden am allerwenigsten anwendbar. Einerseits müssen sie es verstehen, sich der Masse, ihrem gegebenen Niveau anzupassen; andererseits dürfen sie den Vorurteilen und der Rückständigkeit der Masse gegenüber auf keinen Fall nachsichtig sein, sondern müssen die Masse unentwegt auf ein immer höheres Niveau heben usw. usf.“²⁵⁵

Bei alledem ist die Qualität der Arbeit der proletarischen Vorhutpartei von entscheidender Bedeutung, ist es von entscheidender Bedeutung, dass diese Partei es versteht, im Leninschen Sinne zu führen. Die formale, bürokratische Auslegung der „führenden Rolle“ der Partei muss gerade deshalb angegriffen werden, weil sie die Führung durch die Partei in Wirklichkeit verhindert.

Was ich über die Haltung der Kommunisten zu den Gewerkschaften sagte, ist auf die Frage des Herangehens an die Massen im Sozialismus überhaupt anzuwenden. Es muss darum gekämpft werden, dass ein möglichst großer Teil der Klasse real in gesellschaftliche Aktion tritt, ohne dabei an rückständige Teile der Klasse opportunistische Zugeständnisse zu machen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass die Werktätigen über entsprechende Rechte verfügen; es wäre tödlich für den Sozialismus, von der Vorstellung auszugehen, die proletarische Vorhutpartei übe ja die Macht aus, und damit sei es gut. Alle Rechte, die die Arbeiter in bürgerlichen Staaten haben, müssen sie selbstverständlich auch im Arbeiterstaat haben, doch darauf darf man sich nicht beschränken, letzteres ist die Hauptsache. Wichtig dabei ist, dass diese Rechte auch ausgeübt wer-

255 LW 33 S. 178 f.

den können, wenn Gruppen von Arbeitern dabei Auffassungen vertreten, die im Widerspruch zur Partei stehen, es sei denn, sie sind konterrevolutionär oder es werden die Rechte anderer verletzt.

Zur Frage mehrerer Parteien im Sozialismus

Ich gehe auf diese Frage nicht etwa deshalb ein, weil ich der Meinung wäre, dass sie praktisch von besonders großer Bedeutung wäre, sondern deshalb, weil der Autor sie aufgeworfen hat, und zwar in einer ganz bestimmten Weise. Nach Auffassung des Autors (Seite 66 ff.) ist es himmelschreiender Opportunismus, in welcher Weise der *Weg der Partei* 1-2/1992 (Seite 48 f.) diese Frage behandelt hatte. Ausführlich verbreitet der Autor sich darüber, dass der Sozialismus ohne Verbot anderer Parteien – wenn es denn welche gäbe – nicht auskommen könne.

Sehen wir uns zunächst die Passage im *Weg der Partei* an, die das Missfallen des Autors erregt hat:

„Auch eine allzugroße Konzentration auf die Frage, ob es im Sozialismus nur eine oder mehrere Parteien geben sollte, scheint uns geeignet, von den entscheidenden Fragen abzulenken:

*Gewiß: Gegenüber einer Position, die es als Dogma ansieht, in jedem Fall könne nur **eine** Partei existieren, sollte man dieses Dogma angreifen. Die russischen Bolschewiki beispielsweise bemühten sich geradezu darum, daß die linken Sozialrevolutionäre in die Regierung eintraten. Sie traten erst dann für das Verbot aller anderen Parteien (und darunter auch der Sozialrevolutionäre) ein, als diese Parteien konterrevolutionär wurden und dies den Massen der Werktätigen auch bewußt war.²⁵⁶*

*Doch kann die Existenz mehrerer Parteien sicherlich kein Mittel sein, um die revisionistische Entartung zu verhindern und die Entwicklung zum Kommunismus zu garantieren. Geht man davon aus, daß die Existenz mehrerer Parteien automatisch 'mehr Demokratie' bringe, so macht man sich in dieser Frage die 'Demokratie'-Vorstellung der Bourgeoisie zu eigen. Der bürgerliche Parteien-Pluralismus behauptet, die 'Freiheit' bestehe darin, daß jeder wählen könne, welche Partei seine Interessen vertreten sollte. Die proletarische Demokratie hingegen ist bestrebt, schrittweise von der angeblichen oder wirklichen 'Stellvertretung' durch Parteien wegzukommen. Letztlich geht es darum, die Demokratie, welche ja eine Staatsform ist, aufzuheben und durch eine Gesellschaftsform zu ersetzen, in der die Menschen ohne staatlichen Zwang festsetzen, welche Ziele die Gesellschaft verfolgt. Von diesem Standpunkt aus ist auch die Kommunistische Partei in gewisser Weise ein 'notwendiges Übel'; sie wird in der Übergangsgesellschaft benötigt, doch ihre Zielsetzung muß darauf gerichtet sein, ihre eigene Existenz überflüssig zu machen. **Das** scheint uns der kommunistische Standpunkt in der 'Parteienfrage' zu sein, und nicht die Schaffung möglichst vieler Parteien.*

*Man mag einwenden, dieser Standpunkt laufe faktisch doch wieder auf das Monopol der kommunistischen Partei hinaus. Doch wer so argumentiert, beweist nur, daß er sich selbsttätige Bewegungen, die nicht von der einen oder anderen Partei gegängelt werden, nicht vorstellen kann. Dabei sind die Verhältnisse in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern bereits so weit gediehen, dass sich solche Bewegungen entfalten. Als Beispiel wollen wir hier solche Bewegungen anführen, die sich mit Umweltfragen befassen. Dem Wesen der Sache nach sind dies doch Bewegungen, die einen bestimmten Standpunkt in der Frage vertreten, in welcher Richtung sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte entwickeln sollen; Bewegungen, die insbesondere einer zerstörerischen Richtung der Entwicklung der **Produktivkräfte** entgegenstehen, welche von der Verwertungslogik des Kapitals vorgegeben ist. Es waren nicht die reichlich vorhandenen Parteien, die diese Fragen aufgeworfen haben; diese Parteien haben vielmehr alles getan, um diesen Protest zu kanalisieren, zu entschärfen, unschädlich zu machen.*

Es ist kein Zufall, daß sich heute Bewegungen entwickeln, die sich mit der Richtung der Entwicklung der Produktivkräfte befassen. Dies hängt mit dem technisch hohen Niveau der Produktivkräfte und mit dem ho-

²⁵⁶ Wie ich sogleich zeigen werde, ist diese Aussage insoweit falsch, als es zu einem formalen Verbot **gar nicht kam**. Vielmehr verfolgten die Bolschewiki eine Politik, die es begünstigte, dass die Frage dieser Parteien sich von selbst erledigte.

hen Grad ihrer Vergesellschaftung bereits im Kapitalismus zusammen. Die Entwicklung der Atomenergieerzeugung beispielsweise ist nur aufgrund gesamtgesellschaftlicher Entscheidungen möglich, wobei diese Entscheidungen zwar nur von einem Häuflein von Kapitalmagnaten gefällt werden, ihre zerstörerischen Wirkungen aber von der gesamten Gesellschaft getragen werden. So könnte man viele Beispiele dafür bringen, daß grundlegende Entscheidungen über die Richtung der Produktion nur noch als gesamtgesellschaftliche Entscheidungen getroffen werden können, unter den gegebenen Umständen aber nur auf der Grundlage der Verwertungslogik des Kapitals gefällt werden. Dies **zwingt** die Menschen in gewisser Weise, sich um gesamtgesellschaftliche Fragen zu kümmern, wenn sie ihre individuellen Interessen wahrnehmen wollen.

Wenn dies aber beim gegebenen Stand der Produktivkräfte bereits im Kapitalismus so ist, sollten dann die Kommunisten im Sozialismus nicht ihre Kraft darauf konzentrieren, vor allem selbsttätige Bewegungen der Werktätigen zu fördern, anstatt das Heil von einem Parteienpluralismus zu erwarten?“

Von dieser ganzen Passage zitiert der Autor nur den **einen** Satz: „Gewiß: Gegenüber einer Position, die es als Dogma ansieht, in jedem Fall könne nur **eine** Partei existieren, sollte man dieses Dogma angreifen.“ Den Rest verschweigt er (bzw. er teilt lediglich lapidar mit, „zwar“ sei der ganze Abschnitt als Widerspruch gegenüber der These formuliert, im Sozialismus **müsse** es mehrere Parteien geben). Man muss schon über die ganz spezielle Brille des Autors verfügen, um in vorstehend wiedergegebenen Ausführungen im *Weg der Partei* einen „Lobgesang auf den 'Parteienpluralismus““ (S. 66) zu sehen!

Sehen wir zu, wie Lenin an die Frage anderer Parteien heranging.

Am 29. Oktober 1917 erklärte Lenin in einer Beratung der Regimentsvertreter der Petrograder Garnison:

„Es ist nicht unsere Schuld, daß die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki gegangen sind. Wir haben ihnen angeboten, die Macht zu teilen, aber sie wollen abwarten, bis der Kampf mit Kerenski beendet sein wird.

Wir haben alle eingeladen, sich an der Regierung zu beteiligen. Die linken Sozialrevolutionäre haben erklärt, daß sie die Politik der Sowjetregierung unterstützen wollen. Sie haben nicht einmal gewagt zu erklären, daß sie mit dem Programm der neuen Regierung nicht einverstanden wären.“²⁵⁷

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki hatten den Kongress der Sowjets verlassen, weil sie nicht anerkennen wollten, dass die Macht von den Sowjets ausgeübt wurde. Damit hatten sie sich faktisch auf die Seite der Konterrevolution gestellt, was von Lenin auch entsprechend angegriffen wurde. Dennoch heißt es in einer von Lenin verfassten Resolution des ZK:

„Das Zentralkomitee stellt fest, daß es niemanden vom II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß ausschließt und auch jetzt durchaus bereit ist, diejenigen, die gegangen sind, wieder zuzulassen und eine Koalition mit ihnen im Rahmen der Sowjets einzugehen, daß also die Behauptungen, die Bolschewiki wollten mit niemandem die Macht teilen, absolut unwahr sind.“²⁵⁸

Danach machte das ZK den linken Sozialrevolutionären neue Angebote für die Bildung einer Koalitionsregierung. Nach langen Verhandlungen wurde am 12. Dezember 1917 tatsächlich eine solche Regierung gebildet, bestehend aus elf Bolschewiki und sieben linken Sozialrevolutionären. Das Abkommen wurde allerdings Ende Februar 1918 annulliert, weil sich die linken Sozialrevolutionäre gegen die Friedensverhandlungen mit Deutschland ausgesprochen hatten.

Im Juli 1918 verkündet Maria Spiridonowa auf dem V. Sowjetkongreß den Entschluss der linken Sozialrevolutionäre, zu terroristischen Aktionen überzugehen, und erklärt, sie selbst werde mit der Pistole in der einen und der Bombe in der anderen Hand gegen die Bolschewiki kämpfen. Ihr wird das Wort entzogen. Einen Tag später ermorden linke Sozialrevolutionäre den deutschen Botschafter Mirbach, um den Friedensschluss mit Deutschland zu torpedieren. Danach zetteln sie einen bewaffneten Aufstand in Moskau an. „*Von nun an werden die linken Sozialrevolutionäre zum Lager der Konterrevolution gerechnet. Ihre Partei spaltet sich.*

257 LW 26 S. 260 f.

258 LW 26 S. 272

*Mitglieder, die sich konterrevolutionären Aktivitäten anschließen, werden aus den Sowjets ausgeschlossen und, sofern sie an Aufständen beteiligt sind, verhaftet. Die Aktivitäten derjenigen linken Sozialrevolutionäre jedoch, die sich nicht terroristisch betätigen, wird – man muß es betonen – keineswegs unterbunden; sie werden nur begrenzt unterdrückt, diejenigen, die entschlossen sind, weiterhin in den Sowjets zu arbeiten, werden nicht ausgeschlossen.*²⁵⁹

Neben den linken Sozialrevolutionären hatte die Partei der Sozialrevolutionäre fortbestanden, aus der erstere sich abgespalten hatten. „Unmittelbar nach dem 26. Oktober 1917 beschließt sie eine bewaffnete Aktion gegen die Sowjetmacht und verhandelt mit Kosakenregimentern und Offiziersschülern. Nach der Auflösung der Konstituierenden Versammlung greift sie zum individuellen Terror und begeht mehrere Morde. Während des Bürgerkriegs unterstützt sie offen die Konterrevolution und beteiligt sich an mehreren, gegen die Bolschewiki gerichteten 'Regierungen'.

Trotz dieser konterrevolutionären Aktivitäten wird die Sozialrevolutionäre Partei von der Sowjetregierung nicht aufgelöst. Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs beteiligt sie sich an der Arbeit der Sowjets (denn sie ist nur aus dem Sowjetkongreß ausgezogen), und ihre Zeitungen erscheinen weiter; allerdings werden sie immer häufiger der Zensur unterworfen, die im März 1918 eingeführt wird. Als sich dann aber der Bürgerkrieg ausweitet, werden die Sozialrevolutionäre wegen ihrer 'Verbindung mit den notorischen Konterrevolutionären' aus den Sowjets ausgeschlossen. Formal wird ihre Partei aber nicht aufgelöst. Je nach den Ereignissen werden ihre Aktivitäten mehr oder weniger geduldet.

*Diese Toleranz trägt auch einige Früchte. So verurteilen im Februar 1919 die Petrograder Sozialrevolutionäre die Konterrevolution und die ausländische Intervention.²⁶⁰ Ein Beschluß des ZEK vom 25. Februar 1919 verfügt die Wiederaufnahme derjenigen Sozialrevolutionäre in die Sowjetorgane, die diese Haltung einnehmen. Die Sozialrevolutionäre können wieder einige Veranstaltungen durchführen. Ende 1920 nehmen sogar Delegierte der Sozialrevolutionäre ohne Stimmrecht am XIII. Sowjetkongreß teil.*²⁶¹

Die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki wurden zu keinem Zeitpunkt formal verboten.²⁶² Sie zersetzten sich vielmehr. Konterrevolutionäre Aktivitäten wurden verfolgt und bestraft, Führer verhaftet. Etliche Führer emigrierten ins Ausland. Andererseits traten eine Anzahl von Menschewiki und Sozialrevolutionären der bolschewistischen Partei bei.

Die Leninsche Politik gegenüber diesen Parteien war prinzipienfest, vermied sowohl Opportunismus als auch Sektierertum. Es war richtig, diese Parteien nicht sofort wegen ihrer konterrevolutionären Aktivitäten zu verbieten, sondern zwischen unterschiedlichen Aktivitäten und unterschiedlichen Mitgliedern zu differenzieren. Auf diese Weise konnte man die guten Kräfte für die Unterstützung der Sowjetmacht gewinnen und die notorisch konterrevolutionären Kräfte isolieren, insbesondere auch gegenüber ihrer sozialen Basis.

Der Autor zitiert auf Seite 66 Lenin, der im Juli 1919 auf den Vorwurf, es bestehe die Diktatur **einer** Partei, antwortete: „Jawohl, Diktatur **einer** Partei! Dabei bleiben wir, und diesen Boden können wir nicht verlassen, weil das die Partei ist, die sich im Laufe von Jahrzehnten die Stellung als Avantgarde des gesamten Industrieproletariats erobert hat.“²⁶³ Lenin antwortete hier auf Leute, welche die Bildung einer Koalitionsregierung mit den Menschewiki und den linken Sozialrevolutionären forderten, also deren Beteiligung an der Macht. **Das** nämlich war der Inhalt des Vorwurfs, es bestehe die „Diktatur“ einer, nämlich der bolschewisti-

259 Bettelheim, Charles, Die Klassenkämpfe in der UdSSR Bd. 1, Berlin 1975 S. 221 f.

260 Der Autor hält es für generell „absurd“, „das 'Verbot' und die 'Überzeugungsarbeit' einander gegenüberzustellen“ (Seite 69). In einer konkreten Situation können sie sich **sehr wohl gegenüberstehen**. Hätte sich die Sowjetmacht nicht darauf beschränkt, konterrevolutionäre Handlungen und bestimmte Personen der Sozialrevolutionäre zu verfolgen, hätte sie die Partei im Ganzen verboten, so wäre es wohl z.B. sehr unwahrscheinlich gewesen, dass die Petrograder Organisation der Sozialrevolutionäre sich gegen Konterrevolution und imperialistische Intervention gestellt hätte. Die Sowjetmacht war damals aber bitter auf jegliche derartige Unterstützung angewiesen.

261 ebenda S. 220 f.

262 Die Behauptung Trotzki's, den der Autor auf Seite 61 zitiert, die anderen Parteien seien verboten worden, ist also falsch.

263 Lenin, Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß, LW 29 S. 527; Hervorhebung von Lenin

schen Partei; ihr wurde vorgeworfen, dass sie allein regierte. Auch die von diesen Leuten benutzte Phrase „sozialistische Einheitsfront“ bedeutete genau dies. Wenn Lenin die „Diktatur **einer** Partei“ verteidigte, hieß das in diesem Zusammenhang lediglich, dass er die Forderung, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre an der Regierung zu beteiligen (vielleicht mit Maria Spiridonowa als Kriegskommissarin, wo sie doch anscheinend über militärische Erfahrungen im Kampf gegen die Bolschewiki verfügte?), ablehnte. Lenin sagte: „Wenn man uns die sozialistische Einheitsfront vorschlägt, dann sagen wir: Dieser Vorschlag geht von den Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre aus, die im Laufe der Revolution Schwankungen zugunsten der Bourgeoisie gezeigt haben.“²⁶⁴ Und Lenin führte aus, warum es reichlich gute Gründe gab, mit diesen Parteien **keinesfalls** eine Koalitionsregierung zu bilden, sie **keinesfalls** an der Regierung zu beteiligen. Aber: diese Parteien existierten zu diesem Zeitpunkt – 1919 – legal. Die linken Sozialrevolutionäre z.B. waren nicht verboten worden, obwohl den Ankündigungen Spiridonowas durchaus Taten gefolgt waren. Diese Parteien wurden auch später nicht verboten. Auf seine unnachahmliche Art macht der Autor daraus folgendes: „Lenin behandelt hier lediglich die Frage, warum es im sozialistischen Staat **nur eine** Partei gibt und nur geben kann.“ (S. 67, Hervorhebung vom Autor) Einen Kommentar spare ich mir.

Es ist auch in jedem anderen Land – auch in Deutschland – durchaus möglich, dass zum Zeitpunkt der Machtergreifung des Proletariats Parteien existieren, die ähnlich zwiespältige Haltungen einnehmen wie damals die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre und die linken Sozialrevolutionäre. Es ist notwendig, ihnen gegenüber eine Politik durchzuführen, die der damaligen Leninschen Politik entspricht. Es wäre in der Regel ein bürokratischer Akt, eine Verletzung der sozialistischen Demokratie und eine politische Dummheit, Parteien zu verbieten, solange sie nicht durchgängig und für den größten Teil der Massen erkennbar konterrevolutionär agieren. Solange dies nicht der Fall ist, wird es in der Regel genügen, repressive Maßnahmen gegen bestimmte Aktionen, Publikationen, Personen usw. solcher Parteien anzuwenden. Durch ein vorschnelles Verbot würde man die gesunden Kräfte in solchen Parteien und insbesondere die soziale Basis dieser Parteien²⁶⁵ an die konterrevolutionären Kräfte binden, statt sie von ihnen zu lösen. Und noch schlimmer: man würde den breiten Massen signalisieren, dass jeder, der den Kommunisten widerspricht, ganz schlechte Karten hat. Eine wahrhaft „ideale“ Voraussetzung für die Entfaltung sozialistischer Demokratie!

Es ist meiner Meinung nach wahrscheinlich, dass sich die Frage solcher Parteien ähnlich wie in der Sowjetunion letztlich von selbst erledigen wird, wenn die kommunistische Partei ihnen gegenüber eine richtige Politik verfolgt.

Im übrigen ist es möglich, dass sich im Sozialismus neue Parteien bilden. Selbstverständlich dürfen keine Parteien zugelassen werden, die sich erklärtermaßen oder faktisch gegen den Sozialismus richten. Es kann aber sein, dass Menschen – sei es zurecht oder zu unrecht - der Auffassung sind, dass die kommunistische Partei ein bestimmtes Anliegen – sagen wir z.B. die Gleichstellung der Frau oder den Schutz der Umwelt – nicht entschieden genug betreibt und die deshalb eine Partei bilden wollen. Ob solche Vereinigungen, die im wesentlichen nur **ein** bestimmtes Anliegen – wenn auch von grundsätzlicher und langfristiger Bedeutung – verfolgen, Parteien im eigentlichen Sinne sind, mag dahinstehen, aber es kann sehr wohl dazu kommen, dass sie sich Partei nennen und als solche an Wahlen teilnehmen wollen oder dass Mitglieder solcher Parteien unter Bezugnahme auf ihre Parteizugehörigkeit an Wahlen teilnehmen wollen. Selbstverständlich darf ihnen das nicht verwehrt werden, ganz unabhängig davon, ob ihre Auffassung, die kommunistische Partei betreibe ein bestimmtes Anliegen nicht konsequent genug, richtig ist oder nicht. Es wäre eine Kapitulationserklärung, wenn die kommunistische Partei nicht imstande oder zu bequem wäre, sich mit solchen Bestrebungen politisch auseinanderzusetzen. Es mag sein, dass konterrevolutionäre Kräfte solche Bestrebungen für ihre Zwecke zu nutzen suchen. Dann ist es Aufgabe der kommunistischen Partei, eine Politik zu entwickeln, die diese konterrevolutionären Kräfte isoliert.

Wenn der Autor (Seite 66) also dem *Weg der Partei* 1-2/1992 empört vorwirft, er halte die Existenz mehrerer Parteien im Sozialismus für „prinzipiell möglich“, dann sage ich: ja, sie ist prinzipiell möglich, und das entspricht prinzipienfester Leninscher Politik. Dem steht auch nicht entgegen, dass Russland zum gegebenen

264 ebenda

265 Was Russland angeht, so hatten die linken Sozialrevolutionäre nicht unbedeutenden Einfluss auf Teile der Bauernschaft, insbesondere auf die Mittelbauern. Die Politik der Bolschewiki in Bezug auf die linken Sozialrevolutionäre trug dem Rechnung.

Zeitpunkt noch nicht sozialistisch war. Es kann sich ja nicht darum handeln, dass man – sobald der Sozialismus errichtet ist – zu einer „Politik“ des Administrierens übergeht, in der die kommunistische Partei alles verbietet, was ihr nicht passt, die Demokratie abtötet und den Konterrevolutionären hilft, indem man darauf verzichtet, sie politisch zu isolieren. All das hat nichts mit der Zulassung christlicher oder liberaler Parteien zu tun oder etwa damit, dass die Arbeiterklasse sich mit der Bourgeoisie oder den Großgrundbesitzern die Macht teilen soll, indem sie deren Parteien zulässt, wie der Autor fabuliert (S. 68). Dass er den Eindruck zu erwecken versucht, der *Weg der Partei* hätte auf die Zulassung einer trotzkistischen Partei abgestellt (S. 71), ist seine besondere Manie, über die ich nur noch schmunzeln kann.

Übrigens erregt sich der Autor im Zusammenhang mit der Frage mehrerer Parteien auch über das Programm der KPD. Auf Seite 66 sagt er, dieses lasse „die Möglichkeit der Bildung von politischen Parteien im Prinzip zu (vgl. S. 39 ff.)“.

Nun kann ich allerdings auf „den Seiten 39 ff.“ des Programms der KPD diesbezüglich nur **einen** Hinweis finden, nämlich folgenden: „Der Staatsapparat darf nicht die Beute von Parteien sein. Eine Finanzierung politischer Parteien aus dem Staatshaushalt ist verboten. Parteien müssen sich ausschließlich auf freiwilliger Grundlage aus Beiträgen und Spenden ihrer Mitglieder sowie Anhängerinnen und Anhänger finanzieren.“

Das soll nun ganz schlimm sein. Der Autor erbost sich: „Damit wird – nicht zufällig gerade im Jahr 1992 – in einer wichtigen Frage des Marxismus-Leninismus gegenüber dem Druck der Bourgeoisie und dem Lobgesang auf den 'Parteienpluralismus' nach dem Fall der Mauer in Berlin und dem Untergang der Sowjetunion nachgegeben.“ (Seite 66) So so! Man hätte also dem Autor zufolge sagen müssen: Die Kommunistische Partei bekommt kein Geld aus dem Staatshaushalt, und andere Parteien verbieten wir sowieso. Man hätte im Programm der KPD die Absicht des Verbots anderer Parteien feierlich verkünden müssen.

Der Autor, der bereits „individuelle Rechte“ im Sozialismus als kleinbürgerlichen Mist verdammt hat, hat sich offenbar vorgenommen, **jedes** antikommunistische Klischee zu bedienen. Die Kommunisten sollen auf ihre Fahne schreiben: Jeden anderen Klüngel als unseren eigenen werden wir von vornherein schon mal verbieten, egal was er will und tut. Für einen solchen „Kommunismus“, der die finstersten antikommunistischen Vorurteile bestätigt, sei schön gedankt!

IX.

Der Sozialismus als Übergangsgesellschaft

Der Sozialismus ist eine Übergangsgesellschaft zwischen der alten Gesellschaft und dem Kommunismus, die sowohl sozialökonomische Merkmale der alten Gesellschaft als auch des Kommunismus enthält.

Wenn ich von „alter Gesellschaft“ spreche und nicht von Kapitalismus, so hat das folgenden Grund:

Wenn von den grundlegenden sozialökonomischen Kategorien der alten Gesellschaft die Rede ist, so fällt diese Bestimmung nicht einfach mit den grundlegenden sozialökonomischen Kategorien des Kapitalismus zusammen. Der Kapitalismus ist die entwickeltste Form der Warenproduktion, in welcher auch die Arbeitskraft zur Ware wird, doch die Warenproduktion ist weit älter als der Kapitalismus. Der Kapitalismus setzt das Privateigentum und damit bestimmte Formen der Arbeitsteilung voraus, doch diese sind weit älter als der Kapitalismus. Der Kapitalismus treibt die Staatsgewalt als einen „fürchterlichen Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der (...) Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft“²⁶⁶, auf die Spitze,

266 Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8 S. 196

doch der Staat ist weit älter als der Kapitalismus.

„Die richtige Anschauung und Deduktion“ der bürgerlichen Produktionsverhältnisse weist auf „eine hinter diesem System liegende Vergangenheit“ hin.²⁶⁷ Wenn wir vom Übergang zum Kommunismus sprechen, so geht es nicht nur um die Überwindung des Kapitalismus, sondern auch einer Reihe von sozialökonomischen Verhältnissen, die weit älter als der Kapitalismus und in modifizierter Form in der kapitalistischen Gesellschaft enthalten sind.

Der Übergang zum Kommunismus setzt also nicht nur das Verschwinden der spezifisch kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse voraus, sondern darüber hinaus das Überwinden einer Reihe von weit älteren gesellschaftlichen Verhältnissen, die mitunter weitaus zäher sind, die aber, wenn sie nicht überwunden werden, letztlich zur Wiederherstellung des Kapitalismus führen.

Selbstverständlich ist es auch nicht falsch, zu sagen, dass der Sozialismus die Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus ist. Doch muss dies zum einen das Verständnis beinhalten, dass das Kapitalverhältnis, Kapital in jeglicher Form und die Bourgeoisie als Klasse bereits beseitigt sein müssen, wenn von Sozialismus die Rede sein soll. Zum anderen muss es das Verständnis beinhalten, dass dieser Übergang auch die Überwindung sozialökonomischer Kategorien umfassen muss, die zwar im Kapitalismus enthalten waren, aber älter sind als er.

Da der Sozialismus dieser Übergang **ist**, da er die Entwicklung zum Kommunismus beinhaltet, da der kommunistische Keim der sozialistischen Gesellschaft sich entwickelt und die Überbleibsel der alten Gesellschaft nach und nach zurückgedrängt und schließlich überwunden werden müssen, um zum reifen Kommunismus zu gelangen, versteht es sich von selbst, dass Sozialismus kein statischer Zustand ist. Er ist vielmehr Prozess, Entwicklung zum reifen Kommunismus nämlich. Diese Entwicklung erfolgt nicht im Selbstlauf, sondern im Klassenkampf, im Kampf derjenigen Kräfte, die diese Entwicklung wollen, gegen diejenigen Kräfte, deren Aktivität nur objekt oder auch gewollt darauf gerichtet ist, diesen Übergang zu be- bzw. verhindern, die Überreste der alten Gesellschaft zu verewigen bzw. auszubauen. Dieser Klassenkampf entscheidet über das Schicksal der sozialistischen Gesellschaft, darüber, ob das Stadium des reifen Kommunismus erreicht wird oder ob es zur revisionistischen Entartung und schließlich zur Restauration des Kapitalismus kommt.

Der Sozialismus ist keine eigenständige sozialökonomische Formation. In der Roten Reihe Bd. 2, S. 122 f. habe ich dazu ausgeführt:

*„Sklavenhaltergesellschaft, Feudalgesellschaft und Kapitalismus sind **sozialökonomische Formationen**. Das bedeutet, daß sich innerhalb dieser Gesellschaftsformationen alle Glieder des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenseitig stützen und reproduzieren (was natürlich Widersprüche nicht ausschließt, aber diese Widersprüche verhindern keineswegs eine gewisse Stabilität dieser Gesellschaftsordnungen und ihre Existenz für eine lange geschichtliche Periode). Auch der Kommunismus ist eine sozialökonomische Formation, der **Sozialismus aber ist es nicht, sondern er ist die Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus**. Er enthält Elemente sowohl der alten Gesellschaft als auch des sich entwickelnden Kommunismus, die miteinander im Kampf stehen, aber in der Erscheinung oftmals in komplexer Weise miteinander verwoben sind.²⁶⁸ Er ist nicht in dem Sinne stabil, daß er auf unbestimmte Zeit als Sozialismus existieren könnte, sondern er muß sich früher oder später nach der einen oder anderen Seite entwickeln. (Diese Kurzlebigkeit ist natürlich an historischen Maßstäben zu messen; gemessen am Lebensalter der Menschen kann das immer noch relativ lange sein.)“*

267 Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 373; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 364 f.

268 Als Beispiel für diese Verwobenheit sei hier angeführt: Die Reste von Warenverhältnissen und Wertformen werden im Sozialismus dafür genutzt, Sparsamkeit im Umgang mit Material und lebendiger Arbeitskraft zu gewährleisten. Insoweit dienen sie der Verwirklichung des kommunistischen Prinzips der Ökonomie der Zeit. Der Umstand, dass sie hierzu genutzt werden müssen, drückt gleichzeitig Rückständigkeit aus, die Überresten der alten Gesellschaft geschuldet sind.

Das bedeutet nicht etwa, dass ich – wie der Autor unterstellt – abstreite, dass der Sozialismus die untere Stufe des Kommunismus ist. Er ist es, denn er enthält sich entwickelnde Keime des Kommunismus. Er ist sich entwickelnder Kommunismus, Kommunismus im Werden, aber noch kein fertiger Kommunismus.²⁶⁹

Man kann die richtige Aussage, dass der Sozialismus die niedere Stufe des Kommunismus ist, aber auch falsch auffassen, nämlich so, dass lediglich die Weiterentwicklung des kommunistischen Keims erforderlich ist, um zum reifen Kommunismus zu gelangen, dass aber nichts oder zumindest kaum etwas **wegfallen** muss, **überwunden** werden muss. (Dass das „bürgerliche Recht“ in der Verteilung wegfallen muss, wird zumeist anerkannt, da Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* ausführlich darüber gesprochen hat.)

In derselben Schrift, in der Marx über den Unterschied zwischen der niederen und der höheren Stufe des Kommunismus sprach (wobei die niedere später als Sozialismus bezeichnet wurde), eben in der *Kritik des Gothaer Programms*, sagte er – wie oben zitiert – auch, dass die untere Stufe des Kommunismus „in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt“. ²⁷⁰ In **jeder** Beziehung! Und ebenfalls in der *Kritik des Gothaer Programms* äußerte Marx, wie ebenfalls bereits zitiert, dass „es überhaupt fehlerhaft (war), von der sog. **Verteilung Wesens** zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen. Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst; letzte Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst.“²⁷¹ Ganz offensichtlich war Marx der Auffassung, dass die in „jeder“ Hinsicht vorhandenen Muttermale der alten Gesellschaft auch in der Produktionsweise zu finden sein werden. Und die Geschichte hat dies bestätigt.

Es muss also nicht nur etwas hinzukommen, es muss sich nicht nur der kommunistische Keim weiterentwickeln, sondern es muss einiges **wegfallen**, um zum reifen Kommunismus zu gelangen. Ich führe dies hier nicht weiter aus, da ich bereits ausführlich darüber gesprochen habe, sondern nenne lediglich folgende Stichpunkte: Überreste der knechtenden Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, darunter der noch nicht überwundene Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit, von leitender und ausführender Tätigkeit, damit einhergehend Überreste von Klassenunterschieden, insbesondere auch die Existenz privilegierter Schichten, noch nicht völlig überwundene „gegenseitige Fremdheit“ der Produzenten, Lohnarbeitermentalität, Überreste von Warenverhältnissen und von Staatlichkeit im alten, ursprünglichen Sinn des Wortes, als taktisch erforderliche Krücken, die aber die Probleme nicht strategisch lösen können, sondern ihrerseits Hindernisse für das Voranschreiten zum reifen Kommunismus bereiten.

Der Autor versucht, die Frage zu verwirren, indem er der Roten Reihe vorwirft, sie betrachte den Sozialismus als etwas „*Drittes*“, nämlich gegenüber der alten Gesellschaft und dem Kommunismus (Seite 6). Das ist ein Spiel mit begriffslosen Worten, denn der Autor sagt nicht, was er unter einem „Dritten“ in diesem Zusammenhang versteht. Soll damit gesagt werden, beim Sozialismus handle es sich weder ganz um die alte Gesellschaft, denn von ihr seien nur noch Überreste vorhanden, noch handle es sich ganz um den Kommunismus, denn von ihm seien erst sich entwickelnde Keime vorhanden? Wenn man unter einem Dritten **das** versteht, dann ist der Sozialismus „ein Drittes“, wobei ich diese Wortwahl allerdings für schlecht und irreführend halte. Wenn man darunter aber versteht – und die Wortwahl legt dieses Verständnis meines Erachtens nahe –, es handle sich **wesensmäßig** um ein Drittes, um etwas, das Merkmale enthalte, die wesensmäßig weder mit der alten Gesellschaft noch mit dem Kommunismus zu tun haben, dann ist diese Auffassung falsch, und in der Roten Reihe wird **nichts** vertreten, was mit dieser Auffassung etwas gemein hat. Mit seinem „Dritten“ fischt der Autor im Trüben.

Ebenso spielt er mit Worten, wenn er der Roten Reihe vorhält, sie gehe davon aus, dass Altes und Neues im

269 Es ist daher streng genommen nicht präzise, „Sozialismus“ und „Kommunismus“ einander gegenüberzustellen.

Wenn man von deren Unterschieden sprechen will, muss man – exakt formuliert – „Sozialismus“ und „reifen Kommunismus“ oder „entwickelten Kommunismus“ einander gegenüberstellen. Der Abkürzung halber spreche ich aber mitunter dennoch einfach von „Sozialismus“ und „Kommunismus“. Das ist unschädlich, wenn man weiß, was gemeint ist. Auch Lenin hat mitunter diese abgekürzte Redeweise verwandt.

270 MEW 19 S. 20; Hervorhebungen von Marx

271 ebenda S. 22

Sozialismus „vermischt“ seien (S. 6). Sie sind insoweit „vermischt“, als der Sozialismus nicht zwei nebeneinanderstehende **Sektoren** enthält, einen Sektor „Keime des Kommunismus“ und einen Sektor „Muttermale der alten Gesellschaft“. Beispielsweise enthält auch der staatliche Sektor der Produktion, in welchem – hinsichtlich der Produktionsweise – der kommunistische Keim am entwickeltsten ist, Überreste von Warenverhältnissen. Es gibt keinen Sektor, der völlig frei davon ist.²⁷² Auch gibt es natürlich keinen Sektor der Produktion, der „rein“ von den Überresten der alten Arbeitsteilung wäre, neben einem davon separaten Reservat, in dem diese Überreste zusammengesperrt wären. Ferner **kann** Vergesellschaftung zunächst **nur** in Form der Verstaatlichung erfolgen, andererseits stellt diese niedere Form ein Muttermal der alten Gesellschaft dar.

In der Erscheinung kommt es in der Tat zu „Vermischungen“ von kommunistischen Keimen und Muttermalen der alten Gesellschaft, und es bedarf der theoretischen Analyse, um sie zu trennen und auseinanderzuhalten. Der Spiel des Autors mit dem Wort „vermischt“ legt allerdings die Unterstellung nahe, die Rote Reihe gehe davon aus, im Sozialismus seien das Neue und Überreste des Alten **wesensmäßig** vermischt. Eine solche Auffassung ist selbstverständlich falsch, und die Rote Reihe hat **nichts** vertreten, was so aufgefasst werden könnte. Auch hier fischt der Autor im Trüben.

Die oben skizzierte falsche Auffassung, dass beim Voranschreiten zum Kommunismus sich lediglich der kommunistische Keim entwickeln, aber nichts wegfallen müsse, findet sich auch in folgenden Ausführungen Enver Hoxhas aus dem Jahr 1979, die der Autor (S. 4) als Argument gegen die Rote Reihe anführt:

„Dieselbe Logik führte Mao Tse-tung auch zur Revision der marxistisch-leninistischen Theorie über die zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft:

'Der Dialektik entsprechend wird, so sicher der Mensch sterben muß, das sozialistische System als eine historische Erscheinung eines Tages zu bestehen aufhören, und seine Negation wird das kommunistische System sein. Würde man behaupten, das sozialistische System mit seinen Produktionsverhältnissen und seinem Überbau werde nie absterben, was für ein Marxismus wäre das? Wäre das nicht dasselbe wie ein Glaubensbekenntnis, wie eine Religionslehre, die die Unsterblichkeit Gottes predigt?'

*Mao Tse-tung revidiert offen das marxistisch-leninistische Verständnis vom Sozialismus und Kommunismus, die im Kern zwei Phasen gleichen Typs, der gleichen sozialökonomischen Ordnung sind und sich nur durch den Grad ihrer Entwicklung und ihrer Reife unterscheiden, und stellt auf diese Weise den Sozialismus als etwas dem Kommunismus diametral Entgegengesetztes hin.*²⁷³

Selbstverständlich hat Enver Hoxha **gegenüber Mao Tse-tung** völlig recht, denn letzterer stellt es tatsächlich so hin, als seien Sozialismus und Kommunismus entgegengesetzte sozialökonomische Formationen, und damit leugnet er den kommunistischen Keim im Sozialismus. Dessen ungeachtet hat Enver Hoxha unrecht mit seiner Behauptung, Sozialismus und Kommunismus würden sich „*nur durch den Grad ihrer Entwicklung und ihrer Reife unterscheiden*“. Dieses „**nur**“ leugnet, dass Etwas wegfallen muss, um zum reifen Kommunismus zu gelangen. Und es wird nicht von selbst wegfallen, sondern es muss **durch Klassenkampf beseitigt** werden, denn es gibt klassenmäßige Interessen, die es schützen. Marx hatte in *Klassenkämpfe in Frankreich* geschrieben: „*Die Arbeiterklasse weiß, daß dieses Erneuerungswerk immer wieder aufgehalten und behindert werden wird durch die Widerstände erworbener Anrechte und Klassenegoismen. Sie weiß, daß das gegenwärtige 'spontane Wirken der Naturgesetze des Kapitals und des Grundeigentums' nur im Verlauf eines langen Entwicklungsprozesses neuer Bedingungen durch das 'spontane Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit' ersetzt werden kann (...).*“²⁷⁴ Die Geschichte hat mittlerweile gezeigt: im Sozialismus kann es Kräfte geben, die ihre privilegierte Stellung in Produktion und Verteilung nicht nur schützen und damit das Voranschreiten zum reifen Kommunismus behindern wollen, sondern die – wenn die Arbeiterklasse das nicht verhindert – diese privilegierte Position darüberhinaus ausweiten, sich zu einer neuen Ausbeuterklasse entwickeln und den Sozialismus zu Fall bringen können.

272 Und die Schattenwirtschaft in der sozialistischen Sowjetunion war ein Phänomen dieses staatlichen Sektors, es gab keinen separaten „Sektor Schattenwirtschaft“.

273 Enver Hoxha, *Imperialismus und Revolution*, Tirana 1979 S. 482

274 MEW 17 S. 546

Besagtes „nur“ in obigem Enver-Hoxha-Zitat ist nicht etwa nur ein zufällig falscher Zungenschlag. So sagte Enver Hoxha 1978, dass *„Basis und Überbau (...) in unserer sozialistischen Gesellschaft ohne jeglichen Klassenantagonismus sind und diesbezüglich fortwährend vervollkommnet werden.“*²⁷⁵ Die Rote Reihe Bd. 1, S. 43 wies darauf hin, dass hier bereits ein logischer Widerspruch ins Auge springt: Wären Basis und Überbau wirklich „ohne jeden Klassenantagonismus“, so könnten sie „diesbezüglich“ kaum „vervollkommnet“ werden. Von dem, was nicht mehr da ist, kann man auch nichts mehr wegnehmen.

Bevor ich auf die Frage von Klassenantagonismen im Sozialismus eingehe, seien zunächst folgende Ausführungen Enver Hoxhas auf dem 7. Parteitag der PAA im Jahr 1976 zitiert, wo sich durchaus andere Auffassungen finden:

„Die internationale Erfahrung und die Erfahrung unseres Landes zeigen, daß die Hoffnungen der Bourgeoisie und der Reaktion auf eine Rückentwicklung zum Kapitalismus nicht nur auf den Überresten der alten Ausbeuterklassen beruhen und ebensowenig nur auf den ausländischen Agenten und Diversanten. Bourgeoisie und Reaktion setzen ihre Hoffnungen besonders auf andere Feinde des Sozialismus, die innerhalb der sozialistischen Gesellschaft entstehen, auf Leute, die von den Überresten der alten Ideologien verseucht werden und ausgeprägt individualistische, karrieristische Neigungen haben, die durch die Einflüsse der heutigen bürgerlich-revisionistischen Ideologien verwirrt sind, dem Druck der äußeren und inneren Feinde nachgeben und sich schließlich von der Revolution abwenden und zu Konterrevolutionären entarten.“

*In der sozialistischen Gesellschaft besteht die Gefahr, daß einzelne Menschen entarten, daß neue bürgerliche Elemente entstehen und zu Konterrevolutionären werden. Wie uns der Marxismus-Leninismus lehrt, ist dies nicht nur darauf zurückzuführen, daß die neue sozialistische Gesellschaftsordnung noch Traditionen, Sitten, Verhaltensweisen und Lebensauffassungen aus der bürgerlichen Gesellschaft, aus der sie hervorgegangen ist, bewahrt, sondern auch auf einige sozialökonomische Bedingungen, die in der Übergangsphase **in dieser Gesellschaft** vorhanden sind. Die Produktivkräfte und die **Produktionsverhältnisse**, die auf ihnen beruhende Verteilungsweise sind noch weit davon entfernt, vollkommen kommunistisch zu sein. Die auf verschiedenen Gebieten bestehenden Unterschiede, wie zwischen Stadt und Land, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit usw., die nicht auf einmal beseitigt werden können, wirken sich ebenfalls in dieser Hinsicht aus. Hier muß noch der große und allseitige Druck angeführt werden, den die kapitalistische und revisionistische Welt von außen ausübt. Der Sozialismus kann das Entstehen von negativen, seiner Natur fremden Erscheinungen zwar sehr einschränken, sie jedoch nicht völlig ausschließen.“*²⁷⁶

Enver Hoxha stellt hier sehr richtig fest, dass **feindliche Kräfte innerhalb des Sozialismus entstehen**. Er sagt nicht etwa „entstehen können“, sondern „entstehen“, und er sagt, dass man das „nicht völlig ausschließen“ sondern nur einschränken kann. Er geht also offenbar davon aus, dass diese feindlichen Kräfte **gesetzmäßig** entstehen. Er stellt sehr richtig fest, dass die Gefahr der revisionistischen Entartung **nicht nur** aufgrund der Überreste der alten Ausbeuterklassen und aufgrund der Tätigkeit ausländischer Agenten besteht. Er stellt sehr richtig fest, dass Menschen nicht nur entarten können aufgrund der Fortexistenz rückständiger Traditionen, Sitten, Verhaltensweisen und Lebensauffassungen. Er stellt sehr richtig fest, dass hier bestimmte sozialökonomische Bedingungen der Übergangsphase eine Rolle spielen, und er weist darauf hin, dass diese auch in den **Produktionsverhältnissen** wurzeln und dass - soweit sie in der Verteilungsweise wurzeln - diese Verteilungsweise auf den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen **beruht**. Er nennt in diesem Zusammenhang sehr richtig einige Merkmale fortbestehender knechtender Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, und er weist darauf hin, dass es sich hier um „sozialökonomische Bedingungen“ handelt, die „in dieser Gesellschaft“, also im Sozialismus bestehen.

Im Gegensatz dazu wurde in der wissenschaftlichen Konferenz in Tirana 1983 erklärt, die antagonistischen Widersprüche in der Gesellschaft seien *„nicht auf die sozialistischen Produktionsverhältnisse zurückzuführen, sondern sind ein Produkt der vorhandenen Muttermale aus der alten bürgerlichen Gesellschaft im In-*

275 Enver Hoxha, Die proletarische Demokratie – wahre Demokratie, in: Weg der Partei 5/1978 S. 3 f.

276 Enver Hoxha, Bericht an den 7. Parteitag der PAA, Dortmund 1977 S. 113 f.; Hervorhebungen von mir, P.U.

nen und des Drucks der kapitalistisch-revisionistischen Einkreisung von außen.“²⁷⁷ Auf das „**sondern**“ kommt es hier an. Haben z.B. die Überreste alter Arbeitsteilungen, von denen Enver Hoxha gesprochen hatte, etwa nichts mit den Produktionsverhältnissen der sozialistischen Gesellschaft zu tun? Sind diese Arbeitsteilungen nicht etwa ein Faktor, der (gewiss nicht als einziger, sondern neben anderen Faktoren) die sozialistischen Produktionsverhältnisse prägt? Hier wird das merkwürdige Dogma hochgehalten, solche Muttermale würden zwar existieren, hätten aber mit dem Sozialismus nichts zu tun, seien ihm „fremd“ - so als gäbe es einen separaten Sektor dieser Muttermale **außerhalb** der sozialistischen Gesellschaft, die selbst von solchen Muttermalen „rein“ sei. So entsteht eine idealistische Trennung zwischen einem „reinen“ Sozialismus, der aber nur im Reich des reinen Gedankens existiert, und einer materiell existierenden Gesellschaft, die solche Widersprüche aufweist. Diese idealistische Trennung behindert die weitere Analyse. Insbesondere stand sie der wichtigen Feststellung im Wege, dass es noch klassenmäßige Unterschiede gab, nicht nur zwischen Arbeitern und Bauern, was unstreitig war, sondern auch zwischen Arbeitern und privilegierten, leitenden Schichten, dass diese klassenmäßigen Unterschiede auf dem Wege des Voranschreitens zum reifen Kommunismus überwunden werden mussten, dass sie andererseits die Gefahr der revisionistischen Entartung beinhalteten. Man kann sich allerdings sehr gut vorstellen, dass es 1983 in Albanien bereits starke Kräfte gab, die an dieser Feststellung alles andere als „zutiefst interessiert“ waren.

Dieselbe Absurdität findet sich beim Autor. Auf Seite 47 wirft er der Roten Reihe vor: *„Diejenigen Elemente, die noch aus älteren Gesellschaftsformationen übriggeblieben sind und die gerade Hindernisse und Schwierigkeiten für die sozialistische Gesellschaft darstellen, werden dieser Gesellschaft selbst zugeschrieben. Damit wird der Sozialismus diffamiert.“* Hier haben wir wieder die idealistische Trennung zwischen einer von Muttermalen der alten Gesellschaft „reinen“ sozialistischen Gesellschaft neben einem davon getrennten Reservat, in welchem diese Muttermale zusammengesperrt sind.

Das angeführte Zitat aus der „wissenschaftlichen Konferenz“ von 1983 steht im Gegensatz zu Enver Hoxhas diesbezüglichen Ausführungen auf dem 7. Parteitag 1976. Andererseits hatte Enver Hoxha über diese Fragen wohl keine vollständige Klarheit; sonst hätte er nicht 1978 die merkwürdige These aufgestellt, „Basis und Überbau“ seien „ohne jeden Klassenantagonismus“. Wenn der Sozialismus nicht verhindern kann, dass Menschen entarten, dass „feindliche Kräfte innerhalb des Sozialismus entstehen“, und wenn die sozialökonomischen Verhältnisse dabei eine Rolle spielen, wie Enver Hoxha durchaus einräumt, dann kann es nicht sein, dass Basis und Überbau „ohne jeden Klassenantagonismus“ sind. Entartung bedeutet, dass diese Menschen in einen antagonistischen, nämlich unversöhnlichen Klassengegensatz zur Arbeiterklasse geraten. Sie sind z.B. weiterhin in Leitungsfunktionen tätig, bis man sie daraus entfernt hat, und es ist nicht möglich, stets alle zügig daraus zu entfernen.

Auch erscheint im angeführten Zitat vom 7. Parteitag – trotz aller dort enthaltenen richtigen und wichtigen Feststellungen – eine Entartung doch recht stark als individuelles Problem einzelner Menschen, die „individualistische, karrieristische Neigungen“ haben, „verwirrt“ sind usw. Wenn man schon einmal erkannt hat, dass die Probleme und Gefahren ihre Wurzeln nicht zuletzt in der ökonomischen Basis hatten, hätte man anders an die Fragen herangehen müssen. Natürlich ist eine Entartung, wenn man die Frage in Bezug auf bestimmte einzelne Menschen stellt, immer von höchst subjektiven Faktoren in der Lebensgeschichte dieser Menschen geprägt, doch darf dieser Faktor, wenn man die Frage in Bezug auf die Gesellschaft im Ganzen stellt, nicht im Vordergrund stehen. Entscheidend ist hier, dass man untersucht, wie die Wirkungsweise der verschiedenen Muttermale der alten Gesellschaft zur Entartung führen kann, wie diese Muttermale z.B. individualistische, karrieristische Neigungen **entstehen lassen** können – dass der Druck und die Agententätigkeit des Imperialismus dabei ebenfalls eine Rolle spielt, steht außer Frage.

Wie steht es nun mit der Frage von Klassenantagonismen in der sozialistischen Gesellschaft?

Nach den bisherigen Ausführungen liegt auf der Hand, dass es zu **individuellen** Antagonismen gesetzmäßig immer wieder kommen muss. Es können sich Menschen, die klassenfremde Zielsetzungen verfolgen, in leitende Funktionen einschleichen, und es können Menschen entarten. Aufgrund der Muttermale der alten Ge-

277 Wissenschaftliche Konferenz über das marxistisch-leninistische theoretische Denken der Partei der Arbeit Albaniens und des Genossen Enver Hoxha, 3.-4. 1983, Tirana 1983 S. 175

sellschaft kann dies gar nicht verhindert werden. Wie wir beispielsweise gesehen haben, waren sowjetische Betriebsleiter aufgrund der Verhältnisse der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ **gezwungen**, betriebliche Sonderinteressen wahrzunehmen. Man muss dies nur ein wenig übertreiben, zulasten der Gesellschaft, sich daran gewöhnen, dass man es übertreibt usw., und man befindet sich auf dem Wege der Entartung – häufig sogar ohne es zu merken. Die Diktatur des Proletariats kann solchen Entwicklungen entgegenwirken, sie kann sie eindämmen usw., doch sie kann sie nicht verhindern. Das hatte auch Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag klar gesagt. Wenn solche Widersprüche antagonistisch werden, muss die proletarische Diktatur sie auch als antagonistische behandeln. Spricht man berechtigtermaßen von einem Antagonismus, dann kann das betreffende Problem mittels Kritik und Selbstkritik nicht mehr gelöst werden. Dann müssen die betreffenden Personen von ihren Funktionen entfernt und erforderlichenfalls bestraft werden.

Wenn ich von „individuellen“ Antagonismen sprach, sollte damit ausgedrückt werden, dass es sich lediglich um einzelne Menschen oder um mehr oder weniger kleinere Gruppen von Menschen handelt (in Bezug auf das ganze Land gesehen). Auch diese Antagonismen entstehen aber (zumindest unter anderem) **aufgrund von Muttermalen der alten Gesellschaft** innerhalb des Sozialismus, sind so gesehen also durchaus nicht individuell.

Kritisch wird es, wenn antagonistische Widersprüche auftreten, die keinen (im oben bezeichneten Sinne) individuellen Charakter mehr annehmen, wenn es sich also nicht mehr um einzelne Personen und auch nicht mehr um mehr oder weniger überschaubare Gruppen von Personen handelt, sondern wenn privilegierte Schichten **im Ganzen** immer gezielter ihre Interessen gegen das Proletariat verfolgen. Die proletarische Politik muss darauf gerichtet sein, dies nach Möglichkeit zu verhindern. Es ist aber auch wichtig, sich darüber im klaren zu sein, dass es dennoch dazu kommen **kann**, wie es ja auch in Albanien geschehen **ist**. Dann muss zu schärferen Mitteln des Kampfes gegriffen werden, da es andernfalls zur Vernichtung des Sozialismus durch revisionistische Entartung kommt.²⁷⁸

Also: von individuellen Antagonismen im oben dargestellten Sinne abgesehen, nehmen die Widersprüche **keineswegs zwangsläufig** antagonistischen Charakter an. Vielmehr ist eine solche Zuspitzung möglichst zu vermeiden, da sie dem Sozialismus schadet.²⁷⁹ Andererseits ist es schädlich und kann zum Untergang des Sozialismus führen, wenn man nicht sieht, dass die Widersprüche antagonistisch werden **können**, und wenn die proletarische Partei sie nicht als antagonistische behandelt, sobald dies erforderlich ist.

Die in der sozialistischen Sowjetunion verwandte Formel von der „moralisch-politischen Einheit des Volkes“ hatte durchaus eine gewisse Berechtigung. Diese Formel ist richtig, wenn darunter verstanden wird, dass die proletarische Politik zunächst einmal darauf gerichtet sein muss, zu verhindern, dass es zu klassenmäßigen Antagonismen kommt, die keinen individuellen Charakter mehr haben. Diese Formel ist falsch und entwaffnet das Proletariat, wenn darunter verstanden wird, dass es zu solchen Antagonismen gar nicht kommen **kann**.

Im Zusammenhang damit, dass Stalin 1952 faktisch äußerte, gegen das weitere Voranschreiten zum Kommunismus gebe es keinen klassenmäßigen Widerstand mehr, musste es vor allem im letzteren Sinne verstanden werden. Stalin sagte, wie oben schon zitiert, dass es „*keine überlebten Klassen gibt, die einen Widerstand (nämlich gegen die weitere Entwicklung der Produktionsverhältnisse, P.U.) organisieren könnten. Natürlich*

278 Bereits der *Weg der Partei* 3/85, der im Kampf gegen das trotzkistische Koch-ZK herausgegeben wurde, hatte auf Seite 55 f. geschrieben: „*Allerdings sprach Stalin nicht davon, daß in dem Umstand der weitgehenden Leitung durch eine besondere Schicht die Wurzeln des Bürokratismus liegen – nicht aufgrund der Böswilligkeit der Intellektuellen, sondern aufgrund der relativen Rückständigkeit der Gesellschaft, die den in Jahrtausenden gewachsenen Unterschied von Kopf- und Handarbeit eben noch nicht beseitigen konnte. Mehr noch: Ein Teil dieser Schicht begann tatsächlich, eigenständige Klasseninteressen zu entwickeln. Wie wir heute wissen, wuchs aus einem Teil dieser Schicht die später herrschende neue bürgerliche Klasse heran.*“ Das Wort „bürgerliche“ ist insoweit schief, als es sich zwar um eine Ausbeuterklasse, nicht aber um Kapitalisten handelte.

279 Daher ist die maoistische Theorie vom ständigen Kampf zweier Linien konterrevolutionär. Sie ist darauf gerichtet, die Widersprüche immer wieder künstlich zuzuspitzen, ohne sie irgendwann zu lösen. - Wenn man über den Maoismus spricht, ist allerdings in erster Linie zu beachten, dass China auch zur Zeit Mao Tse-tungs niemals sozialistisch war, schon deshalb nicht, weil die Bourgeoisie als Klasse fortexistierte.

wird es auch im Sozialismus zurückbleibende, träge Kräfte geben, die die Notwendigkeit von Veränderungen in den Produktionsverhältnissen nicht begreifen, aber man kann sie natürlich unschwer überwinden, ohne es zu einem Konflikt kommen zu lassen.“ In der Roten Reihe Bd. 1 S. 86 f. wurde hierzu ausgeführt: „Das war eine krasse Verkennung der Wirklichkeit, denn die leitende Schicht war drauf und dran, sich zu einer neuen herrschenden Klasse zu formieren, der Arbeiterklasse die Macht vollends zu entreißen. Schon die Formulierung, es gebe keine 'überlebten Klassen', war geeignet, den Blick auf die Klassenwirklichkeit der Übergangsgesellschaft zu verstellen, denn diese Formulierung ging davon aus, nur Kräfte der alten **überlebten Klassen** könnten der Entwicklung zum Kommunismus in den Weg treten. Diese Vorstellung verstellte den Blick auf diejenigen gegnerischen Klassenkräfte, die sich auf Grundlage der sozialökonomischen Triebkräfte der alten Gesellschaft herausbilden konnten, welche die **Sowjetmacht selbst** als Krücken zu nutzen gezwungen war, nämlich der Staatlichkeit und der Warenkategorien ('wirtschaftliche Rechnungsführung'). Es waren also zwar **alte** sozialökonomische Triebkräfte, die jedoch in Gestalt **neuer** gesellschaftlicher Schichten erschienen. Idealistisch war die Vorstellung, man müsse nur solche Kräfte 'überwinden', die die erforderlichen Veränderungen 'nicht begreifen', denn diese Vorstellung abstrahierte völlig von den klassenmäßigen **Interessen** der leitenden Schicht, der hohen Partei- und Staatsfunktionäre sowie der Betriebsleiter. Zu diesem Zeitpunkt wollte der größte Teil dieser Leiter in erster Linie seine Privilegien behaupten bzw. ausbauen, seine Entscheidungskompetenzen sowie seine Privilegien im Konsum.“

Die Rote Reihe Bd. 1 (S. 87) sagte weiter:

„Der Mangel in der Entwicklung der Theorie der Übergangsgesellschaft war ein subjektiver Faktor, der die Entwicklung einer realistischen revolutionären Politik, die den Karren noch hätte herumreißen können, wohl entscheidend behinderte. Doch dieser subjektive Faktor hat seinerseits in letzter Analyse objektive Gründe. Die Sowjetunion war das **erste** sozialistische Land der Welt. Aus diesem Grunde verfügten die handelnden Revolutionäre über keine entwickelte Theorie der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, die sich auf die Erfahrungen früherer sozialistischer Gesellschaften hätte stützen können. Inmitten des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft die Erfahrungen sogleich zu einer geschlossenen Theorie zu verallgemeinern, das ist unermesslich schwer. Insbesondere dann, wenn zu den für den Sozialismus typischen Problemen die besonderen Schwierigkeiten eines Landes mit zunächst schwach entwickelten Produktivkräften hinzukommen.“

Völlig anders muss man es beurteilen, wenn jemand heute, nach den Erfahrungen der revisionistischen Entartung – zuletzt auch in Albanien – Auffassungen, die sich als falsch **erwiesen** haben, „verteidigt“, wie es der Autor tut. Besonders lächerlich ist, dass er der Roten Reihe vorwirft, die Position zu vertreten, im Sozialismus sei „ein Übergang in beide Richtungen (...) unter bestimmten Voraussetzungen möglich“, nämlich sowohl zum reifen Kommunismus als auch zurück zum Kapitalismus (S. 3). Als sei die Möglichkeit der Rückentwicklung zum Kapitalismus nicht mittlerweile bittere **Wirklichkeit** geworden!

Formal erkennt der Autor an, „dass der Sozialismus eben noch kein vollkommener, fertiger Kommunismus ist, dass er noch Muttermale, Überreste der alten Gesellschaft enthält.“ (Seite 18) Formal erkennt er an, dass „dieser Umstand (...) für die Analyse der Bewegungsgesetze des Kommunismus in seiner sozialistischen Phase tatsächlich von Bedeutung (ist) und insbesondere für die Frage, welche gesellschaftliche Grundlage es in der Phase des Sozialismus noch für eine Konterrevolution gibt, wie sie in der Sowjetunion in den fünfziger Jahren stattgefunden hat.“

Faktisch aber bleibt dies für den Autor ein Lippenbekenntnis. Wie sonst könnte er sich – wie oben gezeigt – darüber entrüsten und es als „trotzkistisch“ verunglimpfen (S. 56), dass die Rote Reihe Stalin dafür „angegriffen“ hat, dass dieser „den Klassenkampf nicht auf Ursachen zurückführte), die in den sozialistischen Produktionsverhältnissen wurzeln“? Wie sonst könnte er darüber wettern, dass die Rote Reihe Stalin und das Programm der Komintern für die Behauptung „angegriffen“ hat, die „Überreste der alten Gesellschaft“ würden „von keiner gesellschaftlichen Kraft mehr geschützt und verteidigt“? Wie sonst könnte er das von ihm offenbar als Heilige Schrift aufgefasste Lehrbuch der politischen Ökonomie von 1954 gegen den Spott der Roten Reihe über die Aussage verteidigen, „das gesamte Volk“ sei „an der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung zutiefst interessiert“?

Der Autor spielt ein Doppelspiel. In Worten „erkennt er an“, man müsse untersuchen, „*welche gesellschaftliche Grundlage es in der Phase des Sozialismus noch für eine Konterrevolution gibt, wie sie in der Sowjetunion in den fünfziger Jahren stattgefunden hat*“. Wenn man sich aber anschickt, das tatsächlich zu untersuchen, schreit er „Trotzkismus“ und betreibt die Heiligsprechung von Zitaten und Einschätzungen, die durch das Leben widerlegt wurden.

Bestandteil dieses Doppelspiels ist es auch, dass der Autor auf Seite 27 richtigerweise einräumt, dass die Diktatur des Proletariats bis zur höheren Phase des Kommunismus fortbestehen muss, weil zum einen im Inneren Überreste der alten Gesellschaft fortbestehen und zum anderen das kapitalistische Ausland Druck ausübt, und dass er ebenfalls richtigerweise einräumt: „*All das macht die Unterdrückung der Feinde des Sozialismus weiterhin notwendig, die aufgrund dieser Faktoren entstehen und die Restauration des Kapitalismus anstreben.*“ Was sind solche Lippenbekenntnisse wert, wenn der Autor dann andererseits beispielsweise mit Nibelungentreue die Behauptung des Lehrbuchs von 1954 verteidigt, „das gesamte Volk“ sei am Kommunismus zutiefst interessiert gewesen? Denkt er noch nicht einmal darüber nach, dass zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Lehrbuchs die privilegierte Schicht die Diktatur des Proletariats bereits gestürzt **hatte** und dass sie sich zur Zeit der Erstellung des Lehrbuchs **angeschickt hatte**, das zu tun? Und es komme keiner mit der sophistischen Ausflucht, diese Kräfte hätten eben „nicht zum Volk“ gehört. Das hat damals niemand so aufgefasst, und diese These hatte damals objektiv die Funktion, in die Köpfe zu säen, die Konterrevolution – und schon gar eine Konterrevolution, die von **diesen** Kräften ausgehe – sei völlig unmöglich.

Bestandteil dieses Doppelspiels ist es ferner, dass der Autor auf Seite 55 f. sagt: „*Nach marxistisch-leninistischer Auffassung entspringen die antagonistischen Widersprüche, mit denen die kommunistische Gesellschaft in ihrer niederen Phase noch zu kämpfen hat, nicht den sozialistischen Produktionsverhältnissen, sondern der alten Gesellschaft und der kapitalistischen Umkreisung. Diese antagonistischen Widersprüche machen den Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats weiter erforderlich. Ebenso können sich die nicht-antagonistischen Widersprüche zu antagonistischen entwickeln, wenn kein bewusster Kampf um den Abbau dieser Widersprüche (im Bewusstsein der Menschen, zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit usw.) geführt wird.*“ Ausgangspunkt ist hier wieder die Trennung zwischen den „reinen“ sozialistischen Produktionsverhältnissen und dem angeblich separat davon existierenden Reservat, in dem die Muttermale der alten Gesellschaft existieren sollen. Die Aussagen, dass die „Muttermale“ zu antagonistischen Widersprüchen führen können, dass dies die Diktatur des Proletariats erforderlich macht, dass sich auch nichtantagonistische zu antagonistischen Widersprüchen entwickeln können, sind völlig richtig. Sie sind aber völlig wertlos und nichts als Lippenbekenntnisse, wenn der Autor jegliche theoretische Anstrengung mit dem Ziel, die Wirkungsweisen dieser Muttermale und der daraus resultierenden Widersprüche zu untersuchen, um Schlussfolgerungen für den Klassenkampf ziehen zu können, als trotzkistisch verleumdet. Dabei leistet ihm die absurde Trennung zwischen einer „reinen“ sozialistischen Gesellschaft und einem davon getrennten Reservat mit „Muttermalen“ gute Dienste. Auf Grundlage dieser idealistischen Konstruktion kann man insbesondere bequem jegliche Untersuchung, die „Muttermale“ und daraus resultierende Widersprüche in den sozialistischen Produktionsverhältnissen aufdeckt, diffamieren. Formal gibt man zu, dass es antagonistische Widersprüche geben kann, behauptet aber im gleichen Atemzug, sie hätten mit dem Sozialismus nichts zu tun. **Es ist aber eine Tatsache, dass der Sozialismus weder in der Sowjetunion noch in Albanien von den Resten der alten Ausbeuterklassen zerschlagen wurde, sondern von Personen, die im Sozialismus leitende Funktionen in Partei, Staat und Gesellschaft innegehabt hatten.**

Der Autor verstellt den Blick auf die gesellschaftlichen Grundlagen für eine Konterrevolution auch durch Ausführungen wie die folgenden: „*Damit fällt auch die Existenz antagonistischer Klassen weg. Das ist die erste Stufe der klassenlosen Gesellschaft.*“ (S. 13) Der erste Satz ist richtig, der zweite ist irreführend. Zwar ist der Sozialismus die untere Stufe der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, aber er ist noch keine klassenlose Gesellschaft, er ist erst der Prozess der Auflösung der Klassen, und dieser Prozess kann scheitern. Die privilegierten Schichten, die sich als mögliche soziale Basis für eine Konterrevolution erwiesen **haben**, waren zwar zunächst noch keine Klasse, sondern eben eine Schicht, sie entwickelten sich erst im Zuge der Konterrevolution zu einer Klasse. Doch es gab Widersprüche zwischen dieser Schicht oder zumindest bedeutenden Teilen dieser Schicht und der Arbeiterklasse, dies waren **klassenmäßige** Widersprüche, auch wenn es keine Widersprüche **von Klassen** waren, solange diese Schicht sich noch nicht zu einer Klasse entwickelt hatte. Dieser Widerspruch nahm hier und da auch antagonistischen Charakter an, und schließlich – in

Vorbereitung und Durchführung der Konterrevolution – wurde er **durchgängig** antagonistisch. All dies **vertuscht** der Autor durch seine Formel.

Ebenfalls unzureichend sind folgende Ausführungen des Autors (Seite 13): „Zwar gibt es in der niederen Phase des Kommunismus noch verschiedene Klassen: Arbeiterklasse und Bauernschaft sowie die Intelligenz, die sich aus beiden Klassen speist. Die Widersprüche zwischen ihnen sind jedoch nicht-antagonistischer Natur: Sie lösen sich im Laufe der allmählichen Entwicklung zum Kommunismus in der Synthese dieser Klassen und nicht durch die Vernichtung einer Klasse durch die andere.“ Zwar entspricht dies im wesentlichen Stalins Ausführungen im Jahre 1936²⁸⁰, es ist aber offensichtlich, dass Stalin hier die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und privilegierten Schichten **ausgeblendet** hatte. Es ist offensichtlich, dass Stalin davon ausgegangen war – und zwar **irrtümlich** davon ausgegangen war, wie die Geschichte später **bewiesen** hat - es gebe in der sowjetischen Gesellschaft keine sozialökonomische Basis mehr, aus der sich eine Konterrevolution entwickeln könne. Dies **wiederholt** der Autor einfach, derselbe Autor, der uns bierernst erklärt, natürlich müsse man untersuchen, „welche gesellschaftliche Grundlage es in der Phase des Sozialismus noch für eine Konterrevolution gibt, wie sie in der Sowjetunion in den fünfziger Jahren stattgefunden hat“. Untersucht man das **so**? Untersucht man es, indem man behauptet, auf Grundlage der Produktionsverhältnisse im Sozialismus könne es nicht mehr zu klassenmäßigen Antagonismen kommen? Und das, nachdem sie geschichtlich aufgetreten **sind** und zum Untergang des Sozialismus geführt **haben!** Haben wir etwa erlebt, wie sich in der Sowjetunion noch bestehende Klassenunterschiede „im Laufe der allmählichen Entwicklung zum Kommunismus“ „**gelöst**“ haben? Haben wir nicht vielmehr das Gegenteil erlebt? Hat die Geschichte nicht etwa bewiesen, dass eine solche Lösung noch bestehender Klassenunterschiede nur **eine** Entwicklungsmöglichkeit des Sozialismus ist, die auch nicht von selbst vonstatten geht, sondern mittels Klassenkampf durchgesetzt werden muss, während **eine andere** Entwicklungsmöglichkeit die Entstehung und Machtergreifung einer neuen Ausbeuterklasse ist, und zwar ihre Entstehung aus einer privilegierten Schicht der sozialistischen Gesellschaft? Der Autor aber meint, die Rote Reihe besonders vernichtend geschlagen zu haben, wenn er (auf Seite 3) naserümpfend feststellt, dass sie vertritt: „Ein Übergang in beide Richtungen ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich.“ Liegt es nicht etwa auf der Hand, dass dem so ist? Geht der Autor überhaupt von der **realen Geschichte** aus oder von den **Wünschen** der seinerzeit agierenden Revolutionäre, von den Wünschen nämlich, es gebe keine klassenmäßig bedingten Antagonismen mehr und noch bestehende Klassenunterschiede würden sich mehr oder weniger problemlos lösen, von Wünschen, die sich als unreal **erwiesen** haben? Wenn man sich mit dem Autor auseinandersetzt, kommt man irgendwo an einen Punkt, der dem Märchen von „des Kaisers neuen Kleidern“ entspricht, wo man nur noch ausrufen kann: Der Kaiser ist ja nackt!

Auf Seite 45 sagt der Autor zur Frage der Muttermale der alten Gesellschaft, dass:

„**erstens** in der niederen Phase der kommunistischen Gesellschaft noch 'Überreste' der bürgerlichen Gesellschaft vorhanden sind (...); insbesondere sind das die Unterordnung unter die Teilung der Arbeit und Überreste im Bewusstsein der Menschen. Gerade dieses letzte Element musste in einem Land wie der Sowjetunion, in dem die Menschen noch weitestgehend vom Feudalismus oder noch älteren gesellschaftlichen Formationen geprägt waren, besonders zum Tragen kommen.“

Die knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit wird zwar knapp erwähnt, der Autor vermeidet aber tunlichst, in diesem Zusammenhang über **irgendetwas** zu sprechen, was im Zusammenhang damit steht, die gesellschaftlichen Grundlagen für die Möglichkeit einer Konterrevolution aufzudecken, deren Aufdeckung er angeblich für wichtig hält. Er sagt nichts darüber (und würde auch entschieden bestreiten), dass dies **ein** die Produktionsverhältnisse prägender Faktor ist, dass dies eng mit fortbestehenden klassenmäßigen Unterschieden zusammenhängt, insbesondere mit dem Gegensatz von leitenden und ausführenden Tätigkeiten. Er sagt nicht (und würde auch entschieden bestreiten), dass auf dieser Grundlage ein gewisser Rest von „gegenseitiger Fremdheit der Produzenten“ unvermeidlich ist und welche Konsequenzen dies hat. Stattdessen hebt er die sowjetische Besonderheit des Bestehens bestimmter Rückständigkeiten hervor. Solche Besonderheiten bestanden, doch der Autor benutzt sie dazu, um von Problemen und Schwierigkeiten, die beim Kampf für den Übergang zum reifen Kommunismus **immer und in jedem Land** auftreten werden, abzulen-

280 vgl.: Über den Entwurf der Verfassung der UdSSR, SW 14 S. 61 ff.

ken.

Der Autor sagt weiter, dass:

„zweitens auf der Grundlage dieser 'Überreste' bei der Verteilung der Konsumtionsmittel zunächst noch das 'bürgerliche Recht' angewandt werden muss. Es gehört noch zum Aufgabenbereich des sozialistischen Staates, dieses 'bürgerliche Recht' durchzusetzen.“

Das ist richtig, doch der Autor vermeidet jeden Hinweis darauf, dass die Verteilungsverhältnisse **auf den Produktionsverhältnissen beruhen**, was für Marxisten selbstverständlich ist. Der Autor vermeidet jeglichen Hinweis darauf aber nicht etwa deshalb, weil er es für selbstverständlich hält, sondern weil in den Wunschvorstellungen des Autors die sozialistischen Produktionsverhältnisse frei von dem Makel sein sollen, Überreste der alten Gesellschaft aufzuweisen. Deswegen beharrt er wie oben gesehen z.B. auch auf der Behauptung, die Reste von Wertformen im staatlichen Sektor hätten keinerlei gesellschaftlichen Inhalt, seien leere Hülle.

Er sagt weiter, dass:

„drittens die 'Überreste' der alten Gesellschaft im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Produktivkräfte verschwinden.“

Ganz gewiss ist es kein Zufall, dass er die Produktionsverhältnisse hier ebenfalls nicht erwähnt. **Ihre** Weiterentwicklung ist im Zusammenhang mit der Überwindung der Überreste der alten Gesellschaft seiner Meinung nach nicht erforderlich, weil die Produktionsverhältnisse eben seiner Meinung nach keine solchen Überreste aufweisen.

Er sagt ferner, dass:

„viertens dieses Verschwinden nicht von selbst erfolgt, sondern Ergebnis bewusster Anstrengungen sein muss“.

Es mag dahinstehen, ob es Zufall ist, dass er hier zwar von „bewussten Anstrengungen“, **nicht aber von Klassenkampf** spricht. Er „verteidigt“ immerhin die irrige Auffassung, es habe keine klassenmäßigen Kräfte mehr gegeben, die das Voranschreiten zum Kommunismus behindern konnten, gegen die „Angriffe“ der Roten Reihe. Andererseits spricht er an anderer Stelle (S. 2) richtig davon, dass die Überreste der alten Gesellschaft *„mit der Entwicklung des Klassenkampfes zurückgedrängt werden müssen“*. Was aber nützt das, wenn er z.B. die Existenz der Reste von Warenverhältnissen im staatlichen Sektor der Produktion bestreitet, wenn er bestreitet, dass die Existenz des Staates überhaupt mit Muttermalen der alten Gesellschaft einhergeht? Selbst wenn man in Worten anerkennt, dass es des proletarischen Klassenkampfes bedarf, um die Überreste der alten Gesellschaft zurückzudrängen, nutzt das nichts, wenn man Ausmaß und Wirkungsweise dieser Überreste systematisch verharmlost.

Er sagt schließlich, dass:

„fünftens insbesondere der Kampf gegen bürokratische Tendenzen im Staatsapparat und im Wirtschaftsleben nicht spontan verläuft, sondern bewusst geführt werden muss. Es muss bewusst darauf hingewirkt werden, dass die Massenorganisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und die Sowjets, gestärkt werden und dass immer mehr ArbeiterInnen dazu befähigt werden, die 'Staatsgeschäfte' selbst zu führen.“

Das ist richtig. Doch er bestreitet – wie oben gesehen – dass der Bürokratismus zwar eingedämmt, nicht aber völlig beseitigt werden kann, dass ein gewisses Maß an Bürokratismus **gesetzmäßig** entsteht. Auch diese Erkenntnis ist aber von großer Bedeutung, wenn man Waffen gegen eine revisionistische Konterrevolution schmieden will. Ebenso ist die Erkenntnis von Bedeutung, dass das Entstehen von Bürokratismus unter anderem zusammenhängt mit Überresten von „Staatlichkeit“ im alten, ursprünglichen Sinne des Wortes.

Letzteres bestreitet der Autor – wie ebenfalls ausgeführt – ganz massiv. Gleich in der Folge (S. 45 f.) wettet er erneut gegen die „Voraussetzung“ der Roten Reihe, „*dass der sozialistische Staat einen zwiespältigen Charakter habe (die wiederum ganz selbstverständlich mit Marx' Ausführungen über die 'Muttermale' der alten Gesellschaft gerechtfertigt werden soll)*.“ Er irrt auch in letzterem: die Rote Reihe „rechtfertigt“ diese Voraussetzung nicht mit Marxens Ausführungen über die Muttermale der alten Gesellschaft, sondern mit der geschichtlichen Realität. Tatsache ist allerdings auch, dass Marx – wie bereits zitiert – davon ausging, dass die untere Stufe des Kommunismus „*in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft*“. Kaum vorstellbar, dass Marx den Staat davon ausnahm – staatsgläubig war er ganz gewiss nicht. Und Tatsache ist auch, dass Engels – wie ebenfalls bereits zitiert – der Auffassung war, dass „*der Staat*“ „*im besten Fall*“ - eben im Sozialismus - „*ein Übel*“ ist, „*das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird und dessen schlimmste Seiten es ebensowenig wie die Kommune umhin können wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht instande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.*“²⁸¹

Der Autor hingegen sieht die Staatlichkeit keinesfalls als Überbleibsel der alten Gesellschaft an. Seine Verherrlichung des Staates hat mit Marxismus-Leninismus nicht das geringste gemein. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Absurdität, dass der Autor die an ein Stalin-Zitat angelehnte Formulierung, dass die Verstaatlichung eine niedere Stufe der Vergesellschaftung ist, für eine trotzkistische Verleumdung des Staates hält.

Es ist für Marxisten-Leninisten **selbstverständlich**, dass der Sozialismus unter anderem **der Prozess des Absterbens des Staates** ist. Lenin: „*Marx hat aus der ganzen Geschichte des Sozialismus und des politischen Kampfes gefolgert, daß der Staat verschwinden muß, daß die Übergangsform seines Verschwindens (der Übergang vom Staat zum Nichtstaat) das 'als herrschende Klasse organisierte Proletariat sein muss.*“²⁸² „*Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunkts des künftigen 'Absterbens' nicht einmal die Rede sein kann, um so mehr, als es sich offenkundig um einen langwierigen Prozeß handelt.*“²⁸³ Was meint der Autor wohl, warum der Staat eigentlich absterben soll, wenn er angeblich **kein** Muttermal der alten Gesellschaft ist?

Die Staatsverherrlichung des Autors korrespondiert mit seiner Einstellung, es sei gleichsam Gotteslästerung, wenn man „individuelle“ Rechte – und schon gar Schutzrechte gegen den Staat – im Sozialismus für erforderlich halte. Das bedeutet faktisch, dass der „Sozialismus“ des Autors in Wirklichkeit keine Diktatur des Proletariats, sondern ganz im Gegenteil ein Gefängnis für die Werktätigen ist. Mit solchen Auffassungen, die sich als kommunistisch und marxistisch-leninistisch ausgeben, werden der Kommunismus und der Marxismus-Leninismus diskreditiert.

Ich sagte bereits oben, dass die vom Autor vertretenen Auffassungen objektiv darauf gerichtet sind, die Arbeiterklasse daran zu hindern, die erforderlichen Lehren aus der furchtbaren Niederlage zu ziehen, die darin liegt, dass sie die revisionistische Entartung nicht verhindert hat. Es ist kein Zufall, dass der Autor (auf Seite 47) wütend gegen folgende Ausführungen der Roten Reihe vom Leder zieht: „*Die kommunistischen Verhältnisse müssen vielmehr bewußt geschaffen werden, und zwar gegen den Widerstand der sozialökonomischen Kräfte der alten Ordnung, die wesensmäßiger Bestandteil des Sozialismus sind.*“ „Schlagendes Argument“ des Autors hiergegen: dadurch würden sich laut Roter Reihe „*'Altes' und 'Neues' als entgegengesetzte und gleichberechtigte Triebkräfte gegenüberstehen*“. Sie sollen also **nicht** entgegengesetzt sein? Und das Spiel mit dem Wort „gleichberechtigt“ ist der beim Autor übliche Versuch, im Trüben zu fischen. Es kann wohl kaum die Rede davon sein, dass diese Kräfte nach Auffassung der Roten Reihe „gleichberechtigt“ sein sollen, wenn die Rote Reihe sagt, dass die kommunistischen Verhältnisse „*gegen den Widerstand der sozialökonomischen Kräfte der alten Ordnung*“ bewusst geschaffen werden müssen. In Wirklichkeit geht es hier darum, dass dem Autor diese Aussage nicht passt, weil er **die Realität, dass gegen den Kommunismus gerichtete sozialökonomische Kräfte Widerstand leisten, nicht akzeptieren will.**

281 Engels, Einleitung zu 'Der Bürgerkrieg in Frankreich', MEW 17 S. 625

282 Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S.445

283 ebenda S. 471

Die Diktatur des Proletariats ist unter anderem erforderlich, um das gesellschaftliche Interesse gegen Sonderinteressen durchzusetzen, die beim gegebenen gesellschaftlichen Zustand unvermeidlich sind und hingenommen werden müssen. Sie ist unter anderem erforderlich, um zu verhindern, dass diese Sonderinteressen das gesellschaftliche Interesse durchkreuzen, um zu verhindern, dass sie die Weiterentwicklung zum reifen Kommunismus be- bzw. verhindern und den Sozialismus letztlich zu Fall bringen. Dieser Kampf muss – wohlgermerkt! - schon weit im Vorfeld davon, dass der Widerspruch zwischen diesen Sonderinteressen und dem gesellschaftlichen Interesse antagonistisch wird, geführt werden, und zwar als ständiger Klassenkampf. Tut man das nicht ständig, so ist es wahrscheinlich, dass früher oder später eine ganze Schicht in einen antagonistischen Widerspruch zum Proletariat gerät. Die Vorstellung, die Diktatur des Proletariats sei lediglich deshalb erforderlich, um ab und zu auftauchende Feinde zu unterdrücken, ist völlig unzureichend. Die Diktatur muss bereits im Vorfeld des Auftauchens von Feinden darauf gerichtet sein, dem entgegenzuwirken, dass sich aufgrund der Muttermale der alten Gesellschaft antagonistische Widersprüche entwickeln. Sie kann es nicht verhindern, aber sie kann und muss es **eindämmen**.²⁸⁴ Wenn die Diktatur nicht ständig und zielgerichtet ausgeübt wird, um dies einzudämmen, dann wird die Flut feindlicher Kräfte früher oder später übermächtig. Auch das hat die Geschichte gezeigt.

Leugnet man die Existenz dieser Sonderinteressen, so beraubt man das Proletariat einer Erkenntnis, die erforderlich ist, um diesen Kampf zielgerichtet führen zu können. Dass die seinerzeit handelnden Revolutionäre in diesen Fragen keine volle Klarheit hatten, ist nicht verwunderlich, da sie sich in diesen Fragen nicht auf historische Erfahrungen stützen konnten, insbesondere nicht auf die Erfahrung der revisionistischen Entartung. Eine ganz andere Sache ist es, völlig verantwortungslos ist es, wenn man es heute ablehnt oder sogar wütend dagegen eifert, die Lehren aus diesen Erfahrungen zu ziehen.

Die Diktatur des Proletariats ist unter anderem erforderlich, um nach und nach alle Überreste („Muttermale“) der alten Gesellschaft zu beseitigen und um zu verhindern, dass sie – solange sie nicht beseitigt werden können – die weitere kommunistische Entwicklung nachhaltig be- bzw. verhindern. Es ist kein Zufall, dass der Autor (S. 18) im schroffen Gegensatz zum Marxismus-Leninismus lediglich die Phase der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse für die „eigentliche“ Epoche der Diktatur des Proletariats hält. Denn trotz einiger Lippenbekenntnisse leugnet er faktisch, dass die Diktatur diese Aufgaben zu erfüllen hat, dass ein **ständiger Klassenkampf** zur Erfüllung dieser Aufgaben geführt werden muss, was wiederum damit zusammenhängt, dass der Autor an allen Ecken und Enden die Wirkungsweisen dieser Überreste verharmlost.

Die im Papier des Autors dargelegten Auffassungen

- sind geeignet, das Proletariat zu entwaffnen, soweit es darum geht, allseitig die Diktatur des Proletariats auszuüben,
- bekämpfen wütend jegliche Bemühung, die sozialökonomischen Triebkräfte der revisionistischen Kon-

284 Es gibt unterschiedliche Methoden dieses Kampfes. Grundsätzlich gilt, was Lenin sagte, dass man unbedingt zunächst versuchen muss, zu überzeugen, dass aber erforderlichenfalls auch Zwang ausgeübt werden muss.

Es gibt verschiedene Kampffelder, auf denen dieser Kampf geführt werden muss; politischer Kampf, ökonomischer Kampf, theoretischer Kampf.

Als ein Beispiel im ökonomischen Bereich führe ich an, was ich auf Seite 49 sagte: „Die Diktatur des Proletariats muss darauf gerichtet sein, Bestrebungen und Tendenzen zu bekämpfen, umstandslos **jeden** Betrieb zur Erwirtschaftung eines Gewinns bestimmter Größenordnung zu verpflichten. Andererseits muss sie gegen Bestrebungen gerichtet sein, ohne vernünftigen Grund aus der zentralen Kasse Verluste zu finanzieren. Es muss dafür gekämpft werden, dass die Finanzierung von Verlusten durch die Gesellschaft ausschließlich auf Grundlage von bewussten gesellschaftlichen Entscheidungen erfolgt, die sich an Kriterien orientieren, die dem einzelbetrieblichen Gewinn übergeordnet sind.“ Bei alledem geht es um weit mehr als um die gelegentliche Einsparung materieller und finanzieller Ressourcen. Es geht um die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Produktion sich tatsächlich an den Interessen der Arbeiterklasse, an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert und in welchem Ausmaß dies durch Sonderinteressen durchkreuzt wird. Dieser Kampf muss immer geführt werden. Er muss weit im Vorfeld davon geführt werden, dass die Widersprüche antagonistisch werden, weit im Vorfeld davon, dass Menschen, die bis zu einem gewissen Grad solche Sonderinteressen verkörpern, zu Feinden werden. Wenn Widersprüche antagonistisch werden, muss der Kampf allerdings mit anderen Mitteln geführt werden.

terrevolution aufzudecken, während die Notwendigkeit, das zu tun, in Worten anerkannt wird; sie richten sich dagegen, die Erfahrungen aus der revisionistischen Entartung zu ziehen,

- sprechen den Staat im Sozialismus heilig, darunter auch die Sonderinteressen, die sich in ihm verbergen, leugnen faktisch die Notwendigkeit, beim Voranschreiten zum reifen Kommunismus die Staatlichkeit nach und nach absterben zu lassen,
- enthalten eine Staatsapologie, die so weit geht, dass der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten demokratische Rechte faktisch abgesprochen werden - „theoretische“ Grundlage für eine Diktatur **über** die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen,
- verdunkeln die sozialistische Perspektive und bringen den Kommunismus und den Marxismus-Leninismus in Misskredit; nicht zuletzt nutzen sie damit auch dem Trotzismus, der ein solches Zerrbild von „Marxismus-Leninismus“ leicht angreifen kann,
- sind schädlich für den Klassenkampf des Proletariats, für den Kampf mit dem Ziel des Sozialismus und Kommunismus, für den Kampf um die Schaffung einer starken marxistisch-leninistischen Partei.

Vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus müssen diese Auffassungen unversöhnlich bekämpft werden.

* * *

Ende des ersten Teils. Im zweiten Teil werde ich zeigen, dass die revisionistischen Länder **nicht** kapitalistisch waren und dass diese Feststellung – im Gegensatz zu den Behauptungen des Autors – nicht das Geringste mit einer Apologie der revisionistischen Länder zu tun hat.

Juni 2009 Peter Urban

Inhaltsverzeichnis:

I.	Wird in Programm und Theorie der KPD die Epoche der Diktatur des Proletariats „übersprungen“?	2
II.	Ist die Position der Roten Reihe zum Sozialismus und zum sozialistischen Staat in der Sowjetunion trotzkistisch?	9
III.	Staatlichkeit und noch nicht überwundene Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft	17
	Zum Doppelcharakter des Staates im Sozialismus	23
IV.	Fortbestehen von Resten von Wertformen und Warenverhältnissen	34
	1.) Was ist richtig und was ist ungenügend an der Aussage, dass die Produktionsmittel keine Waren mehr waren, da der Staat sie an seine Betriebe verteilte?	34
	2.) Warum „wirtschaftliche Rechnungsführung“?	38
	3.) Kommunistische und sozialistische Sparsamkeit, kommunistische und sozialistische Rentabilität	41
	a) entwickelter Kommunismus	42
	b) Sozialismus	46
	4.) Interessen, die dem gesamtgesellschaftlichen Interesse zuwiderlaufen	50
	5.) Die Schattenwirtschaft	55
	6.) Falsche Auffassungen über die im staatlichen Sektor der sozialistischen Wirtschaft verbleibenden Reste von Wertformen und Warenverhältnissen	58
	7.) War die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ eine sowjetische Besonderheit?	70
	8.) Reste von Wertformen bzw. Warenverhältnissen in anderen Bereichen	71
	a) im staatlichen Sektor hergestellte Konsumtionsmittel	72
	b) Arbeitskraft	76
	c) im genossenschaftlichen Sektor hergestellte Produkte	80
	d) private Warenproduktion	80
V.	Zu einigen Fragen der Produktionsverhältnisse im Sozialismus	81
VI.	„Alle zutiefst an der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung interessiert“	89
VII.	Zu einigen Fragen der Taktik des proletarischen Klassenkampfes im Sozialismus	94
VIII.	Zur Frage der kommunistischen Partei	102
	Zur Frage mehrerer Parteien im Sozialismus	107
IX.	Der Sozialismus als Übergangsgesellschaft	111